



**Bundesinstitut  
für Bau-, Stadt- und  
Raumforschung**

im Bundesamt für Bauwesen  
und Raumordnung



BBSR-Online-Publikation, Nr. 03/2011

## **Demografische Spuren des ostdeutschen Transformationsprozesses**

### **20 Jahre deutsche Einheit**

Dezembertagung des Arbeitskreises Städte und Regionen der Deutschen Gesellschaft für Demographie (DGD) in Kooperation mit dem Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) vom 9. bis 10. Dezember 2010 in Berlin

#### **Impressum**

##### Herausgeber

Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR), Bonn

##### Projektleitung

Dr. Steffen Maretzke

##### Vervielfältigung

Alle Rechte vorbehalten

##### Zitierhinweise

Maretzke, Steffen: Demografische Spuren des ostdeutschen Transformationsprozesses. 20 Jahre deutsche Einheit. In: BBSR-Online-Publikation 03/2011. Hrsg.: Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR), Bonn, Dezember 2011.

Die von den Autoren vertretenen Auffassungen sind nicht unbedingt mit denen des Herausgebers identisch.

ISSN 1868-0097

**Inhaltsverzeichnis**

Vorwort	3
Gabriele Sturm und Antje Walther Lebenszufriedenheit – generationstypisch? Befunde der laufenden BBSR-Umfrage	4
Steffen Maretzke Die demografischen Herausforderungen Deutschlands konzentrieren sich auf die ostdeutschen Regionen	12
Rembrandt Scholz Die Lebenserwartung – eine Erfolgsgeschichte der demografischen Entwicklung in den Neuen Ländern	28
Dieter Bogai, Franziska Hirschenauer Demografischer Wandel und wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Regionen Brandenburgs	39
Rainer Winkel Die Wirkungen der demografischen Veränderungen im ostdeutschen Transformationsprozess auf die Daseinsvorsorge	51
Susanne Knabe, Barbara Warner Bevölkerungs- und Wohngebietsentwicklung in suburbanen Räumen Sachsen-Anhalts	56
Christian Rößler Aktuelle Wanderungsmuster und Wanderungsmotive im Ländlichen Raum Sachsens	66
Björn Alecke, Timo Mitze und Gerhard Untiedt Studieren in Ostdeutschland – Quo Vadis? Die Entwicklung der Zahl von Studierenden und Studienanfängern seit der Wiedervereinigung	75
Walter Bartl Weniger Einwohner, weniger Daseinsvorsorge? Folgen demografischer Schrumpfung und kommunalpolitischer Reaktionen im internationalen Vergleich	82
Dirk Michaelis Die „kernige Altmark“ stellt sich den demografischen Herausforderungen. Stadtumbau regional denken und integrierend fördern Antworten auf den demografischen Wandel aus dem Landkreis Stendal	92
Sabine Löser Berufsorientierung - eine Antwort auf Fachkräftemangel und demografischen Wandel	101
Antje Schmerbauch Thüringer Netzwerk Demografie. Ein regionales Supportsystem für kleine und mittlere Unternehmen	109
Ingeborg Beer Quartiere auf Zeit: Demografische Umbrüche und Stadtteilperspektiven im Kontext des Stadtumbaus	116
Babette Scurrall Weniger ist Zukunft. Internationale Bauausstellung Stadtumbau Sachsen-Anhalt 2010	121

## Vorwort

Das Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung Bonn (BBSR) im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR) führte vom 9. Dezember - 10. Dezember 2010 in Berlin gemeinsam mit dem Arbeitskreis „Städte und Regionen“ der Deutschen Gesellschaft für Demographie (DGD) die Dezembertagung 2010 zum Thema „Demografische Spuren des ostdeutschen Transformationsprozesses. 20 Jahre deutsche Einheit“ durch.

Eine unvergessliche Begleiterscheinung des deutschen Einigungsprozesses war vor allem die Abstimmung der Ostdeutschen mit den Füßen. Sie machten sich 1989 auf schwierigsten Wegen auf in den Westen und dokumentierten damit ihre tiefe Unzufriedenheit mit den politischen, wirtschaftlichen und sozialen Verhältnissen in der DDR. Letztendlich musste die DDR-Führung auch wegen dieser immer lauter werdenden Proteste zurücktreten, so dass die deutsche Einigung ihren Lauf nehmen konnte.

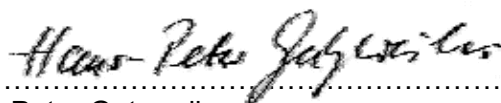
Diese Ereignisse liegen inzwischen mehr als 20 Jahre zurück. Im Ergebnis des Einigungsprozesses haben sich die Lebensverhältnisse der Menschen und damit auch die demografischen Rahmenbedingungen zum Teil grundlegend verändert, insbesondere in den ostdeutschen Regionen. Der flächendeckende Geburteneinbruch kurz nach der Wende; die anhaltenden Binnenwanderungsverluste an westdeutsche Regionen; die kurzfristige Entfaltung umfangreicher Suburbanisierungsprozesse im Umfeld der ostdeutschen Zentren; die beginnende Integration der ostdeutschen Regionen in die internationalen Wanderungsströme, aber auch der dynamische Anstieg der Lebenserwartung hinterließen tiefe Spuren in den demografischen Bilanzen der Regionen. Diese Entwicklungen wirkten sich auch auf die Wettbewerbsfähigkeit der Regionen aus, für die es wichtig ist, wie sich das regionale Bevölkerungspotenzial verändert; ob sie von einseitigen selektiven Wanderungen betroffen werden, die die Sozialstruktur der Bevölkerung positiv oder negativ verändern; ob es ausreichend junge und qualifizierte Menschen gibt, die die Innovationen in den Alltag hineinragen u.a.m.

Vor diesem Hintergrund thematisierte die 2010er Dezembertagung die vielfältigen Herausforderungen des demografischen Wandels, die vor allem die ostdeutschen Regionen betrafen, und auf die sie sich kurzfristig einstellen mussten. Wir freuen uns, ihnen mit dieser BBSR-Online-Publikation einen Überblick über die zahlreichen Tagungsbeiträge präsentieren zu können, die zum einen zeigen, dass in den letzten 20 Jahren in den ostdeutschen Regionen sehr viel erreicht wurde, wobei manches noch zu tun bleibt. Sie beschreiben und bewerten zum anderen aber auch den beachtlichen Wandel demografischer Strukturen und Trends, von dem die Regionen der neuen Länder in den letzten 20 Jahren flächendeckend mehr oder weniger betroffen waren. Letztendlich zeigen dies Beiträge aber auch, wie sich die Akteure im Raum diesen Herausforderungen aktiv stellen und das bereits Erreichte bewerten.

Viele dieser Lösungsansätze, die im Kontext notwendiger Anpassungsprozesse entwickelt wurden, sind dabei bestens als Orientierungs- und Handlungsvorlage auch für westdeutsche Akteure geeignet, die über kurz oder lang vor ähnlichen Herausforderungen stehen werden. Bundesweit gilt es, sich auf die absehbaren demografischen Schrumpfungs- und Alterungsprozesse vorzubereiten bzw. einzustellen, wobei die hier veröffentlichten Beiträge im Idealfall hilfreiche Anregungen geben.



Dr. Steffen Maretzke  
Vorsitzender des DGD-Arbeitskreises  
„Städte und Regionen“



Dr. Hans-Peter Gatzweiler  
Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und  
Raumforschung (BBSR) im BBR

*Gabriele Sturm und Antje Walther*

## **Lebenszufriedenheit – generationstypisch?**

### **Befunde der laufenden BBSR-Umfrage**

Transformation bezeichnet zunächst einmal nur die Veränderung einer Struktur oder einer Gestalt – eine Richtung ist dabei nicht mitgedacht. Etwas anders sieht dies aus, wenn der Begriff im politikwissenschaftlichen Zusammenhang benutzt wird, wenn also die Umwandlung eines politischen Systems in ein anderes beschrieben werden soll. Dann werden damit in der Regel Bewertungen verknüpft: z. B. in Richtung Demokratisierung oder umgekehrt Entdemokratisierung. Im Sprachgebrauch der vergangenen 20 Jahre ist mit Transformationsprozess häufig die Umwandlung der ehemals sozialistischen Staaten Mittel- und Osteuropas in Demokratien bezeichnet worden. Ausgetauscht wurden dabei mehr oder weniger die politische, gesellschaftliche und wirtschaftliche Ordnung.

Bezogen auf Ostdeutschland ist die Phase der Konsolidierung des übernommenen Systems der Bundesrepublik so gut wie abgeschlossen. Auswirkungen hatte dieser Prozess auf den Osten wie den Westen der Republik. Trotzdem bleiben Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland: im Raumbild der Städte, Dörfer und Landschaften, in der wirtschaftlichen Struktur, in der Sozialisation, den Erfahrungsmustern, Wissensbeständen und Erinnerungen der Menschen. Die zuletzt genannten subjektiven Seiten gesamtdeutscher Wirklichkeit lassen sich unter anderem in Gesprächen verdeutlichen. Wissenschaftlich dienen dazu Interview- oder Fragebogenstudien. Im Folgenden stellen wir hier Ergebnisse der Umfrage des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) vor – zuge-spitzt auf den problematischen Befund, dass auch 20 Jahre nach der deutschen Einheit die Lebenszufriedenheit in Ostdeutschland durchschnittlich niedriger ist als in Westdeutschland.

### **Datengrundlage: BBSR-Bevölkerungsbefragung**

Die jährliche Fragebogenstudie über die Wohn- und Lebensbedingungen ist Teil des raumbezogenen Informationssystems des BBSR. Sie ergänzt mit ihren subjektiven Indikatoren die bundesweite regionalisierte Indikatoren-Berichterstattung auf der Basis objektiver amtlicher Regional- und Kommunalstatistik. So besteht die Möglichkeit, nicht nur die Folgen des räumlichen Verhaltens der bundesdeutschen Bevölkerung zu betrachten, sondern die Bürgerinnen und Bürger selbst zu Wort kommen zu lassen. Neben der Beschreibung regionaler Unterschiede in den Lebensbedingungen und deren Bewertung dient die Umfrage vor allem der Untersuchung systematischer Zusammenhänge von wahrgenommenen Lebensbedingungen, Bewertungen und Verhaltensweisen. Eine Besonderheit der BBSR-Umfrage sind Zeitreihen, für die jährlich gleichlautende Fragen gestellt werden. Zu diesen zählen insbesondere Zufriedenheitsurteile zu diversen Wohn- und Lebensbedingungen.

Die [Umfrage des BBSR](#) lief in der Bundesrepublik erstmals im Herbst 1985. Seit 1990 findet sie in den alten wie den neuen Bundesländern statt. 2009 wurde die Umfrage mit 3 544 persönlichen Interviews (CAPI) im Spätherbst als Teil einer Mehrthemenbefragung von TNS Infratest Sozialforschung (München) durchgeführt.

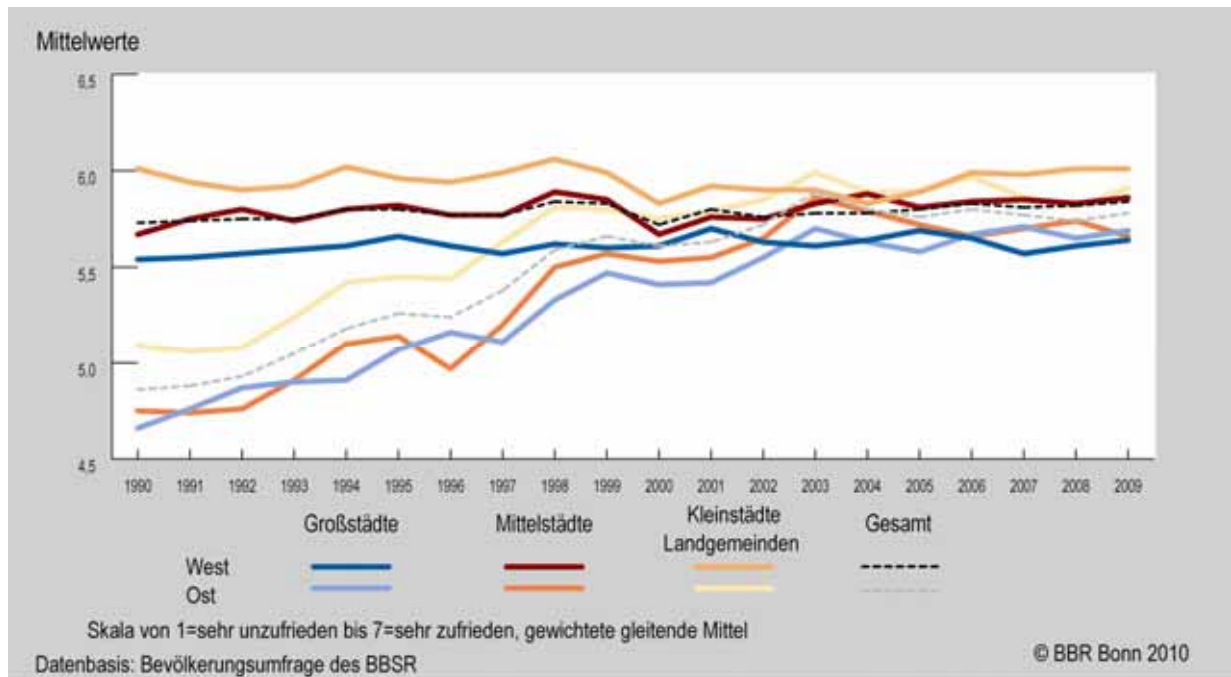
Das methodische Design gewährleistet Ergebnisse mit Regionalbezug. Befragt werden in Privathaushalten lebende, deutsch sprechende Personen ab 18 Jahren in der gesamten Bundesrepublik. Deren Gemeinden werden für die Stichprobenziehung nach regionalen Kriterien in Schichten unterteilt: Bundesländer, Regierungsbezirke, Gemeindetypen. Diese Einteilung ermöglicht es, die durchgeführten Interviews den Stadt- und Gemeindetypen des BBSR zuzuordnen. Bei den Analysen werden leichte Ungleichverteilungen durch Haushalts- oder Personengewichte ausgeglichen. Weiterhin erfolgen Zeitreihendarstellungen in der Regel mit gleitenden Mittelwerten.

### **Im Transformationsprozess haben sich Einschätzungen in Ost- und Westdeutschland angeglichen – aber nicht in allen Bereichen**

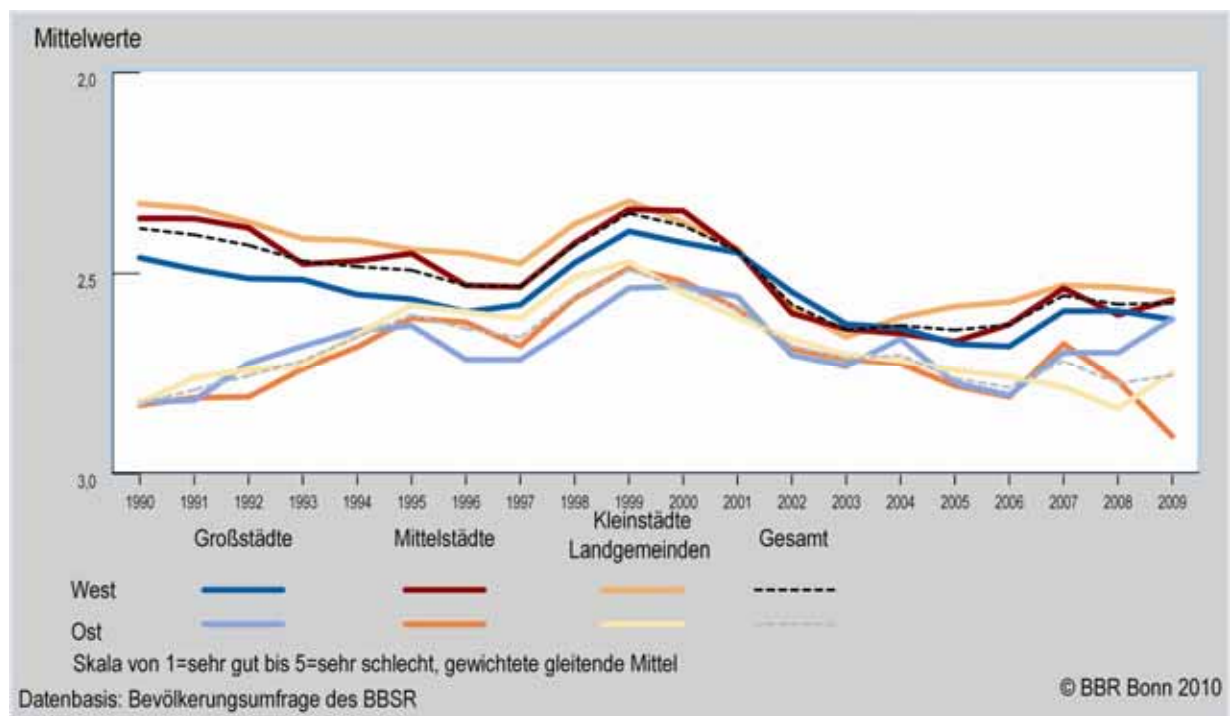
Nach der deutschen Einheit gab es während der 1990er Jahre eine deutliche Angleichung der Zufriedenheiten mit den baulich-räumlichen Lebensbedingungen. Dazu zählen

- die Wohnung, die Wohnungsgröße,
- die direkte Wohnumgebung,
- das Straßenbild und
- die Umweltbedingungen im Wohngebiet.

Damit entsprechen die subjektiven Beurteilungen der vor Ort Wohnenden den allgemein sichtbaren Auswirkungen der Sanierung, Umgestaltung und Aufwertung des ostdeutschen Baubestandes. Die massiven privaten und öffentlichen Investitionen haben vielerorts zu einem sehr lebenswerten baulich-räumlichen Umfeld geführt.

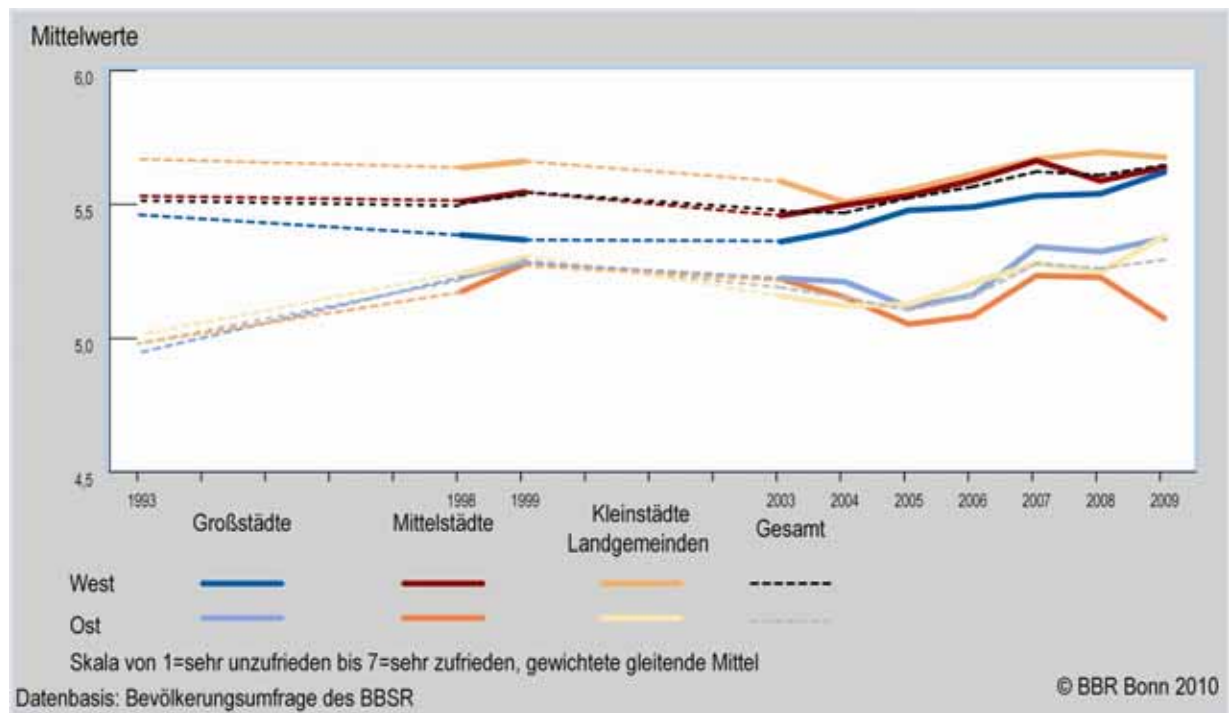


**Abbildung 1**  
**Durchschnittliche Zufriedenheit mit der Wohnung nach Stadt- und Gemeindetypen, West und Ost - 1990 bis 2009**



**Abbildung 2**  
**Beurteilung der wirtschaftlichen Lage der Haushalte nach Stadt- und Gemeindetyp, West und Ost - 1990 bis 2009**

Anders sieht es hingegen mit den Beurteilungen der ökonomischen Lebensumstände aus. Auf der objektiven Ebene ist festzustellen, dass die Einkommen in Ostdeutschland seit der Wende zwar gestiegen sind, aber auch 2009 betrug der durchschnittliche Bruttomonatsverdienst (Vollzeit) im Osten nur 76,5 % desgleichen im Westen (bezogen auf produzierendes Gewerbe und Dienstleistung). Gestiegen sind im Osten Deutschlands vor allem die höheren Einkommen. Allerdings liegen sie im Niveau deutlich niedriger und kommen zudem seltener vor als im Westen. Die nach wie vor bestehenden, unübersehbaren gesamtwirtschaftlichen Probleme und vor allem die hohe Arbeitslosigkeit, die individuell als sehr belastend erfahren wird, führen in einigen Bereichen zu niedrigeren Zufriedenheiten als im Westen Deutschlands: Die fehlenden Chancen drücken auf die Wohnortzufriedenheit – die individuell erlebte oder befürchtete Arbeitslosigkeit dämpft die allgemeine Lebenszufriedenheit der Befragten (siehe auch Sturm & Walther 2010).



**Abbildung 3**  
Zufriedenheit mit dem Leben nach Stadt- und Gemeindetyp, West und Ost - 1993 bis 2009

Der Letzteren wollen wir uns hier nun genauer widmen. Die abschließende Frage des jährlich wiederkehrend genutzten Fragebogens lautet: „Alles in allem, wie zufrieden sind Sie heute mit Ihrem Leben?“ Diese Frage – mit einer Antwortskala von (1) „sehr unzufrieden“ bis (7) „sehr zufrieden“ – gilt als ein zentraler subjektiver Indikator für Lebensqualität. Im Prinzip geben Befragte im Westen seit 2003 und im Osten seit 2005 jedes Jahr etwas positivere Urteile als im Vorjahr ab. Selbst die Finanzkrise im Sommer 2008 ist in den im Oktober und November erhobenen Zufriedenheitsurteilen kaum spürbar. Was jedoch über alle Erhebungsjahre hinweg unübersehbar ist: Im Osten werden durchgängig negativere Beurteilungen geäußert als im Westen (siehe auch Christoph 2008, S. 409).

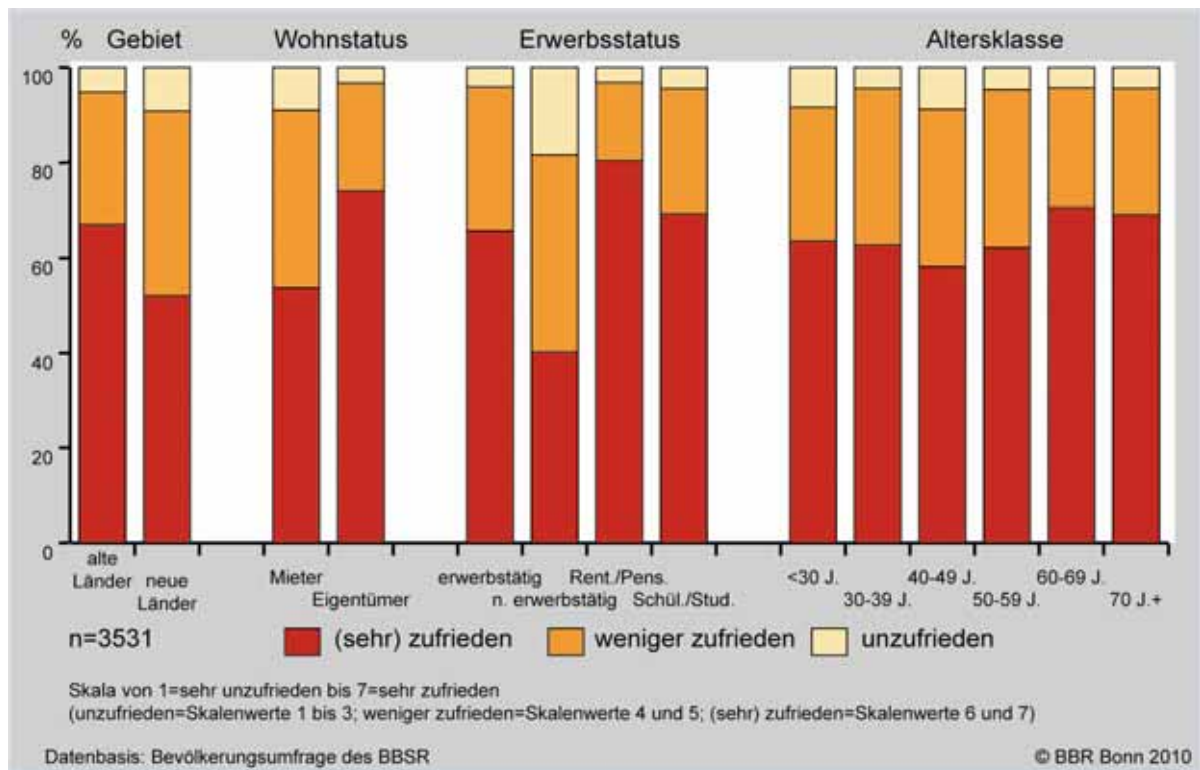
Bei der Interpretation dieses Befundes müssen wir nicht bei Null anfangen. Die internationale Zufriedenheitsforschung – für Deutschland unter anderem auf Basis des „sozioökonomischen Panels“ (SOEP) – belegt gewisse Zusammenhänge:

- Die allgemeine Lebenszufriedenheit steigt mit der Bildung;
- soziales Engagement (Freunde, Vereine) geht positiv mit Lebenszufriedenheit einher;
- Lebenszufriedenheit steigt mit der relativen, nicht mit der absoluten Einkommensposition;
- je länger die Pendelwege zum Arbeitsplatz, umso niedriger die Lebenszufriedenheit;
- Arbeitslosigkeit senkt Lebenszufriedenheit umgehend und nachhaltig;
- Krankheit, Verwitwung oder Tod eigener Kinder wirken stark negativ (Huschka & Wagner 2010).

Denis Huschka und Gert Wagner betonen deshalb, dass sich Menschen nicht an alle widrigen Lebensumstände anpassen (ebd. S. 8) und dass das volkstümliche Sprichwort „Die Zeit heilt alle Wun-



den“ schlicht falsch sei. In der Folge ist also nach Gewinnern und Verlierern des deutschen Transformationsprozesses zu fragen, nach im schlimmsten Fall dauerhaft Zurückgelassenen und nach Generationen bzw. Alterskohorten mit vergleichsweise stärker geförderten oder beeinträchtigten Lebenswegen.



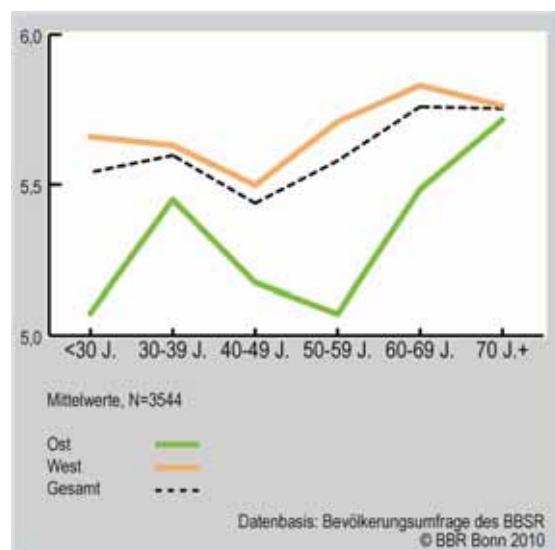
**Abbildung 4**  
Zufriedenheit mit dem Leben insgesamt im Gruppenvergleich – 2009

#### Lebenszufriedenheit unterscheidet sich nach Alter, Generation und Geschlecht

Wenn erfahrungsgemäß Arbeitslosigkeit solch starken Einfluss auf die allgemeine Lebenszufriedenheit hat, dürften es erwartbar vor allem die Befragten im erwerbsfähigen Alter sein, die sensibel auf sich abzeichnende wirtschaftliche Schwierigkeiten reagieren. Tatsächlich zeigen 2009 in West wie Ost die 40- bis unter 50-Jährigen und im Osten insbesondere die 50- bis unter 60-Jährigen die vergleichsweise niedrigste Zufriedenheit mit ihrem Leben.

Die starken Unterschiede zwischen den Alterskohorten in Ostdeutschland lassen darauf schließen, dass die Generationen nicht nur hinsichtlich ihrer Erwerbsarbeitsbedingungen sehr unterschiedlich von der einschneidenden Erfahrung der Wende und der deutschen Einheit betroffen wurden und dies entsprechend in ihrer allgemeinen Lebenszufriedenheit abbilden. Sie antizipieren, dass ihnen in der neuen Gesellschaft im unterschiedlichen Maß Gelegenheit zur Verwirklichung der eigenen Lebensplanung geboten wird.

Für die in Westdeutschland Befragten fällt die Zufriedenheit mit zunehmendem Alter auf den vergleichsweise niedrigsten Wert von durchschnittlich 5,5 Skalenpunkten bei den 40- bis unter 50-Jährigen und steigt dann wieder auf den vergleichsweise höchsten Zufriedenheitswert von 5,8 in der Altersgruppe der 60- bis unter 70-Jährigen an. Zwar bewegen sich diese Urteile alle um den Skalenwert „zufrieden“, die Mittelwertunterschiede sind dennoch



**Abbildung 5**  
Zufriedenheit mit dem Leben insgesamt

statistisch gesichert.

In Ostdeutschland sind die unter 30-Jährigen wie die 50- bis unter 60-Jährigen mit einem durchschnittlichen Urteil von kaum 5,1 auf der siebenstufigen Skala mit ihrem Leben wesentlich weniger zufrieden als ihre Altersgenossen im Westen. Ihr Urteil entspricht einem „eher zufrieden“. Erst die nicht mehr erwerbstätigen bzw. nicht mehr erwerbsfähigen Altersgruppen der über 60-Jährigen zeigen vergleichsweise hohe Lebenszufriedenheitswerte, die im höheren Alter denen der westdeutschen Befragten gleichen.

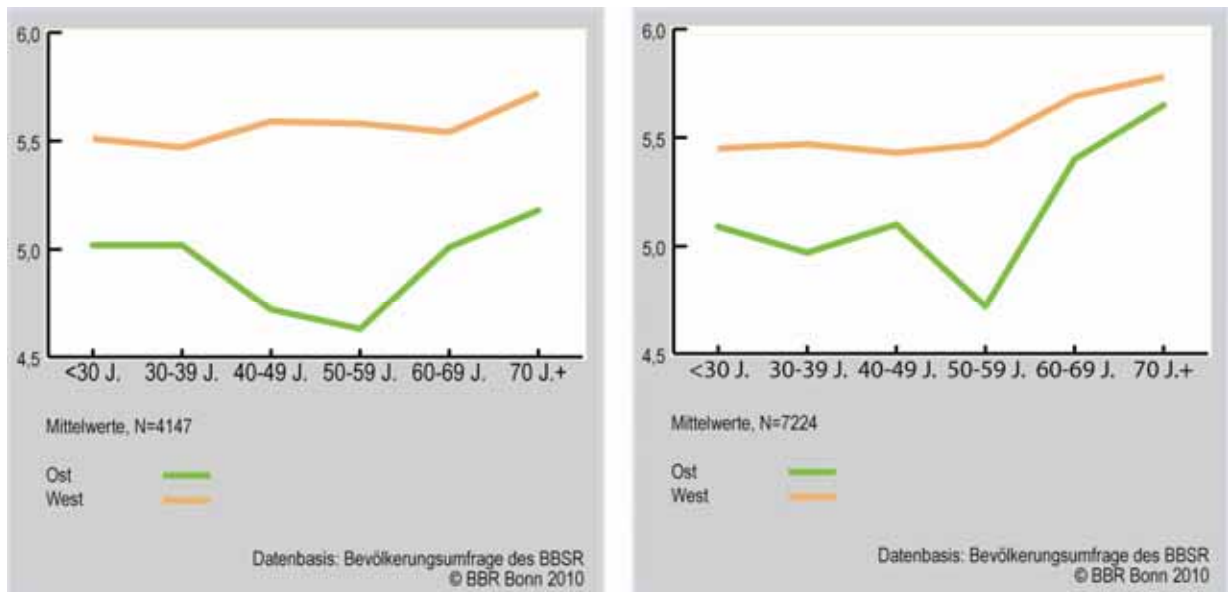
Schauen wir die Alterskohorten im Einzelnen an:

- Für die unter 30-Jährigen ist es offensichtlich, dass sie während ihrer beruflichen Ausbildungs- und Berufseinstiegsphase die Chancen abklopfen, die ihnen das Leben bietet. Ein ostdeutsches Lebensumfeld scheint subjektiv betrachtet unsicherere Perspektiven zu eröffnen als ein westdeutsches. Eventuell werden auch im Familien- und Freundeskreis Unsicherheiten geschürt. Während sich nach erfolgtem Berufseinstieg die Einstellungen der 30- bis unter 40-Jährigen im Osten deutlich verbessert haben, ohne allerdings das Niveau der Gleichaltrigen in Westdeutschland zu erreichen, scheinen die Altersgenossen im Westen gewisse Ernüchterung erfahren zu haben.
- Interpretationsbedürftiger ist das negative Urteil der 50- bis unter 60-Jährigen in Ostdeutschland. Diese fühlen sich offensichtlich als ostdeutsche Verlierergeneration. Zu Wendezeiten waren sie zwischen 30 und 40 Jahren alt, hatten ihr gesamtes vorheriges Leben in der DDR verbracht, hatten ihr Leben i. d. R. mit Beruf und Familie eingerichtet, sind trotz mangelnder Chancen vor Ort wegen familiärer und lokaler / regionaler Bindungen, Unsicherheit oder gesellschaftlichem Verantwortungsgefühl nicht gen Westen abgewandert. Tendenziell trifft dies auch noch auf die Gruppe der heute 40- bis 50-Jährigen in Ostdeutschland zu, da Familiengründung und Berufseinstieg in der DDR deutlich früher stattfanden als in der früheren BRD. Zu dieser jüngeren ostdeutschen Alterskohorte zählen auch viele, die infolge der Unwägbarkeiten der Wendezeit während einiger Jahre kaum mehr Kinder in die Welt gesetzt haben.
- Zugleich ist zu hinterfragen, warum in Westdeutschland die 40- bis unter 50-Jährigen, also die Befragten der Geburtsjahrgänge 1959 bis 1969, die niedrigste Lebenszufriedenheit äußern. Diese Generation gilt in der Regel als Hauptträgerin gesellschaftlicher Entwicklung. Zugleich werden die Angehörigen dieser Altersgruppe auch Sandwich-Generation genannt, da sie in der Generationenfolge Fürsorgeaufgaben für sowohl ihre Kinder als auch ihre Eltern zu erbringen haben. In Deutschland gehören derzeit ein Großteil der sogenannten Babyboomer dazu, die im Westen der Republik in den 1980er Jahren große Teile der Friedens- und der Umweltbewegung stellten – jedoch auch als desillusionierte Generation gelten. Auch in der Umfrage des Jahres 2010 äußern sich die Befragten dieser Altersgruppe unzufrieden in vielerlei Hinsicht (siehe auch BBSR 2011).

Die bisherigen Befunde legen nahe, dass Unzufriedenheitsäußerungen kein typisch ostdeutsches Transformations-Phänomen sind. Deshalb soll im nächsten Schritt geschaut werden, ob ein nach Ost und West zu unterscheidender Generationeneffekt vorliegt. Wenn es einen solchen gäbe, könnte er sich in einer früheren Jahresscheibe im Trenddesign der BBSR-Umfrage entsprechend verschoben für die damals jüngeren Jahrgänge zeigen. Deshalb wird ein Altersgruppenvergleich der Erhebungsjahre 1993 zu 2008/09 vorgenommen. Die Zusammenfassung der Jahre 2008 und 2009 erfolgt wegen der Stichprobengröße: Während es sich 1993 um gleich große Stichproben in den west- und ostdeutschen Bundesländern mit jeweils rund 2 000 Befragten handelte, wurden die Stichproben seit 2006 bevölkerungsproportional gezogen mit entsprechend weniger Befragten in den ostdeutschen Ländern.

Wenn es einen Generationeneffekt gibt, so ist dieser nicht als reine Verschiebung von über die Jahre hinweg gleichbleibenden Werten festzustellen. Die Befunde sprechen vor dem Hintergrund empirischer Erfahrung eher für einen Lebensalterseffekt in Kombination mit typischen, generationenspezifischen Erfahrungen der Befragten.





**Abbildung 6**  
**Zufriedenheit mit dem Leben insgesamt**  
**nach Altersklassen, West-Ost, 1993**

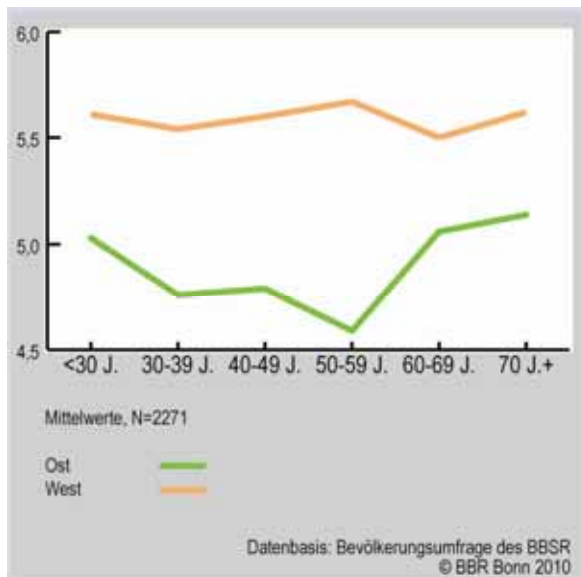
**Zufriedenheit mit dem Leben insgesamt**  
**nach Altersklassen, West-Ost, 2008/2009**

Für die in Westdeutschland Befragten sind über die gebildeten sechs Altersgruppen hinweg sehr ähnliche und vergleichsweise hohe Zufriedenheitswerte festzustellen. In der Summe der Erhebungen 2008 und 2009 gleichen sich sogar die schlechten Urteile der 40- bis unter 50-Jährigen an, die in der 2010er Umfrage allerdings wieder überdeutlich zutage treten. Die Lebenszufriedenheitswerte der über 60-Jährigen steigen in den beiden jüngeren Umfragejahren sogar noch einmal deutlich an. Dieser Effekt könnte auf die deutlich gespürte Entlastung nach abgeschlossenem Berufsleben bei derzeit guten Renten und Pensionen zurückgeführt werden.

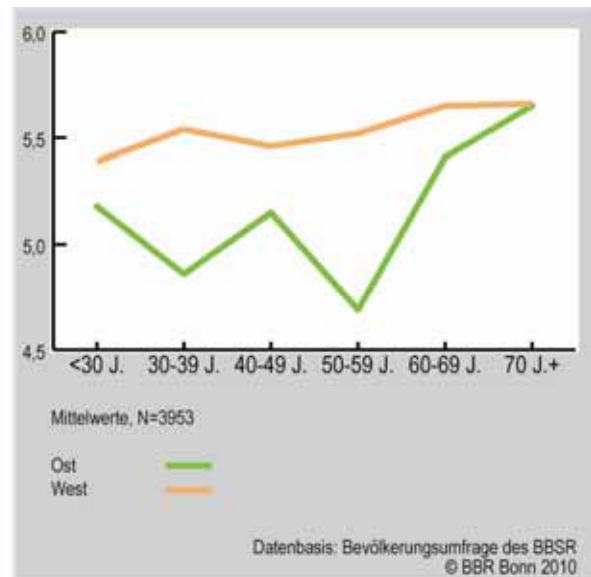
Die Urteile der in Ostdeutschland Befragten unterscheiden sich stark nach dem Alter. Bereits drei Jahre nach der deutschen Einheit war vor allem für die 40- bis unter 60-Jährigen die Euphorie verfliegen – bis heute leiden die 50- bis unter 60-Jährigen am stärksten unter den nicht realisierten Chancen, der Summe der Enttäuschungen und Ablehnungen oder den nicht erkannten Handlungsspielräumen. Nach den Jahren der Erwerbstätigkeit stellen sich auch hier höhere Zufriedenheitswerte ein.

Kann eine Differenzierung nach Geschlecht zur weiteren Aufklärung beitragen?

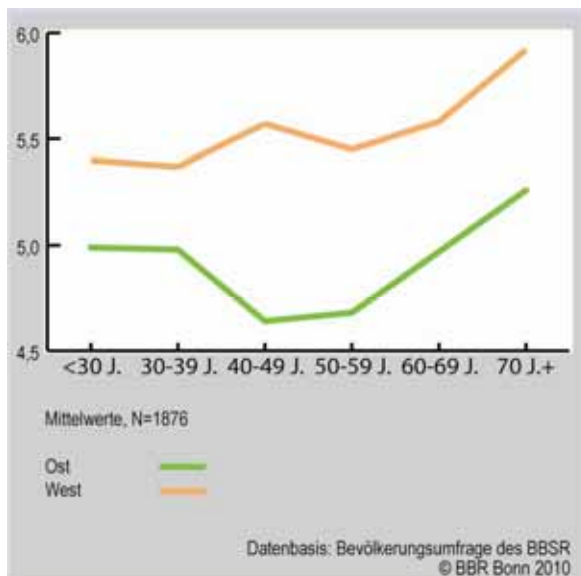
Auf den ersten Blick bestätigt sich zunächst das Muster der deutlich geringeren Lebenszufriedenheit in den ostdeutschen Landesteilen. Auf die Schnelle ergibt sich noch kein Aha-Effekt. Auf den zweiten Blick sind diverse feine Unterschiede zu vermerken, die in zukünftigen Analysen weiterverfolgt werden sollten. Auf der einen Seite zeigen westdeutsche Frauen 1993 wie auch 15 Jahre später über alle Lebensaltersgruppen hinweg sehr ähnliche Lebenszufriedenheitswerte ohne auffällige Höhen oder Tiefen. Auf der anderen Seite zeigen ostdeutsche Frauen und Männer in West und Ost über die Lebensaltersgruppen hinweg Zufriedenheiten, die stark oszillieren oder tendenziell einen U-Verlauf zeigen, was an die alltagssprachlich verbreitete Rede von der Midlife Crisis erinnert. Diese sogenannte Krise in der Lebensmitte wird meist eher im Zusammenhang mit männlichen Biografien thematisiert, mit Verstimmungen und Unsicherheiten hinsichtlich der eigenen Identität, der Rolle in Familie, Beruf und Sozialleben, mit deutlicher als zuvor wahrgenommener Einschränkung der körperlichen und geistigen Leistungsfähigkeit, mit Trennungs- und Verlusterfahrungen. Bei Frauen werden eher die Wechseljahre als typische biologische Veränderung in der Lebensmitte thematisiert; damit einhergehende körperliche und psychosoziale Erfahrungen sind erwartbar und scheinen sich nicht oder weniger auf die allgemeine Lebenszufriedenheit auszuwirken.



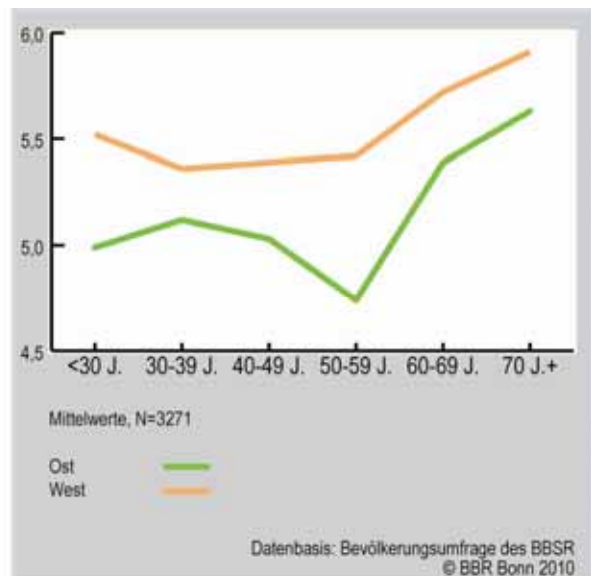
**Abbildung 7**  
Zufriedenheit mit dem Leben insgesamt  
nach Altersklassen, West-Ost, Frauen 1993



**Zufriedenheit mit dem Leben insgesamt  
nach Altersklassen, West-Ost, Frauen  
2008/2009**



**Abbildung 8**  
Zufriedenheit mit dem Leben insgesamt  
nach Altersklassen, West-Ost, Männer 1993



**Zufriedenheit mit dem Leben insgesamt  
nach Altersklassen, West-Ost, Männer  
2008/2009**

Lebenszufriedenheit als Indikator für Lebensqualität scheint sich also eher an den Normen und Werten unserer Arbeitsgesellschaft auszurichten. Das würde auch die altersgruppenabhängige Lebenszufriedenheit der ostdeutschen Frauen erklären, die historisch vergleichsweise früh eine Sozialisation als gleichberechtigte Mitglieder des Arbeiter- und Bauernstaats DDR und eine Verpflichtung auf dessen Leistungsansprüche erfahren haben. Für Männer wie für Frauen sind mit den Leistungsanforderungen des Erwerbslebens offenbar hohe Belastungen verbunden. Zumindest nimmt die Lebenszufriedenheit nach Verrentung bzw. Pensionierung sehr deutlich zu. Dass sich die Pflicht zur Arbeit und die Erfahrung von Arbeitslosigkeit so negativ auf die allgemeine Lebenszufriedenheit der Befragten auswirken (können), erinnert an die theoretisch-philosophischen Überlegungen von Hannah Arendt (1981). Für sie ist Arbeit nicht mit Freiheit verbunden, sondern stellt einen Zwang zur Erhaltung des Lebens dar. Als Notwendigkeit für den Fortbestand des/der Einzelnen wie der Gattung ist Arbeit wie Arbeitslosigkeit vor allem eine Last.

### **Vorläufiges Fazit**

In Ostdeutschland werden materielle Veränderungen – z.B. die sanierten Wohngelegenheiten – deutlich wahrgenommen und positiv beurteilt. Dies trifft nicht auf ökonomische Rahmenbedingungen zu, die in den 1990er Jahren zu einer Annäherung, nicht jedoch zu einer dauerhaften Angleichung der faktischen Gegebenheiten wie der Bewertungen geführt haben. Daraus ist zunächst zu schließen, dass die Menschen in Ostdeutschland nicht grundsätzlich „jammern“, sondern sehr genau ihre reale Umwelt wahrnehmen und beurteilen.

Deutlich unterschiedlich ist über all die Jahre seit der Deutschen Einheit, gemessen an der allgemeinen Lebenszufriedenheit, das Lebens- oder Glücksgefühl der Menschen diesseits und jenseits der einstigen Grenze. Die Altersgruppendifferenzierung im Zeitvergleich verweist eher auf einen Lebensalters- als auf einen reinen Generationeneffekt. Darin spiegelt sich, dass sich Unsicherheiten, enttäuschte Erwartungen und berufliche Misserfolgserlebnisse bzw. unklare und übersteigerte Leistungsanforderungen im Osten stärker als im Westen aufsummiert haben. Für die Lebensjahre nach der Erwerbstätigkeit stellt sich dann (insbesondere für Männer) mit Erholung und Entspannung in West wie Ost eine höhere Lebenszufriedenheit ein.

Ob die allgemeine Lebenszufriedenheit im ostdeutschen Transformationsprozess durch Einflüsse jenseits der Beschneidung durch einen benachteiligenden Arbeitsmarkt geformt wird, ist durch die hier vorgestellte Kurzanalyse nicht zu sagen. Gewisses Erklärungspotenzial sehen wir in theoretischen Ansätzen wie dem des Kollektiven Gedächtnisses von Maurice Halbwachs (1985). Darauf beruhende Wirkungszusammenhänge sind allerdings leichter mit unstandardisierten Erhebungsinstrumenten, offenen Erhebungsdesigns und qualitativ rekonstruierenden Auswertungsverfahren zu erkunden.

### **Literatur**

Arendt, Hannah: *Vita activa oder Vom tätigen Leben*. München 1981 (Original 1958).

BBSR (Hg.) / Sturm, Gabriele & Walther, Antje (Bearbeitung): *Stadtansichten. Befunde der BBSR-Umfrage aus Groß- und Mittelstädten* (= BBSR-Berichte KOMPAKT 6/2011). Bonn 2011.

Christoph, Bernhard: Subjektives Wohlbefinden und Wertorientierungen – Zufriedenheit in Lebensbereichen. In: Destatis; GESIS-ZUMA; WZB (Hg.), *Datenreport 2008* (S. 215-226). Bonn 2008.

Halbwachs, Maurice: *Das kollektive Gedächtnis*. Frankfurt 1985 (Original 1950).

Huschka, Denis & Wagner, Gert G.: *Sind Indikatoren zur Lebensqualität und zur Lebenszufriedenheit als politische Zielgrößen sinnvoll?* (= Research Note Nr. 43). Berlin 2010.

Sturm, Gabriele & Walther, Antje: Angleichung von Lebensbedingungen seit der deutschen Einheit – die Bürgersicht. *Informationen zur Raumentwicklung*, 10/11.2010, 715-726.

### **Autorinnen:**

Dr. Gabriele Sturm / Antje Walther

Referat Raum- und Stadtbeobachtung

Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) im BBR

Deichmanns Aue 31-37

53179 Bonn

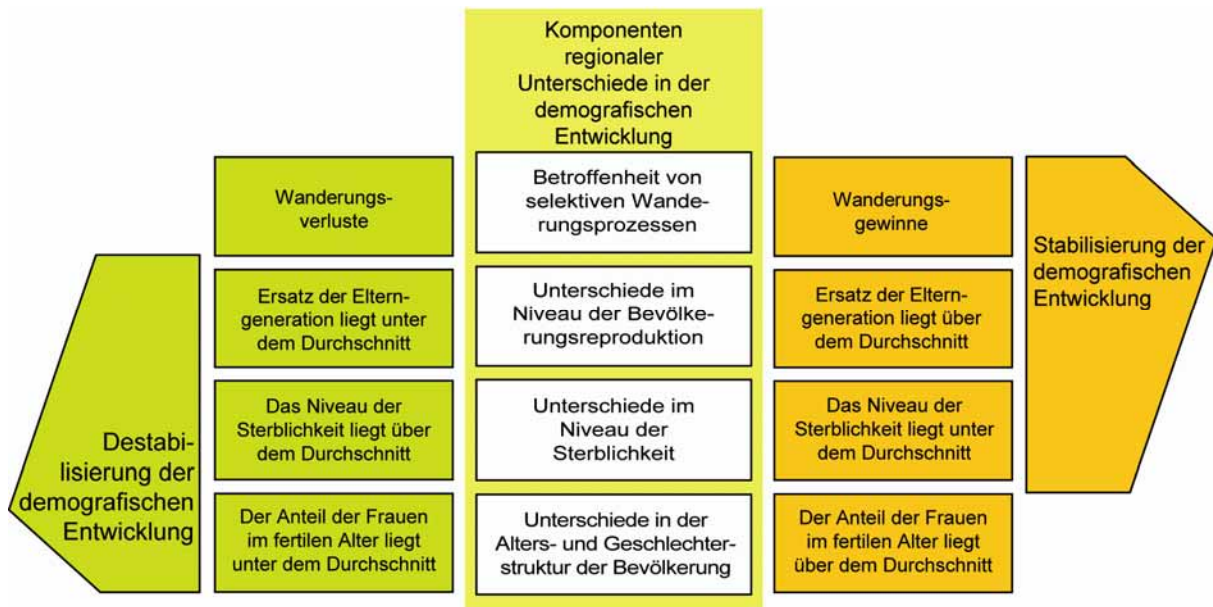
[gabriele.sturm@bbr.bund.de](mailto:gabriele.sturm@bbr.bund.de) / [antje.walther@bbr.bund.de](mailto:antje.walther@bbr.bund.de)

Steffen Maretzke

## Die demografischen Herausforderungen Deutschlands konzentrieren sich auf die ostdeutschen Regionen

### Wesentliche Strukturen und Trends der demografischen Entwicklung seit 1990

Die wesentlichen Stellgrößen der demografischen Entwicklung einer Region sind das Geburten- und Sterblichkeitsniveau sowie die Wanderungen. Je nachdem, wie sich diese Einflussgrößen in der Vergangenheit gestalteten, hat sich im Untersuchungsgebiet eine spezifische Altersstruktur der Bevölkerung herausgebildet, die aufgrund ihrer Spezifik nun selbst zur wichtigen Stellgröße des demografischen Wandels wird (vgl. Abb. 1).



**Abbildung 1**

### Wesentliche Komponenten der demografischen Entwicklung

Im Folgenden soll gezeigt werden, dass sich die demografische Situation der ostdeutschen Regionen seit 1990 spürbar veränderte. Im Ergebnis dieser Veränderungen konzentrieren sich die Herausforderungen des demografischen Wandels vor allem auf diese Regionen.

### Die demografische Ausgangssituation der ostdeutschen Regionen

Das Geburtenniveau, hier gemessen an der zusammengefassten Geburtenziffer, lag 1990 in der DDR mit ca. 1,52 Kindern je Frau leicht über dem Wert der alten Länder (1,45). Dieses höhere Niveau war u.a. das Ergebnis einer aktiven Bevölkerungs- und Familienpolitik, mittels derer - auf Basis umfangreicher staatlicher Fördermaßnahmen für Familien mit Kindern - die einfache Bevölkerungsreproduktion wieder gesichert werden sollte. Es resultierte aber auch aus den eingeschränkten biografischen Wahlmöglichkeiten im politischen System der DDR, die frühere und häufigere Geburten förderten<sup>1</sup>. Im Jahr 1980 führte diese Politik sogar zu einem kurzfristigen Anstieg der zusammengefassten Geburtenziffer auf 1,94 Kinder je Frau. Per Saldo beförderte die Entwicklung in den ostdeutschen Regionen einen hohen Anteil jüngerer Menschen, insbesondere in den ländlich geprägten Regionen Nordostdeutschlands, die ein überdurchschnittlich hohes Geburtenniveau kennzeichnete.

Die Lebenserwartung, die in der DDR als ein wichtiger Indikator gesellschaftlicher Modernität angesehen wurde, blieb seit Anfang der 70er Jahre zunehmend hinter der Entwicklung in der Bundesrepublik zurück. 1991/93 lag die Lebenserwartung bei den Männern mit 69,3 Jahren um 3,2 Jahre und bei den Frauen mit 77,2 Jahren um 2,3 Jahre unter den westdeutschen Vergleichswerten.<sup>2</sup> Anfang der 90er

<sup>1</sup> Eine ausführliche Beschreibung und Auseinandersetzung mit der Bevölkerungspolitik der DDR lieferte Jürgen Cromm: vgl. Jürgen Cromm. (1998). Familienbildung in Deutschland. Westdeutscher Verlag, Opladen/ Wiesbaden, 642 S.

<sup>2</sup> Evelyn Grünheid. Überblick über die demografische Entwicklung in West- und Ostdeutschland von 1990 bis

Jahre zogen sich diese Sterblichkeitsunterschiede durch alle Altersgruppen, wobei diese Unterschiede in den höheren Altersgruppen besonders stark ausfielen. Die Ursachen dieser Sterblichkeitsunterschiede sind sehr vielfältig<sup>3</sup>. Die Palette der aufgeführten Einflussfaktoren reicht von einer höheren Selbstmordrate, jahrzehntelangen Defiziten im Lebensstandard, wie in den Arbeits- und Umweltbedingungen, Unterschieden in den Ernährungsgewohnheiten und in der medizinischen Versorgung bis hin zur selektiven Wanderung. Zudem waren Gesunde und Robuste überproportional an den Auswanderungen beteiligt.<sup>4</sup> Aufgrund dieser ungünstigeren Sterblichkeitsverhältnisse wurde in den ostdeutschen Regionen der aus dem niedrigen Geburtenniveau resultierende Alterungsprozess gebremst, was sich in vielen Regionen in einem ungewöhnlich niedrigen Bevölkerungsanteil der hohen Altersgruppen niederschlug.

Auch im Bereich der Wanderungen wirkte sich das politische System der DDR prägend auf die demografische Situation der Regionen aus. Zum einen wurden durch den Mauerbau 1961 sehr viele Menschen unmittelbar daran gehindert, die DDR zu verlassen. Aufgrund der typischen Selektivität von Abwanderungen ist davon auszugehen, dass vor allem junge und gut ausgebildete Menschen ausgewandert wären. Zum anderen wurde die Zuwanderung von Ausländern äußerst stark reglementiert. Nach dem Mauerbau konnten jährlich nur noch ca. 15 – 20 Tausend Menschen die DDR in Richtung Westdeutschland oder Berlin (West) verlassen<sup>5</sup>. Auch die Binnenwanderungen vollzogen sich auf vergleichsweise niedrigem Niveau<sup>6</sup>, wobei vor allem die Zentren, insbesondere Berlin, Profiteure dieser Wanderungen waren. Weil sich die regionale Entwicklung (z.B. im Wohnungsbau) zentral gesteuert auf ausgewählte Kernstädte oder wichtige Wirtschaftsstandorte konzentrierte, waren diese Regionen – mangels Alternativen - auch die Binnenwanderungsgewinner.<sup>7</sup> Diese Wanderungsgewinne der Zentren gingen maßgeblich auf Kosten der ländlichen Räume in der DDR, insbesondere im Norden.

Im Ergebnis dieser spezifischen Trends der natürlichen und räumlichen Bevölkerungsentwicklung waren die ostdeutschen Regionen zu Beginn des deutschen Einigungsprozesses nahezu durchgängig mit einer sehr vorteilhaften Altersstruktur der Bevölkerung ausgestattet, hier festgemacht am Durchschnittsalter<sup>8</sup> der Bevölkerung. Während die ostdeutschen Frauen 1990 mit 40,5 Jahren im Durchschnitt rd. ein Jahr jünger als die westdeutschen waren, fiel dieser Vorteil für die ostdeutschen Männer (35,8 Jahre / -1,7 Jahre) noch stärker aus. Vor allem die Regionen Mecklenburg-Vorpommerns und Brandenburgs verfügten 1990 über eine relativ junge Bevölkerung (vgl. Karte 1). Das Durchschnittsalter (insgesamt) der hier lebenden Menschen lag in einigen Regionen sogar unter 36 Jahren, während im Westen die Regionen Bremen, Hildesheim, Hamburg und Schleswig-Holstein Ost bereits Spitzenwerte von über 41,4 Jahren realisierten. Einzig in den Regionen West- und Südsachsen lag das Durchschnittsalter der Bevölkerung zu diesem Zeitpunkt über dem gesamtdeutschen Durchschnittswert von 39,3 Jahren.

---

2004. In: Cassens, Insa; Marc Luy; Rembrandt Scholz (Hrsg.) Die Bevölkerung in Ost- und Westdeutschland. Demografische, gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklungen seit der Wende. VS Research 2009, S. 12-47

<sup>3</sup> Geißler, Rainer 2002: Die Sozialstruktur Deutschlands. Die gesellschaftliche Entwicklung vor und nach der Vereinigung, 3. Auflage, Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, S. 60ff.

<sup>4</sup> Eva Kibele und Rembrandt Scholz. DEMOGRAFISCHE FORSCHUNG 2009, Jahrgang 6, Nr. 3 S. 4

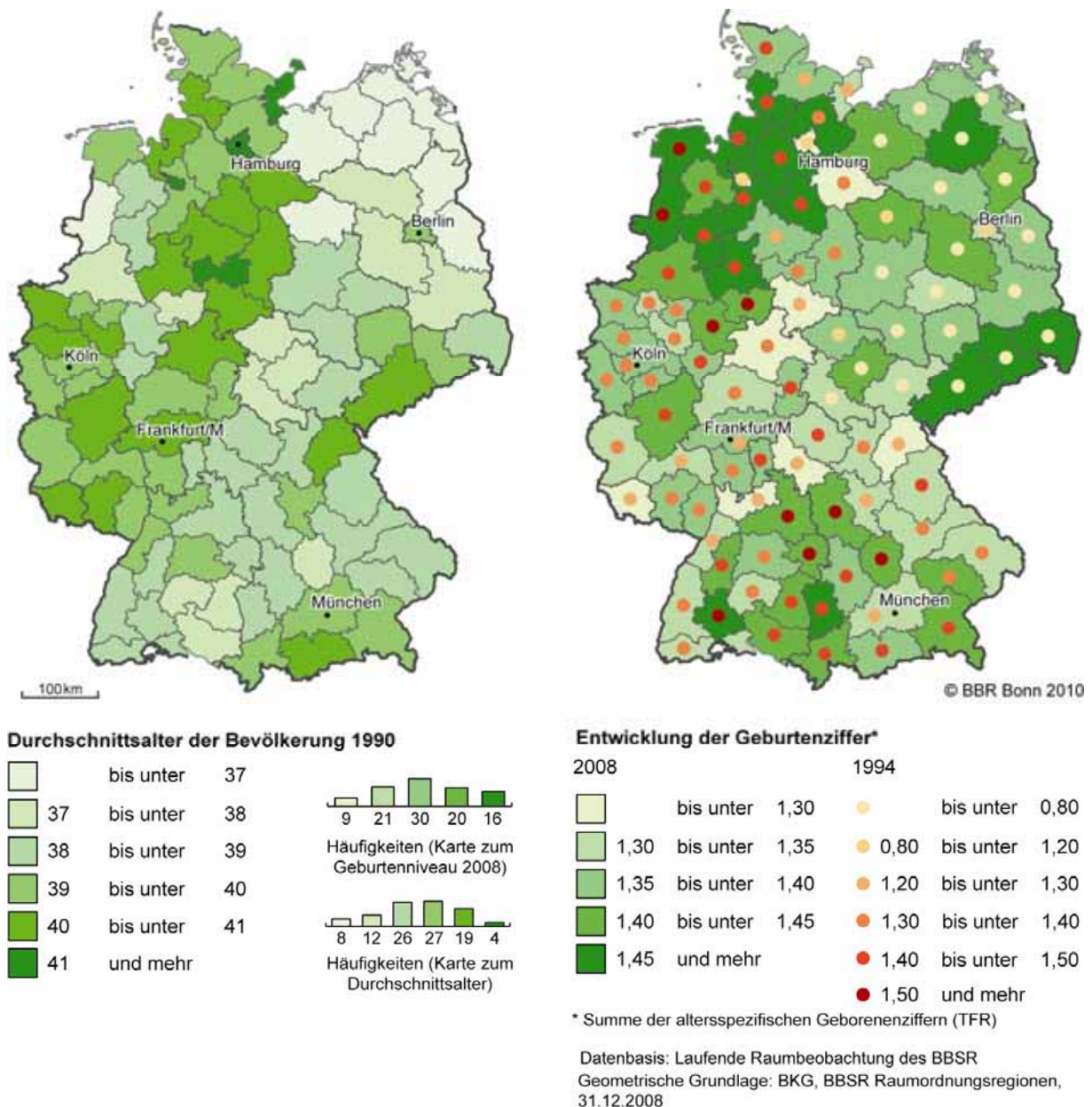
<sup>5</sup> Maretzke, S.: Tendenzen der Wanderungsentwicklung zwischen den alten und neuen Bundesländern im Zeitraum 1989 und 1990. In: Raumentwicklung in den alten und neuen Bundesländern – Arbeitsbeiträge zum Raumordnungsbericht der Bundesregierung 1991. - Bonn 1991. =Materialien zur Raumentwicklung, Heft 41 S. 10f.

<sup>6</sup> Selbst 1989, dem Jahr der Abstimmung mit den Füßen, verlegten in der DDR nur 4,3% der Einwohner ihren Wohnort in eine andere Gemeinde des In- oder Auslandes. In der Bundesrepublik waren es 4,7%. Vgl. Grundmann, S. Die Ostdeutschen – räumlich immobil? In: Mobilität und Migration in Deutschland. Beiträge zur Tagung des Arbeitskreises "Bevölkerungsgeographie" des Verbandes der Geographen an Deutschen Hochschulen am 15. und 16. September 1994 in Erfurt. Erfurter Geographische Studien Heft 3, Erfurt 1995 S. 51 f.

<sup>7</sup> Maretzke, S.: Ausgewählte Aspekte der Wanderungsentwicklung in den Regionen der neuen Länder nach der Wiedervereinigung. In: Mobilität und Migration in Deutschland. Beiträge zur Tagung des Arbeitskreises "Bevölkerungsgeographie" des Verbandes der Geographen an Deutschen Hochschulen am 15. und 16. September 1994 in Erfurt. Erfurter Geographische Studien Heft 3, Erfurt 1995 S. 65 f.

<sup>8</sup> Das Durchschnittsalter einer Region wurde jeweils aus 17 Altersgruppen der Gesamtbevölkerung berechnet.





## Karte 1

### Durchschnittsalter 1990 und Entwicklung der Geburtenziffer 1994 bis 2008

#### Wesentliche Trends des Geburtenniveaus

Die wirtschaftlichen und sozialen Umbrüche, die in den neuen Ländern mit der deutschen Wiedervereinigung einhergingen, äußerten sich auch in einem „demografischen Schock“<sup>9</sup>, in dessen Ergebnis die Fertilität flächendeckend einbrach. Mit einem Wert von 0,77 verringerte sich die zusammengefasste Geburtenziffer 1994 in den ostdeutschen Regionen auf ein historisch einmalig niedriges Niveau. Am stärksten waren die Regionen außerhalb der Agglomerationsräume von diesem Rückgang betroffen, die zu DDR-Zeiten eigentlich ein überdurchschnittlich hohes Geburtenniveau aufwiesen. In den Regionen Lausitz-Spreewald, Havelland-Fläming, Ostthüringen, Mecklenburgische Seenplatte, Südthüringen, Westmecklenburg und Mittleres Mecklenburg/Rostock fiel die Geburtenziffer sogar unter 0,73.

Seit 1995 stieg das Geburtenniveau der Frauen in den neuen Ländern wieder deutlich und kontinuierlich an. Mit einem Wert von 1,4 lag es 2008 wieder leicht über dem westdeutschen Vergleichswert. In dieser Normalisierung des Geburtenverhaltens der ostdeutschen Frauen zeigt sich, dass die Men-

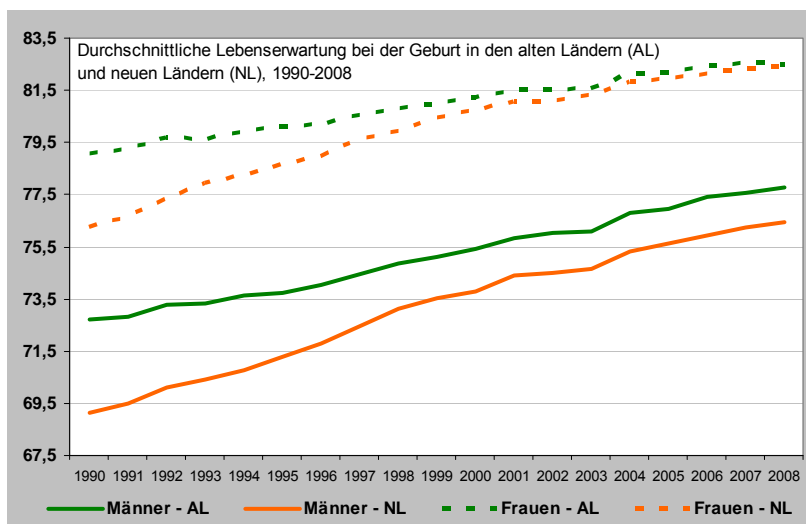
<sup>9</sup> Vgl. Dorbritz, Jürgen (1997): Der demographische Wandel in Ostdeutschland – Verlauf und Erklärungsansätze. In: Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft (22), 239-268.

schen in Ostdeutschland die Umbruch- und Anpassungsreaktionen an die veränderten gesellschaftlichen Verhältnisse bewältigt haben. Nun realisieren die Regionen außerhalb der Agglomerationsräume - so wie schon zu DDR-Zeiten und so wie es auch für die alten Länder gilt - ein leicht überdurchschnittliches Geburtenniveau. Das gilt insbesondere für die Regionen Mecklenburgische Seenplatte und Oberlausitz-Niederschlesien (vgl. Karte 2). Neben den westdeutschen Regionen Emsland, Schwarzwald-Baar-Heuberg, Bremerhaven und Hamburg-Umland-Süd erreichten auch diese beiden Regionen 2008 eine Geburtenziffer  $>1,5$ . In den Regionen Ostthüringen, Anhalt-Bitterfeld-Wittenberg, Südthüringen und Berlin lag das Geburtenniveau dagegen z.T. deutlich niedriger ( $<1,35$ ). Aber selbst diese Werte wurden von vielen westdeutschen Regionen, insbesondere von den Regionen Saar, Göttingen und Würzburg ( $<1,25$ ) noch deutlich unterboten.

Allerdings sichert auch das aktuelle Geburtenniveau den Ersatz der Elterngeneration bei weitem nicht. Schlagen sich die massiven Geburteneinbrüche der 90er Jahre flächendeckend in der Altersstruktur der Bevölkerung ostdeutscher Regionen nieder, so gilt dies auch für die aktuelle Geburtenentwicklung. Denn wenn diese über 20 Jahre aufgebauten schwach besetzten Frauenjahrgänge nun ihre eigene reproduktive Phase erreichen und sich am aktuellen Geburtenniveau nichts ändert, dann werden die neuen Geburtsjahrgänge noch schwächer als die der Müttergeneration besetzt sein. Im Ergebnis dieser Entwicklung wird die Intensität der demografischen Alterung weiter steigen.

### Wesentliche Trends der Sterblichkeit

Seit Beginn des deutschen Einigungsprozesses hat sich die Lebenserwartung der Ostdeutschen kontinuierlich an die weiter steigenden westdeutschen Vergleichswerte angenähert (vgl. Abb. 2).



Quelle:  
<http://www.lebenserwartung.info/index-Dateien/ledeu.htm>  
 von Dr. Marc Luy, Senior Scientist am Vienna Institute of Demography (1.10.2010)

**Abbildung 2**  
**Entwicklung der Lebenserwartung 1990 bis 2008**

Besonders rasant verlief diese Entwicklung in den Bundesländern Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg (vgl. Tab. 1). Diese durchaus überraschende Geschwindigkeit des Angleichungsprozesses ist ein klarer Beleg dafür, dass sich die Veränderungen im Gesundheitsbereich sehr schnell vorteilhaft auf die Lebensqualität der Menschen ausgewirkt haben. Vermutlich wurde diese Entwicklung zudem durch den Aufbau neuer Produktionsstrukturen in der Industrie mit höheren Sicherheitsstandards und Umweltauflagen begünstigt.



Bundesländer/ Deutschland	Männlich			Weiblich		
	1993/ 1995	2006/ 2008	93-08 in %	1993/ 1995	2006/ 2008	93-08 in %
Baden-Württemberg	74,5	78,6	5,5	80,9	83,3	3,1
Bayern <sup>b</sup>	73,9	77,7	5,1	80,0	82,7	3,3
Berlin	71,9	76,9	6,9	78,6	82,0	4,4
Brandenburg	70,0	76,1	8,7	78,0	82,0	5,1
Bremen	72,4	76,0	5,0	79,2	81,9	3,4
Hamburg	73,3	77,3	5,5	79,6	82,2	3,3
Hessen	73,9	77,7	5,1	79,9	82,5	3,3
Mecklenburg-Vorpommern	68,8	75,1	9,1	77,6	81,8	5,4
Niedersachsen	73,3	76,8	4,8	79,8	82,1	3,0
Nordrhein-Westfalen	73,2	76,7	4,8	79,5	81,9	3,0
Rheinland-Pfalz	73,6	77,1	4,7	79,8	82,0	2,8
Saarland	72,4	75,8	4,7	78,8	81,1	3,0
Sachsen	71,4	76,8	7,4	78,7	82,7	5,2
Sachsen-Anhalt	70,3	75,1	6,8	77,7	81,4	4,8
Schleswig-Holstein	73,7	77,1	4,5	79,7	82,1	3,0
Thüringen	71,3	75,9	6,4	78,0	81,9	5,0
Deutschland	73,0	77,2	5,7	79,5	82,4	3,7

<sup>a</sup> Quelle: Für die Werte in dem Zeitraum 1993/1995 siehe Sommer, Bettina (1998): Die Sterblichkeit in Deutschland im regionalen und europäischen Vergleich, in *Wirtschaft und Statistik* 12/1998, S. 960ff.

<sup>b</sup> Die Werte für Bayern wurden aufgrund einer länderspezifischen Methodik ermittelt.

### Tabelle 1

#### Entwicklung der durchschnittlichen ferneren Lebenserwartung in den Bundesländern bei Geburt<sup>a</sup>, 1993/05 bis 2006/08

Bei den ostdeutschen Frauen lag die Lebenserwartung 2006/08 bei etwa 82,2 Jahren und damit nur minimal unter dem westdeutschen Vergleichswert (82,5). Ostdeutsche männliche Neugeborene haben aktuell eine Lebenserwartung von 76,1 Jahren, also knapp 1,3 Jahre weniger als in den alten Ländern.

Analysen zur Frage, wie die Angleichung der Lebenserwartung in Ost- und Westdeutschland erreicht wurde, kamen zu dem Ergebnis, dass sich etwa ein Drittel der höheren Sterblichkeit der Ostdeutschen zu Anfang der 90er Jahre durch die höhere Sterblichkeit im Bereich der Prävention erklären lässt, wovon besonders die jungen und mittleren Erwachsenenalter betroffen sind. Ein weiteres Drittel wird dem Bereich der medizinischen Versorgung und den ischämischen Herzkrankheiten zugeordnet. Dies betrifft vor allem die höheren Altersklassen. Bei den ostdeutschen Frauen, die ja einen weniger großen Abstand der Lebenserwartung aufwiesen, ist ein Drittel dieser Differenz der besseren medizinischen Versorgung im Westen geschuldet.<sup>10</sup> Andere Forschungsergebnisse zeigen, dass auch die bestehenden strukturellen Unterschiede des Arbeitsmarktes in Ost- und Westdeutschland die Lebenserwartungsdifferenz bei Männern im Alter bis 65 Jahre erklären können.<sup>11</sup>

Im Ergebnis der rückläufigen Sterblichkeit verstärkte sich in allen ostdeutschen Regionen die Intensität der demografischen Alterung. Die Ostdeutschen werden immer älter, so dass der Anteil der Menschen in den höheren Altersgruppen an der Gesamtbevölkerung noch stärker als zuvor wächst.

<sup>10</sup> Kibele, E.; Scholz, R. (2009) Verbesserte medizinische Versorgung zahlt sich aus. Lebenserwartungen in Ost- und Westdeutschland haben sich schnell angenähert. In: *Demografische Forschung* 2009, Jahrgang 6, Nr. 3 S. 4

<sup>11</sup> Vgl. Kibele, E.; Scholz, R. (2009) a.a.O. S. 4

## Wesentliche Trends der Wanderungen

### *Die Entwicklung der Ost-West-Wanderungsverflechtungen*

Die hohen Binnenwanderungsverluste der ostdeutschen an die westdeutschen Regionen<sup>12</sup> haben sich bis 1996 relativ zügig reduziert (vgl. Abb. 3). In dem Moment aber, wo offensichtlich wurde, dass sich dieser Angleichungsprozess langsamer als erwartet vollziehen wird, nahmen auch die Wanderungsverluste an den Westen wieder zu. Einzig im Zeitraum 1992 bis 1996 realisierten die ostdeutschen Regionen Wanderungsgewinne, allein infolge starker Zuwanderungen aus dem Ausland. Mit der Abnahme dieser Zuwanderungen stellten sich per Saldo auch wieder Wanderungsverluste ein.

Aktuell haben sich diese Ost-West-Wanderungsverluste auf einen Wert von 40 – 50 Tausend Personen pro Jahr eingependelt. Aufgrund der starken Ausbildungs- und Arbeitsplatzorientierung der Ost-West-Fortzüge gibt es auch keine Hoffnung auf Änderung dieses Abwanderungstrends. Selbst angesichts der potenziell hohen Rückkehrbereitschaft von fast 50 % stehen der hohen emotionalen Heimatbindung viel zu hohe Einkommenserwartungen entgegen.<sup>13</sup> Entsprechend dieser Stimmungsschwankungen entwickelten sich in den neuen Ländern auch die Kreisgrenzen überschreitenden Wanderungsdistanzen. Dominierten zum Wendezeitpunkt vor allem die großräumigen Ost-West-Wanderungen, was sich 1991 in einer durchschnittlichen Wanderungsdistanz der Ostdeutschen von fast 250 km äußerte (Alte Länder = 122km), reduzierte sich diese Distanz bis 1997 deutlich. Seit Mitte der 90er Jahre, als sich die BIP-Wachstumsraten der neuen Länder wieder spürbar verringerten, stieg die Wanderungsdistanz der Ostdeutschen jedoch wieder an, wobei sie im Jahre 2007 bei ihren Wanderungen über Kreisgrenzen im Schnitt 174 km zurücklegten. Diese Distanz liegt fast 50% über dem westdeutschen Vergleichswert. Die Personen, die aus den Raumordnungsregionen Berlin, Oberlausitz-Niederschlesien oder Vorpommern ihren Wohnort in einen anderen Kreis verlegten, überwandern dabei die größten Distanzen (>200km). Unter den westdeutschen Regionen erreichte einzig die Region Hochrhein-Bodensee einen vergleichbaren Wert.

Regional differenzierte Analysen zum Zusammenhang von Binnenwanderungen und regionalen Disparitäten signalisieren, dass es gerade die „Schrumpfungsregionen“, also Regionen mit ungünstiger Beschäftigungsentwicklung und hoher Arbeitslosigkeit sind, die überaus stark von Binnenwanderungsverlusten betroffen sind. Dieser Regionstyp aber findet sich derzeit vor allem in den neuen Ländern.<sup>14</sup>

Analysiert man das Spektrum der Binnenwanderungen im Zeitraum 1991 bis 2007 etwas differenzierter dann zeigt sich, dass die Wanderungen der Ostdeutschen maßgeblich durch hohe Wanderungsverluste an die alten Länder geprägt werden. Einzig Berlin, was ja ein klarer Sonderfall ist, realisiert gegenüber den alten Ländern geringe Binnenwanderungsgewinne.

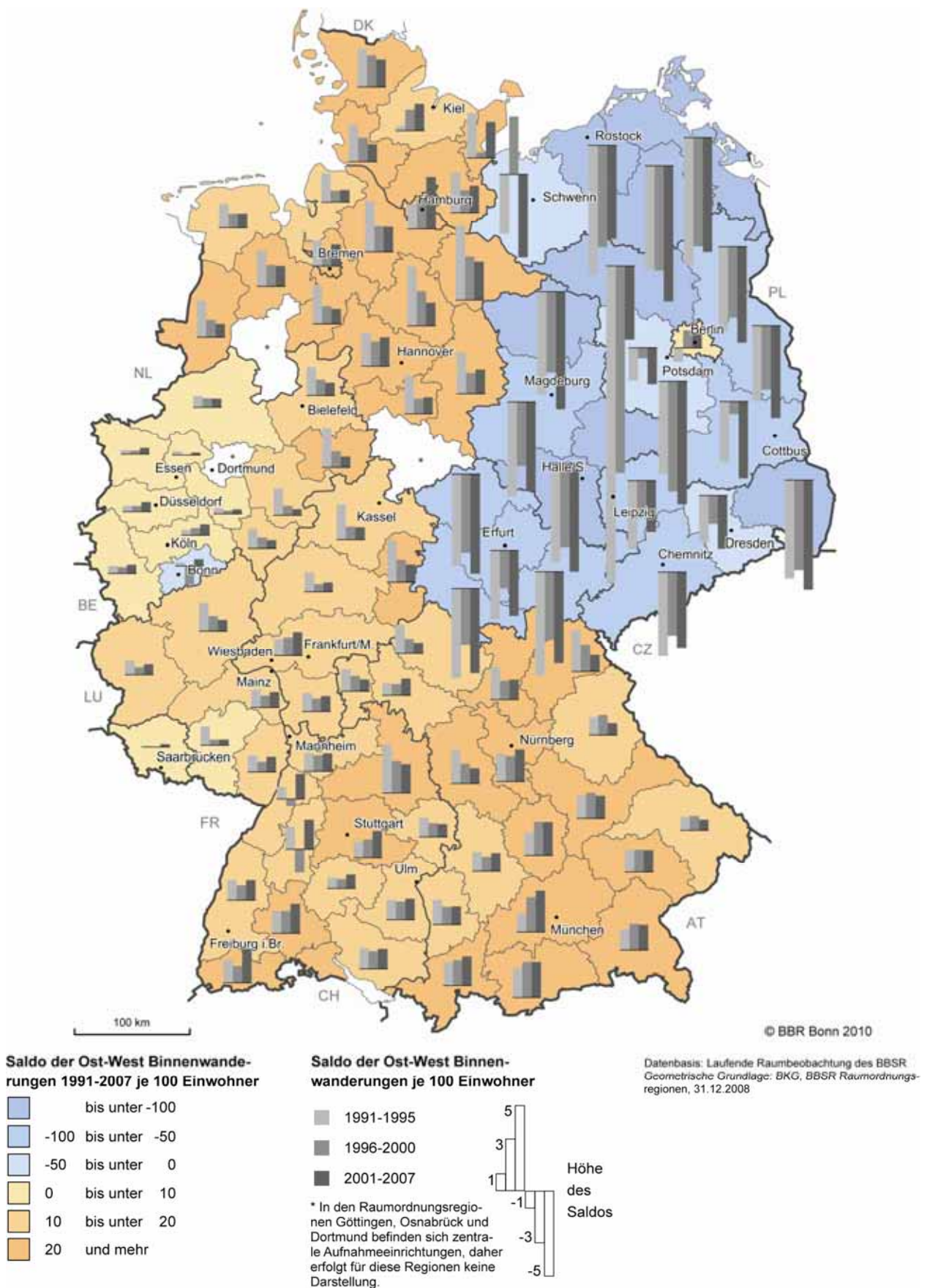
Per Saldo wanderten von 1991 bis 2007 ca. 1,03 Mio. Personen in den Westen. Besonders viele Menschen verließen die Regionen Prignitz-Oberhavel, Mecklenburgische Seenplatte, Mittleres Mecklenburg/Rostock und Vorpommern (vgl. Karte 2). Diese Regionen verloren mehr als 10 Prozent ihrer 1991er Ausgangsbevölkerung an den Westen. Von diesen Zuwanderungen profitierten im Prinzip alle westdeutschen Regionen, insbesondere Lüneburg, Hamburg, Südheide, Franken, Hamburg-Umland-Süd, München und Oberland. Unter den westdeutschen Regionen wies im Zeitraum 1991-2007 dagegen einzig die Region Bonn leichte Wanderungsverluste an die neuen Länder auf. Die Zuwanderungen aus den neuen Ländern in den Perioden 1991-1995 und 2001-2007 konnten dort die aus der Verlegung des Regierungssitzes nach Berlin resultierenden temporären Wanderungsverluste (1996-2000) nicht kompensieren.

---

<sup>12</sup> Bei der Bewertung regionaler Binnenwanderungsstrukturen (Wanderungen über Kreisgrenzen innerhalb Deutschlands) werden die Regionen Göttingen, Osnabrück und Dortmund nicht berücksichtigt, weil sich dort große zentrale Aufnahmeeinrichtungen befinden, die in Deutschland für jüdische Emigranten, wie für Spätaussiedler "erste Anlaufadresse" sind. Von diesen Einrichtungen aus verlegt der Großteil der „Zugezogenen“ meist schon innerhalb einer Woche ihren Wohnort in ein anderes Bundesland, wobei ihnen das Bundesland und der Wohnort zugewiesen werden.

<sup>13</sup> Friedrich, K.; Schulz, A: Mit einem Bein im Osten? Abwanderung aus Ostdeutschland in sozialgeographischer Perspektive. In: Abwanderung, Geburtenrückgang und regionale Entwicklung. Ursachen des Bevölkerungsrückganges in Ostdeutschland. Hrsg.: Dienel, C. – Wiesbaden 2005, S. 203–216

<sup>14</sup> Maretzke, S.: Die Bevölkerungsentwicklung in den Regionen Deutschlands – Ein Spiegelbild der vielfältigen ökonomischen und sozialen Disparitäten. In: Cassens, Insa; Marc Luy; Rembrandt Scholz (Hrsg.) Die Bevölkerung in Ost- und Westdeutschland. Demografische, gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklungen seit der Wende. VS Research 2009, S. 223-260



**Karte 2**  
**Regionalstruktur der Ost-West-Binnenwanderungen 1991 - 2007**

Die geringen Wanderungsverluste Berlins resultierten in diesem Zeitraum vor allem aus den zahlreichen Zuwanderungen aus den alten Ländern. So verlegten allein aus der Region Bonn per Saldo über 9,2 Tausend Menschen ihren Wohnsitz in die Hauptstadt. Von den anderen ostdeutschen Regionen realisierten im Ergebnis aller Binnenwanderungen nur noch die Regionen Havelland-Fläming und Uckermark-Barnim einen positiven Saldo. Sie profitierten von ihrer günstigen Lage zu Berlin, dank derer sie umfangreiche Suburbanisierungsgewinne auf sich vereinigen konnten. Gleiches gilt für die übrigen Randregionen Berlins, auch wenn diese insgesamt leichte Wanderungsverluste erlebten.

### ***Die Entwicklung der Suburbanisierung in den neuen Ländern***

Für viele Randgemeinden der Zentren sind die Suburbanisierungsprozesse ein wichtiger Stabilisierungsfaktor ihrer demografischen Entwicklung. Weil die Verlegung des Wohnortes ins Umland der Zentren zu DDR-Zeiten nahezu unmöglich war, konnte sich eine dem Westen vergleichbare Suburbanisierung des Umlandes erst mit der politischen Wende entfalten. Von den Ostdeutschen, die sich entschlossen haben in den neuen Ländern ihre Zukunft zu sichern, machten relativ viele sehr schnell von dieser neuen Möglichkeit Gebrauch. Dies führte zu einer massiven Ausweitung der Suburbanisierungsprozesse im Umland der ostdeutschen Kernstädte. Auch viele Westdeutsche ließen sich - so wie gewohnt - im Umland der ostdeutschen Zentren nieder.

In der zweiten Hälfte der 90er Jahre kam es jedoch wieder zu einer Normalisierung dieser Entwicklung, was sich in sinkenden Zuzügen aus und stagnierenden Fortzügen in die Kernstädte niederschlug. Im Ergebnis dieser Entwicklung wiesen die Umlandgemeinden ostdeutscher Kernstädte im Jahr 2000 bereits wieder Wanderungsverluste an die Kernstädte auf<sup>15</sup>. Dabei ist es bis 2007 geblieben, wobei die Wanderungsverluste der Kreise außerhalb der Kernstädte an die Kernstädte tendenziell sogar steigen.

Erklärungsgründe für diese Entwicklung gibt es viele. Zum einen könnte der ostdeutsche Suburbanisierungstau abgearbeitet worden sein. Zum anderen haben die Städte ihre eigenen Stadtentwicklungspotenziale zunehmend effektiver genutzt, um ihren Anwohnern attraktive Arbeits- und Lebensbedingungen zu bieten. Hinzu kommen der stagnierende wirtschaftliche und soziale Angleichungsprozess, statistische Effekte (Städtische Halteprämien für Studenten) u.a.m., die ein Ende dieser großräumigen ostdeutschen Suburbanisierungswelle beförderten.

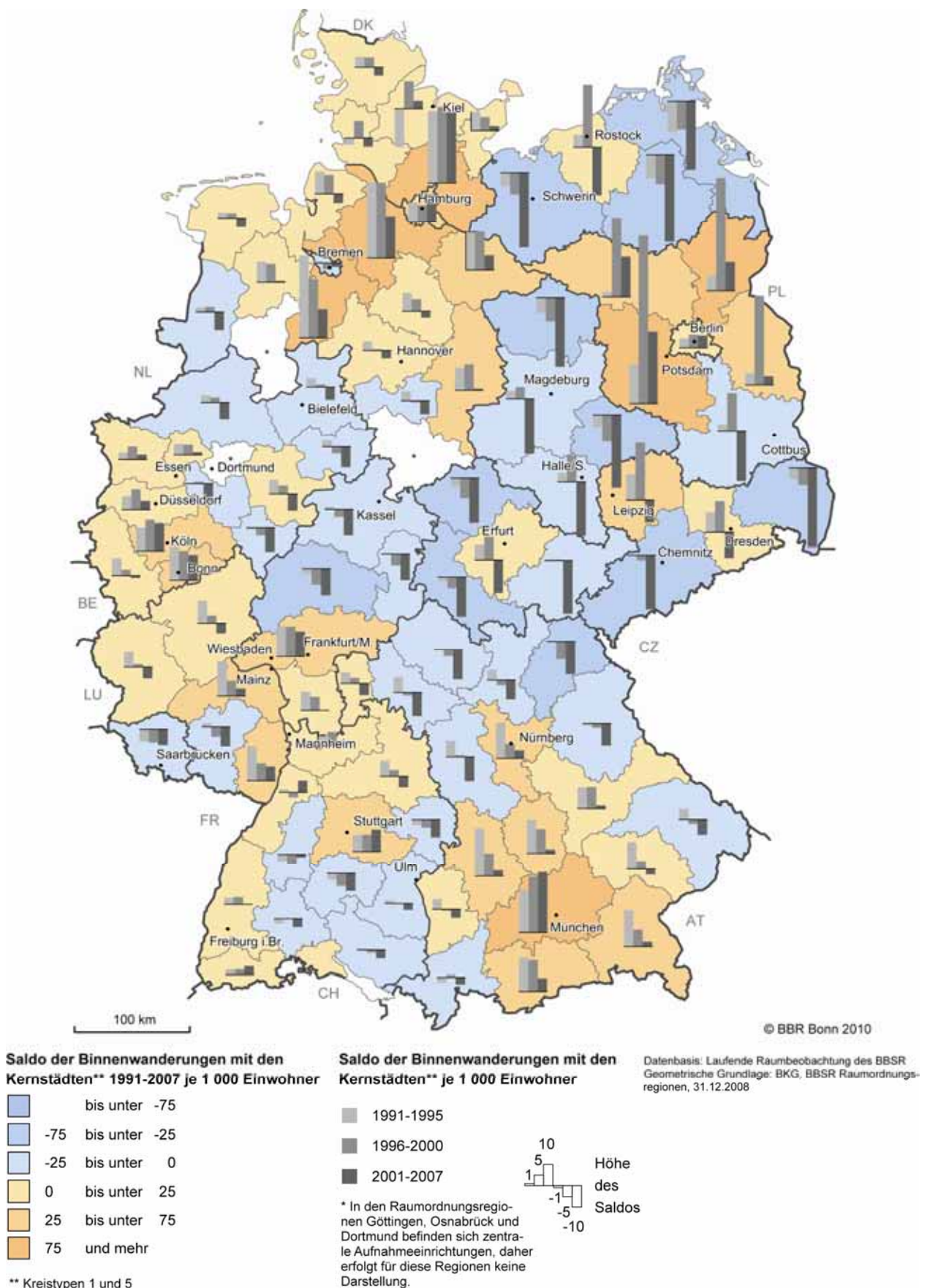
Unter den Regionen mit Suburbanisierungsgewinnen sticht vor allem die Region Havelland-Fläming heraus. Von 1991 bis 2007 realisierte diese Region per Saldo einen Zuwachs von fast 100 Tausend Personen. Das entspricht ca. 14,4 Prozent der 91er Ausgangsbevölkerung. Vergleichbare Suburbanisierungsgewinne realisierten in diesem Zeitraum nur noch die Regionen Hamburg-Umland-Süd und Schleswig-Holstein-Süd. Unter den ostdeutschen Regionen realisierten auch die Regionen Prignitz-Oberhavel, Oderland-Spree und Uckermark-Barnim hohe Suburbanisierungsgewinne, allerdings auf deutlich niedrigerem Niveau (vgl. Karte 3). Interessant ist in diesem Zusammenhang, dass auch Berlin durchgängig Wanderungsgewinne gegenüber den anderen ost- und westdeutschen Kernstädten realisierte, was in diesem Zusammenhang natürlich nicht unter Suburbanisierung gefasst werden kann.

Neben diesen Profiteuren der Suburbanisierung gibt es auch viele ost- und westdeutsche Regionen, die im Zeitraum 1991 bis 2007 per Saldo Wanderungsverluste gegenüber den Kernstädten aufwiesen. Diese liegen für Stadt-Umland-Wanderungen in der Regel viel zu peripher, so dass sie für Zuwanderer aus den Kernstädten eher uninteressant sind. Zu nennen wären hier vor allem die Regionen Mecklenburgische Seenplatte, Vorpommern, Westmecklenburg, Anhalt-Bitterfeld-Wittenberg, Altmark und Oberlausitz-Niederschlesien. In den alten Ländern weisen die Regionen Oberfranken-Ost und Mittelhessen die größten Verluste an Kernstädte auf. Diese liegen aber deutlich unter den Werten der zuvor genannten ostdeutschen Regionen. Während in den Regionen mit Suburbanisierungsgewinnen die demografische Situation durch selektive Zuwanderungen in der Regel stabilisiert wird, erleiden die Abwanderungsregionen durch diese Verluste eine weitere Destabilisierung ihrer ohnehin schon schwierigen Lage, was zu forcierter Schrumpfung und demografischer Alterung führt.

---

<sup>15</sup> Um Suburbanisierungsprozesse quantifizieren zu können wurden hier, auf Basis der Wanderungsverflechtungen der Kreise, die Binnenwanderungen der Kreise außerhalb der Kernstädte (Kreistyp 1 und 5) mit den Kernstädten analysiert.





**Karte 3**  
**Regionalstruktur der Suburbanisierungsprozesse 1991 - 2007**

## Die demografische Entwicklung seit 1990 – eine Gesamtschau

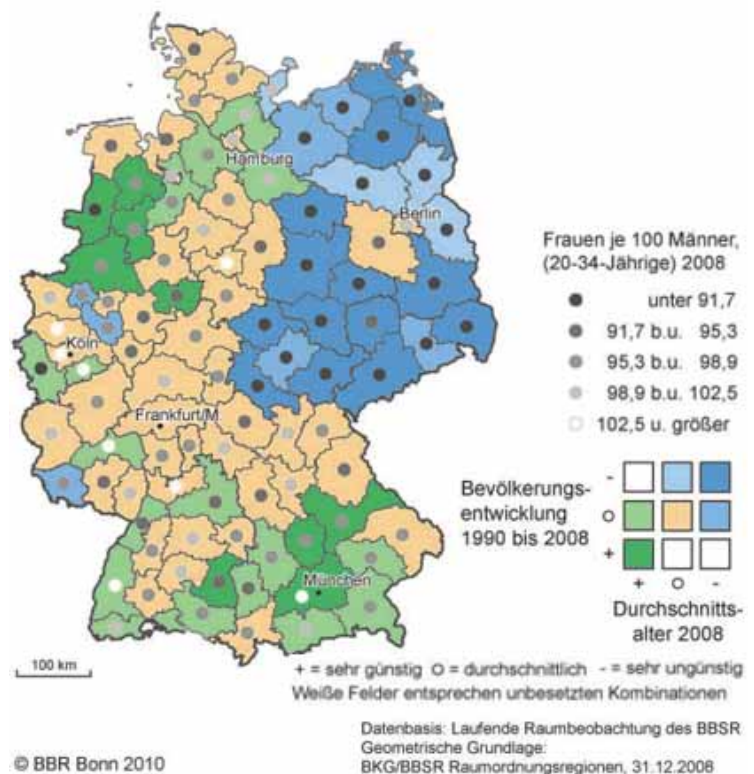
Im Ergebnis der natürlichen und räumlichen Bevölkerungsentwicklung hat sich die demografische Situation der ostdeutschen Regionen durchgängig spürbar verändert. Das niedrige Geburtenniveau, die gestiegene Lebenserwartung und die kontinuierlichen Wanderungsverluste führten zu einer bislang noch nie erlebten Forcierung der demografischen Alterung in allen ostdeutschen Regionen, in denen sich von 1990 bis 2008 das Durchschnittsalter der Bevölkerung um 6,5 Jahre (alte Länder = 3,1) erhöhte. Besonders intensiv vollzog sich diese Entwicklung in den ländlichen Räumen der neuen Länder.

Aus den unterschiedlichsten Perspektiven werden ein hohes Geburtenniveau und kontinuierliche Wanderungsgewinne als eher vorteilhaft für eine Region angesehen und vice versa, nicht zuletzt, weil sie auch der demografischen Alterung entgegenwirken. Wenn dem aber so ist, dann muss auch die demografische Alterung als ein weiteres wichtiges Indiz dafür gesehen werden, dass es im Osten noch viel zu tun gibt. Vor allem die anhaltenden Binnenwanderungsverluste – die ein bewährter Gradmesser der Attraktivität regionaler Arbeits- und Lebensbedingungen sind – signalisieren, dass es noch in vielen ostdeutschen Regionen ungelöste soziale und/oder ökonomische Problemlagen gibt. Diese werden die Ostdeutschen wohl auch in der Zukunft noch einige Zeit bewegen, ihr Heil relativ öfter im großräumigen Wohnortwechsel suchen. Normal liegt der Anteil großräumiger Fortzüge deutlich niedriger.

Wiesen die ostdeutschen Regionen hinsichtlich ihrer demografischen Alterung 1990 noch einen klaren Standortvorteil auf, so ist ihnen dieser Vorteil inzwischen mehrheitlich verloren gegangen. Neben den Regionen Donau-Iller (BY), Südheide, Oberfranken-West und Bayerischer Untermain gehören nun auch die ostdeutschen Regionen Havelland-Fläming, Oberes Elbtal/Osterzgebirge und Lausitz-Spreewald bundesweit zu den Regionen mit dem höchsten Durchschnittsalter (>45,5 Jahre). Die Regionen Mecklenburgische Seenplatte, Vorpommern, Westsachsen, Uckermark-Barnim und Mittelthüringen wiesen 2008 bundesweit zwar noch das niedrigste Durchschnittsalter auf. Aber auch in diesen Regionen sind die Menschen im Durchschnitt bereits älter als 40 Jahre.

Das niedrige Geburtenniveau, die weiter steigende Lebenserwartung und anhaltende selektive Binnenwanderungsverluste bringen für die Mehrzahl der ostdeutschen Regionen auch künftig weitere Bevölkerungsverluste und eine hohe Intensität der demografischen Alterung mit sich. Hinzu kommt der kontinuierliche Aufbau eines Männerüberschusses in den jüngeren Altersgruppen der Bevölkerung, der maßgeblich aus der Unausgewogenheit der Ost-West-Wanderungsverflechtungen resultiert (vgl. Karte 4).

Besonders ungünstig gestaltet sich die demografische Situation in den Regionen Oberlausitz-Niederschlesien, Anhalt-Bitterfeld-Wittenberg und Ostthüringen. Hier bündeln sich starke Schrumpfung und demografische Alterung mit einem hohen Männerüberschuss bei den Jüngeren. Berlin, Havelland-Fläming und Westsachsen stehen demgegenüber noch vergleichsweise günstig da, aber auch dies wird durch einen direkten Vergleich mit den westdeutschen Regionen schnell relativiert. Mit den Regionen Bodensee-Oberschwaben, Ingolstadt, München, Münster, Oldenburg, Osnabrück und Regensburg, die 1990 bis 2008 bundesweit die mit Abstand günstigsten demografischen Strukturen und Trends aufwiesen, kann sich keine der ostdeutschen Regionen messen.



**Karte 4**  
**Bevölkerungsentwicklung**

### Demografische Herausforderungen konzentrieren sich vor allem auf potenzialschwache ostdeutsche Regionen

Gestalteten sich die Binnenwanderungsprozesse in starker Abhängigkeit vom Niveau der regionalen Disparitäten, so gilt dies umso mehr für die Intensität der demografischen Alterung. Analysen, die die Wechselbeziehungen ausgewählter demografischer Struktur- und Entwicklungsindikatoren mit dem Potenzialindikator<sup>16</sup>, einem Indikator zur Quantifizierung des endogenen Entwicklungspotenzials einer Region, quantifizieren zeigen, dass sich im bundesweiten Kontext die Intensität der demografischen Alterung einer Raumordnungsregion umso stärker gestaltete, je geringer ihr Potenzialindikator ausfiel. Dieser Zusammenhang ist in den ostdeutschen Regionen wesentlich stärker ausgeprägt als in den westdeutschen. Strukturschwache Regionen wiesen hier 2008 ein überdurchschnittlich hohes Durchschnittsalter der Bevölkerung auf, und auch die demografische Alterung vollzog sich seit 1990 mit einer besonders hohen Intensität (vgl. Tabelle 2).

Alte Länder/ Neue Länder	Potenzialindikator <sup>a</sup> Anfang der 1990er Jahre	Potenzialindikator 2008/2010	Entwicklung der Bevölkerungs- zahl 1990-2008
	Korrelationskoeffizient		
Alte Länder			
Durchschnittsalter 1990	0,256	0,071	-0,531
Durchschnittsalter 2008	-0,171	-0,326	<b>-0,783</b>
Entwicklung des Durchschnittsalters 1990 bis 2008	-0,556	-0,454	-0,061
Neue Länder			
Durchschnittsalter 1990	0,485	0,503	-0,013
Durchschnittsalter 2008	<b>-0,778</b>	<b>-0,806</b>	<b>-0,772</b>
Entwicklung des Durchschnittsalters 1990 bis 2008	<b>-0,877</b>	<b>-0,910</b>	-0,508

<sup>a</sup> Für diesen Beitrag wurde das regionale Entwicklungspotenzial ohne den Teilindikator Durchschnittsalter berechnet

#### Tabelle 2

#### Zur Wechselbeziehung demografischer Struktur- und Entwicklungsindikatoren mit dem regionalen Entwicklungspotenzial

Ein Blick auf die aktuelle Regionalstruktur des Entwicklungspotenzials zeigt, dass die ostdeutschen Regionen ihr Entwicklungspotenzial in den letzten 20 Jahren systematisch ausbauen konnten. Dies ist ihnen insbesondere bei der Verbesserung der Einkommenschancen der Beschäftigten, der erfolgreichen Integration ihrer Industrieunternehmen in die Weltmärkte, dem Abbau der zwischenzeitlich extrem hohen Arbeitslosigkeit sowie der Steigerung der kommunalen Gewerbesteuereinnahmen gelungen. Vor allem die Regionen Oberes Elbtal/ Osterzgebirge und Havelland-Fläming befinden sich auf einem guten Weg. Neben diesen finden sich aber noch immer äußerst strukturschwache Regionen, die ihr Potenzial in den letzten 20 Jahren kaum ausbauen konnten, und in denen sich die strukturellen Probleme eher zu verfestigen scheinen. Das betrifft vor allem die Regionen Oberlausitz-Niederschlesien, Vorpommern, Mecklenburgische Seenplatte, Uckermark-Barnim und die Altmark. Diese Regionen weisen auch 20 Jahre nach der deutschen Einheit bei nahezu allen der hier untersuchten Strukturindikatoren weit unter dem ostdeutschen Durchschnittswert liegende Potenzialwerte auf, vor allem in den Bereichen Arbeitslosigkeit und kommunale Gewerbesteuereinnahmen.

Trotz dieser positiven Signale muss konstatiert werden, dass die Potenzialschwäche der ostdeutschen Regionen auch 2008/ 2010 noch immer auf einem breit strukturierten Fundament basiert (vgl. Karte 5). Die äußerst engagierte Förderung der ostdeutschen Regionen durch die alten Länder hat nicht verhindern können, dass sich die Ost-West-Schere des Entwicklungspotenzials seit Anfang der 1990er Jahre weiter öffnete. Die massiven Finanztransfers behinderten die westdeutschen Regionen offensichtlich kaum in ihrer Entwicklung. Schließlich standen den umfangreichen Potenzialabflüssen in Form hoher Finanztransfers auch gewaltige Potenzialzuflüsse in Form erweiterter Absatzmärkte und junger, meist gut qualifizierter Fachkräfte gegenüber, die aus dem Osten in den Westen wanderten.

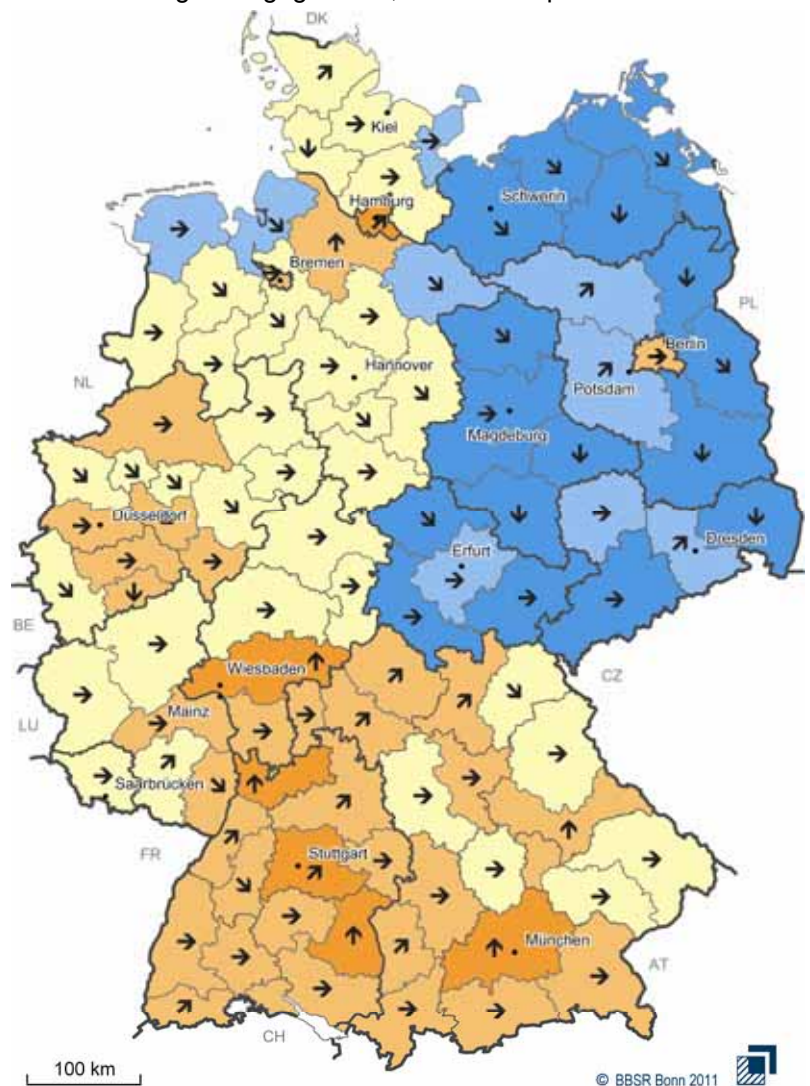
<sup>16</sup> Steffen Maretzke. Wo stehen die ostdeutschen Regionen heute? Das Nebeneinander von Wachstumsprozessen und Potenzialverlusten. In: Informationen zur Raumentwicklung 11./12.2010 S. 809-822, BBSR 2010



Natürlich gibt es auch in den alten Ländern Regionen, deren Potenzialindikator sich seit Anfang der 90er Jahre kaum verbesserte. Allerdings finden sich unter den 20 Regionen mit der ungünstigsten Dynamik nur acht westdeutsche. Problematisch ist diese Entwicklung vor allem für die Regionen Lüneburg, Bremerhaven, Hildesheim und Schleswig-Holstein Süd-West, weil sich in diesen Regionen Potenzialschwäche mit ungünstiger Entwicklungsdynamik paaren. Diesen wenigen „Stagnations“-Regionen stehen in den alten Ländern aber viele Regionen gegenüber, die äußerst potenzialstark sind und ihr Entwicklungspotenzial überdurchschnittlich ausbauen konnten. Dazu zählen vor allem die Regionen München, Stuttgart, Rhein-Main, Hamburg, Donau-Iller (BW) und Unterer Neckar. Demgegenüber finden sich unter den 20 Regionen mit den höchsten Zuwachsraten nur drei ostdeutsche Regionen (Havelland-Fläming (Rang 8), Oberes Elbtal/Osterzgebirge (Rang 11) und Prignitz-Oberhavel (Rang 17)).

Eine besondere Herausforderung für die ostdeutschen Regionen bleibt die rückläufige Bevölkerungsentwicklung und die hohe Intensität der demografischen Alterung. Da die ostdeutschen Regionen mehrheitlich noch immer große Potenzialschwächen aufweisen, ist auch nicht mit einem schnellen Rückgang der Wanderungsverluste an die alten Länder zu rechnen. Doch auch wenn sich diese Verluste spürbar verringern würden, werden künftig deutlich weniger junge Menschen als bislang in die Arbeitsmärkte eintreten, weil die Altersstruktur der Bevölkerung in allen ostdeutschen Regionen schon heute so deformiert ist.

Für die betroffenen ostdeutschen Regionen ist diese Entwicklung sehr problematisch. Zum einen mindert dies ihre Standortattraktivität. Zum anderen ist angesichts der latenten Potenzialschwäche nicht erkennbar, warum diese Regionen für junge Fachkräfte z.B. aus dem Westen interessant sein sollten, denn zumindest in materieller Hinsicht haben die ostdeutschen Regionen ihnen eher wenig zu bieten. Für die ansässigen Unternehmen heißt dies, frühzeitig geeignete Personalstrategien zu entwickeln, um dem absehbaren Fachkräftemangel erfolgreich begegnen zu können.



#### Niveau des Potenzialindikators\* 2008/2010

- sehr günstig
- günstig
- durchschnittlich
- ungünstig
- sehr ungünstig

#### Entwicklung des Potenzialindikators\* von Anfang der 1990er Jahre bis 2008/2010

- ↑ sehr günstig
- ↗ günstig
- durchschnittlich
- ↘ ungünstig
- ↓ sehr ungünstig

\*Anmerkung: Der Potenzialindikator setzt sich aus den sechs Indikatoren "Regionales Bevölkerungspotenzial", "Durchschnittsalter der Bevölkerung", "Einkommensniveau Industriebeschäftigter", "Exportquote der Industrie", "Arbeitslosigkeit" und "Gewerbesteuererinnahmen der Kommunen" zusammen. Die Werte von Anfang der 90er Jahre und 2008/2010 wurden aneinander gereiht und gemeinsam z-transformiert. Dadurch ist es möglich, über die standardisierten Werte zugleich die regionalen Struktur- und Entwicklungsunterschiede zu quantifizieren.

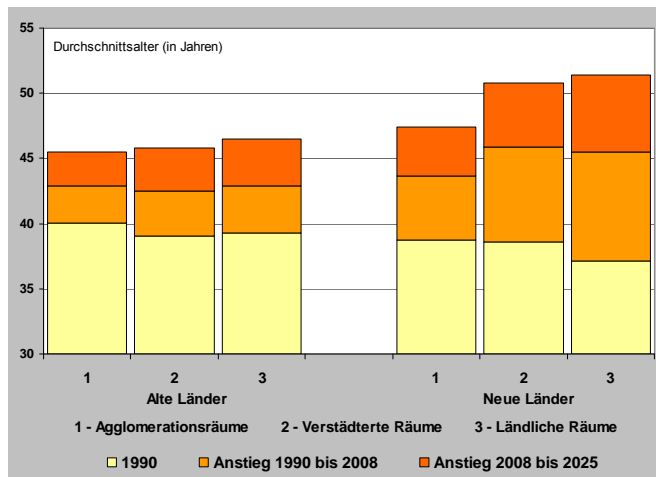
Datenbasis: Laufende Raumbearbeitung des BBSR Geometrische Grundlage: BKG, Raumordnungsregionen, 31.12.2008

**Karte 5**  
**Regionales Entwicklungspotenzial**

## Fazit

Die gravierenden sozialen und ökonomischen Probleme, von denen die ostdeutschen Regionen in den letzten 20 Jahren mehrheitlich betroffen waren, haben sich vor allem außerhalb der Agglomerationsräume in einer spürbaren Verschlechterung der demografischen Situation niedergeschlagen. In keiner westdeutschen Region lässt sich eine vergleichbare Zuspitzung dieser Problemlagen beobachten, auch wenn die Entwicklung in die gleiche Richtung tendiert und einzelne Regionen bereits vor ähnlichen demografischen Herausforderungen stehen. Stärkere Außen- und Binnenwanderungsgewinne konnten diesen Trend im Westen bislang in den meisten Regionen noch abfedern.

Die Ergebnisse der BBSR-Bevölkerungsprognose lassen erwarten, dass die ostdeutschen Regionen auch künftig Schwerpunkte demografischer Schrumpfung und Alterung bleiben werden, insbesondere die Regionen außerhalb der Agglomerationsräume (vgl. Abb. 3).



Quelle: Laufende Raumbewertung des BBSR, BBR-Bevölkerungsprognose 2005-2025/bbw, eigene Berechnungen

**Abbildung 3:**  
Entwicklung des Durchschnittsalters der Bevölkerung 1990 bis 2025

Die Dynamik dieser Schrumpfung und Alterung bleibt hoch. Wenn man bedenkt, dass einige dieser Regionen in 2025 ein Durchschnittsalter der Bevölkerung von über 52 Jahren aufweisen werden (Mecklenburgische Seenplatte, Anhalt-Bitterfeld-Wittenberg), dann stellt sich schon die Frage, wie sich diese veränderte Qualität des Humankapitals auf die Attraktivität und Wettbewerbsfähigkeit der betroffenen Standorte auswirken wird, zumal sich diese Entwicklung ja über das Jahr 2025 hinaus fortsetzen wird (vgl. Tab. 3). Will man auf diese Frage eine Antwort formulieren, dann bewegt man sich noch in einem „erfahrungslosen“ Raum.

Langfristig werden diese demografischen Prozesse auch immer mehr westdeutsche Regionen erfassen. Die Lösungsansätze und Anpassungsstrategien, die die ostdeutschen Regionen schon heute bei ihrer Reaktion auf die vielfältigen Herausforderungen des demografischen Wandels sammeln, werden dann auch für sie von großem Interesse sein, da sich über kurz oder lang mit ähnlichen Problemlagen zu befassen haben.

Raumordnungsregionen/ Regionstypen neue Länder/ Alte und neue Länder/ Deutschland	Bevölkerungszahl			Durchschnittsalter			Frauen je 100 Männer <sup>a</sup>	
	2008	1990- 2008	2008- 2025	2008	1990- 2008	2008- 2025	2008	1990- 2008
	in 1000	%		in Jahren	%			%
Berlin	3432	99,9	99,7	42,6	109,2	107,0	100,5	105,5
Havelland-Fläming	747	109,0	104,4	43,9	116,9	110,9	93,0	97,6
Lausitz-Spreewald	635	86,1	85,0	45,9	122,9	112,9	82,0	87,3
Oderland-Spree	439	97,1	95,1	45,1	124,0	112,9	86,3	90,5
Prignitz-Oberhavel	391	99,9	97,2	45,0	120,7	112,3	87,3	93,9
Uckermark-Barnim	310	99,4	97,0	45,2	124,2	112,8	86,3	92,3
Mecklenburgische Seenplatte	293	82,5	80,8	45,1	127,0	115,7	82,0	87,3
Mittleres Mecklenburg/Rostock	420	90,6	89,0	44,3	124,4	112,3	87,3	92,8
Vorpommern	470	82,8	82,8	45,2	125,9	114,5	88,4	96,7
Westmecklenburg	481	90,6	88,5	44,5	123,0	113,2	84,0	89,9
Oberes Elbtal/Ost erzgebirge	1024	95,3	91,0	44,5	113,5	109,2	90,3	93,6
Oberlausitz-Niederschlesien	614	81,2	82,2	46,3	121,6	111,3	81,8	86,8
Südsachsen	1556	83,7	84,2	46,7	116,4	109,5	85,4	86,5
Westsachsen	999	93,0	90,0	44,8	113,7	109,0	94,1	98,3
Altmark	217	83,2	84,9	44,8	121,7	111,8	80,9	85,4
Anhalt-Bitterfeld-Wittenberg	412	79,8	79,2	46,9	121,1	112,0	84,0	86,7
Halle/S.	789	82,1	83,3	45,9	118,4	109,7	88,4	91,6
Magdeburg	964	84,9	84,8	45,7	118,7	111,3	86,2	88,8
Mittelthüringen	682	91,7	90,4	44,5	117,9	110,7	90,3	90,8
Nordthüringen	392	86,9	84,5	44,8	120,1	112,8	82,6	86,0
Ostthüringen	714	83,4	82,0	46,1	119,7	112,1	84,7	86,4
Südthüringen	479	85,5	85,3	45,7	120,7	112,2	82,8	86,1
Agglomerationsräume	7182	100,0	98,0	43,6	112,7	108,7	96,0	100,7
Verstädterte Räume	5598	84,6	84,5	45,8	118,8	110,8	86,2	88,6
Ländliche Räume	3680	83,9	83,4	45,5	122,7	112,9	83,3	88,3
Alte Länder (ohne Berlin)	65541	106,4	100,6	42,7	107,9	106,9	99,0	105,5
Neue Länder inkl. Berlin	16461	90,5	90,1	44,8	117,0	110,1	90,1	94,1
Deutschland	82002	102,8	98,5	43,1	109,8	107,5	97,1	103,0

\* Frauen und Männer der Altersgruppe 20 bis 34-Jährige

Quelle: Laufende Raumbewertung des BBSR, BBR-Bevölkerungsprognose 2005-2025/bbw, eigene Berechnungen

#### **Tabelle 4** **Trends der demografischen Entwicklung 1990 bis 2025**

Die empirischen Befunde zeigen, dass sich die ungünstigen demografischen Strukturen und Trends auf die peripheren, dünn besiedelten ländlichen Räume, insbesondere im Nordosten der Neuen Länder, konzentrieren. Für die betroffenen Regionen resultiert aus dieser Entwicklung u.a.:

- ein weit überdurchschnittlicher Rückgang der Einwohnerzahl;
- ein überdurchschnittlich hohes Durchschnittsalter der Bevölkerung;
- eine hohe Intensität der demografischen Alterung;
- starke selektive Wirkungen auf die Sozialstruktur der Bevölkerung u.a.m.

Im Ergebnis dieser Entwicklung geraten auch die öffentlichen Haushalte aufgrund sinkender Einnahmen (Steuern, Gebühren ...) und bestehender Remanenzkosteneffekten zunehmend unter Druck. Die betroffenen Kommunen können ihre bestehenden sozialen, medizinischen, kulturellen, technischen, verkehrlichen und anderen Infrastrukturen immer weniger auslasten, so dass sich deren effizienter Be-

trieb immer schwerer absichern lässt. Hinzu kommen für die Regionen sich verstärkende strukturelle Arbeitsmarktdefizite, weil bestimmte Qualifikationen kaum noch verfügbar sind.

Im Ergebnis demografischer Schrumpfung verringern sich auch die marktrelevanten Potenziale der Regionen. Im Extremfall können die marktwirtschaftlichen Mechanismen sogar außer Kraft gesetzt werden, denn gerade in ländlich peripheren Regionen reicht das Bevölkerungspotenzial für die existenzsichernde Etablierung konkurrierender Dienstleistungsangebote oft nicht mehr aus (z.B. Handwerk und Gewerbe). Viele Anbieter werden sich angesichts dieser Rahmenbedingungen sogar aus den Regionen zurückziehen oder ihr Geschäft ganz aufgeben müssen.

Besonders gravierend für die ostdeutschen Regionen ist das weit verbreitete Phänomen des Wohnungsleerstandes. Um den ostdeutschen Wohnungsmarkt wenigstens einigermaßen funktionsfähig zu halten mussten über das Städtebauförderprogramm „Stadtumbau Ost“ in Größenordnungen Wohnungen vom Markt genommen werden. Allein von 2002 bis Ende 2007 belief sich diese Zahl auf über 221 Tausend Wohnungen, wobei 198 Tausend Wohnungen im Kontext von „Stadtumbau Ost“ (Stand 31.12.2007) abgerissen wurden<sup>17</sup>. Im Ergebnis dieser Anstrengungen hat sich die Zahl der leerstehenden Wohnungen kontinuierlich von 824.000 im Jahre 2002 auf 780.000 leerstehende Wohnungen (im Jahr 2007, ohne Berlin) verringert.

Die Absicherung eines leistungsfähigen ostdeutschen Wohnungsmarktes wird auch künftig nicht ohne weitere Rückbaumaßnahmen auskommen. Von 2008 bis 2025 wird sich die Bevölkerungszahl der neuen Länder nochmals um über 600 Tausend Personen verringern. Bei einer durchschnittlichen ostdeutschen Haushaltsgröße von 2,05 Personen (2002)<sup>18</sup>, die tendenziell eher weiter sinken wird, ergibt sich allein aus dieser Entwicklung ein weiterer immenser Rückbaubedarf.

Die Herausforderungen des demografischen Wandels bleiben für die ostdeutschen Regionen sehr hoch. Wenn es ihnen nicht gelingt, sich an diese nahezu unvermeidlichen Entwicklungen anzupassen, wird die Attraktivität und Wettbewerbsfähigkeit ihrer Standorte weiter leiden und der Abwanderungsdruck hoch bleiben. Dabei gestaltet sich das Spektrum dieser Anpassungserfordernisse sehr vielfältig. Wichtige Handlungsfelder sind in diesem Zusammenhang u.a.:

- die weitere Optimierung des Zentrale-Orte-Systems,
- die Entwicklung siedlungsstruktureller Entwicklungskonzepte;
- die Absicherung leistungsfähiger Infrastrukturen der Daseinsvorsorge;
- die Optimierung der öffentlichen Verwaltung;
- die Aktivierung von bürgerschaftlichem Engagement;
- die Absicherung eines attraktiven und leistungsfähigen Wirtschafts- und Wohnungsstandortes u.a.m.

Da die Regionen außerhalb der ostdeutschen Agglomerationsräume besonders vom demografischen Wandel betroffen sind, müssen sie sich auch stärker auf diese Herausforderungen einstellen. Viele der in diesen Räumen gelegenen Gemeinden, Klein- und Mittelstädte können diese Herausforderungen nicht alleine meistern. Von daher gilt es vor allem für sie flexiblere Strukturen zu entwickeln und Kooperationen zu befördern, um mit weniger Ressourceneinsatz eine stabile und leistungsfähige Daseinsvorsorge abzusichern. Seitens des Bundes und der Länder sollten solche Ansätze ausdrücklich gefordert und gefördert werden. Dies gilt auch für die Entwicklung und Umsetzung ressortübergreifender Ansätze und die stärkere Bündelung verschiedener Förderprogramme.

Die demografische Entwicklung der ostdeutschen Regionen offenbart zugleich den Trend zur wachsenden räumlichen Ungleichheit zwischen dicht besiedelten Zentralräumen und dünn besiedelten Peripherieräumen mit Bevölkerungsschrumpfung und starker demografischer Alterung. Angesichts einer solchen Entwicklung wird es immer schwieriger, gleichwertige Lebensbedingungen für alle Teilräume eines Landes zu garantieren. Aber die Bundes- wie Landespolitik hält an diesem Postulat der Gleichwertigkeit fest, wobei unklar bleibt, was sie konkret unter „Gleichwertigkeit“ versteht. So sichert sie diesen Anspruch zum einen nur unzureichend über infrastrukturelle Mindestversorgungsstandards ab. Zum anderen weist sie gutachterliche Beiträge die zeigen, dass sich langfristig viele der regionalen,

---

<sup>17</sup> Perspektiven für die Innenstadt im Stadtumbau. Dritter Statusbericht der Bundestransferstelle. Bundestransferstelle Stadtumbau Ost im Auftrag des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung und des Bundesamtes für Bauwesen und Raumordnung, Juni 2008 S. 14f.

<sup>18</sup> Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (Hrsg.): Raumordnungsprognose 2020/2050. CD-ROM. Bonn 2006.

auch demografischen Herausforderungen nur über regionale Schwerpunktsetzungen lösen lassen<sup>19</sup>, vehement zurück.

Wenn man aber akzeptiert, dass gleichwertige Lebensbedingungen nicht mehr für jeden Raum gesichert werden können, dann stellt man den gesellschaftlichen Grundkonsens zur Absicherung solcher Lebensbedingungen in Frage und fordert einen neuen Gesellschaftsvertrag, der auf räumliche Unterschiede mit differenzierten Regularien reagiert und so mehr lokale Selbstverantwortung ermöglicht und erzwingt. Aring hat diese Diskussion aktuell wieder angeschoben, indem er darauf hinweist, dass sich gerade die Raumordnungspolitik dieser Diskussion stellen muss. Dies darf seiner Ansicht nach aber keine Qualitätsdiskussion sein, die sich am Maßstab dicht besiedelter Räume orientiert, sondern vielmehr eine Diskussion um ein Gemeinwesen, das im Alltag funktioniert. Da sich gleichwertige Lebensbedingungen flächendeckend immer schwieriger absichern lassen schlägt er Garantieräume vor, für die es eine „Garantie der Daseinsvorsorgesicherung“ gibt, ergänzt um Selbstverantwortungsräume für die übrigen, meist kleinen dispersen Ortschaften. Diesen Räumen wird eine solche Garantie dann aber nicht mehr gegeben. Ein solcher Ansatz, der klar auf einen Paradigmenwechsel hinausläuft, bedarf natürlich eines neuen Gesellschaftsvertrages, der auf breiter Ebene diskutiert und ausgehandelt werden muss.<sup>20</sup>

**Autor:**

Dr. Steffen Maretzke  
Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und  
Raumforschung (BBSR) im BBR

[steffen.maretzke@bbr.bund.de](mailto:steffen.maretzke@bbr.bund.de)

---

<sup>19</sup> Vgl. u.a. Andreas Weber, Marie-Luise Steffens, Reiner Klingholz.: Gutachten zum demografischen Wandel im Land Brandenburg. Eine Expertise im Auftrag des Brandenburgischen Landtages. Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung 2007 64 S.; Andreas Weber, Reiner Klingholz.: Demografischer Wandel. Ein Politikvorschlag unter besonderer Berücksichtigung der Neuen Länder. Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung 2009 64 S.; Zukunftsfähige Gesellschaft. Bayern in der fortschreitenden Internationalisierung.: Bericht des Zukunftsrates der Bayerischen Staatsregierung. Dezember 2010. 99 S.

<sup>20</sup> Jürgen Aring: Gleichwertige Lebensverhältnisse - Inverse Frontiers - Selbstverantwortungsräume. In: IBA Stadtbau Sachsen-Anhalt 2010 Hg.: Weniger ist Zukunft. 19 Städte - 19 Themen. Berlin 2010 (Jovis Verlag), S. 764-777



*Rembrandt Scholz*

## **Die Lebenserwartung – eine Erfolgsgeschichte der demografischen Entwicklung in den Neuen Ländern**

### **Zusammenfassung**

Die Lebenserwartung hat in Deutschland einen starken Anstieg erfahren. In den letzten 50 Kalenderjahren um elf Lebensjahre. Zum Zeitpunkt der Wende besteht eine große Differenz zwischen den Alten und Neuen Ländern für beide Geschlechter (Männer 3,4 und Frauen 2,7 Jahre), besonders hoch ist die Sterblichkeitsdifferenz im höheren Alter.

Nach der Wende kommt es zu einer Angleichung der Lebenserwartung zwischen Ost und West. In den 20 Jahren nach der Wende konnten Lebenserwartungsgewinne in den Neuen Ländern von insgesamt über sechs Jahren bei beiden Geschlechtern realisiert werden. Als treibende Größen sind die Überwindung der Unterschiede in der medizinischen Versorgung als auch die Anpassung des Rentenniveaus quantifiziert worden.

Für Frauen ist im Durchschnitt aller Altersklassen seit 2004 in Ost und West die Lebenserwartungsdifferenz aufgehoben. Bei Männern ist im Jahr 2009 noch eine Differenz von etwa einem Lebensjahr zu verzeichnen.

Die Sterblichkeitsdifferenz bei Männern ist als eine um über 30% erhöhte Sterblichkeit im Alter 35-55 feststellbar und lässt sich fast vollständig erklären. Die Ursache der Lebenserwartungsdifferenz bei Männern hängt mit den strukturellen Unterschieden des Arbeitsmarktes in Deutschland zusammen. Die fehlenden Arbeitsplätze in den Neuen Ländern führen nach der Wende zu selektiver Wanderung in die Alten Länder (Zuwanderung aus dem Ausland in die Alten Länder; Binnenwanderung junger Männer und junger Frauen aus den Neuen Ländern in die Alten Länder). Daraus ergeben sich eine Verschiebung der Altersstruktur und eine unterschiedliche Verteilung der Anteile von Ausländern. Weiterhin führen fehlende Arbeitsplätze zu unterschiedlicher Betroffenheit von Arbeitslosigkeit. Bei einer Angleichung der Arbeitsmarktsituation in Ost- und Westdeutschland ist ein Rückgang der Differenzen zu erwarten. Der demografische Wandel selber wird einen Teil der Differenz der Lebenserwartung in Zukunft abbauen helfen.

### **Einleitung**

Die Lebenserwartung ist ein demografischer Indikator, der von einer Vielzahl von verschiedenen äußeren Wirkungen abhängt. Da Sterblichkeit ein harter Indikator und frei von subjektiver Bewertung ist, kann die Lebenserwartung die Entwicklung der Sterblichkeit objektiv beurteilen. Mit dem Konzept der Sterbetafel ist ein Bewertungsmaßstab gegeben. Die kumulative Wirkung der Vergangenheit und die aktuelle Wirkung auf die Sterblichkeit werden durch die Periodenziffer Lebenserwartung abgebildet. Die Faktoren des Bedingungsgefüges, als auch deren Veränderung in der Zeit, können bewertet werden.

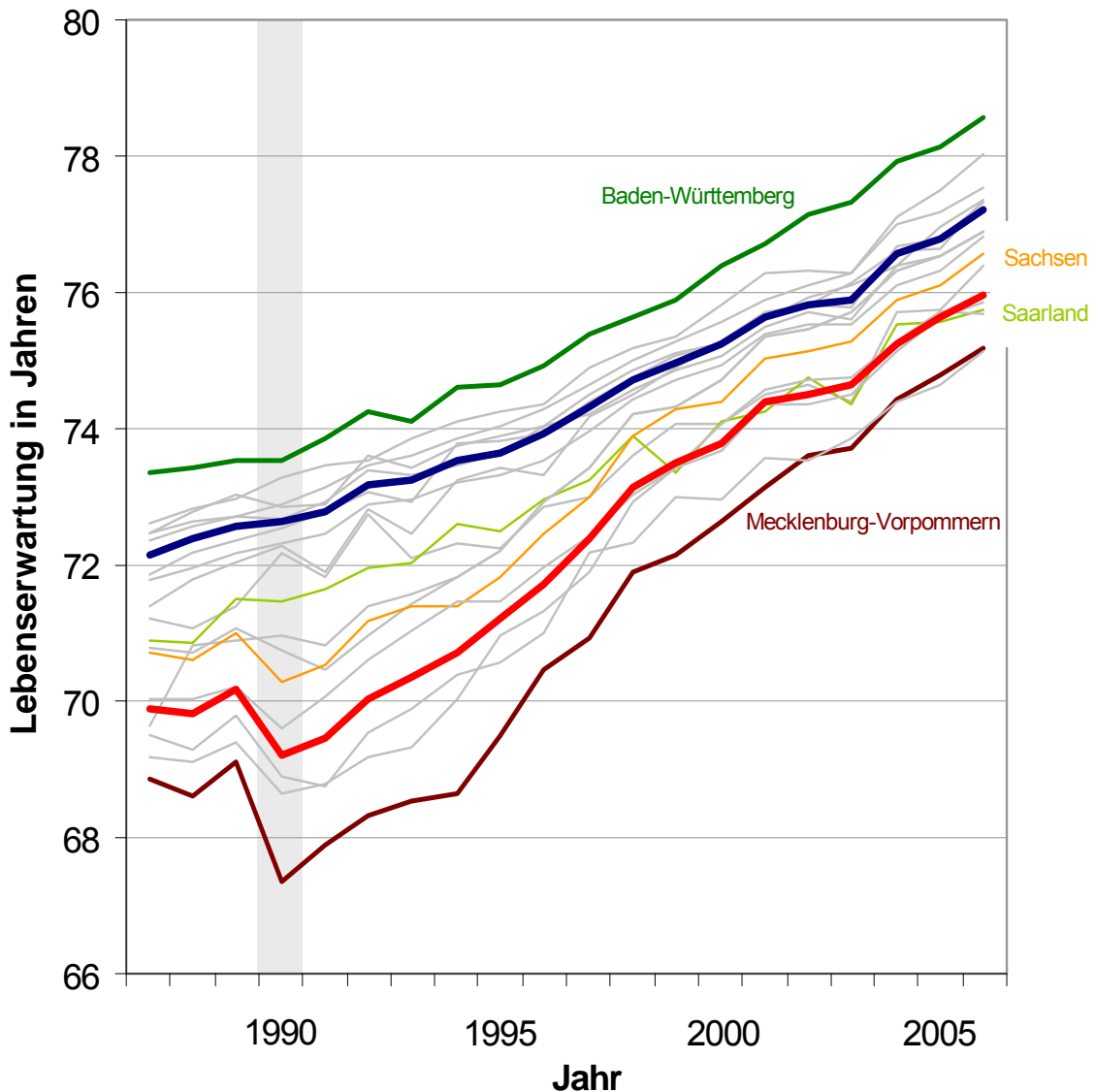
Die Wende 1989/90 in Deutschland kann als ein natürliches gesellschaftliches Experiment angesehen werden. Durch den Beitritt der Neuen Länder und die Übernahme der gesellschaftlichen Bedingungen der Alten Länder kommt es innerhalb einer sehr kurzen Zeit zu einem Umbau der Gesellschaft in den Neuen Ländern. Die Veränderungen der Lebensbedingungen haben Auswirkungen auf die Sterblichkeit. Aus der Veränderung der äußeren Bedingungen lassen sich Rückschlüsse der Verursachung von Sterblichkeit ableiten. Gleichzeitig ist ein von der Entwicklung in den Neuen Ländern unabhängiger Maßstab gegeben, die Lebenserwartung in den Alten Ländern, der zu dieser Entwicklung ins Verhältnis gesetzt werden kann. Die Bewertung von Sterblichkeitsdifferenzen und die Beurteilung der Entwicklung ist nach wie vor nicht vollständig aufgeklärt und mit Unsicherheiten behaftet. Für die Forschung ist es wichtig die Verursachung von Veränderungen zu erkennen, um daraus die zukünftige Entwicklung und Bewertung abzuleiten.

### **Ergebnisse**

#### ***Entwicklung der Lebenserwartung***

In der Abbildung 1 sind die Trends der Lebenserwartung nach Ländern und Geschlecht dargestellt. Während in den 80er Jahren die Alten und Neuen Länder unterschiedliche Niveaus der Lebenserwartung aufweisen, kommt es nach 1990 zu einer starken Angleichung. Durch die stärkere Erhöhung der Werte in Ost kommt es zur Reduktion des Ost-West-Unterschieds, wobei das Gefüge erhalten bleibt. Die Länder am oberen und unteren Ende behalten die Positionen im Ranking, im mittleren Bereich werden die Werte der Alten Länder egalisiert und teilweise überboten. Im hier betrachteten Zeitraum

ist Baden-Württemberg durchgängig mit höchster, Mecklenburg-Vorpommern mit niedrigster Lebenserwartung versehen. Die stärksten Änderungen im Ranking sind bei Sachsen (Frauen) sichtbar.

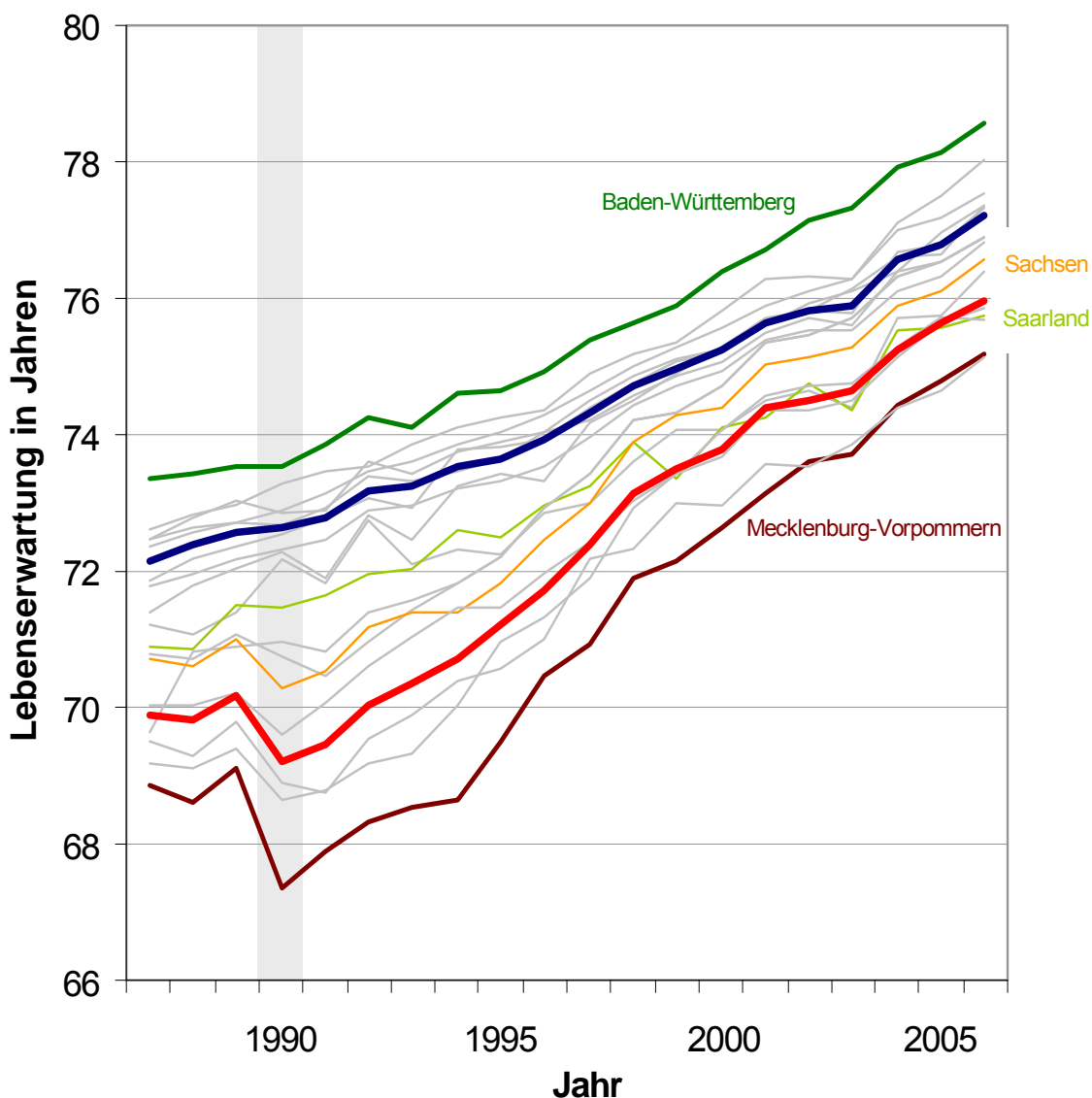


Quelle: eigene Berechnung nach amtlicher Statistik

**Abbildung 1a**

**Trend der Lebenserwartung der Frauen in Deutschland nach Ländern**



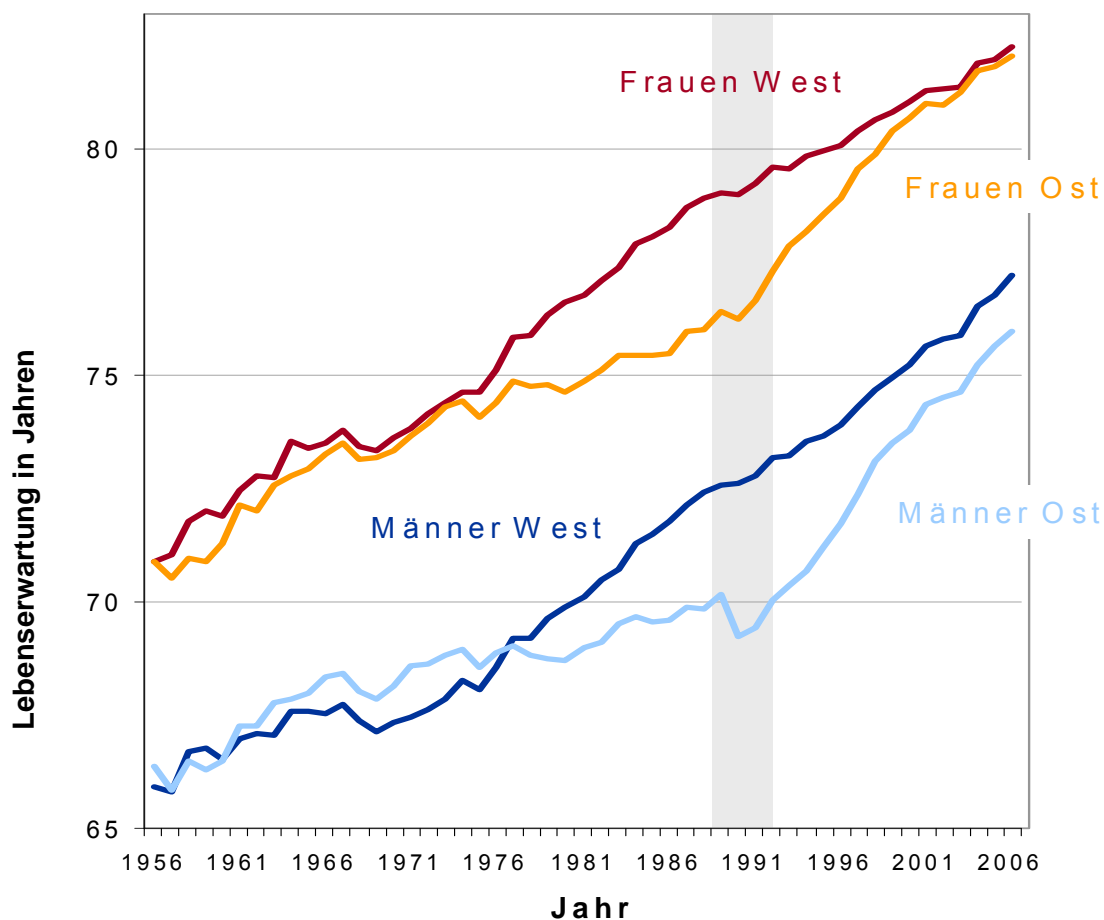


Quelle: eigene Berechnung nach amtlicher Statistik

#### Abbildung 1b

#### Trend der Lebenserwartung der Männer in Deutschland nach Ländern

Die differenzierte Sterblichkeitsentwicklung in Ost und West ist aus der Abbildung 2 zu entnehmen. Wir erkennen den starken Anstieg der Lebenserwartung in Deutschland bei beiden Geschlechtern seit den 1950er Jahren. Im Trend öffnet sich bei den Frauen eine Schere zwischen Ost und West ab Mitte der siebziger Jahre. Seit 1990 beginnt eine Angleichung, um im Jahr 2004 etwa dieselben Werte wie in den Alten Ländern zu erreichen. Bei Männern waren die Lebenserwartungswerte im Zeitraum zwischen 1961 und 1976 im Osten günstiger, seit 1977 öffnet sich auch hier eine Schere zu Ungunsten des Ostens, die sich nach 1992 anfängt zu schließen. Heute ist bei den Männern eine Lebenserwartungsdifferenz von etwa einem Lebensjahr zu verzeichnen.



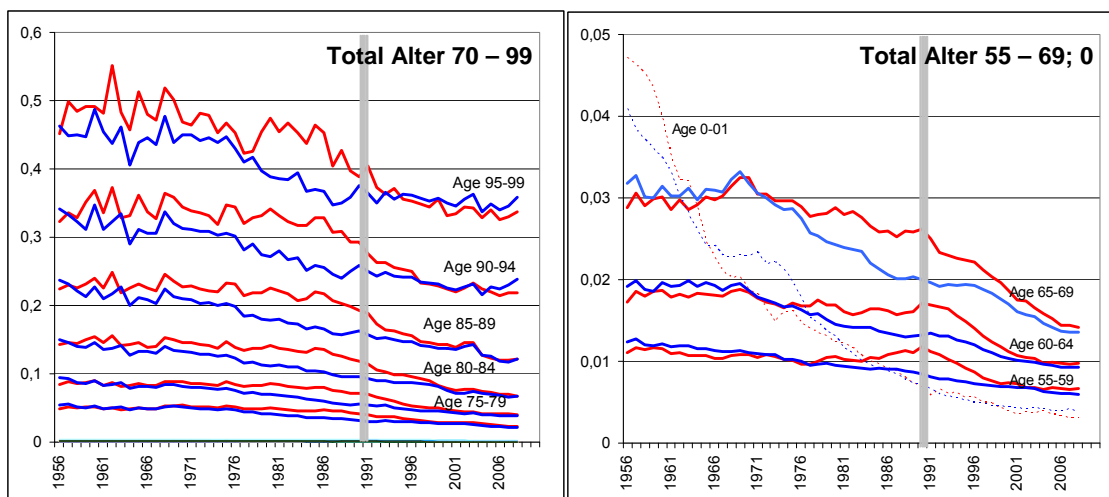
Quelle: HMD

### Abbildung 2

Trend der Lebenserwartung nach Ost/West (1956-2009)

#### Beitrag der Altersklassen

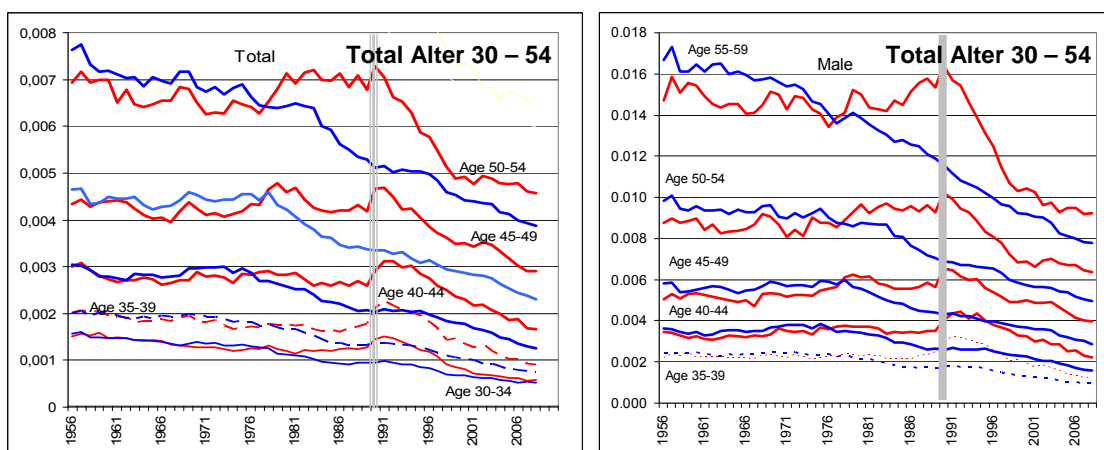
Die Untersuchung der Differenz der Sterblichkeit und des Beitrages der einzelnen Altersklassen lässt sich mit den altersspezifischen Sterberaten durchführen. Der Trend der Sterberaten wird in der Abbildung 3 für alle Altersklassen gezeigt. Bis zum Alter 55 Jahre kommt es zu einer schnellen Angleichung der Sterblichkeit unmittelbar nach der Wende. Für die höchsten Altersklassen (80 und älter) gilt, dass die Werte der Sterblichkeit der Neuen Länder heute unter den Werten der Alten Länder liegen. Der abnehmende Trend beginnt allerdings bereits vor der Wende, in den 1980er Jahren.



Quelle: eigene Berechnung HMD

**Abbildung 3**  
**Trend der Sterberaten Ost/West nach Alter**

Die Untersuchung der Altersklassen unter 55 Jahre zeigt, dass sich die Sterblichkeit nach der Wende (ab 1992) zwar sehr stark senkt, es zu einer vollständigen Angleichung aber nicht kommt. Die Differenz lässt sich vollständig auf die Ost-West-Differenz der Sterblichkeit von Männern zurückführen. Für Männer besonders im Alter 35-55 bleibt ein Sterblichkeitsunterschied bestehen (Abbildung 4).

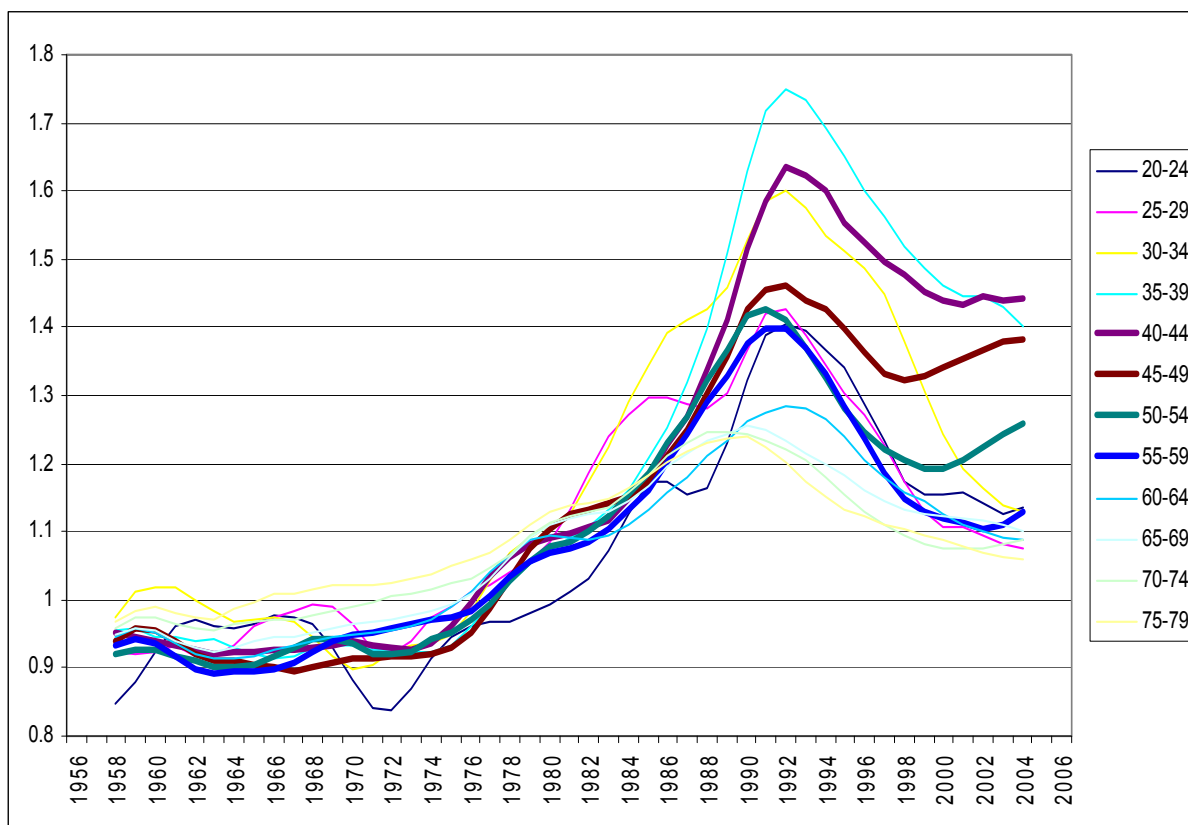


Quelle: eigene Berechnung HMD

**Abbildung 4**  
**Trend der Sterberaten Ost/West nach Alter**

### Übersterblichkeit Männer

Die weitere Untersuchung bezieht sich auf den Trend der relativen Übersterblichkeit (Abbildung 5). Dabei wird die altersspezifische Sterblichkeit Männer West durch die Sterblichkeit Männer Ost geteilt. Bei einem Koeffizienten von 1 sind beide Sterblichkeiten gleich, bei einem Koeffizienten kleiner 1 ist die Sterblichkeit Ost geringer und bei einem Wert größer 1 ist die Sterblichkeit in Ost höher. Für den Zeitraum ergeben sich bis Mitte der 1970er Jahre günstigere Werte Ost (Werte unter 1). Wir erkennen die aufgehende Schere ab 1977 mit der höchsten Übersterblichkeit 1992, danach einen Trend der Angleichung. Ab 1998 beginnend treten bei Männern altersspezifische Entwicklungen auf, die mit einer Erhöhung der Ost-West-Sterblichkeitsdifferenz verbunden ist, vor allem für die Altersgruppen 35-54 (Abbildung 5). Gründe dafür sind aus den Daten der amtlichen Statistik nicht ableitbar.

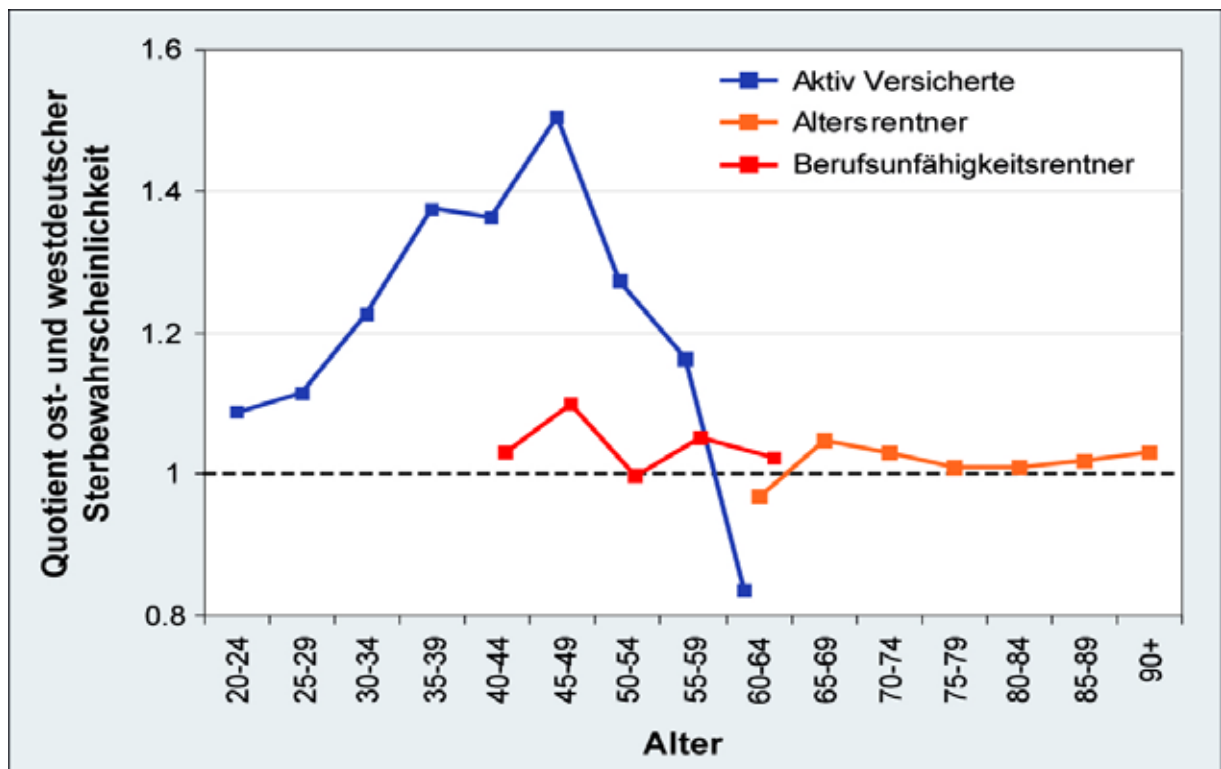


Quelle: eigene Berechnung nach HMD

### Abbildung 5

#### Relative Übersterblichkeit der Männer Ost nach Altersgruppen 1956-2009

Eine analoge Untersuchung der Sterblichkeit mit den Daten der Rentenversicherung zeigt das gleiche Bild (Abbildung 6). Die Daten der Rentenversicherung haben den Vorteil, dass sie als Individualdaten vorliegen und weitere Merkmale enthalten. Bei den Aktiv Versicherten der Deutschen Rentenversicherung kommt es ebenfalls zu einer Übersterblichkeit von Männern Ost in der Größenordnung wie bei der amtlichen Statistik (amtlichen Statistik Deutschland = Statistik des Bundes und der Länder = Daten der Human Mortality Database (HMD)).



Quelle: Scholz 2010, eigene Berechnung nach Daten FDZ-DRV

**Abbildung 6**  
**Relative Übersterblichkeit der Männer nach Altersgruppen 2004**

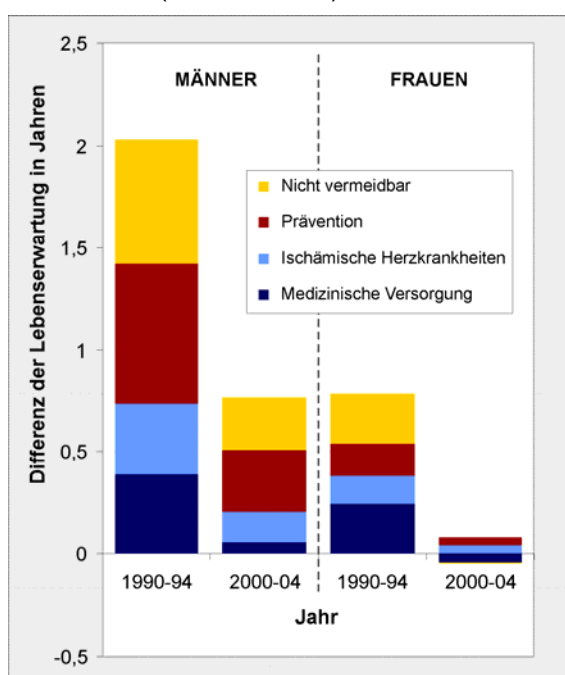
Die Abbildung 6 zeigt den Altersverlauf der relativen Übersterblichkeit für das Kalenderjahr 2004 für die drei Teilbevölkerungen „Aktiv Versicherte“, „Berufsunfähigkeitsrentner“ und „Altersrentner“. Mit Hilfe der Daten der Deutschen Rentenversicherung lassen sich multivariate Analysen der „Aktiv Versicherten“ (Datensätze des Forschungsdatenzentrums der Rentenversicherung (FDZ-DRV)) durchführen. Es zeigt sich, dass die Berücksichtigung der Merkmale Beschäftigung, Arbeitslosigkeit, Selbstständigkeit, Versicherungsart und Staatsbürgerschaft geeignet sind, eine bis zu 50% erhöhte Sterblichkeit der ostdeutschen Männer im Altersbereich von 35 bis 54 Jahre zu erklären. Die höhere Sterblichkeit in den Neuen Ländern ist damit die Konsequenz einer im Vergleich zu den Alten Ländern ungünstigeren Zusammensetzung der Bevölkerung hinsichtlich Altersstruktur, Ausländeranteil und sozioökonomischen Faktoren (Beschäftigungsstatus, Arbeitslosigkeit, Art der Tätigkeit). Wird für diese Merkmale kontrolliert, kann nahezu die gesamte Differenz der Mortalität der Männer zwischen den beiden Regionen erklärt werden. Offensichtlich hat die allgemeine unterschiedliche Arbeitsmarktlage in Ost- und Westdeutschland den größten Einfluss auf die Differenz der Sterblichkeit. Die unterschiedliche Betroffenheit der Regionen und die selektive Zuwanderung aus dem Ausland in die Alten Länder ist die Ursache dafür.

Besonders beim Beschäftigungsstatus und bei der Staatsbürgerschaft konnten die großen Differenzen der Sterblichkeit und unterschiedliche Anteile in den Bevölkerungen nachgewiesen werden. Es zeigt sich, dass Personen die Beschäftigungszeiten hatten und arbeitslos waren, ein 2-fach höheres Sterberisiko haben als Personen, die ausschließlich Beschäftigungszeiten hatten. Personen, die keine deutsche Staatsbürgerschaft besitzen, haben ein etwa 35 % geringeres Sterberisiko als Personen mit deutscher Staatsbürgerschaft. Bei gleicher Komposition der Merkmale in beiden Regionen gäbe es keinen Sterblichkeitsunterschied. Bei einer Angleichung der Arbeitsmarktsituation in Ost- und Westdeutschland ist ein Rückgang der Differenzen der Mortalität bei Männern zu erwarten.

## Rolle der Medizin

Die Rahmenbedingungen der medizinischen Versorgung waren in Ost und West sehr unterschiedlich und haben sich nach der Wende in den Neuen Ländern stark verändert. Deutlich wurde es in der Ausstattung des ambulanten und stationären Bereiches, den Anreizsystemen zur Erbringung ärztlicher Leistungen, den medizin-technologischen Möglichkeiten **und** dem Finanzierungsvolumen. Die Begrenzung der ökonomischen Ressourcen im Osten wirkte sich vor allem für Personen im höheren Alter ungünstig aus, mit der Folge einer höheren Sterblichkeit. Die zunächst bestehende Mangelsituation konnte durch das veränderte Finanzierungssystem schnell überwunden werden. Ab Mitte der 1990er Jahre wurde das deutsche Gesundheitssystem insgesamt umstrukturiert, die maximale Leistungserbringung ist seither durch Festschreibung der Kosten für beide Regionen begrenzt.

Mit Hilfe eines Forschungskonzeptes analog der „Vermeidbaren Sterblichkeit“ kann der Zusammenhang zwischen der medizinischen Versorgung und der Lebenserwartung auch quantitativ unterlegt werden. Es lassen sich fünf verschiedene Gruppen von Sterbefällen identifizieren, die mit dem Bedingungsgefüge verbunden sind: medizinische Versorgung (Health Care), Gesundheitspolitik (Health policy), Ischämische Herzkrankheit (IHD), vermeidbare Sterblichkeit (All avoidable) und nichtvermeidbare Sterblichkeit (Not avoidable).

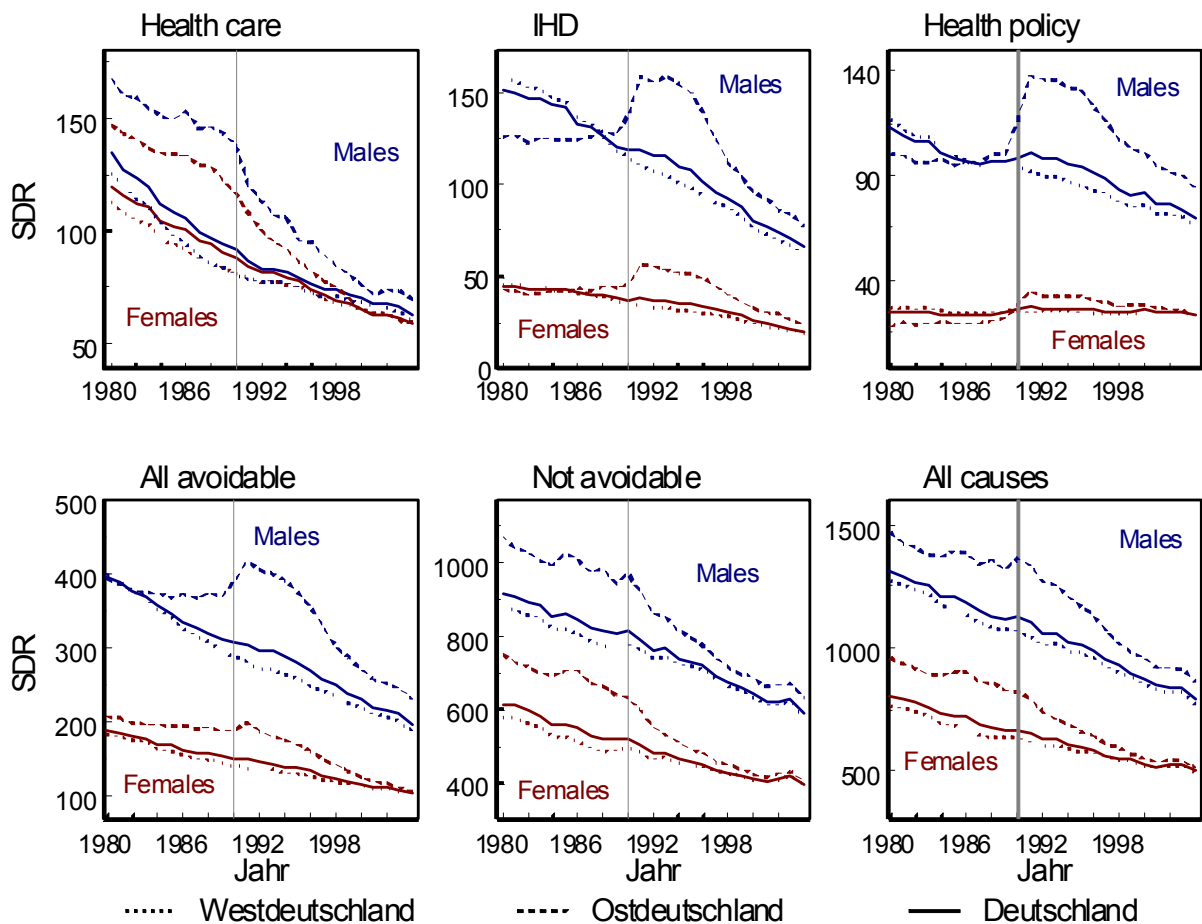


Quelle: Kibele/ Scholz 2009, eigene Berechnung nach amtlicher Statistik

**Abbildung 7**  
**Sterblichkeit nach dem Konzept**  
**„Vermeidbare Sterblichkeit“**  
**(vier Gruppen) nach Ost/ West und Geschlecht**

Teilt man die Sterbefälle in Ost und West in diese Gruppen, dann ergibt sich eine unterschiedliche Entwicklung (Abbildung 7 und 8).

Während im Zeitraum nach der Wende die Differenz der Lebenserwartung für alle Gruppen bei Frauen fast vollständig verschwindet, bleibt bei Männern eine Differenz bestehen. Allerdings zeigt sich auch bei Männern, dass die Unterschiede im Bereich der medizinischen Versorgung vollständig ausgeglichen sind (Abbildung 7). Betrachtet man zusätzlich den zeitlichen Verlauf der Entwicklung nach den Gruppen, sieht man an dem Trend der Standardisierten Sterberaten (SDR) auch den zeitlichen Zusammenhang zur Wende (Abbildung 8).



Quelle: Kibele/Scholz 2009, eigene Berechnung nach amtlicher Statistik

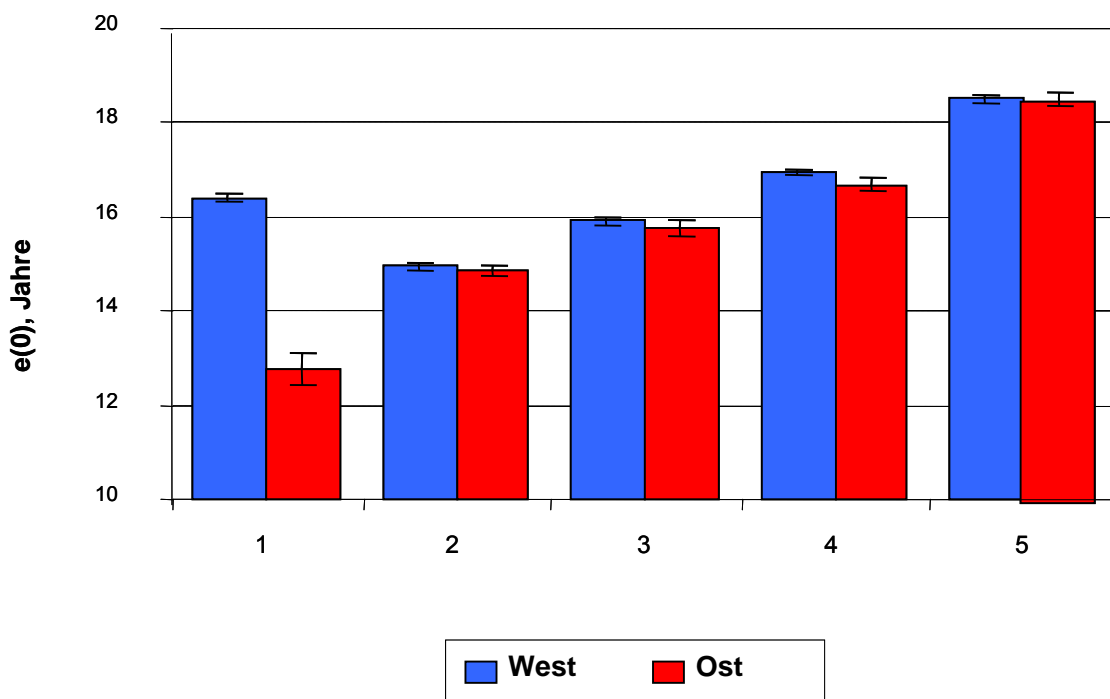
**Abbildung 8**  
**Sterblichkeit nach dem Konzept „Vermeidbare Sterblichkeit“**  
**(fünf Gruppen und total) nach Ost/ West und Geschlecht**

### Bedeutung der Sozioökonomie

Sehr wichtige Merkmale, die mit unterschiedlicher Sterblichkeit verbunden sind, sind Bildung und Einkommen. Die Rentenhöhe ist ein Indikator der mit beiden Größen stark korreliert ist. Die Rentenhöhe ist ein gutes Maß für kumulierte Lebenszeiteinkünfte und ist geeignet sozioökonomische Zusammenhänge für abhängig beschäftigte Personen abzubilden. Für Personen mit nur kurzzeitiger abhängiger Beschäftigung ist die Rentenhöhe kein guter Indikator für den sozioökonomischen Zusammenhang.

Mit Hilfe der Daten der Deutschen Rentenversicherung lassen sich multivariate Analysen von Individualdaten der Rentenbezieher (Datensätze des Forschungsdatenzentrums der Rentenversicherung, FDZ-RV) durchführen. Vor allem für Männer gibt es konsistente Zusammenhänge wie Untersuchungen belegen. Bei der Gruppenbildung der Rentenhöhe nach Quintilen zeigt sich, dass sich die fernere Lebenserwartung Alter 65 ab dem 2. Quintil in Ost und West nicht signifikant unterscheidet (Abbildung 9). Der große Unterschied im 1. Quintil ist damit begründet, dass in den Alten Ländern auch Personen mit weiteren Altersbezügen erfasst sind (z.B. Pensionen von Beamten).

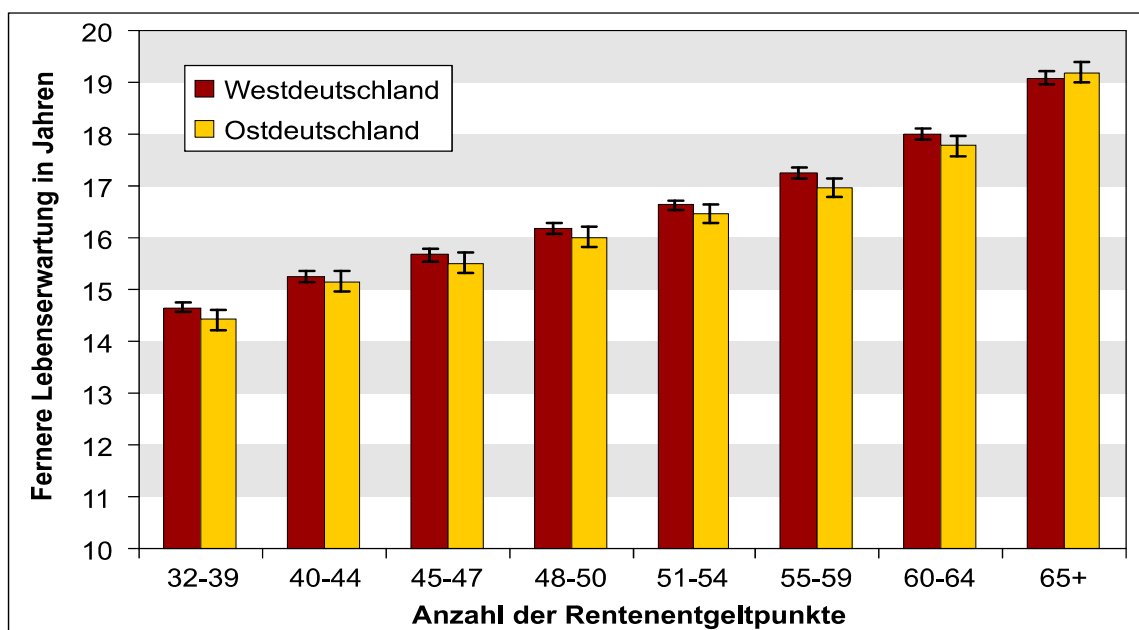




Quelle: Shkolnikov/ Scholz 2008, eigene Berechnung nach FDZ DRV

**Abbildung 9**

**Fernere Lebenserwartung im Alter 65 nach Quintilen der Rentenhöhe**



Quelle: Scholz 2009, eigene Berechnung nach FDZ DRV

**Abbildung 10**

**Fernere Lebenserwartung im Alter 65 nach Dezilen der Rentenhöhe in Rentenentgeltpunkten**

In der Abbildung 10 kann nach Dezilen der Rentenpunkte (ab 2. Quintil oder 3. Dezil oder ab 32 Rentenpunkten) der lineare Zusammenhang von Rentenniveau und Lebenserwartung dargestellt werden. Obwohl die Werte eines Rentenpunktes und die Verteilungen der Rentenhöhe in den Neuen und Alten Ländern unterschiedlich sind, gibt es seit der Wende diesen konsistenten Zusammenhang. Die Angleichung des Rentenniveaus zwischen Ost und West hat damit auch eine sehr große Bedeutung für die weitere Angleichung der Lebenserwartung.

## Fazit

In den letzten 20 Jahren konnte eine starke Angleichung der Lebensbedingungen zwischen Ost und West erreicht werden. Diese Angleichung hat sich auch in einer weiteren Angleichung der Lebenserwartung niedergeschlagen. Ursächlich für diese positive Entwicklung der Lebenserwartung sind dabei vor allem die sozioökonomische Angleichung und die medizinische Versorgung. Frauen und Ältere haben von den Veränderungen am stärksten profitieren können. Bei einer Angleichung der Arbeitsmarktsituation von Ost- und Westdeutschland wird eine weitere Angleichung bei Männern erwartet. Der demografische Wandel selber wird einen Teil der Differenz der Lebenserwartung in Zukunft abbauen helfen.

## Literatur

- Himmelreicher, R. K.; Sewöster, D.; Scholz, R.D. & Schulz, A. (2008): Die fernere Lebenserwartung von Rentnern und Pensionären im Vergleich. *WSI Mitteilungen*, 5/2008: 274-280.
- HMD Mortalitäts-Forschungs-Datenbank: Human Mortality Database, <http://www.mortality.org>
- Kibele, E. & Scholz, R.D.(2009a): Trend der Mortalitätsdifferenzen zwischen Ost und West unter Berücksichtigung der vermeidbaren Sterblichkeit; In: Cassens, I.; Luy, M. & Scholz, R.: *Die Bevölkerung in Ost- und Westdeutschland: Demografische, gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklungen seit der Wende*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften: 124-139.
- Kibele, E. & Scholz, R.D. (2009b): Verbesserte medizinische Versorgung zahlt sich aus: Lebenserwartungen in Ost- und Westdeutschland haben sich schnell angenähert, *Demografische Forschung Aus Erster Hand*, 6:3, 4-4. <http://www.demografische-forschung.org/archiv/defo0903.pdf>
- Klein, T. (1993): Soziale Determinanten der Lebenserwartung. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 45: 712-730.
- Luy, M. (2006): Differentielle Sterblichkeit: die ungleiche Verteilung der Lebenserwartung in Deutschland. *Rostocker Zentrum – Diskussionspapier* 6. [http://www.rostockerzentrum.de/publikationen/rz\\_diskussionpapier\\_6.pdf](http://www.rostockerzentrum.de/publikationen/rz_diskussionpapier_6.pdf)
- Scholz, R.D. & Schulz, A. (2009): Haben Arbeitslosigkeit und Arbeitsunfähigkeit einen Einfluss auf die Höhe der Lebenserwartung?, *Sozialwissenschaftlicher Fachinformationsdienst : Bevölkerungsforschung*, Bd. 1/2009, S. 9-22; <http://www.gesis.org/dienstleistungen/fachinformationen/servicepublikationen/sofid/themenbereiche>).
- Scholz, R.D. & Schulz, A. (2008): Zum Trend der differentiellen Sterblichkeit der Rentner in Deutschland Deutsche Rentenversicherung Bund (Editor): Fünf Jahre FDZRV Bericht vom fünften Workshop des Forschungsdatenzentrums der Rentenversicherung (FDZ-RV) am 17. und 18. Juli 2008 im Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB), DRV-Schriften Bd. 55/2008, 144-152. [http://forschung.deutscherentenversicherung.de/ForschPortalWeb/ressource?key=DRV\\_Band\\_55\\_2009\\_Scholz\\_Schulz](http://forschung.deutscherentenversicherung.de/ForschPortalWeb/ressource?key=DRV_Band_55_2009_Scholz_Schulz)
- Scholz, R. D. (2010): Lebenserwartung sinkt durch Arbeitslosigkeit um ein Jahr: ostdeutsche Männer sterben früher als westdeutsche *Demografische Forschung Aus Erster Hand*, 7:3, 1-2
- Scholz, R. D.; Schulz, A.; Stegmann, M. (2010): Die ostdeutsche Übersterblichkeit der Männer im arbeitsfähigen Alter: eine Analyse auf Grundlage der "Aktiv Versicherten" der Deutschen Rentenversicherung In: Deutsche Rentenversicherung Bund: FDZ-RV-Daten zur Rehabilitation, über Versicherte und Rentner: Bericht vom sechsten Workshop des Forschungsdatenzentrums der Rentenversicherung (FDZ-RV) vom 1. bis 3. Juli 2009 in Bensheim. Berlin: Deutsche Rentenversicherung Bund
- Scholz, R. D.; Shkolnikov, V. M.; Jdanov, D. A. (2006): Steigt die Lebenserwartung mit der Rentenhöhe? Effekt sozio-ökonomischer Differenzen in Deutschland; *Demografische Forschung Aus Erster Hand*, 3:4, 1-2
- Shkolnikov, V.M.; Scholz, R.D.; Jdanov, D.A.; Stegmann, M. non Gaudecker, H.M. (2008): Length of life and the pensions of five million retired German men. *The European Journal of Public Health*, 18(3). 264-269.

## Autor:

Dr. Rembrandt Scholz  
 Max-Planck-Institut für demografische Forschung Rostock  
[scholz@demogr.mpg.de](mailto:scholz@demogr.mpg.de)

*Dieter Bogai, Franziska Hirschenauer*

## **Demografischer Wandel und wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Regionen Brandenburgs**

### **Einführung**

Der demografische Wandel stellt Ostdeutschland in den kommenden Jahrzehnten vor große wirtschaftliche Herausforderungen. In Brandenburg kann zweifellos von einer zweiten Transformation nach dem Übergang von der Plan- zur Marktwirtschaft gesprochen werden, da mit der Alterung und Schrumpfung der Bevölkerung erhebliche Probleme auf das Land hinsichtlich seiner wirtschaftlichen Leistungs- und Innovationsfähigkeit zukommen werden.

Der folgende Beitrag befasst sich mit den mittel- und langfristigen Auswirkungen des demografischen Wandels auf die wirtschaftliche Entwicklung in Brandenburg. Zunächst wird der Stand der bisherigen Transformation dargestellt. Im Zentrum steht die Produktivitätsentwicklung als zentrale Größe für die Wettbewerbsfähigkeit der Brandenburger Wirtschaft. Erläutert werden dabei auch besondere Strukturprobleme des Landes, die ein rascheres wirtschaftliches Aufholen Brandenburgs gegenüber den alten Ländern verhindert haben. Die wirtschaftspolitischen Strategien, mit denen die Landesregierung versucht die Entwicklungshindernisse zu überwinden, sind Gegenstand des darauf folgenden Abschnitts. Die Förderung von Wachstumspolen und einzelnen Branchen wird kritisch diskutiert. Anschließend werden die Hauptelemente des demografischen Wandels, nämlich die Alterung und Abnahme der Erwerbsbevölkerung sowie der Rückgang der Gesamtbevölkerung für Brandenburg näher dargestellt. Hervorzuheben ist, dass auch in Brandenburg der demografische Wandel regionale Unterschiede aufweist, die dazu führen, dass ohnehin schon bestehende regionale Disparitäten insbesondere zwischen dem Berliner Umland - dem engeren Verflechtungsraum - und den Berlinfernen Regionen - dem äußeren Entwicklungsraum - weiter verstärkt werden. Die ökonomischen Auswirkungen der demografischen Entwicklung, zum einen bei heutiger Erwerbsbeteiligung, zum anderen bei stärkerer Erwerbsbeteiligung der Älteren, werden sodann erörtert. Hierbei zeigt sich, dass der Rückgang des Arbeitskräfteangebots durch eine bessere Nutzung des Potenzials Älterer bis ins nächste Jahrzehnt deutlich gemindert werden kann. Allerdings stellt dies zusätzliche Anforderungen an den Erhalt der Produktivität der Erwerbspersonen. Abschließend werden zentrale wirtschafts- und arbeitsmarktpolitische Herausforderungen vor dem Hintergrund der besonderen Brandenburger Situation diskutiert.

### **Wirtschaftliche Strukturprobleme und Stand der Transformation in Brandenburg**

Die Transformation der Brandenburger Wirtschaft wurde durch das Vorherrschen altindustrieller Strukturen erschwert. Zum Zeitpunkt der Wiedervereinigung war die Wirtschaftsstruktur von Stahlindustrie, Energie-(Braunkohle-) und Landwirtschaft geprägt. Deren Umgestaltung war mit besonders hohen Arbeitsplatzverlusten verbunden. Ländlich geprägte und dünnbesiedelte Regionen dominierten die Siedlungsstruktur. Universitäre und außeruniversitäre Forschungseinrichtungen waren kaum vorhanden und mussten neu gegründet werden (Bogai/Wiethölter 2005).

Die Brandenburger Wirtschaft erreicht derzeit – gemessen am Umsatz je Beschäftigten - rund 70 % der westdeutschen Produktivität.<sup>1</sup> Nach einem raschen Anstieg der Produktivität in der ersten Hälfte der 1990er Jahre verlangsamte sich der Aufholprozess auf gesamtwirtschaftlicher Ebene deutlich. Im vergangenen Jahrzehnt wurden nur noch geringe Fortschritte erzielt (Betriebspanel 2010).

Eine sektoral disaggregierte Betrachtung zeigt allerdings, dass die Produktivitätsentwicklung in den einzelnen Wirtschaftszweigen unterschiedlich verlaufen ist. Insbesondere im Verarbeitenden Gewerbe, das durch eine hohe Wettbewerbsintensität gekennzeichnet ist, stieg die Produktivität. Sie liegt mittlerweile bei 86 % des westdeutschen Werts, wobei das Ausgangsniveau (1991) 27 % betrug. Gesamtwirtschaftlich haben die Produktivitätssteigerungen in der Brandenburger Industrie jedoch nur ein geringes Gewicht, da die industrielle Basis in Brandenburg deutlich schmaler als z. B. in Sachsen, Sachsen-Anhalt oder Thüringen ist. 2009 lag der Anteil der Industrie an der gesamten Brandenburger Wirtschaftsleistung bei 13,7 % und damit um 1,5 Prozentpunkte unter dem ostdeutschen Durchschnitt (inkl. Berlin) (Bogai/Wiethölter 2010).

Für den Rückstand Brandenburgs in der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit sind noch weitere Fakto-

---

<sup>1</sup> Die Produktivität je Erwerbstätigen erreichte zur Wende in der DDR nur in etwa ein Drittel des Niveaus der Bundesrepublik. Klaus Schröder (2010) geht sogar von einer Stundenproduktivität von einem Fünftel aus.

ren maßgebend. Zu nennen ist insbesondere der Mangel an hochproduktiven Sektoren, wie den wissensintensiven unternehmensnahen Dienstleistungen. Dies wiederum resultiert aus der Tatsache, dass Zentralen großer Unternehmen, die solche Dienstleistungen nachfragen, fehlen. Überhaupt ist festzuhalten, dass in Brandenburg kleine und mittlere Unternehmen, die im Durchschnitt weniger produktiv sind, dominieren. Schließlich fehlen selbst im ostdeutschen Vergleich mit Ausnahme des Berliner Umlands Agglomerationen, in denen nach der ökonomischen Theorie unternehmensinterne und –externe Vorteile die Produktivität der regionalen Wirtschaft insgesamt steigern. Interne Skalenerträge führen zu einer hohen optimalen Betriebsgröße, die sich jedoch nur in Ballungsräumen wegen der Ergiebigkeit des dortigen Arbeitsmarktes realisieren lässt. Bei den unternehmensexternen Vorteilen spielen Lokalisations- und Urbanisationsvorteile eine Rolle. Lokalisationsvorteile sind positive externe Effekte, die aus der räumlichen Konzentration von Unternehmen der gleichen Branche resultieren, weil spezifische regionale Arbeits-, Beschaffungs- und Informationsmärkte gemeinsam genutzt werden können. Urbanisationsvorteile ergeben sich aus der Nähe zu Lieferanten und Kunden, zu Anbietern produktionsorientierter Dienstleistungen sowie zu (Aus- und Weiter-) Bildungs- und Forschungseinrichtungen.

Charakteristisch für Brandenburg sind ausgeprägte regionale Disparitäten in den Bereichen Siedlungsstruktur, Bevölkerungsentwicklung und Wirtschaftskraft. Dem engeren Verflechtungsraum, der insbesondere südlich von Berlin günstige Entwicklungskennzahlen und positive Standortfaktoren aufweist, stehen ländlich periphere Regionen gegenüber, mit bereits jetzt rapide alternder und schrumpfender Bevölkerung. Die Mittelstädte haben Bevölkerungsverluste und teilweise Erblasten der veralteten DDR-Industrie zu verkraften. Sie sind bei Weitem nicht groß genug, um die oben angesprochenen Agglomerationsvorteile zu erzielen. Auch hinsichtlich des wirtschaftlichen Wachstums der Bruttowertschöpfung bestehen deutliche regionale Disparitäten innerhalb Brandenburgs (vgl. zu den folgenden Angaben Bogai/Wiethölter 2010). Zwischen den Berlinnahen und -fernen Kreisen fallen sie jedoch nicht so groß aus, wie man vermuten könnte. Dies liegt vor allem an der keineswegs homogenen Entwicklung der Umlandkreise von Berlin. So haben im landesweiten Vergleich die südlich bzw. nördlich von Berlin gelegenen Kreise Dahme-Spreewald und Oberhavel zwischen 1995 und 2007 mit die höchsten Wachstumsraten der Bruttowertschöpfung erzielt, der östlich von Berlin gelegene Kreis Märkisch-Oderland dagegen gerade einmal die Hälfte des Brandenburger Durchschnittswerts. Die geringsten Zuwächse verzeichneten die kreisfreien Städte Cottbus und Brandenburg/Havel sowie die altindustriell geprägten Landkreise Spree-Neiße und Oberspreewald-Lausitz. In der Stadt Frankfurt/Oder ist die Wirtschaftsleistung sogar in diesem Zeitraum leicht gesunken.

Im Folgenden wird nicht wie bisher das regionale Produktionswachstum betrachtet, sondern die Produktivität, gemessen am Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen. Überdurchschnittliche Werte in der Produktivität im Berlinfernen Kreis Spree-Neiße sind durch die hohe Wertschöpfungsintensität im Bereich Bergbau und Energiewirtschaft bedingt. Ähnliches gilt für die Uckermark, in der die kapitalintensiven Wirtschaftszweige Mineralölverarbeitung und Papierindustrie lokalisiert sind. Insgesamt weist Brandenburg im Vergleich mit den übrigen ostdeutschen Ländern die höchsten regionalen Unterschiede beim Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen auf (Ragnitz 2009).

Ein weiteres Problem der Brandenburger Wirtschaft ist die schwach ausgeprägte Exportbasis, die sich am geringen Fernabsatz der Produktion festmachen lässt. 58 % des Gesamtumsatzes brandenburgischer Unternehmen werden im Umkreis von 30 km erzielt, in Westdeutschland sind es lediglich 43 % (Ministerium für Arbeit, Soziales, Frauen und Familie Brandenburg 2010). Weniger als 20 % der Beschäftigten sind im Sektor handelbarer Güter (Verarbeitendes Gewerbe, und Kreditversicherungsgeerbe) beschäftigt.

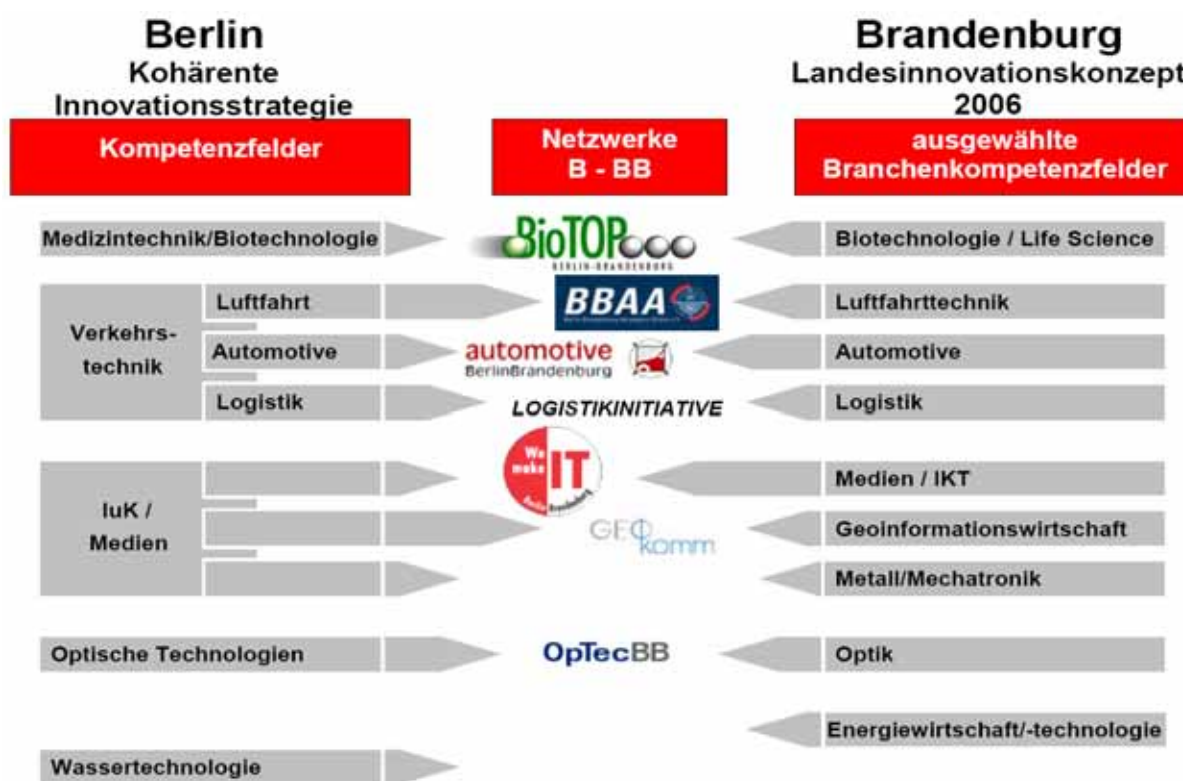
Angesichts der geographischen Nähe Brandenburgs zu Berlin wäre zu erwarten, dass eine intensive wirtschaftliche Verflechtung zwischen den beiden Bundesländern besteht. Nach einer Studie von Eickelpasch et al. (2007) hat jedoch Berlin als Absatzmarkt für Brandenburger Unternehmen 2006 gegenüber 1995 an Bedeutung verloren. Zudem haben sich die gegenseitigen Bezugsrelationen kaum verändert. Dagegen ist die Häufigkeit von Kooperationen zwischen Brandenburger und Berliner Firmen stark gestiegen. Die Autoren der Studie ziehen aus den Befunden den Schluss, dass sich die internationale Einbindung der Brandenburger Wirtschaft verbessert hat. Gleichwohl erscheinen die länderübergreifenden Potenziale der wirtschaftlichen Zusammenarbeit insbesondere vor dem Hintergrund der anschließend präsentierten gemeinsamen Innovationsstrategie noch deutlich ausbaufähig.

Insgesamt ist festzuhalten, dass die Brandenburger Wirtschaft im Konvergenzprozess mit Westdeutschland stagniert. Die geringe Größe des industriellen Sektors, wertschöpfungsschwache Unternehmensdienstleistungen und fehlende Agglomerationen dämpfen den Produktivitätsfortschritt.

### Die wirtschaftspolitische Konzeption: Förderung von Branchenkompetenzfeldern und regionalen Wachstumskernen

Die Wirtschaftspolitik Brandenburgs hat in den letzten Jahren einen grundlegenden Kurswechsel vollzogen. In der Anfangsphase der Transformation wurde ein Konzept der sogenannten dezentralen Konzentration verfolgt, das durch eine stärkere Förderung von Investitionen in der Peripherie regionale Disparitäten abbauen sollte. Aufgrund des geringen Erfolgs dieser Strategie im Hinblick auf eine innerbrandenburgische Konvergenz werden ungefähr seit 2005 einzelne als zukunftssträftig angesehene Branchen(-kompetenzfelder) gefördert, die in bestimmten Schwerpunktregionen angesiedelt sind.

Die so genannten Branchenkompetenzfelder (BKF) und Cluster<sup>2</sup> zeichnen sich laut Brandenburger Wirtschaftsministerium durch eine überregionale Orientierung der Unternehmen aus, durch Kooperationen mit Forschungseinrichtungen oder Hochschulen sowie durch überdurchschnittliche Verflechtungen entlang der Wertschöpfungskette bei Beschaffung und Absatz. Abb. 1 stellt die länderübergreifenden Strukturen der so genannten Innovationsstrategie für die beiden Bundesländer Berlin und Brandenburg dar, die aus siebzehn BKF für Brandenburg und fünf BKF für Berlin besteht. In sieben Wirtschafts- und Technologiebereichen wurden länderübergreifende Netzwerke gebildet.



Quelle: Landesinnovationskonzept Brandenburg 2006.

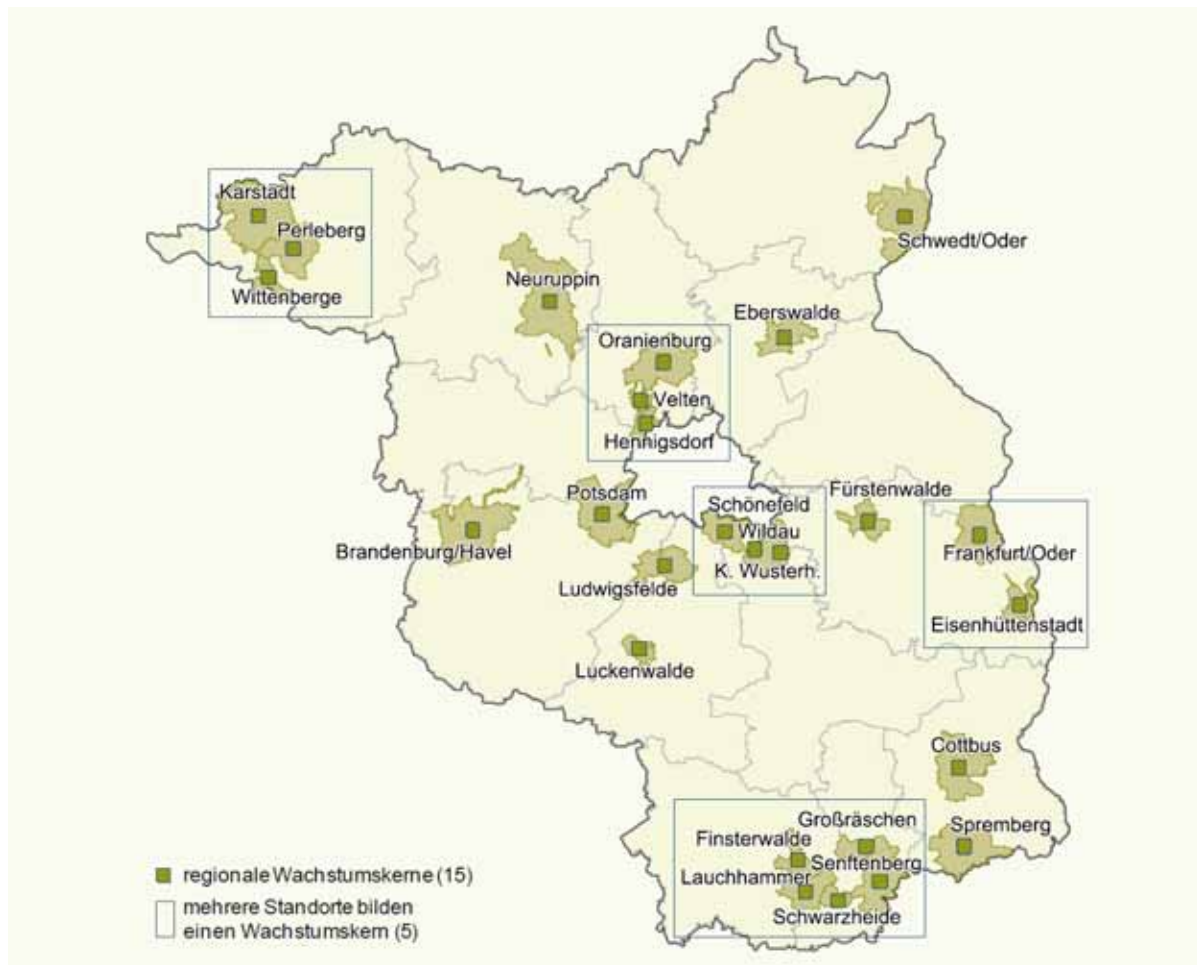
#### Abbildung 1

#### Länderübergreifende Strukturen zwischen Berlin und Brandenburg in der Wirtschaftsförderung

Parallel zur sektoralen Fokussierung wurde die brandenburgische Wirtschaftsförderung räumlich auf 67 Branchenschwerpunktorte, darunter auch kleinere Gemeinden, mit überdurchschnittlichen Entwicklungspotenzialen konzentriert. Weitgehend deckungsgleich mit den Ober- und Mittelzentren wurden fünfzehn regionale Wachstumskerne (RWK) definiert, die „Branchenschwerpunktorte mit besonderen Ausstrahlungseffekten auf ihr regionales Umfeld“ darstellen und „überdurchschnittliche wirtschaftliche bzw. wissenschaftliche Potenziale“ sowie eine Mindesteinwohnerzahl von 20.000 aufweisen (vgl. Abb. 2).

<sup>2</sup> Die Brandenburger Landesregierung bezeichnet die Bereiche Biotechnologie, Luft- und Raumfahrt sowie Medien/Informations- und Kommunikationstechnologie als Cluster in ihrem Bundesland. Diese Cluster seien solche Branchenkompetenzfelder, „die deutschlandweit und international prägend für die jeweilige Branche und entsprechende Erkennungsmerkmal nach außen sind“. Quelle: [http://www.mwe.brandenburg.de/cms/detail.php?id=203481&\\_siteid=20](http://www.mwe.brandenburg.de/cms/detail.php?id=203481&_siteid=20).





Quelle: Landesregierung Brandenburg.

## Abbildung 2 Regionale Wachstumskerne in Brandenburg

Betrachtet man die „Zukunftsbranchen“ und „regionalen Wachstumskerne“, dann kann man sich des Eindrucks nicht erwehren, dass bei ihrer Festlegung auch pragmatische Erwägungen eine Rolle gespielt haben. Dies dürfte insbesondere auf die Auswahl der Branchen Holzverarbeitung und Ernährungswirtschaft zutreffen, die nur im Brandenburger Maßstab eine besondere Bedeutung haben. Auch das Kriterium der Forschungsaktivitäten ist sicherlich nicht in allen „Zukunftsbranchen“ gleichermaßen erfüllt. Insgesamt ist die Forschungsintensität der Brandenburger Wirtschaft gering. So lag der Anteil der F&E-Ausgaben der Wirtschaft im Verhältnis zum BIP in Brandenburg 2007 bei 0,3 Prozent im Vergleich zu 0,9% in Thüringen oder 1,3% in Sachsen (Günther u.a. 2010). Auch beim Anteil der FuE-Beschäftigten in den Unternehmen erreicht Brandenburg lediglich ein Viertel des ostdeutschen Durchschnittswerts (Günther u.a. 2010). Die Festlegung einer Mindesteinwohnerzahl von 20.000 für regionale Wachstumskerne verweist auf äußerst geringe Ballungsraumvorteile.

Das Land Brandenburg setzt mit seinem Ansatz auf zwei in der politischen Praxis favorisierte und intuitiv einleuchtende Ideen, nämlich der Förderung von Wachstumspolen und der clusterorientierten Wirtschaftspolitik. Nach den bisher vorliegenden Befunden muss allerdings vor überzogenen Hoffnungen gewarnt werden. Insbesondere für Ostdeutschland zeigen empirische Analysen auf der Basis von Arbeitsmarktregionen zumindest bis zum Jahr 2003, dass die mit wachstumsrelevanten Potenzialfaktoren ausgestatteten Regionen nicht stärker wuchsen als die anderen Gebiete (Sachverständigenrat 2004).

Als kritisch kann zudem angesehen werden, dass bisher zu jedem Kompetenzfeld Standorte ermittelt wurden, an denen sich räumliche Schwerpunkte der jeweiligen Branche herausgebildet haben, in denen wiederum branchenspezifische Infrastrukturen besonders gefördert werden. Diese Branchenschwerpunktorte in den regionalen Wachstumskernen erhalten eine „doppelte“ Präferenz, während solche Branchen im restlichen Land leer ausgehen. Daher sollen die Branchenkompetenzfelder zu-

künftig im ganzen Land gelten. Auch eine Reduzierung der Branchenkompetenzfelder erscheint zweckmäßig.

An dieser Stelle ist sicherlich nicht der Raum, sich erschöpfend mit dem schillernden Clusterbegriff und den dahinter stehenden theoretischen Konzepten und empirischen Befunden auseinanderzusetzen. Es drängt sich jedoch der Eindruck auf, dass hier alter Wein in neuen Schläuchen präsentiert wird (Alecke/Untiedt 2007). So scheint sich der theoretische Kern auf die seit Marshall (1890) bekannten Lokalisationsvorteile gleichartiger wirtschaftlicher Aktivitäten (Wissensspillover, spezialisiertes Arbeitskräfteangebot und räumliche Kunden-Lieferanten-Verflechtungen) zu beziehen, die explizit von der Landesregierung genannt werden. Testet man diese Hypothese anhand der räumlichen Verteilung ökonomischer Aktivitäten, ist allerdings die Evidenz für die Herausbildung von Clustern gering. So weisen Industrien nur eine schwach ausgeprägte und nicht zeitstabile Tendenz auf, messbare regionale Konzentrationen zu bilden. Zudem kann weniger für die technologie-, als vielmehr für die rohstoffintensiven Industrien eine „Clusterung“ nachgewiesen werden (Alecke/Untiedt 2007). Im Hinblick auf die Stimulierung regionalwirtschaftlicher Entwicklung legen die meisten Studien Evidenz für das Vorliegen von Urbanisations- statt Lokalisationsvorteilen nahe. Demnach kann vorrangig ökonomische Diversifizierung als treibende Kraft des regionalen Wirtschaftswachstums angesehen werden.

Gleichwohl zeigen für Brandenburg die deskriptiven Befunde eine günstige Entwicklung der Branchenkompetenzfelder und regionalen Wachstumskerne im Vergleich zum Durchschnitt. So war die Beschäftigungsentwicklung in den Branchenkompetenzfeldern insgesamt zwischen 1998 und 2008 deutlich besser als in der Gesamtwirtschaft (Bogai/Wiethölter 2010). Dies gilt insbesondere für den Berlinnahe Raum. Indes sind dort in einzelnen Branchen wie der Schienenverkehrsindustrie und der Energie- und Ernährungswirtschaft in diesem Zeitraum Arbeitsplätze in zweistelliger Prozentgrößenordnung verloren gegangen. Auch nach einer von der Landesregierung als Evaluation der regionalen Wachstumskerne bezeichneten Studie zeigt sich, dass sich bei einigen Indikatoren wie der Beschäftigtenzahl und dem in dieser Studie als Erfolgsindikator wirtschaftlicher Ausstrahlung betrachteten Pendlersaldo eine im Vergleich zum Brandenburger Durchschnitt positive Entwicklung abzeichnet. Die Abwanderung ist allerdings noch immer ein Problem – auch in den regionalen Wachstumskernen (Basler 2010).

Insgesamt lässt sich indes aus dem innerbrandenburgischen Vergleich noch nicht ein Erfolg der neuen Förderungskonzeption ableiten. Zum einem ist die Brandenburger Gesamtentwicklung durch erhebliche Beschäftigungsverluste in den großen Sektoren Landwirtschaft und Baugewerbe gekennzeichnet. Zum anderen wurden in den BKF Energiewirtschaft, Ernährungsgewerbe sowie Metallwirtschaft in der letzten Dekade noch erheblich Arbeitsplätze abgebaut. Nur kleine Branchen innerhalb der BKF wie die Biotechnologie und Luftfahrttechnik zeigten deutliche Zuwächse. Schließlich sprang die Politik bei einigen Branchen auf den fahrenden Zug auf, denn die bisherige positive Entwicklung war auch ein Kriterium für die Auswahl. Außerdem ist der Zeitraum für belastbare Aussagen hinsichtlich der Wirkung auf Wirtschaftswachstum und Beschäftigung noch zu kurz (Prognos 2008).

### **Ergebnisse der Bevölkerungsprognosen**

Die künftige Bevölkerungsentwicklung dürfte für die Brandenburger Wirtschaft vergleichbare Herausforderungen stellen, wie sie von der wirtschaftlichen Transformation nach der Wende ausgegangen sind. Dabei sind zukünftig die Wirkungen auf Größe und Zusammensetzung des Arbeitskräfteangebots von Bedeutung. Zudem löst die langfristige Schrumpfung der Bevölkerung über Nachfrageeffekte zunehmend negative Wachstumswirkungen aus. Ein besonderes Merkmal des demografischen Wandels sind zudem seine räumlichen Auswirkungen, die die entsprechenden Prozesse verstärken. Im folgenden Abschnitt werden die Perspektiven der Bevölkerungsentwicklung im Hinblick auf das Erwerbsfähigenpotenzial dargestellt. Dabei sind zwei Phasen deutlich voneinander zu unterscheiden. Die erste Phase endet mit dem Erwerbsaustritt der Erwerbspersonen, die in den 1960er Jahren<sup>3</sup> geboren wurden. Sie wird im kommenden Jahrzehnt durch eine starke Alterung des Arbeitskräfteangebots und ungünstiges Verhältnis von Berufseinsteigern zu Berenteten gekennzeichnet sein. Deutlich zu unterscheiden in ihren Wirkungen auf das Arbeitskräfteangebot ist die Phase 2 nach ca. 2030. Nach dem Ausscheiden der geburtenstarken Jahrgänge aus dem Erwerbsleben sinkt die Bevölkerung im

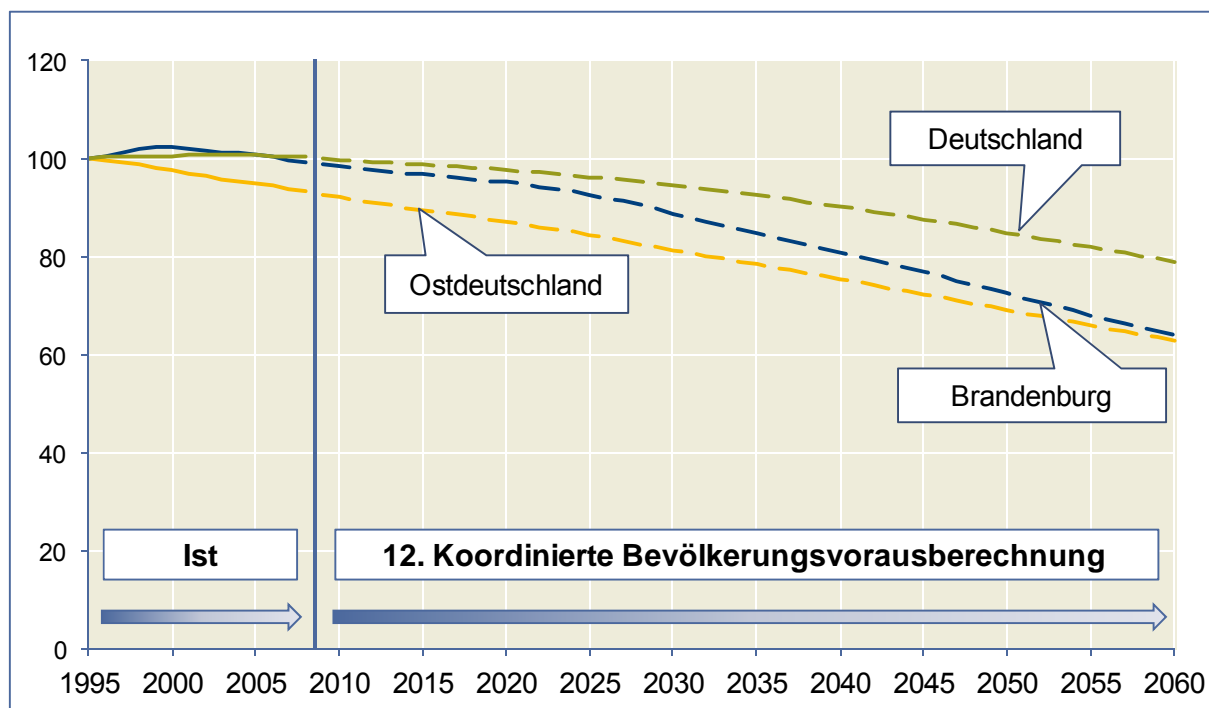
---

<sup>3</sup> Sie reicht im Extremfall über das Jahr 2030 hinaus, wenn unterstellt wird, dass Erwerbstätige des letzten Babyboomer-Jahrgangs 1966 mit 67 Jahren in die Altersrente überwechseln (2033). Nimmt man an, dass die Geburtsjahrgänge 1960 bis 1965 im Durchschnitt mit 65 Jahren ihre Erwerbstätigkeit beenden, wird die große Verrentungswelle in der zweiten Hälfte des kommenden Jahrzehnts stattfinden.

Erwerbsalter immer stärker. Sie wird 2060 nur noch halb so groß sein wie 2010.

### **Entwicklung der Gesamtbevölkerung**

Die Bevölkerungszahl ist in Brandenburg anders als in den anderen neuen Bundesländern aufgrund von Wanderungsgewinnen in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre gestiegen. Der positive Wanderungssaldo, der vor allem das Berliner Umland betraf, konnte bis zum Jahr 2000 die negative Entwicklung der natürlichen Bevölkerungsbewegung (Geburten minus Sterbefälle) im Land mehr als kompensieren. Seit der Jahrtausendwende geht die Bevölkerungszahl jedoch auch in Brandenburg zurück. Zwischen 2001 und 2009 nahm sie im Durchschnitt jährlich um ca. 0,4 % bzw. gut 10.000 Personen ab. Nach der 12. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Bundesamtes (KOBV) wird die Brandenburger Bevölkerung in den nächsten 15 Jahren mit etwa ähnlichen Raten wie im vergangenen Jahrzehnt sinken. Ab Mitte des nächsten Jahrzehnts verstärkt sich die Abnahme. Zwischen 1995 und 2060 wird die Brandenburger Bevölkerung ähnlich stark schrumpfen (-36,0 %) wie in den neuen Bundesländern insgesamt (-37,1 %) (vgl. Abb. 3).



Quelle: Statistisches Bundesamt.

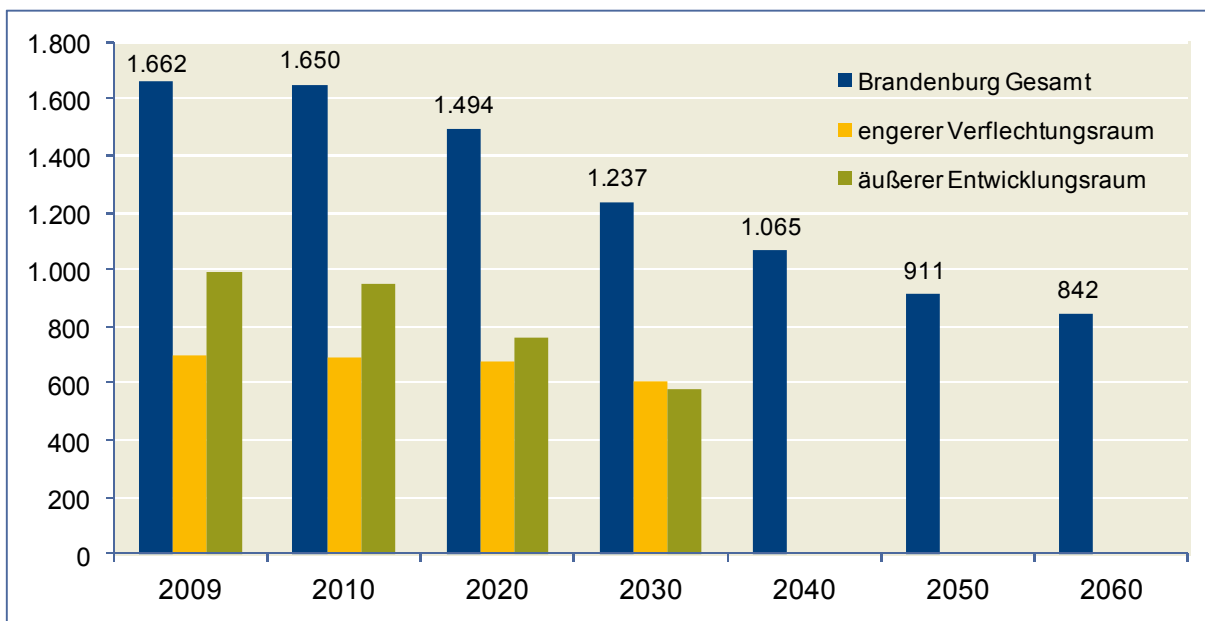
### **Abbildung 3**

#### **Bevölkerungsentwicklung Brandenburg, Ostdeutschland, Gesamtdeutschland 1995 bis 2060 (1995=100)**

Der demografische Wandel wird die regionalen Disparitäten innerhalb Brandenburgs erheblich verschärfen. So reichen die vom Brandenburger Landesamt für Bauen und Verkehr für den Zeitraum 2008 und 2030 prognostizierten prozentualen Veränderungen der Einwohnerzahlen in den Brandenburger Gemeinden von -37 % in Eisenhüttenstadt bis +57% in der Gemeinde Schönefeld (Landesamt 2008). Insgesamt wird die Bevölkerung im engeren Verflechtungsraum um Berlin zwischen 2008 und 2030 um 63.700 Personen oder 7,1 % zunehmen, während die Einwohnerzahl in den Berlinfernen Regionen in diesem Zeitraum um etwa 358.900 Personen oder rund 22,0 % weiter stark abnimmt.

Das Land Brandenburg verfügt über wenige größere Städte. Bereits jetzt gehören einige Landkreise zu den am dünnsten besiedelten Regionen Deutschlands. Der demografische Wandel führt zur Ausdehnung bevölkerungsarmer Räume und lässt auch die Mittelzentren weiter schrumpfen. Mit Ausnahme von Potsdam (+158 EW/km<sup>2</sup>) sinkt die Einwohnerdichte in allen Kreisen bis 2030 (Abb. 4). Besonders stark betroffen sind die kreisfreien Städte Brandenburg (-42 EW/km<sup>2</sup>), Frankfurt/Oder (-69 EW/km<sup>2</sup>) und Cottbus (-99 EW/km<sup>2</sup>). In den bereits heute dünn besiedelten Gebieten wie der Prignitz, dem Ruppiner Land und der Uckermark sinkt die Bevölkerungsdichte nochmals in zweistelliger Größenordnung. Den höchsten Rückgang unter den Flächenkreisen verzeichnet jedoch Oberspreewald-Lausitz im äußeren Entwicklungsraum. Hier sinkt die Bevölkerungsdichte bis 2030 von 103 EW/km<sup>2</sup> (2006) auf nur noch 77 EW/km<sup>2</sup>.

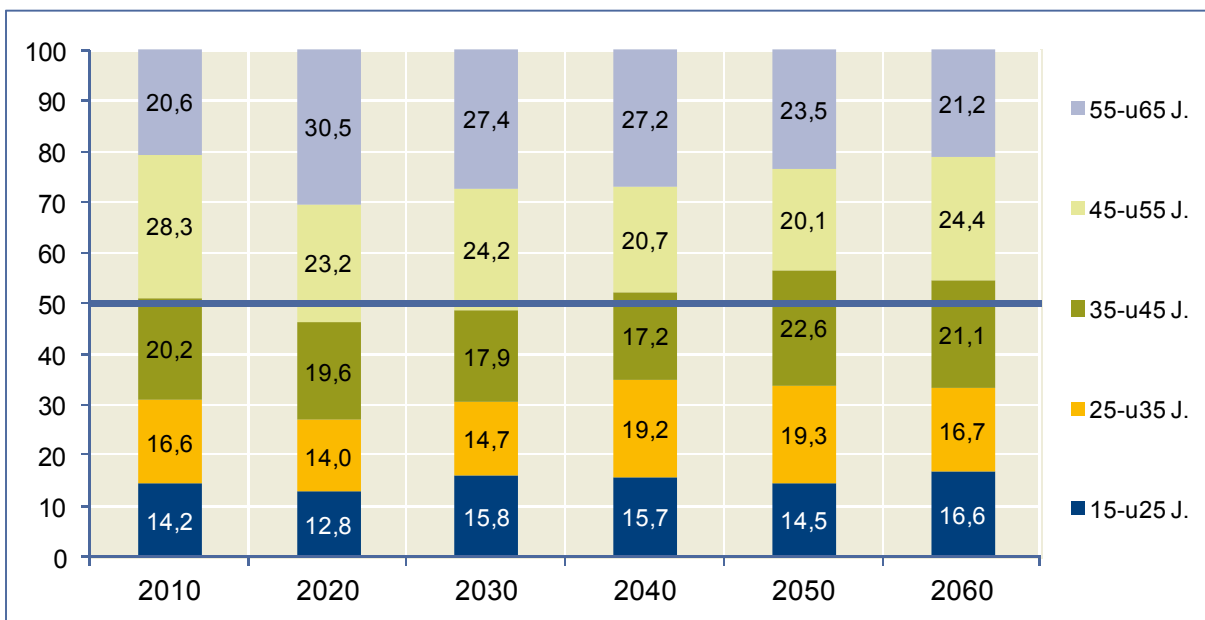




Quelle: Statistisches Bundesamt; Amt für Statistik Berlin-Brandenburg; Landesamt für Bauen und Verkehr Brandenburg.

**Abbildung 5**  
**Entwicklung der Bevölkerung (15- bis unter 65-Jährige) in Brandenburg und in den Brandenburger Teilräumen 2009 bis 2060 (in Tsd.)**

Die demografische Entwicklung führt mittelfristig zu einer starken Alterung der Bevölkerung im Erwerbsalter. Hierzu tragen einerseits die stark besetzten Geburtsjahrgänge der 1960er Jahre und andererseits die geringen Geburtenraten in den 1990er Jahren bei. 2020 wird fast ein Drittel der Erwerbsbevölkerung 55 Jahre und älter sein (Abb. 6). Der Anteil dieser Altersgruppe bleibt bis 2040 hoch. Erst ab 2050 stellt sich eine Altersverteilung ein, die ähnlich der heutigen Struktur ist. Allerdings wird der Umfang der Bevölkerung im Erwerbsalter dann deutlich niedriger sein.



Quelle: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

**Abbildung 6**  
**Entwicklung der Altersstruktur der 15- bis unter 65-Jährigen in Brandenburg, 2010 bis 2060 (Anteile in %)**

### Ökonomische Wirkungen des demografischen Wandels

Die absehbaren demografischen Veränderungen – Alterung und Abnahme der Erwerbsbevölkerung, Rückgang der Gesamtbevölkerung – stellen eine große Herausforderung für Wachstum, Innovation und Konvergenzfortschritt der Brandenburger Wirtschaft dar. Regional differierende Entwicklungen verschärfen insbesondere die wirtschaftlichen Probleme im äußeren Entwicklungsraum.

Die skizzierte Alterung der Erwerbsbevölkerung kann zu sinkender Produktivität, Dämpfung des Innovationspotenzials sowie geringeren Gründungsraten von Unternehmen führen. Schließlich begrenzt der Rückgang der ökonomisch aktiven Bevölkerung bei gegebener Bevölkerungsgröße das Produktionspotenzial von der Angebotsseite. Die Abnahme der Bevölkerung verursacht über die Nachfrageseite negative Auswirkungen auf das Wirtschaftswachstum. Damit sinkt in vielen Regionen Brandenburgs auch das lokale Marktpotenzial und in dessen Folge die Möglichkeit zur Erzielung von Skalenerträgen.

Untersuchungen zu den Auswirkungen der Alterung auf die Produktivität zeigen auf betrieblicher Ebene einen umgekehrt u-förmigen Verlauf, dessen Maximum im Allgemeinen bei einem Durchschnittsalter der Belegschaft von ca. 40 Jahren liegt (Ragnitz/Schneider 2007). Ein starkes Anwachsen der Beschäftigtengruppe der über 50jährigen könnte vor diesem Hintergrund einen dämpfenden Effekt auf das Produktivitätswachstum ausüben (Ragnitz/Schneider 2007). Allerdings ist diese Hypothese nicht unumstritten. So zeigt die neuere Literatur, die auf der Ebene von Arbeitsteams ansetzt, dass die durchschnittliche Arbeitsproduktivität im Alter im Großen und Ganzen konstant bleibt (Sachverständigenrat 2011). Offenbar kann das Erfahrungswissen Älterer die nachlassende Kognition und Muskelstärke in vielen Sektoren ausgleichen. Ob dies jedoch auch in den forschungsintensiven Branchen gilt, auf die die Brandenburger Wirtschaftspolitik setzt, muss offen bleiben.

Vom Alter der Beschäftigten kann ein dämpfender Einfluss auf technologische Innovationen ausgehen. Nach Untersuchungen zum betrieblichen Innovationsverhalten verringert ein sehr hohes Durchschnittsalter der Belegschaft die Neigung zu Produkt- oder Verfahrensinnovationen deutlich. Umgekehrt ist die Wahrscheinlichkeit, ein neues Produkt oder gar eine Marktneuheit zu realisieren, bei einem Durchschnittsalter von ca. 39 Jahren am höchsten (Ragnitz/Schneider 2007).

Unternehmerische Aktivitäten, insbesondere der Schritt in die Selbständigkeit, hängen ebenfalls vom Alter ab. Sie nehmen mit steigendem Alter ab, da die Ausbildung länger zurückliegt bzw. die Risikoneigung abnimmt. Die Gründungsquote erreicht in den neuen Ländern im Alter von 33 Jahren ihr Maximum, im Alter über 50 Jahre finden kaum noch Gründungen statt. Kombiniert man die altersspezifischen Gründungsquoten mit der Bevölkerungsfortschreibung nach Altersgruppen, lässt sich der Alterseffekt auf die Gründungswahrscheinlichkeit ableiten. Die veränderte Altersstruktur in Brandenburg würde bei gegebenen altersspezifischen Gründungsquoten bis 2020 einen Rückgang der Gründungsquoten von 32 % gegenüber 2002 auslösen (Ragnitz/Schneider 2007).

Der Rückgang der Bevölkerung reduziert die Nachfrage der Verbraucher, da weniger Menschen auch weniger Konsumgüter und Dienstleistungen benötigen. In der Folge sinkt die Nachfrage nach Arbeitskräften. Dieser Effekt ist in Brandenburg sehr bedeutsam, da die Wirtschaft zum weit überwiegenden Anteil lokal ausgerichtet ist. Dadurch werden das gesamtwirtschaftliche Nachfragepotenzial und damit die Wachstumsaussichten geschmälert.

Der demografische Wandel verschiebt die Nachfragestruktur in Brandenburg hin zu mehr personenbezogenen Dienstleistungen wie der Pflege. Dies verlangsamt den technologischen Fortschritt, da solche Dienstleistungen weniger produktiv erbracht werden können. Schließlich kann der wirtschaftliche Strukturwandel durch die Alterung der Erwerbspersonen beeinträchtigt werden, weil die hierfür notwendige regionale und betriebliche Mobilität mit zunehmendem Alter der Arbeitskräfte abnimmt.

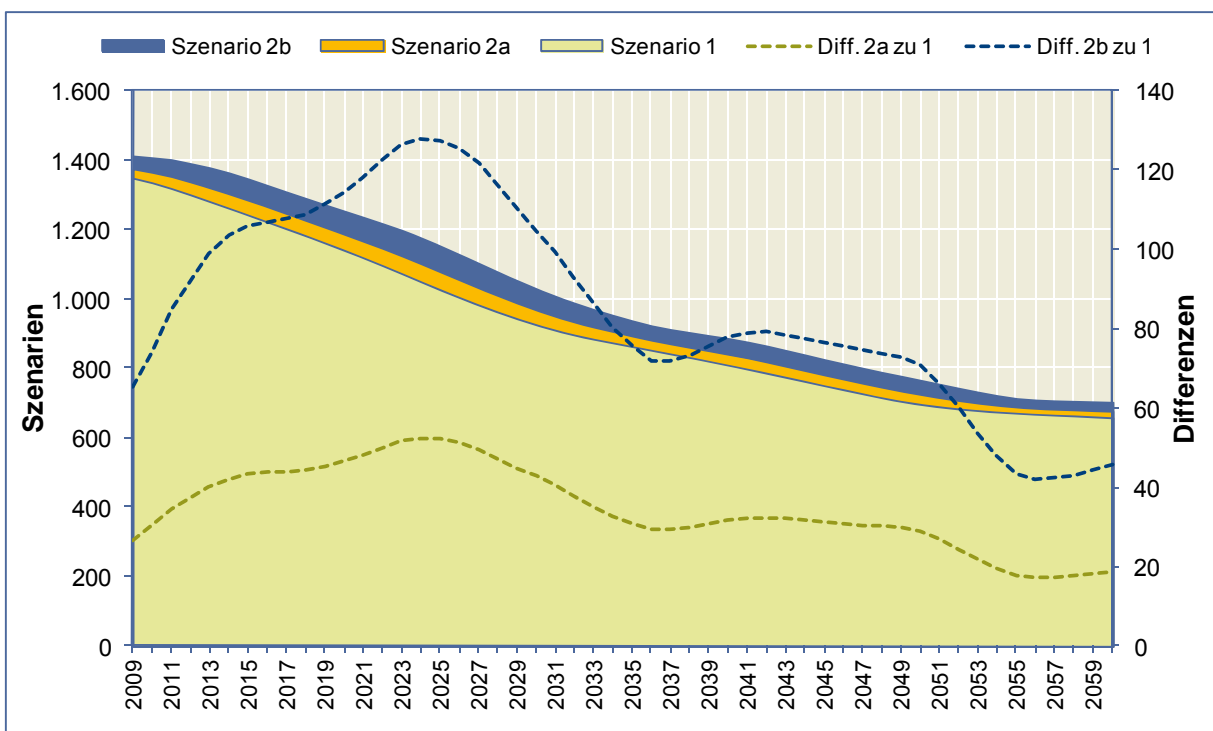
Abschließend lässt sich die Wirkung der unterschiedlichen Bevölkerungsentwicklung auf die wirtschaftliche Leistungskraft in den Regionen empirisch abschätzen. So haben Eckey et al. (2009) untersucht, wie sich die Bevölkerungsentwicklung auf die Bruttowertschöpfung in den deutschen Arbeitsmarktregionen (AMR) bis zum Jahr 2020 auswirken wird. Sie verwenden dabei eine Produktionsfunktion, die neben der Arbeitsproduktivität und dem Sachkapital den Verstädterungsgrad als erklärende Variable enthält. Ihre Ergebnisse weisen darauf hin, dass die Abnahme der erwerbsfähigen Bevölkerung die Bruttowertschöpfung besonders in peripheren ostdeutschen Regionen senkt, weil die Bevölkerungsverluste dort besonders hoch sind. Die Spannweite der Bruttowertschöpfungsveränderung gegenüber dem Jahr 2005 reicht von -30,7 % in der AMR Görlitz bis +15,2 % in der AMR Landshut. Bei der Bruttowertschöpfung pro Einwohner ergibt sich ein ähnliches Bild. Liegt eine abnehmende Bruttowertschöpfung in einer Arbeitsmarktregion vor, so ist dies auf eine abnehmende Arbeitsproduk-



tivität, einen sinkenden Verstärterungsgrad und/oder eine sinkende Kapitalintensität zurückzuführen. Spiegelt man diese Befunde vor der Brandenburger Bevölkerungsentwicklung, ist davon auszugehen, dass sich die regionalen Disparitäten in der Produktivität weiter erhöhen werden.

### Erhöhung des Arbeitskräfteangebots durch verstärkte Erwerbsbeteiligung Älterer

Im Hinblick auf die künftige Abnahme des Arbeitskräfteangebots und die starke Besetzung höherer Altersgruppen im Erwerbsfähigenpotenzial sollen die Wirkungen einer verstärkten Erwerbsbeteiligung Älterer geprüft werden. Konkret wird im Folgenden betrachtet, wie sich die Erwerbspersonenzahl in Brandenburg entwickeln würde, wenn die heutige Erwerbsquote der 60- bis 65-jährigen Brandenburger, die nur knapp 30 % beträgt (Bogai/Hirschenauer/Wesling 2010), auch in Zukunft bestehen bliebe (Szenario 1), wenn die Alterserwerbsquote auf 50 % stiege (Szenario 2a) und wenn sie einen Wert von 81,8 % annehmen würde (Szenario 2b) (Abb. 7). Das Szenario 2a orientiert sich an dem auf europäischer Ebene vereinbarten Ziel, die Beschäftigungsquote der 55- bis unter 65-Jährigen bis 2010 auf 50 % zu erhöhen. Das Szenario 2b geht davon aus, dass die 60- bis 65-Jährigen dieselbe Erwerbsquote erreichen, wie heute die 55- bis 60-jährigen Brandenburger, nämlich 81,8%.



Quelle: Statistisches Bundesamt (12. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung); Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung; eigene Berechnungen.

#### Abbildung 7

#### Prognose der Brandenburger Erwerbspersonenzahl bei erhöhter Erwerbsbeteiligung der 60 bis unter 65-Jährigen (in Tsd.)

Nach den Berechnungen kann vor allem im optimistischen Szenario 2b der Rückgang der Erwerbspersonenzahl in den nächsten zwanzig Jahren in nennenswertem Umfang abgeschwächt werden. Eine Ausweitung der Erwerbsneigung der 60- bis unter 65-Jährigen auf 50 % brächte hingegen nur moderate Zuwächse. Die Steigerung der Erwerbsquote würde vor allem in den 2020er Jahren das Arbeitskräfteangebot erhöhen. In diesem Zeitraum stünden dem Brandenburger Arbeitsmarkt im Vergleich zum Basisszenario jährlich rund 120 Tsd. (Szenario 1b) Personen mehr zur Verfügung.

Insgesamt ist festzuhalten, dass sich durch eine erhöhte Erwerbsbeteiligung der Älteren der Rückgang des Arbeitskräfteangebots in Brandenburg bis in das nächste Jahrzehnt verringern ließe. Allerdings verstärkt die Alterung des Arbeitskräfteangebots die Notwendigkeit, produktivitätssteigernde Maßnahmen zu ergreifen.

### **Wirtschaftspolitische Schlussfolgerungen**

Nachdem der Aufholprozess der Brandenburger Wirtschaft schon seit einigen Jahren stagniert, bedrohen in den nächsten Dekaden zunehmend die Auswirkungen des demografischen Wandels die Konvergenz. Zudem werden sie die regionalen Disparitäten in der Wirtschaftskraft innerhalb des Bundeslandes verstärken.

Die negativen Wachstumseffekte der absehbaren demografischen Entwicklung können gemildert werden, wenn ein hinreichend hohes Produktivitätswachstum erzielt wird. Zentral sind hierbei technologische Innovationen auf wachsenden Märkten. Der Technologietransfer sollte insbesondere im stark vom demografischen Wandel betroffenen äußeren Entwicklungsraum verbessert werden.

Die von Brandenburg verfolgte Wachstumsorientierung durch Förderung bestimmter Branchenkompetenzfelder setzt auf die bestehende Branchenstruktur und versucht, durch Neuansiedlungen aus „passenden“ Unternehmen und Branchen die Herausbildung von Unternehmensclustern zu unterstützen. Die bisherige Evaluation zeigt, dass die Förderung entsprechende Schwerpunkte setzt, angesichts des kurzen Umsetzungszeitraums aber noch keine abschließende Beurteilung ihrer Wirksamkeit möglich ist (Prognos 2008).

Infolge der demografischen Entwicklung bis ca. 2030 liegt das Hauptaugenmerk auf der Sicherung der Innovationsfähigkeit, bei alterndem und moderat sinkendem Arbeitskräftepotenzial. Zu denken ist an verstärkte und frühzeitige Aus- und Weiterbildungsaktivitäten - nicht erst ab dem Alter von 50 Jahren. Dabei sollte die Qualifizierung nicht rein arbeitsplatzbezogen, sondern auf die Vermittlung allgemeiner beruflicher Fertigkeiten ausgerichtet sein und neue technologische Entwicklungen im jeweiligen Fachgebiet umfassen. Das Land Brandenburg unterstützt die Betriebe z. B. in der Demografieplanung mittels des Fachkräfteinformationssystems (vgl. den Beitrag von Sabine Löser in dieser Publikation).

Wichtig ist zudem die bessere Erschließung bisher unzureichend entwickelter Qualifikationspotenziale unter den erwerbsfähigen Personen. So ist der Anteil der Schulabgänger ohne Abschluss in Brandenburg besonders hoch. Maßnahmen für eine bessere Ausschöpfung der Potenziale älterer Arbeitnehmer sind eine verbesserte Gesundheitsvorsorge sowie eine altersgerechte Arbeitsorganisation in räumlicher, zeitlicher und sachlicher Hinsicht. Angesichts der drohenden Verluste an Unternehmerpotenzial ist die Gründungsausbildung zu forcieren und eine stärkere Orientierung von abhängig Beschäftigten auf die Selbständigkeit anzustreben.

Mit der künftigen Bevölkerungsabnahme wird ein Rückgang der Erwerbstätigkeit verbunden sein, da die Arbeitskräftenachfrage zum weit überwiegenden Teil in Brandenburg lokal ausgerichtet ist. In der längeren Frist wird es somit immer vordringlicher, die industrielle Basis zu erhöhen. Die Wettbewerbsfähigkeit einzelner regionaler Wachstumskerne ist in Regionen mit stark rückläufiger Erwerbsbevölkerung gefährdet. Die Schrumpfung der Bevölkerung schmälert die Standortattraktivität in großen Teilen Brandenburgs auch für die Hersteller handelbarer Güter, weil ein zunehmender Mangel an gut ausgebildeten, jüngeren Fachkräften zu erwarten ist. Insbesondere für Hochqualifizierte ist die Attraktivität der Region wichtig. Ihr Fehlen wirkt sich wegen der Komplementarität mit anderen Arbeitskräften besonders negativ aus. Aus diesem Grund müssen die Chancen qualifizierter Zuwanderung stärker genutzt werden.

Die beschriebenen Wirkungen des demografischen Wandels verstärken die ökonomischen Disparitäten zwischen den Regionen. Sie sind nur partiell aufzuhalten. Diskutiert werden überregionale Partnerschaften, die Strategien für einen funktional verflochtenen Raum mit schrumpfenden und wachsenden Teilräumen entwickeln. In ähnliche Richtung weisen regionale Entwicklungskonzepte für die einzelnen Regionen Brandenburgs unter Einschluss angrenzender Regionen anderer Bundesländer (einschließlich Polens).

**Literatur**

- Alecke, B., Untiedt, G. (2007): "Clusterförderung und Wirtschaftspolitik - 'Heilsbringer' oder 'Wolf im Schafspelz'", List Forum 33. Jg. , S. 89-105
- Basler und Partner (2010): Evaluation der Ergebnisse der Neuausrichtung der Förderpolitik auf regionale Wachstumskerne, Endbericht im Auftrag der Staatskanzlei Brandenburg, Potsdam
- Betriebspanel Brandenburg (2010): Entwicklung von Betrieben und Beschäftigung in Brandenburg. Ergebnisse der vierzehnten Welle des Betriebspanels Brandenburg, Berlin
- Bogai, D., D. Wiethölter (2005): Vergleichende Analyse von Länderarbeitsmärkten – Länderstudie Brandenburg, IABregional Berlin Brandenburg 1/2005, Nürnberg
- Bogai, D., Hirschenauer, F., Wesling M. (2009) Die Arbeitsmarktsituation der Älteren in Berlin Brandenburg, IABregional Berlin Brandenburg 6/2009, Nürnberg
- Bogai, D., Wiethölter D. (2010): Vergleichende Analyse von Länderarbeitsmärkten – Aktualisierte Länderstudie Brandenburg, IABregional Berlin Brandenburg 1/2010, Nürnberg
- Eickelpasch, A., Geppert, K., Pfeiffer I. (2007): Wirtschaftliche Verflechtung zwischen Berlin und Brandenburg, Expertise im Auftrag des Ministeriums für Wirtschaft Brandenburg und der Senatsverwaltung für Wirtschaft und Technologie des Landes Berlin, Berlin
- Eckey, H.-F., Kosfeld, R., Muraro N. (2009): Auswirkungen der Bevölkerungsentwicklung auf das wirtschaftliche Niveau der Regionen in Deutschland, Joint Discussion Paper Series in Economics No 1/2009
- Günther, J., Wilde, K., Sunder, M., Titze M. (2010): 20 Jahre nach dem Mauerfall: Stärken, Schwächen und Herausforderungen des ostdeutschen Innovationssystems heute, Studien zum deutschen Innovationssystem Nr. 17-2010, Halle
- Landesamt für Bauen und Verkehr Brandenburg (2008): Bevölkerungsprognose des Landes Brandenburg 2007 bis 2030, Potsdam
- Marshall, A. (1890): Principles of Economics, London
- Ministerium für Arbeit, Soziales, Frauen und Familie des Landes Brandenburg (2010): Bericht über den Arbeitsmarkt des Landes Brandenburg 2009/2010, Potsdam
- Prognos (2008): Projektbegleitende Evaluierung der Neuausrichtung der Wirtschaftsförderstrategie des Landes Brandenburg, Endbericht, Berlin
- Ragnitz, J., Schneider, L. (2007): Demographische Entwicklung und ihre ökonomischen Folgen, in: Wirtschaft im Wandel, Heft 6/2007, S. 195-202
- Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (2004): Jahresgutachten 2004/05, Wiesbaden
- Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (2011): Herausforderungen des demografischen Wandels, Wiesbaden
- Statistisches Bundesamt (2009): Bevölkerung Deutschlands bis 2060 – 12. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung, Wiesbaden
- Schröder, Klaus (2010): Das neue Deutschland, Berlin

**Autoren:**

Dr. Dieter Bogai  
IAB-Regional in der Regionaldirektion  
Berlin-Brandenburg  
dieter.bogai@iab.de

Franziska Hirschenauer  
Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung  
der Bundesagentur für Arbeit Nürnberg  
franziska.hirschenauer@iab.de

*Rainer Winkel*

## **Die Wirkungen der demografischen Veränderungen im ostdeutschen Transformationsprozess auf die Daseinsvorsorge**

Ostdeutschland wies zur Wiedervereinigung erhebliche quantitative und qualitative Defizite in der Daseinsvorsorge auf. Im Transformationsprozess wurden die Defizite weitgehend abgebaut. Durch den demografischen Wandel gingen zugleich die quantitativen Versorgungsbedürfnisse zurück, wobei sich die Bedarfe auch häufig infolge der konzeptionellen Ausrichtung veränderten. Auf diese Veränderungen reagierten viele Gebietskörperschaften erst spät und oft mit unpassenden Konzepten. Deshalb gibt es neben den großen Leistungen des Transformationsprozess auch Erscheinungen, die als nachteilig einzustufen sind.

### **Die Ausgangssituation/Ausstattung in der DDR**

Eine Grundausstattung mit Einrichtungen und Leistungen der Daseinsvorsorge ist unverzichtbare Lebensvoraussetzung für die Bevölkerung und Wirtschaft jeder Gesellschaft. Das gilt vor allem für hochentwickelte Industrienationen und galt somit auch für die DDR. Die Daseinsvorsorge in der DDR wies in qualitativer Hinsicht häufig große Defizite auf, wogegen die quantitative Ausstattung in den einzelnen Versorgungsbereichen sehr unterschiedlich war. Es gab Bereiche, in denen zumindest in quantitativer Hinsicht eine gute Versorgungslage bestand, wie umgekehrt Bereiche mit größten Defiziten. Quantitativ hervorragend war vor allem die Versorgung im Kinderbereich: Für Kinder in den relevanten Jahrgängen gab es eine hundertprozentige Versorgung mit Ganztagsplätzen, für Kleinkinder ein Krippenplatzangebot von 60% bis 80% der Jahrgangsstärken und für die Gruppe der Hortkinder (in der DDR von der Einschulung bis zum 10. Lebensjahr) eine Versorgungsausstattung von neunzig Prozent<sup>1</sup>.

Wenn man hier einmal von den z.T. gravierenden qualitativen Defiziten absieht, gab es auch in anderen Bereichen<sup>2</sup> eine quantitativ gute Versorgung, auch für ländliche und dünn besiedelte Gebiete. So verfügte die DDR über ein verhältnismäßig dichtes Schulnetz. Die medizinische Versorgung war durch das Netz der Polikliniken auch in ländlichen Regionen selbst hinsichtlich der Versorgung mit Fachärzten gesichert. Die Seniorenversorgung konnte durch die gesellschaftlichen Organisationen und das stationäre Angebot als ausreichend eingestuft werden, vor allem ohne eine Überforderung der finanziellen Leistungskraft der alten Mitbürger. Gleichfalls gab es ein dichtes ÖPNV-Netz, das ebenfalls auch in ländlichen Regionen nahezu jeden Ortsteil versorgte bei einigermaßen häufigen Taktzeiten.

Dem standen in anderen Bereichen größte Defizite gegenüber, u. a. die enormen Defizite in der Wohnversorgung und in der Telekommunikation<sup>3</sup>. Große Ausstattungsdefizite bzw. -lücken bestanden gleichfalls u.a. in weiteren Bereichen der technischen Infrastruktur, wie Trinkwasserversorgung, Abwasserentsorgung, Straßenan- und -verbindungen, im Umweltbereich sowie in der mangelhaften Ausstattung mit Dienstleistungsangeboten, Gastronomie und Warenverkaufsstellen, wobei für den Warenerwerb in ländlichen Räumen eine „Mindestversorgung“ angestrebt wurde. Hinzu kamen große qualitative Unzulänglichkeiten in der technischen Infrastruktur, bei der Verkehrsinfrastruktur und den eingesetzten Verkehrsmitteln, in Bezug auf den baulichen Zustand etlicher Einrichtungen der Wohnfolgeinfrastruktur u.a.m.

### **Die Wirkungen des Transformationsprozesses auf die Daseinsvorsorge**

Der Transformationsprozess hat die Daseinsvorsorge in Ostdeutschland nach der Wiedervereinigung nachhaltig verändert. Mit einem enormen finanziellen Mitteleinsatz wurden die wesentlichen Angebotsdefizite in der Daseinsvorsorge beseitigt und umfassende qualitative Verbesserungen erreicht. Wohnversorgungsdefizite gibt es längst nicht mehr. Die Telefonausstattung gilt für nahezu 100% der Haushalte, wie überhaupt die Telekommunikationsausstattung umfassend verbessert wurde. Die Anlagen der technischen Infrastruktur, wie der Trinkwasserversorgung, Abwasserentsorgung, Kläranlagen oder Straßenanschlüsse wurden gleichfalls umfassend saniert, erneuert und wo erforderlich durch Neubauten ergänzt, was ebenfalls für Daseinsrichtungen der Wohnfolgeinfrastruktur gilt. Heute lässt sich feststellen, dass hinsichtlich der Daseinsvorsorge eine weitgehende Angleichung der Ausstattung in Ostdeutschland an die westdeutschen Standards erreicht wurde. Z. T. verfügen die ost-

<sup>1</sup> Siehe a. Koziolk, H., Ostwald, W., Stütz, H.: Reproduktion und Infrastruktur, Berlin 1986; Bönisch, R., Mohs, G., Ostwald, W.: Territorialplanung, Berlin 1980, S. 187.

<sup>2</sup> Bönisch, R., Mohs, G., Ostwald, W.: Territorialplanung, Berlin 1980, S. 185-189.

<sup>3</sup> Nur etwa 15% der Haushalte hatten 1989 einen Telefonanschluss.

deutschen Räume inzwischen sogar über bessere Ausstattungen, was z. B. an den vielen Schulneubauten, den gut ausgebauten Autobahnen oder auch an den Verkehrsmitteln wie neue Straßenbahnzüge in Städten sichtbar ist.

Im Rahmen dieser Transformation vollzog sich jedoch auch ein Abbau von Versorgungsangeboten. Im Rahmen der Privatisierung der DDR-Wirtschaft entfiel beispielsweise weitgehend das betriebliche Angebot für die Kinderbetreuung. Dadurch ging das Angebot an Krippen- und Hortplätzen deutlich zurück, wenngleich es bis heute noch wesentlich höher als in Westdeutschland ist. Die Warenversorgung ist in vielen Dörfern schlechter geworden, da die ehemaligen, meist unterdimensionierten HO- und Konsumverkaufsstellen nach der Wiedervereinigung von privatwirtschaftlichen Anbietern nur z. T. übernommen wurden. Auch das ÖPNV-Angebot hat sich in vielen Gebieten, insbesondere in ländlichen Räumen verschlechtert, was vor allem für die Ausdünnung der Taktzeiten gilt. Etliche Ortsteile und Dörfer sind heute nicht mehr an den ÖPNV angebunden, auch nicht an den Schulbus<sup>4</sup>. Abstriche gibt es selbst im Schienenfernverkehr. Als Beispiel sei hier die Stadt Gera genannt. Der Hauptbahnhof von Gera - zum Zeitpunkt der Wiedervereinigung war Gera mit 138.000 Einwohnern die zweitgrößte Thüringer Stadt - war damals ein zentraler Knotenpunkt im ostdeutschen Fernverkehr mit etlichen Zugverbindungen je Tag. Heute ist die Anbindung auf wenige Regionalzüge beschränkt, wie sich auch die Anbindung von Görlitz wesentlich verschlechtert hat.

### Demografische und konzeptionelle Überlagerungen des Transformationsprozesses

Der enorme ostdeutsche Aus-, Aufbau- und Sanierungsprozess wurde zugleich durch massive demografische Veränderungen überlagert. Dadurch gingen die Bedarfe in vielen Bereichen im erheblichen Maße zurück. Darauf wurde häufig zu spät, teilweise viel zu spät und verschiedentlich auch falsch reagiert. Außerdem verschärften z. T. die Konzepte die Wirkungen der demografischen Veränderungen. Das hatte und hat die Schwächung vieler Aus- und Aufbauleistungen zur Folge. Teilweise entstanden sogar negative Effekte. Dazu einige Beispiele:

- Das hohe ostdeutsche Wohnungsüberangebot, das seit Jahren zur Stabilisierung der ostdeutschen Wohnungsmärkte mit hohem öffentlichen Aufwand per Abriss korrigiert wird, ist nicht nur eine Folge der demografischen Veränderungen sondern auch der langjährigen Wohnungsbauförderung. Die Förderung bestand noch bis in die zweite Hälfte der 90er Jahre, also einer Zeit, wo der demografisch bedingte Bedarfsrückgang längst sichtbar war.
- Die umfangreichen Schulneubauten und Schulsanierungen, die gleichfalls noch in der zweiten Hälfte der 90er Jahre, teilweise noch in der ersten Hälfte des letzten Jahrzehnts stattfanden, also ebenfalls zu einer Zeit, in der längst der Schülerrückgang oder zumindest der bevorstehende Schülerrückgang sicher vorhersehbar war. Diese Entwicklung wurde nun zugleich durch konzeptionelle Veränderungen überlagert. Infolge der weitgehenden Umstellung vom gemeinsamen Unterricht auf eine Aufgliederung der Schullaufbahnen nach dem vierten Schuljahr benötigte man mehr Schulen. Zugleich richteten sich die meisten ostdeutschen Länder entsprechend der westdeutschen Vorbilder auf leistungsfähige Großschulen aus. Per Saldo wurden im Ergebnis dieses Strategiewandels mehr Schüler für die Auslastung der Schulstandorte benötigt. In Anbetracht des demografisch bedingten hohen Schülerrückgangs konnte dieser Wandel nur durch umfangreiche Schulschließungen und Schülerkonzentration auf die verbleibenden Schulen erreicht werden. Das hatte umfassende Folgen. Im Freistaat Sachsen, wo inzwischen die Schließung von weit über 800 Schulen erfolgte, wurden z. B. in der Lommatzcher Pflege von 1995 bis 2008 acht von 16 Grundschulen geschlossen und sechs von acht Mittelschulen aufgelöst. Die Schülerzahlen belegen, dass diese Entwicklung nicht allein auf die demografischen Veränderungen zurückgeführt werden kann, sondern eindeutig auch eine Folge der konzeptionellen Änderungen ist. Inzwischen gibt es ländliche Räume in Sachsen, in denen Gymnasiasten länger als eine Stunde zu ihrem Schulstandort unterwegs sind.
- Etliche der neu errichteten großen Berufsschulzentren – überwiegend erst in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre erbaut – haben heute größte Auslastungsdefizite, wodurch z. T. Standorte gefährdet sind.
- Die für den Ausbau der Sportstätten maßgeblichen Vorgaben aus dem „Goldenen Plan Ost“ entsprachen teilweise nicht dem realen Sportstättenbedarf der ostdeutschen Bevölkerung. Aus die-

<sup>4</sup> Als Beispiel sei auf die sächsische Lommatzcher Pflege verwiesen, wo 2006 von 240 Ortsteilen, Dörfern und Weilern 63 nicht vom ÖPNV angegliedert wurden, auch nicht vom Schulbus, siehe Projektbericht Winkel, R.: Effiziente und integrierte Infrastrukturversorgung im ländlichen Raum, Lommatzcher Pflege, MORO-Vorhaben zu den Folgen des demographischen Wandels für die Infrastrukturversorgung, i. Auftrag d. BBR, 2004-2006.

sem Grund werden diese Vorgaben seit einiger Zeit in Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen und Sachsen-Anhalt nicht mehr und in Brandenburg nur noch begrenzt angewandt, aber inzwischen steht die danach errichtete Sportinfrastruktur weitgehend<sup>5</sup>.

- Für viele der umfassend sanierten, teilweise auch neu errichteten Kultureinrichtungen wirft der Unterhalt und Betrieb heute größte finanzielle Probleme auf, teilweise dergestalt, dass eine Aufgabe von Einrichtungen droht.
- Nach der Abwicklung der Polikliniken gibt es in etlichen ländlichen Räumen keine fachärztliche Versorgung mehr, so dass weite Wege in Städte erforderlich sind. Zugleich hat sich das Netz der Grundversorgung mit Landarztpraxen stark ausgedünnt.
- Der ÖPNV verfügt heute zwar weitgehend über neue hoch moderne Fahrzeuge. In vielen ländlichen Räumen wurden die Fahrtakte jedoch weiter reduziert. Etliche Dörfer und Weiler werden inzwischen nicht mehr angefahren, auch nicht von Schulbussen.<sup>6</sup>
- Z.T. wurden die Probleme durch falsche Handlungsansätze noch weiter verstärkt. Als Beispiel sei auf den Thüringer Landkreis Sömmerda verwiesen, in dem in den neunziger Jahren die Kindergartenkapazitäten konsequent entsprechend der reduzierten Kinderzahlen zurückgebaut wurden. Dabei blieb unberücksichtigt, dass der Kinderrückgang nicht linear sondern wellenförmig verläuft. D. h. nach einem starken Rückgang kommt es zu einem gewissen altersstrukturbedingten Wiederanstieg der Kinderzahlen bevor dann später ein erneuter, noch stärkerer Rückgang erfolgt, wie es die aktuell vorliegenden Bevölkerungsprognosen erwarten lassen. Der konsequente Rückbau hatte zur Folge, dass bereits 1998 absehbar war, dass dem Landkreis in naher Zukunft etwa 1.200 Kindergartenplätze fehlen werden, die nun wieder neu zu schaffen sind<sup>7</sup>.
- Die Trinkwassersysteme erfahren infolge der demografischen Veränderungen eine deutlich geringere Auslastung als erwartet. Das führt zu längeren Durchsatzzeiten, in deren Folge sich Verunreinigungen, durch die Ablösung von Schwemmstoffen oder die Wiederverkeimung aufgrund sommerlicher Hitze, ergeben können. Ähnliche Wirkungen bestehen für die Abwassersysteme, wo zu geringe Abwassermengen zu Verstopfungen und im Sommer zu Geruchsbelästigungen führen können, so dass aufwendige Spülungen erforderlich sind. Wenn diese Spülungen jedoch eine zu starke Verdünnung des Abwassers bewirken, können die Mikroorganismen in den modernen vollbiologischen Kläranlagen absterben, was zu einer Beeinträchtigung, im Extremfall sogar zu einem Zusammenbruch der Klärfunktionen führen kann.
- Die Probleme der Trinkwasserver- und Abwasserentsorgung sind besonders relevant, wenn die Systeme zugleich Industrie- und Gewerbeanlagen ver- bzw. entsorgt haben, die inzwischen abgewickelt wurden oder wenn es sich um zentrale Anlagen mit einem sehr großräumigen Leitungsnetz handelt. Beides trifft in den ostdeutschen Regionen häufig zu. So war u. a. der Ausbau des Leitungsnetzes im Freistaat Sachsen lange Zeit auf große zentrale Anlagen ausgerichtet, selbst in den ländlichen Räumen<sup>8</sup>. Im Ergebnis dieser Netzausbaupolitik kommt es heute bereits in vielen ländlichen Räumen zu Leitungsverstopfungen, die zusätzliche, kostenintensive Netzspülungen erfordern, wie z. B. in der sächsischen Landstadt Lommatzsch.
- Die ordnungsgemäße Instandhaltung der vielen neu errichteten oder umfassend sanierten Straßen ist schon heute für etliche Städte und Gemeinden ein großes Problem, weil sie dafür keine ausreichenden Mittel in ihre Haushaltspläne<sup>9</sup> einstellen können.

---

<sup>5</sup> Winkel, R., Greiving, S., Pietschmann, H.: Standardvorgaben der infrastrukturellen Daseinsvorsorge, Gutachten im Auftrag des Bundesamtes für Bauwesen und Raumordnung und des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, 2008-2010.

<sup>6</sup> A. a. O.

<sup>7</sup> 1998-1999 Studie *Entwicklungsperspektiven ländlicher Räume in Thüringen – Konsequenzen für Entwicklungsinstrumente und Förderprogramme*, Bearbeitung ARGE Winkel, R. und Institut für Wirtschaftsförderung Halle-Leipzig im Auftrag der Thüringer Staatskanzlei und des Ministeriums für Landwirtschaft, Naturschutz und Umwelt, Dresden/Leipzig 2000.

<sup>8</sup> Die Vorbehalte gegen große zentrale Anlagen, die 2000 im Rahmen der Erstellung eines Gutachtens erhoben wurden, fanden damals kaum Gehör, ARGE ISW Institut für Strukturpolitik und Wirtschaftsförderung Halle-Leipzig, R. Winkel: Studie *Bevölkerungsentwicklung im Freistaat Sachsen – Entwicklungsperspektiven für den ländlichen Raum*, im Auftrag der Sächsischen Landesanstalt für Landwirtschaft (Stellvertretend für das Sächsische Ministerium für Umwelt und Landwirtschaft), Dresden/Halle 2001.

<sup>9</sup> Als Beispiel sei Sachsen angeführt, wo diesbezüglich die Haushaltspläne von zehn ländlichen Gemeinden und von zwei Mittelstädten ausgewertete wurden. In keinem dieser Pläne waren annähernd ausreichende Mittel für eine ordnungsgemäße Instandhaltung der Gemeindestraßen ausgewiesen. Nach Einschätzung von Experten besteht diese Problematik auch in anderen Bundesländern.



Der Transformationsprozess hat also in weiten Bereichen Ostdeutschlands die 1990 bestehenden quantitativen Defizite abgebaut und zu einer erheblichen Anhebung der qualitativen Ausstattung geführt. Diese beachtlichen Leistungen sind „ohne Wenn und Aber“ anzuerkennen und zu würdigen. Zugleich ist aber auch einzugestehen, dass es auch Fehlentwicklungen gab, die vor allem darauf zurückzuführen sind, dass sowohl der Bund, als auch die Länder und Gemeinden zu spät auf die demografischen Veränderungen reagiert haben. Der kurzfristig erforderliche Ausbau und/oder die umfangreiche Sanierung nahezu aller Infrastrukturen der Daseinsvorsorge erfolgten vor allem pragmatisch und gegenwartsorientiert, ohne die längerfristig bevorstehende Entwicklung hinreichend zu berücksichtigen. In den gewählten Handlungskonzepten fanden zudem auch die ostdeutschen Besonderheiten zu wenig Beachtung.

### Die Folgen der Entwicklung für Ostdeutschland und Westdeutschland

Inzwischen sind in den ostdeutschen Ländern die Folgen der demografischen Veränderungen für die Daseinsvorsorge unübersehbar. Die Länder, ihre Fachministerien, Kreise und Kommunen haben die demografischen Herausforderungen immer stärker im Blick und bemühen sich, diese Entwicklung weitgehend zu berücksichtigen.

Die Länder unterstützen dazu in weiten Bereichen ihre Kommunen und haben auch in vielerlei Hinsicht entsprechende konzeptionelle Veränderungen eingeleitet. So findet der „Goldene Plan Ost“, wie oben angesprochen, in den meisten ostdeutschen Ländern heute keine Verwendung mehr für die Ermittlung des Sportstättenbedarfs. Die Ausrichtung auf zentrale Großanlagen für die Trinkwasserver- und Abwasserentsorgung gilt inzwischen nicht mehr für ländliche Räume, auch in Sachsen nicht. Das Land Thüringen hat bereits 1998/99 die voraussichtlichen Folgen der demografischen Veränderungen für dünnbesiedelte Räume untersuchen lassen<sup>10</sup> und daraus Konsequenzen gezogen. In dieser Untersuchung wurde u. a. nachgewiesen, dass nach den damaligen Größenvorgaben für das Thüringer Schulsystem in ländlichen Räumen bereits in wenigen Jahren der Bestand vieler Grundschulen und von noch mehr Schulen der Sekundarstufe I gefährdet ist, was zur Aufgabe dieser Vorgaben führte. Außerdem verzichtet Thüringen auf Vorgaben für die Anzahl der Schüler in den Klassen. Stattdessen bekommen die Schulen einen Lehrerpool zugewiesen, aus dem sie dann selbst ihre Klassengrößen festlegen können. Dadurch verfügen sie über mehr Flexibilität und können eher die Versorgung unter den Bedingungen schrumpfender Schülerzahlen sichern.

Das Innenministerium im Freistaat Sachsen hat eine Handlungshilfe für seine Kommunen publiziert, in der für die unterschiedlichen Bereiche der Daseinsvorsorge der sozialen und der technischen Infrastruktur die Folgen der demografischen Veränderungen und konzeptionelle Ansätze damit umzugehen dargestellt sind<sup>11</sup>. In Sachsen werden die Fördermittel für den Ausbau und die Sanierung von Infrastruktur zudem meist nur noch dann bewilligt, wenn die Maßnahmen aus der Gesamtentwicklung der Kommune unter Einbezug der zukünftigen Veränderungen, also auch der demografischen Entwicklung abgeleitet werden. Deshalb gehören dort seit Anfang dieses Jahrhunderts *Integrierte Stadtentwicklungskonzepte*, inzwischen nur noch als *Stadtentwicklungsplan* bezeichnet, zum Standard. Für die weitaus größte Anzahl ländlicher Gemeinden liegt dort ein mit ihren Nachbargemeinden abgestimmtes *Integriertes ländliches Entwicklungskonzept* vor. Vom IRS (Institut für Regionalentwicklung und Strukturplanung/Erkner) wurde im Auftrag des Landes Brandenburg für die Kommunen ein Demografie-Check entwickelt, mittels dem zukünftig größere Investitionsvorhaben vor ihrer Umsetzung zu prüfen sind<sup>12</sup>.

In den Kommunen besteht ebenfalls in weiten Bereichen ein ausgeprägtes Problembewusstsein für die demografischen Veränderungen. Vielerorts hat man sich darauf eingestellt oder beginnt sich darauf einzustellen. Wenngleich diese Entwicklung in den ostdeutschen Ländern und in ihren Regionen bislang durchaus verschieden verlaufen ist, wurden inzwischen etliche Konzepte und Vorhaben zur Einstellung und zum Umgang mit der demografischen Entwicklung umgesetzt, so dass nun auf umfangreiche Praxiserfahrungen zurückgegriffen werden kann.

Die demografischen Veränderungen und deren Folgen in Ostdeutschland zeigen den westdeutschen

---

<sup>10</sup> 1998-1999 Studie *Entwicklungsperspektiven ländlicher Räume in Thüringen – Konsequenzen für Entwicklungsinstrumente und Förderprogramme*, Bearbeitung ARGE Winkel, R. und Institut für Wirtschaftsförderung Halle-Leipzig im Auftrag der Thüringer Staatskanzlei und des Ministeriums für Landwirtschaft, Naturschutz und Umwelt, Dresden/Leipzig 2000.

<sup>11</sup> Winkel, R.: Materialien zum Umgang mit dem demographischen Wandel in sächsischen Kommunen, Hrsg. Freistaat Sachsen, Staatsministerium des Innern, Dresden 2008.

<sup>12</sup> Bethge, Chr.: Demografie-Check im Land Brandenburg, Hrsg. Staatskanzlei Brandenburg, Potsdam 2008.

Räumen anschaulich auf, welche Entwicklung ihnen noch bevorsteht. Das ist wichtig, denn der demografische Wandel hat auch in Westdeutschland mit dem hohen Kinder- und Schülerrückgang bereits vor 40 Jahren begonnen. Darauf wurde nur lange Zeit nicht reagiert, denn hohe Zuwanderungen aus dem Ausland konnten diesen langfristigen Entwicklungstrend bislang oft überkompensieren. Dabei zeigten die Experten bereits vor ca. 30 Jahren<sup>13</sup>, welche Entwicklung bevorsteht und dass bei der niedrigen Fertilität der Frauen die Zuwanderungen allein nicht zur Stabilisierung der Bevölkerungszahl in Deutschland ausreichen werden. Die Handlungslethargie hat inzwischen bewirkt, dass die damals für viele Bereiche prognostizierten Vorhersagen in weiten Bereichen nahezu minutiös eingetroffen sind<sup>14</sup>. Westdeutsche Schrumpfungsräume, auch diejenigen, in denen erst mittelfristig Schrumpfung bevorsteht, hätten längst handeln müssen.

Es bleibt zu hoffen, dass die sichtbare Entwicklung in Ostdeutschland dafür hinreichende Handlungsanstöße gibt. Zudem sind viele der hier praktizierten Handlungskonzepte längst umgesetzt und praxiserprobt. Interessanterweise handelt es sich dabei z. T. um Konzepte, die ursprünglich im Rahmen der demografischen Veränderungen in der zweiten Hälfte der 70er und in den 80er Jahren des letzten Jahrhunderts in Westdeutschland entwickelt wurden<sup>15</sup>. Die Praxiserfahrungen liegen also in Ostdeutschland vor. Es spricht nichts dagegen, dass diese auch für die Bewältigung der bevorstehenden, teilweise bereits angelaufenen Folgen des demografischen Wandels in den westdeutschen Räumen geeignet sind.

### Resümee

Die Daseinsvorsorge wurde im ostdeutschen Transformationsprozess eindeutig verbessert, vor allem in qualitativer Hinsicht. Zugleich gab es aber auch Fehlentwicklungen, die leider oft mit einem hohen Einsatz öffentlicher Fördermittel einhergingen und die häufig auf zu spätes Reagieren auf die demografischen Veränderungen und zu wenig Zukunftsbezug von Entscheidungen zurückzuführen sind. Dennoch zeigt die ostdeutsche Entwicklung anschaulich, auf welche Folgen des demografischen Wandels es sich einzustellen gilt und wie man auf diese reagieren kann. Das könnte ein großer Vorteil für Westdeutschland sein, nämlich dann, wenn dort eher gehandelt wird, unter Nutzung der umfangreich vorliegenden ostdeutschen Erfahrungen aus den Konzepten und Maßnahmen. Diese zahlreichen Konzepte und Maßnahmen zeigen, dass es auch unter den Bedingungen der absehbaren demografischen Herausforderungen von Schrumpfung und Alterung sowohl in Westdeutschland als auch in Ostdeutschland bzw. im gesamten Deutschland möglich sein kann, die Leistungen der Daseinsvorsorge flächendeckend zu sichern, wobei in sehr dünn besiedelten Räumen voraussichtlich nur eine Mindestversorgung erhalten werden kann.

### Autor:

Prof. Dr. Rainer Winkel  
Deutsches Institut für Stadt und Raum Berlin (DISR)  
rainer.winkel@t-online.de

---

<sup>13</sup> Siehe u. a.: Back, H.-J., Organisatorische Lösungsansätze zur Förderung dezentraler wohnungsnaher Schulen, in: IZR, 1981, H. 9, S. 631-639; Heister, Matthias: Schulplanung im ländlichen Raum in den 80er Jahren, ein Resümee, in IZR, 1981, H. 9, S. 631-639; weitere Beiträge in Themenheft der IZR 1989, H. 9; Becker, B.: Mögliche politisch-administrative Folgen der künftigen Bevölkerungsentwicklung, in: Die Verwaltung, 1981, Nr. 4; Birg, H. u. a.: Auswirkungen der Bevölkerungsentwicklung auf Struktur und Niveau der gesamtnachfrage, Gutachten des DIW Berlin 1981; Bloch, A.: Tendenzen der Bevölkerungsentwicklung und Infrastrukturversorgung, Dortmund 1982; Buttler, G.: Bevölkerungsrückgang in der Bundesrepublik – Ausmaß und Konsequenzen, Köln 1979; Kretschmann, R.: Auslastung der Infrastruktur und Ansprüche der Bevölkerung in schwach strukturierten ländlichen Räumen, Hannover 1980;:

<sup>14</sup> Mackensen, R., Umbach, E., Jung, R.: Leben im Jahre 2000 und danach, Berlin 1984.

<sup>15</sup> U. a. Weishaupt, Demographische und schulische Rahmenbedingungen für die Sekundarstufe I Manuskript des Vortrages vom 25.10.1982 i. d. Deutschen Landjugend-Akademie Friedberg, Hrsg. Deutsch. Institut für internationaler pädagogische Forschung, Frankfurt/M. 1982; Back, H.-J.: Organisatorische Lösungsansätze zur Förderung dezentraler wohnungsnaher Schulen, in: IZR, 1981, H. 9, S. 632-635, Sandfuchs, U.: Große oder kleine Schulen? In: IZR, 1981, S. 5495-601.

*Susanne Knabe, Barbara Warner*

## **Bevölkerungs- und Wohngebietsentwicklung in suburbanen Räumen Sachsen-Anhalts**

Der vorliegende Beitrag widmet sich dem Anlass und ersten Ergebnissen des Forschungsprojektes "Demografischer Wandel in suburbanen Räumen Sachsen-Anhalts". Für das Verständnis des Forschungsansatzes und der aktuellen Entwicklungen in suburbanen Wohngebieten ist es wichtig, zunächst auf die Besonderheiten des Suburbanisierungsprozesses in Ostdeutschland bzw. Sachsen-Anhalt einzugehen und anschließend die derzeitige Situation dieser Wohnstandorte kurz zu umreißen.

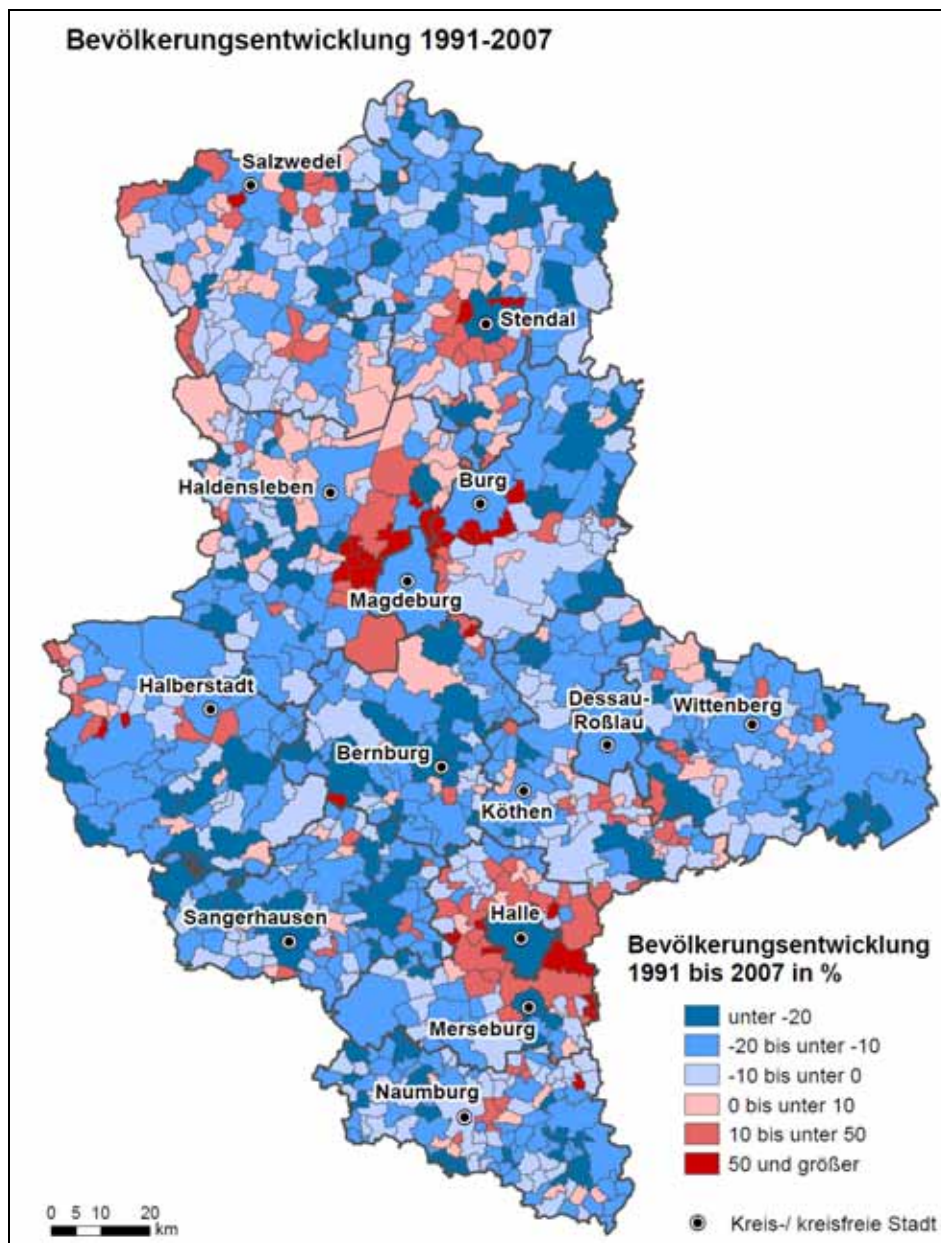
### **Einleitung**

Anhaltende Abwanderung, demografische Schrumpfung und Alterung schlagen sich in Sachsen-Anhalt zwar mit regional unterschiedlicher Intensität, jedoch insgesamt sehr stark nieder. Lange Zeit standen einer hohen Abwanderung in die (westlichen) Bundesländer allenfalls moderate, mittlerweile durchaus steigende Zuzüge in die Hochschulstandorte Halle und Magdeburg gegenüber.

Bei regionaler, gemeindegrober Betrachtung stellt sich die Bevölkerungsentwicklung seit der Wende jedoch als äußerst heterogen dar. Von den Städten ging in den ersten 10 Jahren nach der Wende eine starke Wohnsuburbanisierungswelle aus, von der die Umlandbereiche – häufig ländlich geprägte Räume – profitierten (vgl. Abbildung 1).

Insgesamt ist Sachsen-Anhalt bis auf die Stadtregionen Halle und Magdeburg deutlich ländlich geprägt. Der demografische Wandel – insbesondere Alterung und Bevölkerungsrückgang – kommt in den dünner besiedelten Regionen besonders stark zum Tragen, da er vor allem durch die Abwanderung junger Menschen in die Zentren des Landes und nach Westdeutschland beschleunigt bzw. verstärkt wurde. Der damit einhergehende Infrastrukturrückbau (v. a. im kleinflächigen Einzelhandel, bei Bildungseinrichtungen und beim ÖPNV) bewirkte wiederum einen Attraktivitätsverlust dieser ländlichen Regionen und setzt erneut Abwanderungsprozesse in Gang.

Vor diesem Hintergrund sollen die demografischen und wohnungswirtschaftlichen Entwicklungen im suburbanen Raum im Umland der Zentren in den Blick genommen werden. Steigenden Ansprüchen der alternden Bewohnerschaft stehen geringer werdende finanzielle Möglichkeiten der Infrastrukturfinanzierung durch die öffentliche Hand gegenüber – eine Kluft, die in Zukunft immer größer werden wird.



Entwurf: S. Knabe; Daten: StaLa 2010

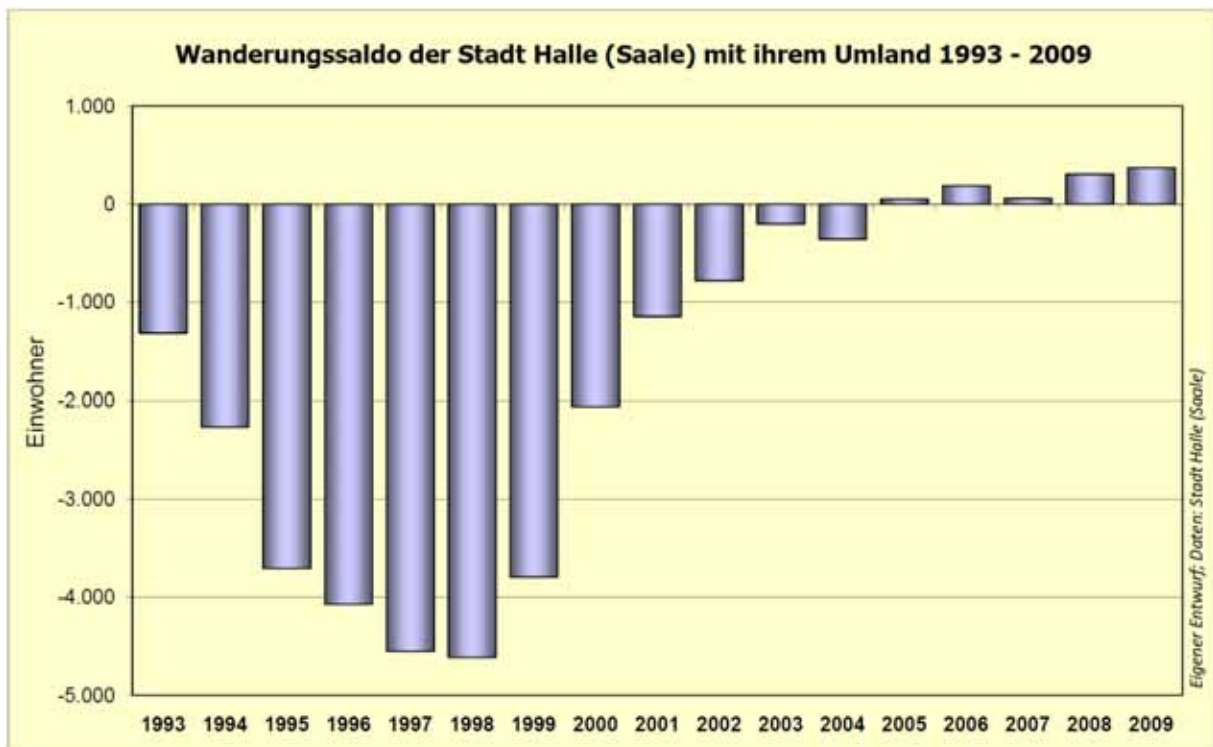
### Abbildung 1

#### Bevölkerungsentwicklung in den Gemeinden Sachsen-Anhalts 1991-2007

#### Entstehung und Verbreitung suburban geprägter Wohnstandorte in Sachsen-Anhalt

##### *Suburbanisierung in Ostdeutschland*

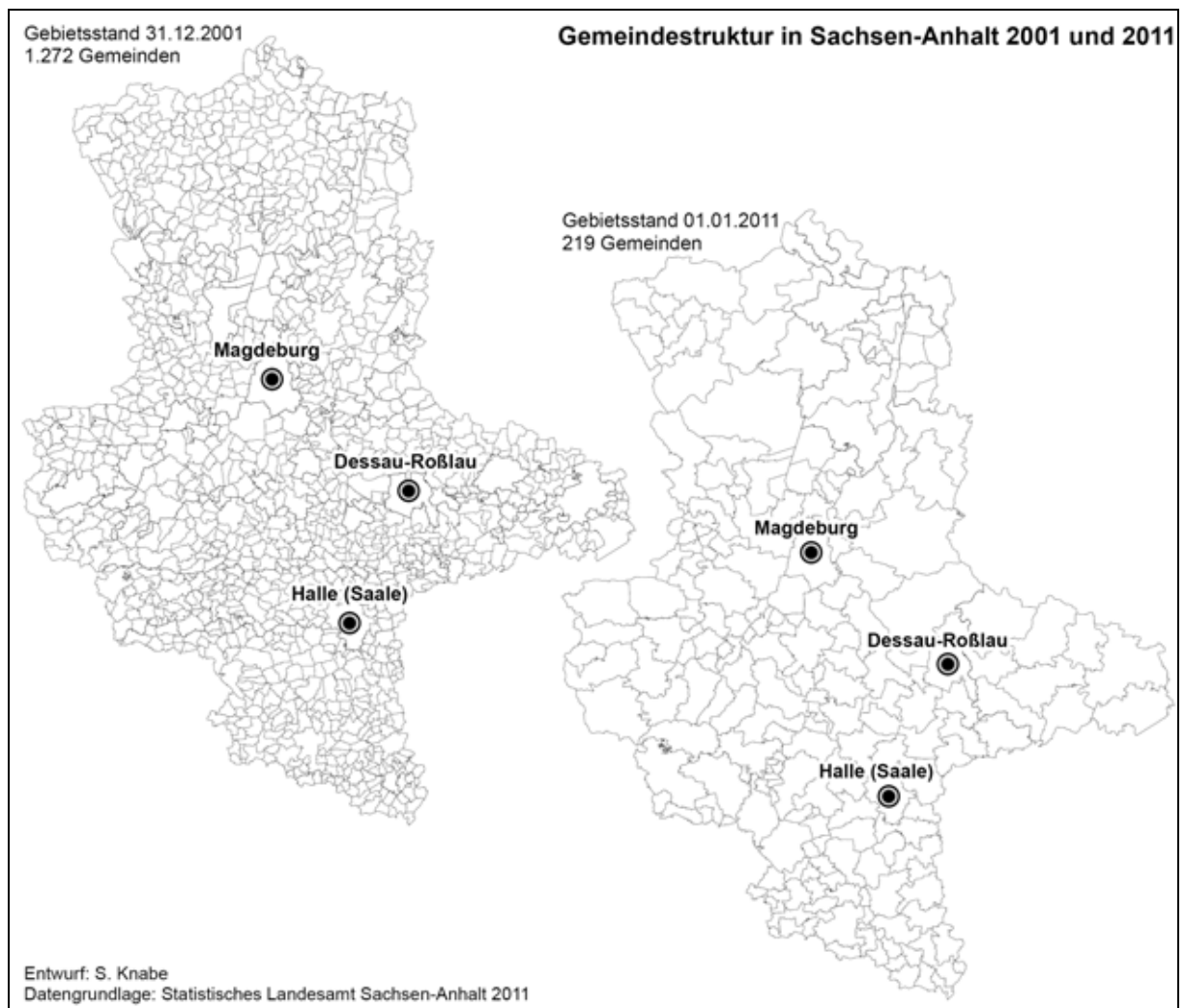
Nach der Wende fand in allen ostdeutschen Bundesländern eine „nachholende“ Suburbanisierung statt, die für viele Gemeinden eine hochdynamische Bevölkerungsentwicklung zwischen 1993 und 2002 zur Folge hatte. So hat z. B. die Stadt Halle per Saldo in dieser Zeit an ihr Umland 28.301 Einwohner verloren (vgl. Abbildung 2), was 55 % der gesamten Wanderungsverluste bzw. 49 % der gesamten Einwohnerverluste in diesem Zeitraum entspricht (eigene Berechnungen nach Stadt Halle (Saale) 2008). Die Akteure der Suburbanisierung, die häufig aufgrund fehlender Wohnalternativen die Städte verließen, kamen in Halle vor allem aus den randstädtischen Großwohngebieten wie Halle-Neustadt und der Silberhöhe, anfangs jedoch auch aus der verfallenden Innenstadt. So entstanden im damaligen Saalkreis in kürzester Zeit suburbane Wohnstandorte, die meist durch eine homogene Bevölkerungsstruktur (v. a. in Bezug auf das Alter und den sozialen Status der Bewohner) gekennzeichnet sind.



**Abbildung 2**  
**Wanderungssaldo der Stadt Halle mit ihrem Umland**

Seit Ende der 1990er Jahre flacht die Suburbanisierung deutlich ab. Heute ist der Wanderungssaldo der Stadt Halle wie auch der Magdeburgs eher ausgeglichen bzw. leicht positiv, was zum einen an der überregionalen Bedeutung der beiden Oberzentren als Hochschulstandort liegt, zum anderen sind durchaus Zuzüge aus dem direkten Umland in die Saalestadt zu verzeichnen.

Am Beispiel der Stadt Halle lässt sich die Suburbanisierung mit Hilfe statistischer Daten sehr gut darstellen, da dieses Oberzentrum seit 1990 keine Eingemeindungen vorgenommen hat. Demgegenüber führten im Falle der meisten Klein- und Mittelstädte die zahlreichen Gebietsveränderungen der letzten Jahrzehnte in Sachsen-Anhalt jedoch dazu, dass sich Suburbanisierungs- und andere Wanderungsprozesse kleinräumig nur noch schwer abbilden lassen, da viele ehemals suburbane Gemeinden heute administrativer Teil der Städte sind. 1997 hatte das Land noch fast 1.300 Kommunen – seit dem 1. Januar 2011 sind es nur noch 219 Gemeinden, darunter 104 Einheitsgemeinden (vgl. Abbildung 3). Mit einer durchschnittlichen Fläche von 93 km<sup>2</sup> zählen die sachsen-anhaltischen Gemeinden zu den größten in Deutschland. So befinden sich heute mit Gardelegen (632 km<sup>2</sup>), Möckern (530 km<sup>2</sup>) und Zerbst/Anhalt (468 km<sup>2</sup>) auch die flächenmäßig größten Gemeinden der Bundesrepublik nach Berlin und Hamburg in Sachsen-Anhalt (StaLa 2011).



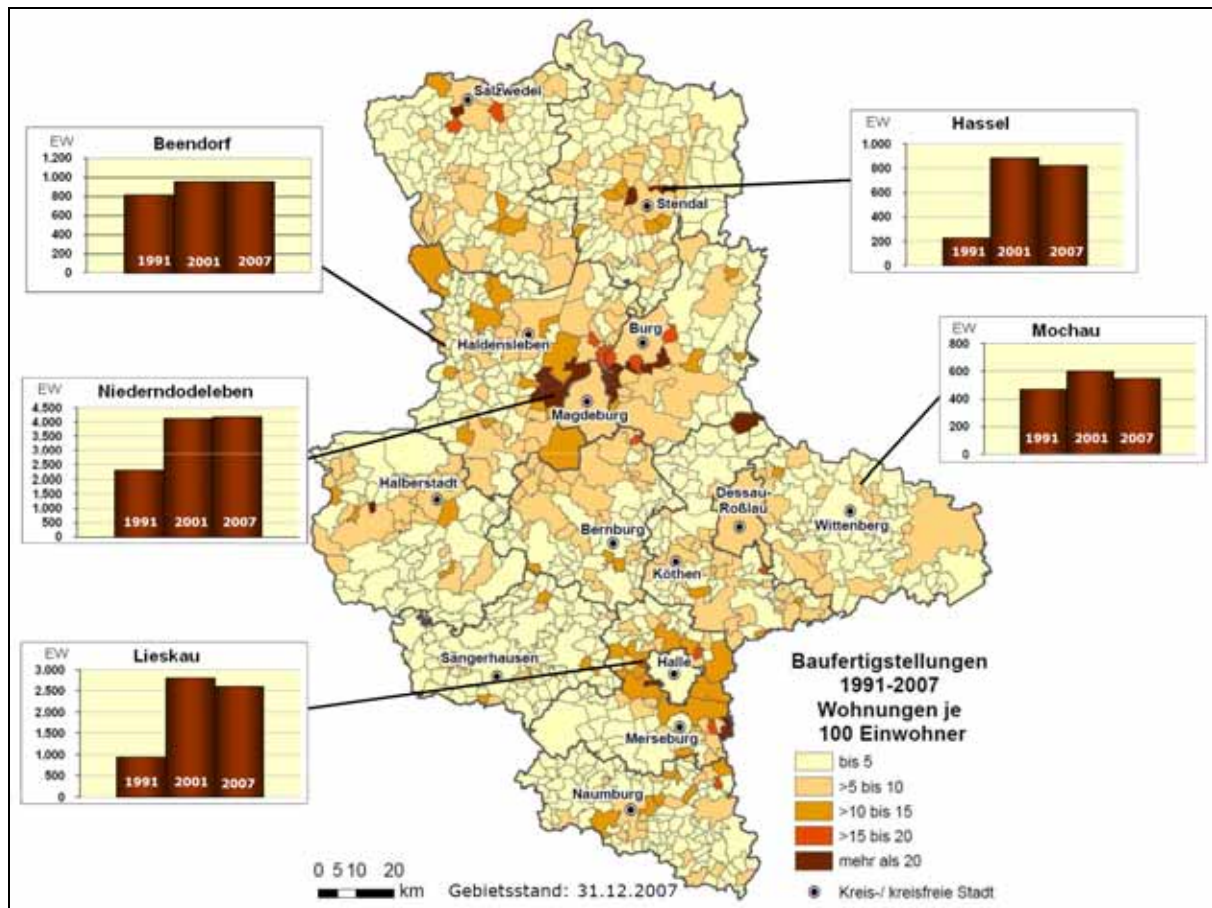
**Abbildung 3**  
**Gemeindestruktur Sachsen-Anhalt 2001 und 2011**

Aufgrund dieser Gemeindegebietsvergrößerungen wird als Gebietsstand für die sekundärstatistischen Auswertungen das Jahr 2007 verwendet. Die zu diesem Zeitpunkt bestehenden 1.027 Gemeinden lassen mit noch annehmbarer Aktualität zumindest in den meisten Regionen Sachsens kleinräumige Aussagen über Migrations- und Alterungsprozesse zu.

*Verbreitung suburban geprägter Wohnstandorte in Sachsen-Anhalt*

Wohnungsneubau wurde seit der Wende nicht nur in den und um die Großstädte realisiert, sondern auch im Umland der Mittel- und teilweise Kleinstädte (vgl. Abbildung 4). Hier sind vor allem Kreisstädte wie Salzwedel, Haldensleben, Naumburg und Stendal zu nennen, in deren Umland besonders starke Bauaktivitäten zu verzeichnen waren. Ebenso finden sich in Sachsen-Anhalt auch im ländlichen Raum zahlreiche Gemeinden mit einer hohen Anzahl an Baufertigstellungen je Einwohner, die auf Suburbanisierungsprozesse schließen lassen.





Entwurf: S. Knabe u. B. Warner; Daten: StaLa 2010

#### Abbildung 4

#### Wohnungsneubau in Sachsen-Anhalt 1991-2007 und Einwohnerentwicklung in Beispielgemeinden

„Klassische“ Beispiele für einen starken Bevölkerungszuwachs in den suburbanen Räumen sind direkt an die Oberzentren angrenzende Gemeinden wie *Niederrhodeleben* bei Magdeburg, eine Ortschaft, die seit dem 1.10.2010 zur Gemeinde Hohe Börde gehört. Sie hat in den 10 Jahren zwischen 1991 und 2001 einen Bevölkerungsanstieg um 81 % verbuchen können und ist von 2.308 auf 4.152 Einwohner (1991-2001) gewachsen (StaLa 2010). Auch die kleine Gemeinde *Lieskau* westlich von Halle ist mit einem Bevölkerungswachstum von knapp 200 % zwischen 1991 (940 EW) und 2001 (2.800 EW) förmlich explodiert. Gemeinden im Umland vieler Mittelstädte haben ebenfalls einen zum Teil sehr hohen Bevölkerungszuwachs durch Stadt-Umland-Wanderungen zu verzeichnen. Ein Beispiel ist *Hassel* nördlich von Stendal: 1991 zählte die Gemeinde noch 228 Einwohner, im Jahr 2001 bereits 890 Einwohner – ein Zuwachs um knapp 290 %, der allein auf Zuwanderung zurückzuführen ist. *Mochau* bei Wittenberg ist dagegen recht moderat um 17 % zwischen 1991 und 2001 gewachsen, *Schönburg* bei Naumburg um 14 %. Auch Gemeinden die weiter von den sachsen-anhaltischen Zentren entfernt liegen, hatten durchaus Bevölkerungszuwächse zu verbuchen; sie liegen dann teilweise wie z. B. *Beendorf* im Einzugsbereich von Zentren benachbarter Bundesländer. In Beendorf ist die Bevölkerung zwischen 1991 und 2007 um 18 % gewachsen. Die Suburbanisierung geht hier vom 5 km entfernten Mittelzentrum Helmstedt in Niedersachsen aus.

#### Aktuelle Situation suburban geprägter Wohnstandorte

Für das Forschungsvorhaben ist es von besonderem Interesse, wie sich aktuell die siedlungsstrukturelle und wohnungswirtschaftliche Situation in den suburban geprägten Wohnstandorten darstellt. So sind bereits heute in vielen ländlichen Regionen Sachsens-Anhalts Gebrauchtimmobilien zu „Dumpingpreisen“ erhältlich, und auch in den Zentren ist seit dem Jahr 2000 ein deutlicher Preisverfall erkennbar. Die durchschnittlichen Kaufwerte für Bauland gehen im Land seit 2004 rapide zurück. Mussten 2004 im Durchschnitt noch 33 EUR/m<sup>2</sup> Bauland bezahlt werden, lag der Preis im Jahr 2008 nur noch bei 18 EUR/m<sup>2</sup>. Sachsen-Anhalt rangiert mit diesem Wert an letzter Stelle der Bundesländer (BMVBS 2010).

Erste eigene Erhebungen zeigen, dass in einigen Gebieten Leerstand und Investruinen in unterschiedlichen Immobilientypen vorzufinden sind. Abbildung 5 zeigt ein Beispiel für massive Wohnungsleerstände in Mehrfamilienhäusern in Nedlitz, nordöstlich von Dessau an der Grenze zu Brandenburg. Hier wurden in einem Ort mit 650 Einwohnern 160 Wohnungen im Geschosswohnungsbau am Bedarf vorbei gebaut. Nicht die Wohnungsnachfrage sondern steuerpolitische Anreize (z.B. Sonderabschreibungsmöglichkeiten) führten hier zum Bau dieser Mietwohnungen.



Foto: T. Horn

**Abbildung 5**  
**Wohnungsleerstände in der Gemeinde Nedlitz nordöstlich von Dessau**

Leerstand fällt allerdings auch in ansonsten gut ausgelasteten Wohngebieten auf. Fehlende Nachfrage zeigt sich aber auch in zahlreichen freien Baugrundstücken und Investruinen, die sich u. a. in Oebisfelde nordwestlich von Magdeburg an der Grenze zu Niedersachsen finden lassen (vgl. Abbildung 6). Generell ist in diesen unterausgelasteten Wohnstandorten die Gefahr der Verwahrlosung recht hoch, was sich als große Herausforderung für die Zukunftsfähigkeit dieser Standorte herausstellen wird.



Foto: S. Knabe

**Abbildung 6**  
**Investruine in Oebisfelde**

### **Erkenntnisse des Forschungsprojektes SubWoSA**

Sinkende Haushaltszahlen bewirken einen Rückgang der Nachfrage nach Wohnimmobilien auch im Stadt-Umland, Schrumpfung betrifft also auch die suburban geprägten Gemeinden – umso stärker in ländlichen, schlecht angebotenen Regionen. Als suburban geprägte Wohnstandorte werden dabei Wohnquartiere verstanden, die nach 1990 im näheren und fernerer Umland von Städten entstanden sind<sup>1</sup>, und die mindestens 15 Wohneinheiten umfassen. Die Altersstruktur in den suburban geprägten Wohnstandorten ist relativ homogen, da nach der Wende zu einem großen Anteil konsolidierte Famili-

<sup>1</sup> die erste Auswahl fand auf Grundlage der Wohnungsbaustatistik statt. Berücksichtigt wurden danach nur Gemeinden, die zwischen 1991 und 2001 mehr als 15 Baufertigstellungen im Wohnungsneubau zu verzeichnen hatten.

enhaushalte (mit älteren Kindern) oder auch Paare ohne Kinder ins Stadtumland gezogen sind – und dann auch zunächst nicht unbedingt ins freistehende Eigenheim, sondern durchaus auch in den Geschosswohnungsbau. Die damit verbundene beschleunigte Alterung der Bewohnerschaft lässt ein etwa gleichzeitiges Freiwerden der Immobilien erwarten. Dieser bevorstehende demografische Umbruch wird umso drastischer ausfallen, je altershomogener die Wohnstandorte sind. Zunehmender Leerstand in (wie auch immer definierten) eher „unattraktiven“ Lagen und sinkende Immobilienpreise sind die Folge.

Das Forschungsprojekt „Demographischer Wandel in suburbanen Räumen Sachsen-Anhalts“ am Lehrstuhl für Sozialgeographie der Universität Halle-Wittenberg (gefördert vom Kultusministerium des Landes Sachsen-Anhalt, Laufzeit bis Anfang 2013; Projektleiter Prof. Dr. Klaus Friedrich) ist vor dem Hintergrund der eben angesprochenen Problematik konzipiert worden. Eine der zentralen Fragestellungen ist dabei, wie in Zukunft mit den unterschiedlich gut entwickelten, durchgängig von einer schubweisen demografischen Alterung betroffenen Wohngebieten umgegangen werden kann. Verschärfend kommt hinzu, dass die Generation der „klassischen“ Nachzügler der 30- bis 50-Jährigen quantitativ zurückgehen wird und die Nachfrage nach diesen Wohnstandorten auch aufgrund von Änderungen der Lebensstile sinken wird, denn die beobachtbaren höheren Mobilitäts- und Flexibilitätsansprüche junger Generationen können eher in urbanen Wohnungsmarktsegmenten befriedigt werden (Zakrzewski 2010: 57f.). Es stellen sich im Projekt auch die Fragen, in welchen Wohnstandorttypen hier noch Entwicklungspotenzial vorhanden ist, welche Gruppen ggf. statt der Kinder der damaligen Suburbanisierer in diese Wohngebiete ziehen und welche infrastrukturellen Angebote als elementar wichtig von den Einwohnern erachtet werden, um ggf. in der jetzigen Wohnumgebung alt zu werden. Letztendlich muss auch die Frage geklärt werden, wie die Gemeinden und das Land bzw. die Region mit einem möglichen Verfall der Wohnstandorte umgehen.

### ***Erhebungsmethodik***

Um die zukünftige Nachfragesituation in Verbindung mit dem bevorstehenden Generationenwechsel, die infrastrukturelle Ausstattung der Gemeinden und ihre Anbindung an die Zentren erfassen zu können, werden im Projekt umfangreiche Erhebungen und Feldarbeiten durchgeführt. Diese gliedern sich in eine Bestandsaufnahme und Bewertung des Ist-Zustandes der suburban geprägten Wohnstandorte und in die Bewertung der Zukunftsaussichten der Gebiete mit Hilfe von Einwohnerbefragungen.

Im ersten Erhebungsblock wurden die Gemeinden und ihre suburban geprägten Wohnstandorte bezüglich verschiedener vor allem die Infrastruktur betreffender Kriterien untersucht, wie bspw. ihre Anbindung an die nächsten Zentren, die Ausstattung der Gemeinden mit Bildungs- oder Gesundheitsinfrastrukturen oder die Auslastung und Physiognomie der Wohngebiete. Die Auslastung der suburban geprägten Wohngebiete und die siedlungsstrukturellen Gegebenheiten sind zwischen August 2010 und März 2011 vor Ort kartiert worden. Nachdem bestimmte Wohnstandorttypen klassifiziert worden sind, werden in ausgewählten Wohnstandorten qualitative und quantitative Einwohnerbefragungen durchgeführt, die sich mit dem Umzugsverhalten, der Wohnzufriedenheit und dem Generationenwechsel der Bewohner befassen.

Für die überörtliche Planung (insbesondere für das Land Sachsen-Anhalt) wird ein Kriterienkatalog mit allen erhobenen suburban geprägten Gemeinden und Wohnstandorten erstellt, der mit den eben genannten Parametern als Entscheidungshilfe für künftige Planungen dienen soll. Auch werden Handlungsleitlinien für die Planung formuliert, wie mit gut oder weniger gut entwickelten oder zukunftsfähigen Standorten vor dem Hintergrund demografischer Schrumpfung und Alterung und klammer kommunaler Kassen sowie einem stetigen Preisverfall von nicht-integrierten Baugrundstücken und Immobilien umgegangen werden kann.



### **Erste Ergebnisse**

Insgesamt wurden mehr als 1.000 potenzielle Wohngebiete untersucht, von denen 728 Quartiere in 413 Gemeinden (Gebietsstand 31.12.2001) als suburban geprägte Wohnstandorte identifiziert wurden. Erste Auswertungen der Daten haben ergeben, dass tendenziell im Umland größerer Zentren mehr Geschößwohnungsbau errichtet wurde, als in den stärker ländlich geprägten Räumen. Eine geringe Auslastung von maximal ca. 25 % haben immerhin 8,3 % der aufgenommenen Wohnstandorte – hier sind Wohngebiete, die zum Zeitpunkt der Erhebung weniger als 10 Wohneinheiten aufwiesen, nicht mit inbegriffen.



Quelle: Microsoft Corporation 2010

#### **Abbildung 7**

#### **Unausgelastetes Wohngebiet in Angersdorf bei Halle (Saale)**

Kartierungen aus den Jahren 2007 und 2008 im Rahmen eines Vorläuferprojektes haben gezeigt, dass die Auslastung der Wohnbauflächen mit der Entfernung von den Zentren tendenziell abnimmt (Geyler et al. 2009). Aber auch im näheren Umland der Zentren ist oft eine starke Unterauslastung zu verzeichnen, wie bspw. in Angersdorf im direkten suburbanen Gürtel der Stadt Halle (Abbildung 7). Wohnpräferenzen haben sich geändert: wurde in den ersten Jahren nach der Wende noch bevorzugt in Mehrfamilienhäuser gezogen, werden jetzt Einfamilienhäuser präferiert. Wohngebiete mit Mehrfamilienhäusern sind heute eher schlecht ausgelastet und stellen besondere Herausforderungen an die Quartiersentwicklung.

Die altersstrukturelle Entwicklung der suburban geprägten Gemeinden stellt wie oben bereits erwähnt ein besonderes Problem dar: Während der Hochphase der Suburbanisierung in Ostdeutschland zwischen 1991 und 2001 sind die suburbanen Gemeinden durch den Zuzug konsolidierter Familienhaushalte weniger stark gealtert (der Anteil der Einwohner über 60 Jahre nahm im Durchschnitt jährlich um weniger als 0,2 % zu) als die Gemeinden ohne entsprechende Wohnstandorte. Hier stieg der Anteil der älteren Bewohner im Durchschnitt pro Jahr um mehr als 0,3 %. Im folgenden Zeitraum zwischen 2001 und 2007 setzte mit dem Übertritt der ehemals durchschnittlich 50-Jährigen Suburbanisierer in die Altersklasse der über 60-Jährigen und dem Auszug der inzwischen erwachsen gewordenen Kinder eine gleichzeitige, verstärkte Alterung der Bevölkerung der suburban geprägten Wohnstandorte ein. Diese wird in Zukunft vermutlich weiter anhalten, solange die Erstbezugsgeneration in diesen Gebieten wohnt (vgl. Abbildung 8). Diese homogene Kohortenalterung kann eine langfristige Abwertung der Wohnstandorte herbeiführen, die sich in Nachfragedefiziten und daraus folgenden Leerständen sowie Infrastrukturmängeln äußern kann (vgl. Schnur 2010: 17).



Quelle: Eigene Berechnungen nach StaLa 2010

In die Berechnungen sind nur Gemeinden mit dem Gebietsstand 31.12.2007 eingeflossen, die zum 31.12.1991 mehr als 15.000 Einwohner hatten.

#### Abbildung 8

#### Mittlere jährliche Veränderung des Anteils der über 60-Jährigen an der Bevölkerung in suburban und nicht-suburban geprägten Gemeinden Sachsen-Anhalts

Die Zukunftsfähigkeit der Standorte ist durch die gleichzeitige Alterung von Gebäudebestand und Bevölkerung besonders gefährdet. Viele Immobilien, vor allem Reihen- und Doppelhäuser, sind baubedingt nicht altersgerecht und lassen sich in vielen Fällen baulich nur schlecht anpassen. Gleichzeitig bedeutet fehlende oder nicht ausreichende Versorgungs- und Gesundheitsinfrastruktur in fußläufiger oder mit dem ÖPNV gut erreichbarer Entfernung, dass der jetzige Wohnstandort für viele Bewohner im Alter nicht mehr oder nur eingeschränkt attraktiv ist. Die neue Nachfragegeneration muss daher von den jüngeren Haushalten gestellt werden, deren Zahl in Zukunft weiter zurückgehen wird.

#### Ausblick

Im weiteren Projektverlauf werden Interviews mit den Bewohnern der suburbanen Wohnstandorte durchgeführt. Sie sollen u. a. klären, woher diese zugezogen sind (aus urbanen Herkunftsgebieten oder aus anderen (älteren) Ortsteilen der Gemeinde), welche Zukunftsperspektiven sie mit dem Altern im Quartier verbinden, wie und ob sie ihre Immobilien den Bedürfnissen im Alter anpassen werden, wie sie sich mit dem Wohnstandort verbunden fühlen und schließlich auf welche Weise der künftige Transfer ihres Wohneigentums realisiert werden soll (Vererbung, Verkauf oder Vermietung).

Für jede hier untersuchte Gemeinde und jeden suburban geprägten Wohnstandort wird in einem Bewertungskatalog verdeutlicht, wie sie infrastrukturell ausgestattet ist und welche Zukunftsaussichten wir ihr zumessen. Für die Landesplanung werden konkrete Handlungsempfehlungen formuliert, wie mit welchem Typus hier untersuchter Wohnstandorte umgegangen werden sollte, damit regional gesehen das Siedlungsnetz stabilisiert werden kann – vor dem Hintergrund fortschreitender demografischer Schrumpfung und Alterung in weiten Bereichen des Bundeslandes. Letztendlich soll so die Frage beantwortet werden, wie zukunftsfähig, also langfristig entwickelbar, bestimmte Typen von suburbanen Wohnstandorten sind.

**Literatur**

- BMVBS – Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung BMVBS (2010): Wohnen und Bauen in Zahlen. Berlin.
- Bundesgeschäftsstelle Landesbausparkassen (2010): Markt für Wohnimmobilien. Daten Fakten Trends. Berlin.
- Friedrich, Klaus (2010): Suburbanisierung: Rückzug aus der Stadt. In: Ministerium für Landesentwicklung und Verkehr des Landes Sachsen-Anhalt (Hrsg.): Internationale Bauausstellung Stadumbau Sachsen-Anhalt 2010. Weniger ist Zukunft, 19 Städte – 19 Themen, S. 296-310.
- Geyler, Stefan; Grüttner, André; Kübler, Anja; Selz, Emanuel; Kuntze, Martina; Strauß, Christian; Warner, Barbara (2009): Flächenpolitische Ziele unter Schrumpfbedingungen in der Kernregion Mitteldeutschland. Normative überörtliche Aussagen im Spiegel der Fachdiskussion. Bd. 05 der Schriftenreihe des Forschungsprojektes KoReMi, Leipzig.
- Microsoft Corporation (2010): Luftbilder Sachsen-Anhalts. URL: <[www.bing.com/maps](http://www.bing.com/maps)> (letzter Zugriff: 2010-12-10).
- Schnur, Olaf u. Matthias Drilling (2010): Quartiere im demografischen Umbruch. In: Schnur, Olaf u. Matthias Drilling (Hrsg.): Quartiere im demografischen Umbruch. Beiträge aus der Forschungspraxis. Wiesbaden. S. 11-24.
- Stadt Halle (Saale), Hrsg. (2010): Statistisches Jahrbuch der Stadt Halle (Saale) 2009. Halle (Saale).
- StaLa – Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt (2010): Einwohner- und Berufstätigkeitsdaten, kundenspezifische Auswertungen für die MLU Halle-Wittenberg.
- StaLa – Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt (2011): Gebietsinformationen. URL: <<http://www.stala.sachsen-anhalt.de/gk/fms/fms1li.html>> (letzter Zugriff: 2011-03-13).
- Zakrzewski, Philipp (2010): Alternde Einfamilienhausgebiete zwischen Revitalisierung, Stagnation und Schrumpfung. In: Schnur, Olaf u. Matthias Drilling (Hrsg.): Quartiere im demografischen Umbruch. Beiträge aus der Forschungspraxis. Wiesbaden. S. 47-66.

**Autoren:**

Dr. Susanne Knabe / Dr. Barbara Warner  
Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg  
[susanne.knabe@geo.uni-halle.de](mailto:susanne.knabe@geo.uni-halle.de) / [barbara.warner@geo.uni-halle.de](mailto:barbara.warner@geo.uni-halle.de)  
<http://sozial.geographie.uni-halle.de>



*Christian Rößler*

## **Aktuelle Wanderungsmuster und Wanderungsmotive im Ländlichen Raum Sachsens**

### **Handlungsoptionen für die regionalen Akteure ländlicher Städte und Dörfer in Sachsen**

Abstract: Der Beitrag gibt einen Einblick in das aktuelle Wanderungs- und Umzugsgeschehen in ländlichen Räumen Sachsens. Im Mittelpunkt steht dabei die differenzierte Betrachtung von städtischen und dörflichen Siedlungen. Typische Gemeinsamkeiten und Unterschiede bezüglich ihres Wanderungsgeschehens werden herausgearbeitet und auf ihre Auswirkungen hin interpretiert. Schließlich werden siedlungstypenspezifische Herausforderungen und Handlungsoptionen für kommunale und regionale Entscheidungsträger diskutiert.

### **Zum Wanderungsgeschehen in ländlichen Städten und Dörfern**

Ländliche Gebiete in Ostdeutschland verzeichnen seit Jahren starke und selektive Wanderungsverluste. Auch in den ländlichen Räumen Sachsens tragen Wanderungsverluste zur Schrumpfung und Alterung der Bevölkerung bei. Obwohl bekannt ist, dass diese demografischen Prozesse hinsichtlich ihrer Strukturen und Trends in den ländlichen Gebieten erhebliche Unterschiede aufweisen, hat man bisher nur wenig differenzierte Erkenntnisse über ihren kleinräumigen Verlauf. Sind beispielsweise städtische und dörfliche Siedlungen gleichermaßen von Abwanderungen und Alterung betroffen oder gibt es siedlungstypenspezifische Unterschiede? Lassen sich auch in ländlichen Kleinstädten Wanderungsüberschüsse feststellen, wie sie seit einiger Zeit in einigen deutschen Großstädten beobachtet werden? Inwiefern kann die populäre These empirisch belegt werden, nach der eine zunehmende Ausdünnung der Infrastruktur zu vermehrten Wegzügen aus den Dörfern führt?

Vor diesem Hintergrund untersuchte das Sächsische Landesamt für Umwelt, Landwirtschaft und Geologie das Wanderungs- und Umzugsverhalten in vier ländlichen Kommunen Sachsens. Ziel war es, einen Einblick in das aktuelle, ländliche Migrationsgeschehen zu gewinnen. Dabei war von besonderem Interesse, inwiefern sich das Migrationsgeschehen zwischen städtischen und dörflichen Siedlungen unterscheidet.

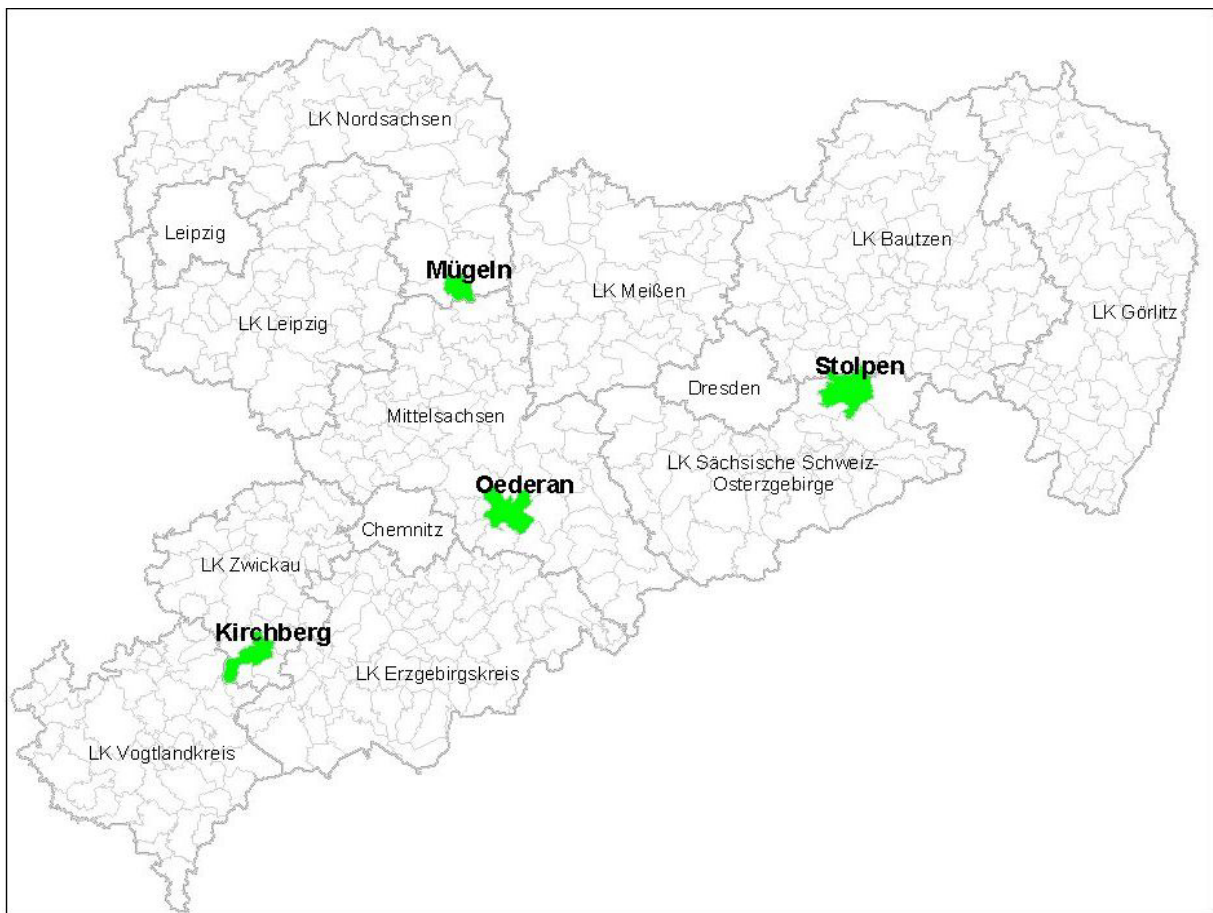
Aus den empirischen Ergebnissen wurden spezifische Herausforderungen und Handlungsoptionen für die Entwicklung ländlicher Städte und Dörfer abgeleitet. Die Erkenntnisse sollen Planern und politischen Entscheidungsträgern dabei helfen, angepasste Entwicklungsstrategien zu entwerfen und steuernde Maßnahmen zu ergreifen.

### **Methodik**

Zur Beantwortung der Forschungsfragen bedurfte es einer Datengrundlage, die eine Unterscheidung von dörflichen und städtischen Siedlungen zulässt<sup>1</sup>. Daten der amtlichen Bevölkerungsstatistik liegen in der Regel für Gemeinden, nicht aber für städtische und dörfliche Siedlungen vor. Die Untersuchung stützte sich deshalb im Wesentlichen auf ortsteilkonkrete Melderegisterauszüge und eine Haushaltsbefragung in vier ländlichen Beispielkommunen. Dafür wurden die Stadtgemeinden Stolpen, Mügeln, Kirchberg und Oederan mit ihren vier Kernstädten und den insgesamt 28 dörflichen Ortsteilen ausgewählt. Abbildung 1 zeigt die Lage der Beispielkommunen in Sachsen.

---

<sup>1</sup> Seit den 1990er Jahren kam es in Sachsen zu zahlreichen administrativen Veränderungen auf kommunaler Ebene. Durch Eingemeindungen, Umgliederungen und Zusammenlegungen von Gemeinden sind Stadt bzw. Dorf und Gemeinde heute nicht mehr dasselbe. Stadtgemeinden verwalten nun in der Regel auch eine größere Anzahl dörflicher Ortsteile. Dörfer, die politisch-administrativ nicht zu einer Stadt gehören, sind Teil einer Großgemeinde geworden.



Quelle: Staatsbetrieb Geobasisdaten und Vermessung Sachsen, LfULG Ref. 23 - 2010

### **Abbildung 1** **Lage der Untersuchungskommunen im Freistaat Sachsen**

Das Ausmaß räumlicher Bevölkerungsbewegungen hängt stark von „vorhandenen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen und territorialen Besonderheiten“ in einer Gemeinde ab (KIRSCHKE&RICHTER 2008, S. 42). Die Auswahl der vier Beispielmunicipien erfolgte daher so, dass ein breites Spektrum von Eigenschaften abgedeckt wird, die für ländliche Stadtgemeinden in Sachsen typisch sind: So handelt es sich bei Stolpen um eine Kommune mit großer Nähe zu einer Großstadtregion, während Mügeln als vergleichsweise peripher gelegene Kommune gelten muss. Stolpen und Mügeln sind traditionell eher agrarisch geprägt, während Oederan und Kirchberg auf eine lange Industrietradition zurückschauen. Bezüglich der Einwohnerzahlen reicht das Spektrum der Untersuchungskommunen von 4.500 Einwohnern in Mügeln bis zu 9.000 Einwohnern in Kirchberg. Die ausgewählten Kommunen sind keine repräsentativen Stellvertreter für alle Stadtgemeinden im ländlichen Sachsen. Sie können aber als exemplarisch gelten und durch ihre Gegenüberstellung Indizien für verallgemeinerbare Trends geben.

Die Untersuchung nutzte im Wesentlichen zwei empirische Zugänge:

1. Um das Ausmaß und die Strukturen der Migrationsbewegungen für die verschiedenen Siedlungstypen zu beschreiben, wurden Melderegisterauszüge analysiert. Diese Melderegisterauszüge umfassten alle An-, Ab- und Ummeldungen in den Untersuchungskommunen im Zeitraum zwischen dem 1. Januar 1999 und dem 31. Dezember 2008. Es wurden allein Änderungen des Hauptwohnsitzes betrachtet, die zum Meldezeitpunkt erfasst wurden.

2. Um individuelle Motive für Zuwanderungen, Abwanderungen, Umzüge oder das Bleiben zu untersuchen, wurde eine Haushaltsbefragung durchgeführt. Die Befragung erfolgte telefonisch in den vier Untersuchungskommunen. Der Fragebogen war für ein 20-minütiges Interview konzipiert. Um repräsentative Ergebnisse auf Ebene der vier Kommunen zu erzielen, wurden etwa 300 Interviews je Gemeinde geführt. Eine Schichtung der Stichprobe erfolgte nach städtischen und dörflichen Ortsteilen.

### Städtische und dörfliche Migrationsmuster

Das Ausmaß einzelner Migrationsströme<sup>2</sup> wird von vielen Faktoren beeinflusst. Insofern verwundert es nicht, dass sich die Migrationsvolumina der Untersuchungsgemeinden deutlich unterscheiden. Diese regionalen Unterschiede umfassend zu erklären ist jedoch weniger das Anliegen der vorliegenden Untersuchung als die Identifikation siedlungstypenspezifischer Muster des Migrationsverhaltens. Aus diesem Grunde fokussieren die folgenden Ausführungen auf Unterschiede und Gemeinsamkeiten zwischen städtischen und dörflichen Ortsteilen und weniger auf regionalspezifische Unterschiede zwischen den Gemeinden.

#### Stabile Verhältnisse in den Dörfern?

Bewohner kleiner Orte gelten häufig als weniger umzugsfreudig als Bewohner von Städten. Als Gründe dafür werden eine stärkere Bindung an das Hauseigentum und intensivere soziale Beziehungen in kleinen Orten genannt (z.B. BETZ 1988, S. 60; HERFERT 2002, S. 341). Gemessen an den übergemeindlichen Wanderungsraten scheint sich diese These in den vier Fallbeispielgemeinden zu bestätigen. Bezogen auf 1.000 Einwohner kommt es mit Ausnahme Oederans in den Kernstädten deutlich häufiger zu Zu- und Abwanderungen als in den Ortsteilen (vgl. Tabelle 1)

Wanderungsströme	Mügeln	Oederan	Kirchberg	Stolpen
Zuwanderungen in die Kernstadt	374	270	338	421
Zuwanderungen in die Ortsteile	335	302	214	268
Abwanderungen aus der Kernstadt	375	446	408	357
Abwanderungen aus den Ortsteilen	367	408	245	302

Quelle: Melderegisterdaten der Untersuchungsgemeinden, eigene Berechnungen

#### Tabelle 1

#### Wanderungsraten 1999 - 2008 im Vergleich (Wanderungen je 1.000 Einwohner<sup>3</sup>)

Betrachtet man allerdings die innergemeindlichen Zu- und Fortzugsraten, zeigen sich in den zusammengefassten Ortsteilen höhere Umzugsbeteiligungen als in den Kernstädten. Das heißt, die innergemeindliche Wohnmobilität ist in den Ortsteilen höher als in der Kernstadt. Der These, die Wohnmobilität sei in den Ortsteilen geringer als in der Kernstadt, kann nicht eindeutig zugestimmt werden. Der höheren Wanderungsbeteiligung in den Kernstädten steht in den Ortsteilen eine erhöhte Beteiligung an innergemeindlichen Umzügen gegenüber und relativiert die Unterschiede.

#### Konzentration in den Zentren?

Stellt man nun die Migrationssalden der Kernstädte den Migrationssalden der zusammengefassten Ortsteile gegenüber, zeigen sich in den Untersuchungskommunen ambivalente Ergebnisse: In Mügeln führten Wohnsitzverlagerungen zu einer positiven Bilanz in der Kernstadt und zu einem Verlust in der Gesamtheit der Ortsteile. Auch in Stolpen stehen Migrationsgewinne in der Kernstadt Verluste in den Ortsteilen gegenüber. In Oederan und Kirchberg führten Wohnsitzverlagerungen zu hohen Bevölke-

<sup>2</sup> Die Untersuchung unterscheidet zwischen innergemeindlichen Umzugsströmen und Gemeindegrenzen überschreitende Wanderungsströme.

<sup>3</sup> Bezugsgrößen sind die Einwohnerzahlen am 31.12.2003

rungsverlusten in der Kernstadt. Auch die Ortsteile verzeichnen Verluste, diese sind jedoch weniger stark<sup>4</sup>.

Migrationsbedingte Einwohnerrückgänge sind in den Kernstädten der Beispielkommunen nicht generell stärker als in den dörflichen Ortsteilen. Andererseits kann aber auch ein absoluter oder relativer Bedeutungsgewinn der Kernstädte als Wohnstandort gegenüber den dörflichen Ortsteilen nicht als genereller Trend bestätigt werden. Dementsprechend unterschiedlich sind die Folgen für die Bevölkerungsverteilungen in den Gemeinden einzuschätzen: In Stolpen und Mügeln bewirken Wanderungen und Umzüge eine zunehmende Konzentration der Bevölkerung in den Kernstädten. In Oederan und Kirchberg tragen Wohnsitzverlagerungen dagegen zu einer Dekonzentration der Bevölkerung bei.

### **Der Wandel städtischer und dörflicher Bevölkerungsstrukturen**

Viele Beiträge zum ostdeutschen Migrationsgeschehen machen auf die Folgen selektiver Abwanderungen in ländlichen Gebieten aufmerksam. Eine zunehmende Überalterung und ein Defizit an jungen Frauen gelten vielerorts als typische Merkmale ländlicher Räume. Ob diese Beobachtungen in städtischen und dörflichen Siedlungen gleichermaßen zutreffen, beleuchtet der folgende Abschnitt.

#### **„Die Städte altern doppelt“**

Die Häufigkeit eines Wohnungswechsels variiert zwischen unterschiedlichen Lebensphasen (vgl. z.B. Mai 2006). Auch in den Untersuchungskommunen tragen verschiedene Altersgruppen unterschiedlich stark zum Migrationsgeschehen bei. Vergleicht man die Altersstrukturen der Migrationsströme zwischen städtischen und dörflichen Ortsteilen, fallen in allen Untersuchungsgemeinden aber auch siedlungstypenspezifische Besonderheiten auf:

- Ältere Menschen ziehen nur selten in Dörfer: Migrationsströme in die dörflichen Ortsteile zeigen typischerweise nur einen sehr geringen Anteil von Menschen ab 60 Jahren<sup>5</sup> und einen entsprechend niedrigen Altersdurchschnitt<sup>6</sup>. Hinweise auf eine Vielzahl von Menschen, die einen Altersruhesitz in dörflichen Ortsteilen beziehen, lassen sich in den Untersuchungsgemeinden nicht finden.
- Die Kernstädte können dagegen als attraktive Migrationsziele für Menschen im höheren Alter gelten. Zuwanderer in die Kernstädte sind im Mittel älter als 37 Jahre. Charakteristisch ist ein hoher Anteil ab-60-Jähriger. Abbildung 2 macht deutlich, dass viele der Zuwanderungen und Zuzüge in die Kernstädte sogar erst im sehr hohen Alter stattfinden.
- Die Abwanderungsströme unterscheiden sich zwischen den städtischen und dörflichen Ortsteilen nur geringfügig. Im Durchschnitt sind die Abwandernden zwischen 29 und 32 Jahre alt. Der Anteil der ab 60-Jährigen liegt bei etwa 10 Prozent. Charakteristisch für Abwanderungen ist, dass sie häufig von Jugendlichen und jungen Erwachsenen getragen werden.

Diese altersspezifischen Migrationsbeteiligungen bewirken Unterschiede in den städtischen und dörflichen Migrationsbilanzen:

- Die Kernstädte aller Untersuchungsgemeinden verzeichnen Migrationsgewinne in der Altersgruppe ab 60 Jahren.
- Die dörflichen Ortsteile aller Untersuchungsgemeinden verzeichnen Migrationsverluste in der Altersgruppe ab 60 Jahren.
- Die dörflichen Ortsteile verzeichnen bei Kindern unter 5 Jahren und Erwachsenen zwischen 25 und 39 Jahren leichte Migrationsgewinne.

---

<sup>4</sup> gemessen an den Saldoraten (Bezugsgrößen sind die Einwohnerzahlen am 31.12.2003).

<sup>5</sup> Der Anteil der ab 60-Jährigen Zuwanderer liegt in den Dörfern der Untersuchungsgemeinden stets unter 6 Prozent.

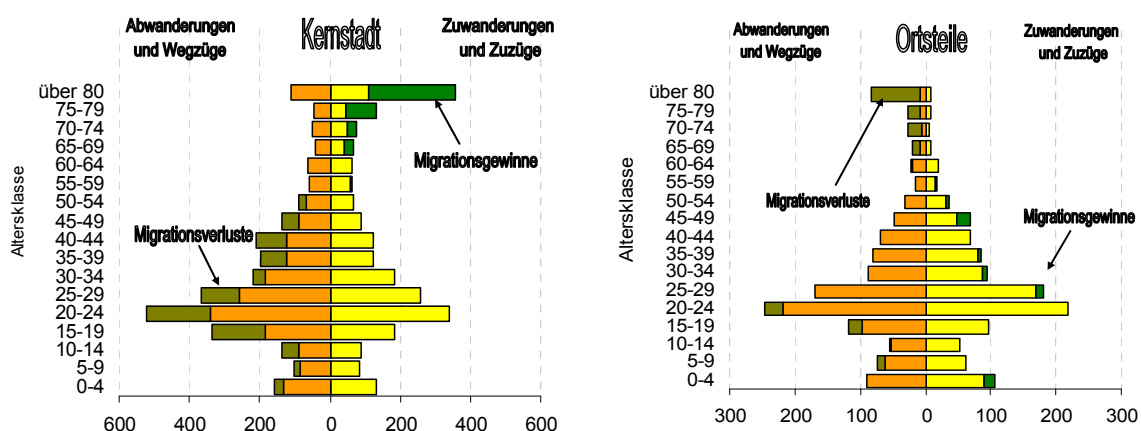
<sup>6</sup> Das mittlere Alter der Zuwanderer aus anderen Gemeinden in die dörflichen Ortsteile überschreitet in keiner Untersuchungsgemeinde 29 Jahre. Auch das mittlere Alter der Menschen, die innerhalb der Gemeinde aus der Kernstadt in einen dörflichen Ortsteil umziehen, überschreitet diesen Wert nicht.

- In den Kernstädten und Dörfern aller Untersuchungsgemeinden ist die Migrationsbilanz in den Altersklassen 15- bis 24-Jahre negativ.

Die Alterungsdynamik der Kernstadtbevölkerung wird durch das Migrationsgeschehen zweifach forciert: Einerseits durch die Migrationsverluste in den Altersklassen 15 bis 24 Jahre, andererseits durch die Zuwanderungsüberschüsse von Menschen ab 60 Jahren.

Auch für die dörflichen Ortsteile sind Migrationsverluste in den Altersklassen 15 bis 24 Jahre typisch. Daneben tragen aber auch die Altersgruppen ab 60 Jahren stark zu negativen Migrationsalden bei. In den Dörfern von drei Untersuchungskommunen lagen die Migrationsverluste der ab 60-Jährigen zahlenmäßig über den Verlusten der 15- bis und 24-Jährigen. Diese Migrationsverluste mildern die Alterungsdynamik in den dörflichen Ortsteilen ebenso wie die leichten Zuwanderungsüberschüsse junger Familien.

Insgesamt tragen die Wanderungen und Umzüge in den Untersuchungsgemeinden zu einer Umverteilung der Bevölkerung bei, bei der es zu einer Konzentration hochaltriger Menschen in den Kernstädten kommt. Bei jungen Familien deutet sich dagegen eher eine Dekonzentration an.



Quelle: Melderegisterdaten der Stadt Kirchberg, eigene Berechnungen

**Abbildung 2**  
**Altersspezifische Migrationsbeteiligungen in der Kernstadt**  
**bzw. den Ortsteilen der Gemeinde Kirchberg**

### „Die Dörfer werden männlich“

In enger Verbindung zur Altersselektivität stehen die geschlechtsspezifischen Unterschiede im Migrationsverhalten. Die unterschiedliche Beteiligung der Männer und Frauen an den Wanderungen bewirkt unterschiedliche Migrationsbilanzen in den städtischen und dörflichen Siedlungen der Untersuchungsgemeinden:

- In den dörflichen Ortsteilen gehen Migrationsverluste stärker zu Lasten der weiblichen als zu Lasten der männlichen Bevölkerung. Dieser Überhang begründet sich durch starke Abwanderungs- und Fortzugsüberschüsse bei jugendlichen und hochaltrigen Frauen. In der wissenschaftlichen Diskussion wurde in diesem Zusammenhang bereits formuliert: „Die Dörfer sind männlich“ (z. B. MÜLLER, B. 2010, S.4).
- Die Migrationssalden der Kernstädte zeigen zumeist einen Überhang an Frauen. Dieser resultiert vor allem aus hohen weiblichen Migrationsüberschüssen in den höchsten Altersklassen. Das Beispiel Kirchbergs zeigt: Schließt man die über 60-Jährigen aus den Analysen aus, verliert auch die Kernstadt mehr Frauen als Männer.

- Die Unterschiedlichkeit der geschlechterspezifischen Salden zwischen Kernstadt und Ortsteilen sind damit wesentlich auf die Migrationen im hohen Alter zurückzuführen. Schließt man diese Altersgruppen von der Betrachtung aus, verlieren die Kernstädte wie die Dörfer durch Wanderungen und Umzüge mehr Frauen als Männer.

### **Zuzug aus Nähe und Verbundenheit**

Wichtige Hinweise zu Ursachen des Wanderungsverhaltens lassen sich aus der Analyse von Herkunfts- und Zielgebieten gewinnen. So werden hinter intraregionalen Wanderungen in der Regel persönliche und wohnungsmarktbezogene Motive vermutet. Interregionale Wanderungen werden dagegen eher mit der Suche nach einem Ausbildungs- oder Arbeitsplatz in Verbindung gebracht (vgl. z. B. SCHLÖMER 2009, S. 17).

Trotz regionaler Unterschiede traten in allen Untersuchungskommunen auch ähnliche Muster der Herkunfts- und Zielgebiete hervor. So wurde das Zuwanderungsgeschehen stets von nahräumlichen Wanderungen dominiert. Zwischen 80 und 90 Prozent aller Zuwanderer kamen aus Sachsen. Mehr als 50 Prozent stammen aus den Nachbargemeinden oder anderen Gemeinden des eigenen Landkreises.

Verglichen mit den Zuwanderungsströmen sind die Anteile der Nachbargemeinden und der Gemeinden des eigenen Landkreises an den Abwanderungen geringer. Der Anteil nichtsächsischer Zielgebiete liegt zwischen 18 Prozent in Mügeln und 25 Prozent in Kirchberg. Auch die Bedeutung der drei kreisfreien Städte Sachsens als Zielgebiet ist höher als ihre Bedeutung als Quellgebiet. Zwischen den Siedlungstypen Kernstadt und Ortsteil bestehen bezüglich der Herkunfts- und Zielgebiete ihrer Wanderungsströme dabei kaum Unterschiede.

Für viele Zuwanderer scheint ein biografischer Bezug zum Zielgebiet charakteristisch zu sein: Zwischen 16 und 22 Prozent aller Zuwanderer waren zu einem früheren Zeitpunkt ihres Lebens bereits einmal in der Zuzugsgemeinde gemeldet. Dieser Rückkehreranteil war in den dörflichen Ortsteilen stets etwas höher als in den Kernstädten.

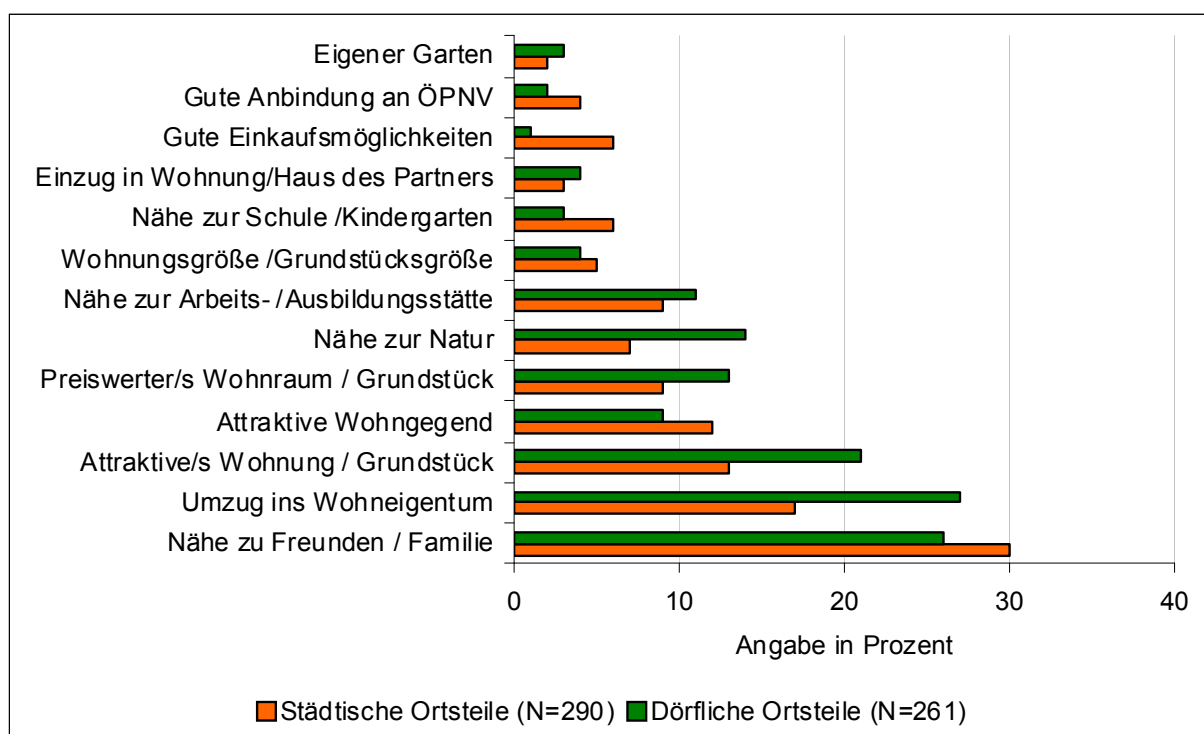
### **Die Anziehungskräfte von Stadt und Dorf**

„Die Beweggründe zu einer Wanderung können Einblicke in zurückliegende Lebenssituationen geben, vor allem aber Erwartungen, Ansprüche oder Vorhaben im Bereich des neuen Wohnumfelds offenbaren“ (BORN u.a. 2004, S. 116). Aus diesem Grund war es von Interesse, ob sich die Zuzugsgründe in dörflichen und städtischen Siedlungen unterscheiden. Im Rahmen der Haushaltsbefragung wurde deshalb offen gefragt: „Was waren die Auslöser Ihres letzten Umzugs?“ Die Interviewer haben die Antworten sofort Kategorien zugeordnet.

Als Beweggrund ihres letzten Umzugs gaben 50 Prozent der in die Untersuchungsgemeinden zugezogenen Haushalte familiäre bzw. persönliche Gründe an. Zu solchen Gründen gehören bspw. ein Zusammenziehen mit dem Partner, Haushaltsvergrößerungen durch die Geburt von Kindern, Trennungen oder auch der Zuzug in die Nähe von Verwandten. Viele Haushalte wollten mit dem Umzug auch ihre Wohnsituation verändern. So war für 31 Prozent der Haushalte die Bildung von Wohneigentum ein entscheidender Umzugsgrund. Zwölf Prozent der Zugezogenen waren mit der alten Wohnung unzufrieden. Berufliche und finanzielle Gründe sind hingegen nur selten Auslöser eines Zuzugs gewesen. Diese Befragungsergebnisse untermauern die hohe Bedeutung nahräumlicher Wanderungen.

Viele dieser Auslöser erfordern nicht grundsätzlich eine Entscheidung für einen dörflichen bzw. einen städtischen Ortsteil. Dementsprechend gab die überwiegende Mehrheit der Befragten auch an, vor dem Umzug nicht auf einen speziellen Ortsteil festgelegt gewesen zu sein. Um herauszufinden, welche Gründe für die Wahl eines städtischen bzw. dörflichen Ortsteils sprachen, wurde zuletzt die Frage gestellt: „Was waren die wichtigsten Gründe für die Wahl ihres jetzigen Wohnstandortes?“. Die Antworten werden in Abbildung 3 ersichtlich.





Quelle: Daten der Haushaltsbefragung, eigen Berechnungen

### Abbildung 3

#### Gründe für die Wohnstandortwahl, Mehrfachnennungen möglich

In den dörflichen Ortsteilen ist der Wohneigentumserwerb der wichtigste Zuwanderungsgrund. 78 Prozent der Haushalte, die sich in einem dörflichen Ortsteil angesiedelt haben, bildeten Wohneigentum. Bei etwa 40 Prozent handelte es sich um einen Neubau, 60 Prozent bezogen eine Bestandsimmobilie. Außerdem war den Menschen, die sich in einem Ortsteil niedergelassen haben, die Nähe zu Freunden und Familie wichtig. Häufig legten sie hohen Wert auf attraktive und preiswerte Wohnungen bzw. Grundstücke. Daneben ist die Nähe zur Natur ein oft genannter Grund für die Wahl eines Ortsteils. Auch die Attraktivität der Wohngegend wurde häufig als Zuzugsgrund benannt. Infrastrukturelle Gründe spielten dagegen nur eine untergeordnete Rolle.

In den Kernstädten wurden die persönlichen und verwandtschaftlichen Beziehungen, die Attraktivität der Wohngegend sowie infrastrukturelle Zuwanderungsgründe häufiger genannt als in den Ortsteilen. Infrastrukturelle Gründe gelten dabei insbesondere für ältere Zuwanderer als ausschlaggebend.

#### Handlungsoptionen für Stadt und Dorf

Die Untersuchung der Beispielkommunen zeigte verallgemeinerbare und regionsspezifische Folgen des Migrationsgeschehens. Stärker als die Untersuchung des Umfangs wies dabei die Strukturanalyse Gemeinsamkeiten zwischen den Untersuchungsgemeinden auf. Aus den empirischen Ergebnissen wurden spezifische Herausforderungen und Handlungsoptionen für die Entwicklung ländlicher Städte und Dörfer abgeleitet. Diese werden im Folgenden dargestellt:

1. Die Untersuchung zeigte ein kleinräumiges Nebeneinander von Raumeinheiten mit positiven, stagnierenden oder negativen Migrationsbilanzen. Zudem wurde deutlich, dass Migrationen sehr unterschiedlich auf die Bevölkerungsstrukturen einzelner Raumeinheiten wirken. Bevölkerungsstatistische Daten auf Gemeindeebene nivellieren solche kleinräumigen Unterschiede. Sie sind für kommunale und regionale Planungen deshalb oft nur wenig geeignet. Insbesondere dort, wo ländliche Gemeinden durch Eingemeindungen und Zusammenschlüsse größer und vielfältiger werden, sind ortsteilgenaue Bevölkerungsdaten ein zunehmend wichtiges Planungsinstrument und als solches zu entwickeln.

2. In der Literatur wurde bereits thematisiert, es sei im „Zuge des demografischen Wandels eine starke Ausdünnung der Infrastruktur in suburbanen und ländlichen Räumen der Schrumpfungsräumen zu erwarten, was nicht nur Ältere zum Umzug in die zentralen Orte bewege“ (KÖPPEN 2008, S. 33). Die Analysen deuten in allen Untersuchungskommunen auf eine zunehmende Konzentration älterer Menschen in den Kernstädten hin. Sie geben jedoch keine Hinweise darauf, dass es auch in jüngeren Altersgruppen zu solchen Konzentrationen kommt. Im Gegenteil: Sie belegen Migrationsüberschüsse junger Familien in den dörflichen Ortsteilen der untersuchten Kommunen.
3. Als typisches Merkmal ländlicher Gebiete gilt die Abwanderung von Jugendlichen und jungen Erwachsenen. In vielen Dörfern sind es heute aber auch alte Menschen, die in großer Zahl wegziehen. Zudem verzeichnen Dörfer kaum Zuwanderungen älterer Personen. Eine Ursache dafür ist vermutlich ein Mangel an altersgerechten Infrastrukturen und Dienstleistungen in den Dörfern. Hieraus kann ein Entwicklungsbedarf abgeleitet werden. Dieser Entwicklungsbedarf betrifft beispielsweise flexible Bedienformen in der Personensorge, die Erreichbarkeit von Versorgungsmöglichkeiten oder auch Unterstützungsangebote, beispielsweise für Arbeiten in Haus und Garten.
4. Aufgrund des zum Teil sehr hohen Alters und dem unausgeglichenen Geschlechterverhältnis der Menschen, die sich in den Kernstädten niederlassen, ist zu vermuten, dass es mitunter die Notwendigkeit der Pflege und das mangelnde Pflegeangebot in den untersuchten Dörfern ist, was viele alte Menschen zu einem Umzug in die Kernstadt zwingt<sup>7</sup>. Aus Sicht einer bedarfsgerechten Altenpflege sind kleinteilige und wohnortnahe Betreuungsmöglichkeiten wünschenswert. Daneben werden aber auch Angebote gebraucht, die den älteren Menschen ein Leben im eigenen Haushalt so lange es geht ermöglichen. Hier wären Hilfen zum altersgerechten Umbau der eigenen Wohnung ebenso denkbar wie der Ausbau mobiler Hilfs- und Betreuungsangebote. Möglicherweise können auch ehrenamtliche Hilfen organisiert werden, wo familiäre Netzwerke nicht mehr ausreichen.
5. Die Konzentration des Altenbetreuungs- und Pflegeangebots in den Kernstädten generiert Migrationsgewinne in den Kernstädten. Sie führt zu einem wachsenden Bedarf an seniorengerechten Infrastrukturen, barrierefreien öffentlichen Räumen usw. Dies ist eine Herausforderung für die Entwicklung der Kernstädte. Gleichzeitig bietet die Zentralisierung der Altenpflege den Kernstädten aber auch gewisse Entwicklungschancen, beispielsweise wenn sie zur Umnutzung leerstehender Gebäude zu Altenheimen genutzt werden. Entwicklungschancen liegen auch im Erhalt und Ausbau medizinischer Angebote in der Stadt.
6. Dörfliche Ortsteile verzeichnen Wanderungsüberschüsse an jungen Familien, obwohl sie insgesamt von Wanderungsverlusten betroffen sind. Hieran wird deutlich, dass rückläufige Bevölkerungszahlen nicht zwangsläufig auch zu einer rückläufigen Infrastrukturnachfrage führen. So kann es durch den Zuzug junger Familien beispielsweise auch in schrumpfenden dörflichen Siedlungen zu einer wachsenden Nachfrage an Kinderbetreuungs- und Schülerverkehrsangeboten kommen.
7. Hohe Anziehungskräfte der dörflichen Ortsteile liegen beim Umzug ins Wohneigentum. Etwa 40 Prozent aller Zugezogenen in den Dörfern sind dabei in einen Neubau gezogen, 60 Prozent in eine Bestandsimmobilie. Wichtig erscheint es, diesen Zuzug so zu lenken, dass er der Innenentwicklung der Dörfer zu Gute kommt, die Attraktivität des vorhandenen Siedlungsbestands steigert und zu keiner weiteren „Zersiedlung“ in den Dörfern führt. Dabei können bestehende Förderungen zur Um- und Wiedernutzung ländlicher Bausubstanz als Anreize dienen<sup>8</sup>. Bauflächenausweisungen sollten sich auf die Aktivierung von Brachen und Baulücken beschränken. Möglicherweise kann auch der Abriss maroder Immobilien in städtebaulich wichtigen Lagen unterstützt werden, wenn an gleicher Stelle Ersatzbauten entstehen.

---

<sup>7</sup> Diese These wird von einem weiteren Befragungsergebnis unterstützt, nach dem 95 % der Bewohner ab 55 Jahren im Alter im eigenen Ortsteil wohnen bleiben möchten.

<sup>8</sup> Eine solche Fördermöglichkeit besteht derzeit beispielsweise im Rahmen der sächsischen Förderrichtlinie „Integrierte Ländliche Entwicklung - RL ILE/2007“, Kapitel E: „Bauliche Maßnahmen zur Umnutzung, Wiedernutzung oder zur Erhaltung ländlicher Bausubstanz für private Zwecke, insbesondere für junge Familien“

8. Die Nähe zur Natur und die Attraktivität der Wohngegend waren für viele Zuwanderer in Stadt und Dorf wichtigere Zuzugsgründe als die infrastrukturelle Ausstattung. Das unterstreicht die Bedeutung von Maßnahmen zur Innenentwicklung sowie zur Verbesserung der Siedlungsökologie.
9. Ausschlaggebend für die Wohnortwahl waren für viele Zugezogene persönliche und verwandtschaftliche Beziehungen. Die Melderegisteranalysen zeigten zudem, dass Rückkehrer ein bedeutendes Zuwanderungspotenzial bilden. Potenzielle Rückkehrer sind als wichtige Zielgruppe im Stadt- und Dorfmarketing zu berücksichtigen.

**Literatur:**

- BORN, K.M.; GOLTZ, E.; SAUPE, G. (2004): Wanderungsmotive zugewanderter älterer Menschen. Raumforschung und Raumordnung 2/2004
- BETZ, R. (1988): Wanderungen in peripheren ländlichen Räumen – Voraussetzungen, Abläufe und Motive. Dargestellt am Beispiel dreier niedersächsischer Nahbereiche. In: Abhandlungen des geografischen Instituts der Freien Universität Berlin, Band 42
- KIRSCHKE, A.; RICHTER, B. (2008): Das Wanderungsverhalten der Bevölkerung in den sächsischen Gemeinden als Spiegel wirtschaftlicher Rahmenbedingungen und territorialer Besonderheiten. In: Statistik in Sachsen 3/2008
- KÖPPEN, B. (2008): Reurbanisierung als Hoffnung der Städte im demografischen Wandel? In: BIB Materialien zur Bevölkerungswissenschaft, Heft 125
- MAI, R. (2006): Die alterselektive Abwanderung aus Ostdeutschland. In: Raumforschung und Raumordnung. Heft 5/2006
- MÜLLER, B. (2010): „Gleiche Lebensbedingungen waren gestern ... Werden wir mehr Ungleichheit tolerieren müssen?“ Dresdner Rede vom 7.3.2010
- SCHLÖMER, C. (2009): Binnenwanderungen in Deutschland zwischen Konsolidierung und neuen Paradigmen. BBR Berichte 31
- HERFERT, G. (2002): Disurbanisierung und Reurbanisierung. Polariserte Raumentwicklung in der ostdeutschen Schrumpflandschaft. Raumforschung und Raumordnung 5-6/2002

**Autor:**

Christian Rößler  
Sächsisches Landesamt für Umwelt, Landwirtschaft und Geologie  
christian.roessler@smul.sachsen.de

*Björn Alecke, Timo Mitze und Gerhard Untiedt*

## **Studieren in Ostdeutschland – Quo Vadis? Die Entwicklung der Zahl von Studierenden und Studienanfängern seit der Wiedervereinigung**

Nach den neuen Theorien des endogenen Wachstums kommt den Humanressourcen einer Region eine Schlüsselrolle für das Aufholen regionaler Entwicklungsrückstände zu, da ein höheres Bildungsniveau der Bevölkerung dauerhaft zu mehr Innovationen und höherem Wirtschaftswachstum führen kann. Auch in Umfragen wird die Verfügbarkeit hochqualifizierter Arbeitskräfte von Unternehmen immer wieder als einer der wichtigsten Standortfaktoren genannt. Dabei stellt die generell gute Verfügbarkeit von hochqualifizierten Arbeitskräften in den ostdeutschen Ländern im Vergleich zu Westdeutschland und Europa einen Standortvorteil dar, verfügt die ostdeutsche Bevölkerung doch über ein hohes formales Ausbildungsniveau.

Allerdings werden immer wieder Befürchtungen geäußert, dass dieser Standortvorteil in Anbetracht des stagnierenden gesamtwirtschaftlichen Aufholprozesses in Ostdeutschland und einer hohen (Netto-)Abwanderungsrate vornehmlich von jungen, gut ausgebildeten Arbeitskräften erodiert. Da insbesondere Erwerbspersonen mit einem Hochschulabschluss den zentralen Bestandteil des Humankapitals bilden, werden im Folgenden eine Reihe von Indikatoren zur Entwicklung und Perspektiven der Zahl von Studierenden und Studienanfängern in Ostdeutschland betrachtet. Der Schwerpunkt wird hierbei auf eine differenzierte Darstellung ihrer Wanderungsbewegungen gelegt. Im Anschluss an die empirische Bestandsaufnahme werden im Fazit weiterführende Forschungsfragen thematisiert und erste vorläufige Arbeitsergebnisse angesprochen.

### **Bildungsstand und Studienberechtigtenquote**

Allgemeine Indikatoren zum Bildungsstand der Bevölkerung zeigen, dass die ostdeutschen Länder gegenüber den westdeutschen Ländern Vorteile aufweisen. Tabelle 1 stellt die anteilige Verteilung der Erwerbspersonen nach dem jeweils höchsten erreichten Bildungsgrad in Ost- und Westdeutschland dar. Die voneinander abgegrenzten Bildungsbereiche beziehen sich auf die Internationale Standardklassifikation für das Bildungswesen (ISCED'97) und umfassen drei Kategorien (Vorschule, Primärbereich und Sekundarstufe I - Stufen 0-2 (ISCED 1997), Sekundarstufe II und Post-Sekundarbereich - Stufen 3-4 (ISCED 1997), Tertiärbereich - Stufen 5-6 (ISCED 1997)).

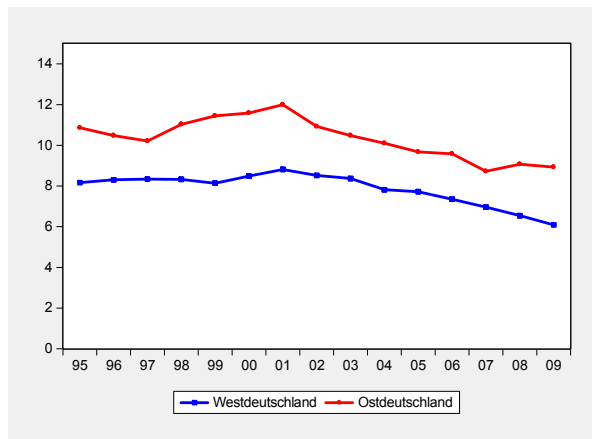
	<b>Ostdeutschland</b>	<b>Westdeutschland</b>	<b>OECD</b>
Elementar- und Primärbereich (ISCED 0-1)	2	4	
Sekundarbereich I (ISCED 2)	6	13	29*
Sekundarbereich II	57	51	44**
davon: ISCED 3C lang/3B	55	48	
davon: ISCED 3A	2	3	
Postsekundärer nichttertiärer Bereich (ISCED 4)	5	8	
Tertiärbereich	30	24	28
davon: ISCED 5B	13	8	
davon: ISCED 5A	16	15	
davon: ISCED 6	1	1	
<b>Bildungsbereiche zusammen</b>	<b>100</b>	<b>100</b>	<b>100</b>

Quelle: Statistisches Bundesamt (2011), \* inkl. ISCED 0-1, 3Ckurz \*\* inkl. ISCED 4

### **Tabelle 1**

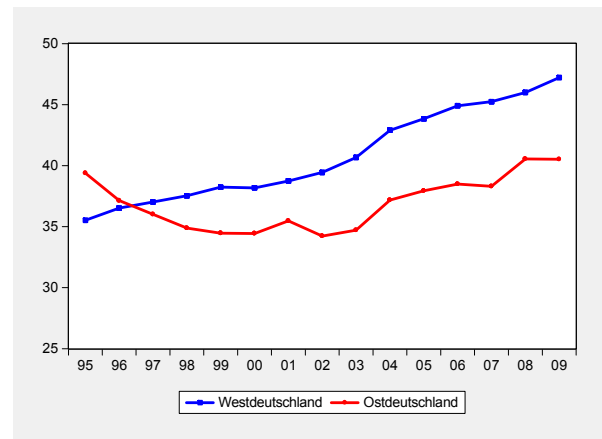
#### **Bildungsstand der Erwachsenenbevölkerung in % (2008)**

In den ostdeutschen Ländern liegt der Anteil der Bevölkerung mit einem Abschluss im Sekundarbereich II oder im Tertiärbereich deutlich über dem westdeutschen Wert. Auch im internationalen Vergleich verfügt die ostdeutsche Bevölkerung über ein grundsätzlich qualitativ gutes Bildungs- und Ausbildungsniveau.



Quelle: Statistisches Bundesamt (2011)

**Abbildung 1**  
**Anteil der Schulabsolventen ohne Haupt-**  
**schulabschluss in Ost- und Westdeut-**  
**sland (in %)**



Quelle: Statistisches Bundesamt (2011)

**Abbildung 2**  
**Studienberechtigtenquote in**  
**Ost- und Westdeutschland (in %)**

Die generell bessere Verfügbarkeit von hochqualifizierten Arbeitskräften in den ostdeutschen Ländern ist ein Standortvorteil. Es gibt allerdings mit Blick auf die Entwicklung bei den Schulabsolventen zwei Aspekte, die das positive Bild über den formalen Bildungsstand der Bevölkerung stark trüben:

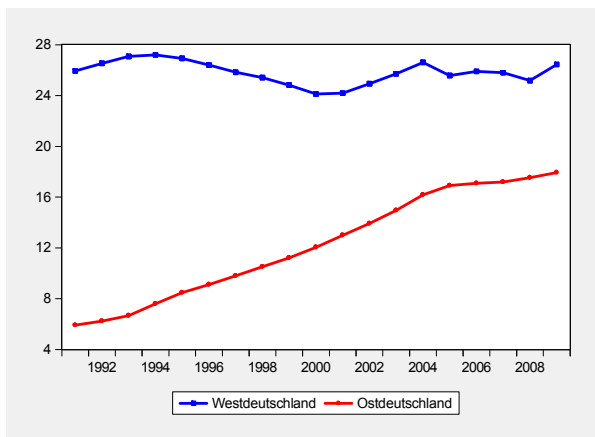
- So ist zum einen der vergleichsweise hohe Anteil der Schulentlassenen ohne Hauptschulabschluss als problematisch einzuschätzen, da sich die Startvoraussetzungen für die weitere berufliche Ausbildung und die späteren Lebens- und Karrierechancen ohne Schulabschluss signifikant verschlechtern (vgl. Abbildung 1). Die Erwerbslosigkeit der 25- bis 64-Jährigen in Deutschland ohne Schulabschluss ist rund doppelt so hoch wie bei jenen mit einem Abschluss im Sekundarbereich II und viermal so hoch wie mit einem Abschluss im Tertiärbereich. In den neuen Ländern liegt die Erwerbslosigkeit von Personen ohne Schulabschluss bei 35%. Anzumerken ist, dass vor allen Dingen männliche Schulabsolventen schlechtere Schulabschlüsse bzw. häufiger keinen Schulabschluss haben.
- Zum zweiten ist in Ostdeutschland die so genannte Studienberechtigtenquote, die den Anteil der studienberechtigten Schulabgänger mit allgemeiner Hochschulreife oder Fachhochschulreife an der altersspezifischen Bevölkerung wiedergibt, in den letzten Jahren gegenüber dem westdeutschen Durchschnitt zurückgefallen (vgl. Abbildung 2). Gegenwärtig beträgt der Abstand fast 7%. Eine genauere Betrachtung zeigt, dass dies weniger auf niedrigere Anteile beim Erwerb der allgemeinen Hochschulreife zurückzuführen ist, sondern an dem geringeren Anteil von Schulabsolventen mit Fachhochschulreife liegt.

### Studierendenintensität und Absolventenquote

Mit der Integration der ostdeutschen Hochschulen in die bundesweite Hochschullandschaft hat die Zahl der Studierenden in Ostdeutschland spürbar zugenommen. Waren zu Anfang der neunziger Jahre nur rund 107.000 Studierende immatrikuliert (WS1990/91) ist die Studierendenzahl seitdem stetig gestiegen. Aktuell beläuft sich die Zahl der Studierenden im WS 2009/2010 auf 303.350 Personen. Abbildung 3 demonstriert, dass sich als Folge dieses Anstiegs die Relation der Zahl der Studierenden je 1.000 Einwohner zwischen den neuen und alten Ländern angeglichen hat. Das Tempo der Zunahme hat jedoch in den letzten Jahren in Ostdeutschland etwas nachgelassen. Gegenwärtig kommen in den ostdeutschen Ländern auf 1.000 Einwohner knapp 18 Studierende, in Westdeutschland sind es 26,5.

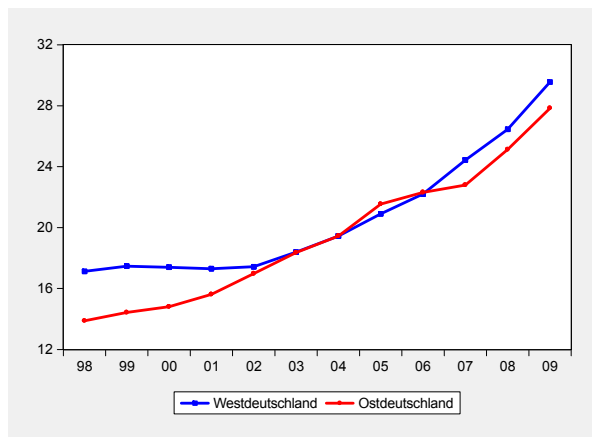
Wie Abbildung 4 zeigt, bleiben die ostdeutschen Länder auch bei der Absolventenquote, die den Anteil der Erstabsolventen eines Studiums an der altersspezifischen Bevölkerung misst, seit ein paar Jahren hinter dem westdeutschen Durchschnitt zurück. Zurzeit verlassen 27,8% der altersspezifischen

Bevölkerung in Ostdeutschland die Hochschulen mit einem abgeschlossenen (Erst-)Studium. In Westdeutschland beträgt diese Relation 29,6%.<sup>1</sup>



Quelle: Statistisches Bundesamt (2011)

**Abbildung 3**  
Zahl der Studierenden je 1.000 Einwohner



Quelle: Statistisches Bundesamt (2011)

**Abbildung 4**  
Absolventenquote in Ost- und Westdeutschland (in %)

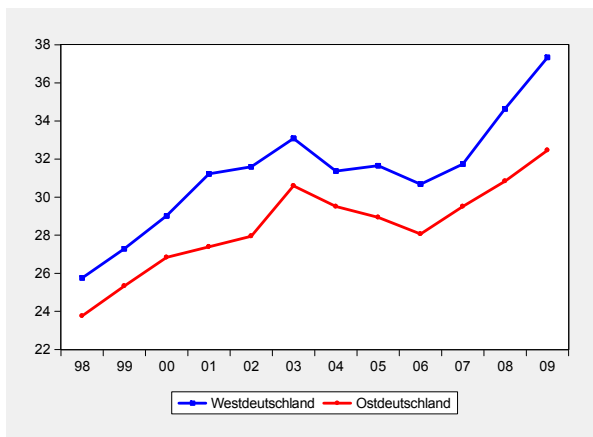
### Studienanfänger und ihre Wanderung zwischen Ost- und Westdeutschland

Bezogen auf den Erwerbort der Hochschulzugangsberechtigung weisen, wie Abbildung 5 zeigt, die ostdeutschen Länder im Vergleich eine nur unterdurchschnittliche Studienanfängerquote auf. Im Wesentlichen als Folge der geringeren Studienberechtigtenquote liegt der Anteil der Studienanfänger an der Bevölkerung des entsprechenden Alters im Jahr 2009 um fast 5% unter dem westdeutschen Wert. In den Jahren zuvor war der Abstand zwischen der Studienanfängerquote nach Erwerbort zwischen den ost- und westdeutschen Ländern geringer.

In Abbildung 6 wird die Differenz in den Studienanfängerquoten zwischen Ost- und Westdeutschland jeweils nach Erwerbort und Studienort der Studienanfänger abgebildet. Auffällig ist, dass der Abstand bei der Anfängerquote nach Studienort mit Ausnahme des letzten Jahres größer ausfällt als jener mit Bezug auf die Anfängerquote nach Erwerbort. Dies bedeutet, dass in den letzten Jahren viele ostdeutsche Studienanfänger nicht in den ostdeutschen Ländern verblieben sind, sondern einen Studienort in den westdeutschen Bundesländern gewählt haben. Umgekehrt sind die ostdeutschen Länder für Studienanfänger aus den westdeutschen Ländern kein bevorzugter Standort für das Studium gewesen. Erst im Jahr 2009 hat sich diese Relation gedreht.

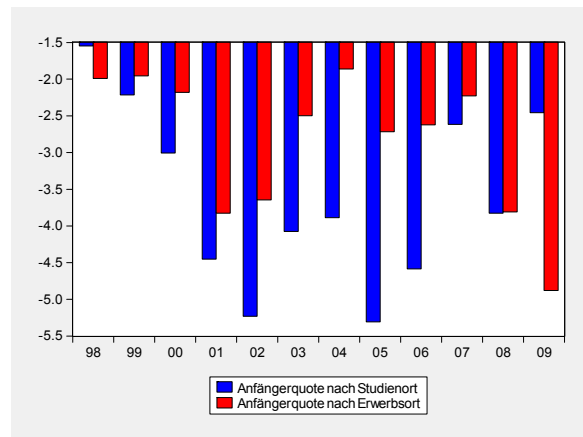
<sup>1</sup> Der Begriff altersspezifische Bevölkerung wird vom Statistischen Bundesamt verwendet. Gemeint ist, dass für einzelne relevante Altersjahrgänge der Bevölkerung Quoten berechnet und anschließend aufsummiert werden (sog. "Quotensummenverfahren"), vgl. Stat. Bundesamt (2011), Bildung und Kultur. Nichtmonetäre hochschulstatistische Kennzahlen, Fachserie 11 Reihe 4.3.1, Wiesbaden.





Quelle: Statistisches Bundesamt (2011)

**Abbildung 5**  
**Studienfängerquote nach Erwerbort**  
**in Ost- und Westdeutschland (in %)**



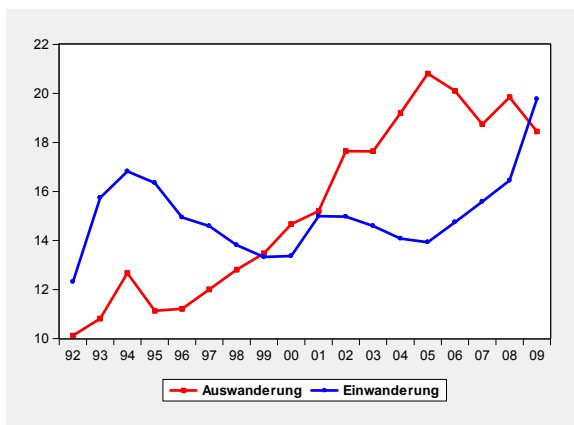
Quelle: Statistisches Bundesamt (2011)

**Abbildung 6**  
**Differenz der Studienanfängerquoten nach**  
**Erwerbs- und Studienort (in %-Punkten)**

Abbildung 7 verdeutlicht die „Abwanderung“ und „Zuwanderung“ von Studienanfängern. In der Abbildung bezieht sich die Abwanderung auf den Anteil der Studienanfänger mit Erwerb der Hochschulzugangsberechtigung in den neuen Ländern, aber mit Studienort außerhalb Ostdeutschlands. Umgekehrt ist als Zuwanderung die Zahl der Studienanfänger mit Erwerb der Hochschulzugangsberechtigung in westdeutschen Bundesländern in Relation zu den Studienanfängern in Ostdeutschland insgesamt abgetragen (ohne ausländische Studenten). Beide Größen sind auf die Zahl der Studienanfänger in Ostdeutschland normiert, so dass es sich um Quoten handelt. Ersichtlich ist, dass bei der Abwanderung von Studienanfängern der Trend bis 2005 nach oben zeigt, seitdem aber ist die Abwanderungsquote leicht rückläufig. Bei der Zuwanderung ist umgekehrt erkennbar, dass diese seit 2005 stark zunimmt. Im letzten Jahr übersteigt erstmals die Zuwanderungs- die Abwanderungsquote, so dass im Ergebnis sich ein positiver Wanderungssaldo einstellt.

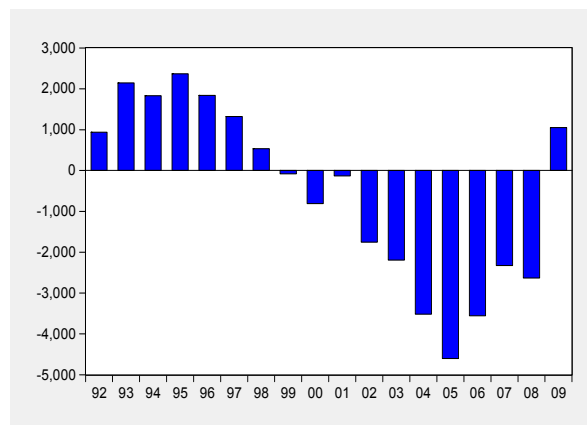
In Abbildung 8 wird entsprechend der Wanderungssaldo als absolute Differenz der Zahl der abgewanderten und zugewanderten Studienanfänger aufgeführt. Insgesamt vollzieht sich die Entwicklung des Wanderungssaldos in den letzten zwanzig Jahren sinuswellenartig. Nach einer Phase von Wanderungsgewinnen unmittelbar nach der Wiedervereinigung kippte der Wanderungssaldo bei den Studienanfängern zum Jahrtausendwechsel vom positiven in den negativen Bereich. Die jährliche Nettoabwanderung wurde sukzessive immer größer und erreichte im Jahr 2005 ihren Tiefpunkt. Allein in diesem Jahr verloren die ostdeutschen Länder 4.600 Studienanfänger an die westdeutschen Bundesländer. Kumuliert beläuft sich der Wanderungsverlust im Zeitraum 1999-2005 auf ca. 13.100 Studienanfänger.

Seit 2005 ist die Nettoabwanderung der Studienanfänger jedoch rückläufig. Aktuell können die ostdeutschen Länder (WS 2009/2010) sogar ein Wanderungsplus von rund 1.050 Studienanfängern gegenüber den westdeutschen Bundesländern verzeichnen. Allerdings haben über den Gesamtzeitraum fast 10.000 Studienanfänger weniger einen Studienplatz in den ostdeutschen Ländern angenommen als man nach der Zahl der ostdeutschen Studienanfänger insgesamt hätte erwarten können. In Relation zu den Studienanfängern entspricht dies im Jahresdurchschnitt einem Verlust von etwa 1%, auf dem Tiefpunkt 2005 lag die jahresdurchschnittliche Nettoabwanderungsquote allerdings bei 8%.



Quelle: Statistisches Bundesamt (2011)

**Abbildung 7:**  
Zuwanderung und Abwanderung von Studienanfängern (insgesamt) nach bzw. aus den ostdeutschen Ländern (in %)



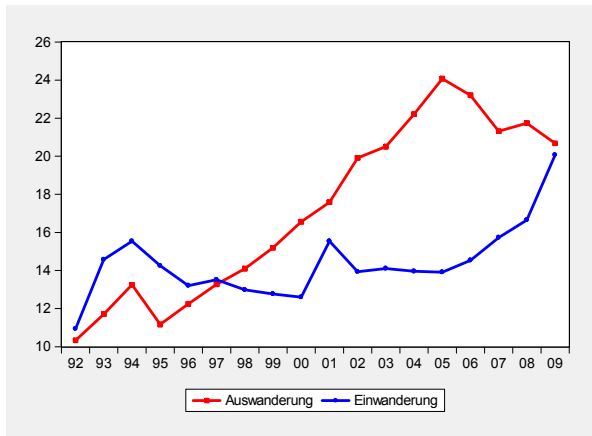
Quelle: Statistisches Bundesamt (2011)

**Abbildung 8:**  
Wanderungssaldo gegenüber Westdeutschland (Zahl an Personen insgesamt)

Die geschlechterspezifische Analyse der Wanderungsdaten zeigt, dass die Entwicklung des Wanderungssaldos besonders bei den Studienanfängerinnen negativ ausfällt (vgl. Abbildung 10). Seit der Wiedervereinigung haben beträchtlich weniger junge Frauen ein Studium in Ostdeutschland aufgenommen als man nach der Zahl von Studienanfängerinnen mit Erwerb der Hochschulzugangsberechtigung in den ostdeutschen Ländern erwarten kann. Die absolut höchsten Wanderungsverluste ergeben sich von 2004 bis 2006. In den letzten Jahren geht dieser Wanderungsverlust jedoch zurück. Im Gesamtzeitraum beträgt das Wanderungsdefizit bei den Studienanfängerinnen absolut 18.600 weibliche Personen, in Relation zur Zahl der gesamten Studienanfängerinnen sind dies im Durchschnitt 3,9% pro Jahr. Auf dem Tiefpunkt 2005 betrug die Quote drastische 11,9%.

Die Betrachtung der Ab- und Zuwanderungsquoten macht deutlich, dass die Wanderungsverluste seit Ende der 90er Jahre im Wesentlichen darauf zurückzuführen sind, dass – während mehr weibliche Studienanfänger aus Ostdeutschland wegzogen – westdeutsche Studienanfängerinnen davor zurückscheuten einen Studienplatz in den ostdeutschen Ländern zu wählen. Erst in den letzten Jahren hat sich die Zuwanderungsquote deutlich erhöht.

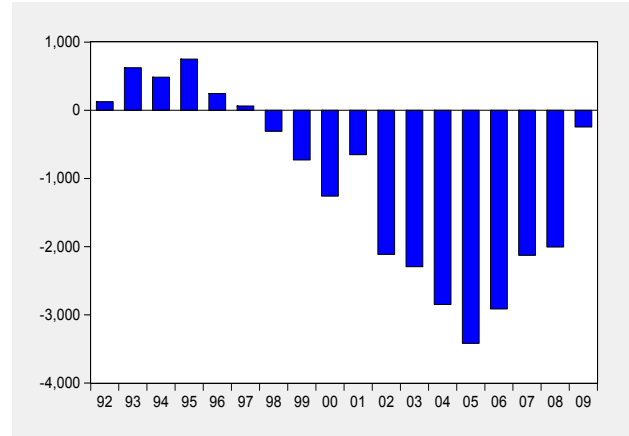
Während die bisherige Betrachtung sich auf die „Stromgröße“ der Studienanfänger bezog, lassen sich weitgehend analoge Berechnungen für die „Bestandsgröße“ der Zahl der Studierenden insgesamt anstellen. Zu berücksichtigen ist hierbei, dass die Aufteilung der Studierenden auf Ost- und Westdeutschland nicht nur durch die Wanderungsbewegungen der Studienanfänger beeinflusst wird, sondern auch durch die Wanderungsbewegungen von bereits Studierenden sowie durch unterschiedliche Absolventenquoten. Bezogen auf die Zahl aller Studierenden ist die „Wanderungsbilanz“ gegenüber den westdeutschen Bundesländern in Ostdeutschland mittlerweile negativ. Die Differenz zwischen den Studierenden, die ihre Hochschulzugangsberechtigung in den ostdeutschen Ländern erworben haben, und den Studierenden, die dort ihren Studienort haben, beläuft sich gegenwärtig auf rund 4.400 Personen. Noch im Jahr 1995 studierten in Ostdeutschland 35.600 Personen mehr als man nach der Zahl der Studierenden mit Erwerb der Hochschulzugangsberechtigung in den ostdeutschen Ländern erwarten konnte, im Jahr 2000 waren es noch 24.000 Personen. Prozentual gesehen ist somit die positive Wanderungsbilanz von rund 12% (1995) über 7% (2000) aktuell auf einen leichten Verlust von 1,0% gesunken.



Quelle: Statistisches Bundesamt (2011)

### Abbildung 9

**Zuwanderung und Abwanderung von Studienanfängerinnen nach bzw. aus den ostdeutschen Ländern (in %)**



Quelle: Statistisches Bundesamt (2011)

### Abbildung 10

**Wanderungssaldo der Studienanfängerinnen gegenüber Westdeutschland (Zahl an weiblichen Personen)**

## Zusammenfassung der Ergebnisse

Die generell gute Verfügbarkeit von potenziell hochqualifizierten Arbeitskräften stellt für die ostdeutschen Länder im Vergleich zu Westdeutschland und den OECD-Ländern einen Standortvorteil dar. Die ostdeutsche Bevölkerung verfügt über ein hohes formales Ausbildungsniveau: 30% der Bevölkerung im Alter von 25 bis 64 Jahren verfügen über einen Fachschul- oder höherwertigen Abschluss, im Durchschnitt der westdeutschen Länder sind es nur 24%, im Durchschnitt der OECD-Länder 28%.

Im Hinblick auf den formalen Ausbildungsstand der jüngeren Bevölkerung gibt es jedoch einige negative Entwicklungen festzuhalten:

- Erstens liegt der Anteil der Schüler, die die allgemeinbildenden Schulen ohne Abschluss verlassen, seit Mitte der 90er Jahre um mindestens zwei Prozent höher als in den alten Ländern.
- Zweitens ist in letzter Zeit die Studienberechtigtenquote in Ostdeutschland gegenüber dem westdeutschen Durchschnitt deutlich zurückgefallen und liegt um fast 7% unter dem westdeutschen Niveau.
- Drittens ist die Studienanfängerquote bezogen auf den Erwerbssort in den ostdeutschen Ländern insgesamt um fast 5% niedriger als in den westdeutschen Ländern. Und auch bei der Absolventenquote bleibt Ostdeutschland seit ein paar Jahren hinter dem westdeutschen Durchschnitt zurück.
- Viertens ist der Saldo der Zu- und Abwanderung von Studienanfängern in Ostdeutschland seit über einer Dekade negativ. Erst im letzten Jahr konnten die ostdeutschen Länder wieder einen Wanderungsgewinn verzeichnen. Seit der Wiedervereinigung beläuft sich der Wanderungsverlust auf fast 10.000 ostdeutsche Studienanfänger, was im Durchschnitt einem jährlichen Verlust von rund 1% entspricht. Auf ihrem Tiefpunkt 2005 lag die Nettoabwanderungsquote bei 8%.
- Fünftens ist der Wanderungssaldo insbesondere bei den weiblichen Studienanfängerinnen negativ. Im Gesamtzeitraum beträgt das Wanderungsdefizit bei den Studienanfängerinnen absolut 18.600 weibliche Personen, in Relation zur Zahl der gesamten Studienanfängerinnen sind dies im Durchschnitt fast 4% pro Jahr. Auf dem Tiefpunkt 2005 betrug die Quote rund 12%.
- Sechstens fällt auch die Gesamtdifferenz zwischen den Studierenden, die ihre Hochschulzugangsberechtigung in den ostdeutschen Ländern erworben haben, und den in Ostdeutschland tatsächlich Studierenden gegenwärtig mit rund 4.400 Personen negativ aus. Dagegen gab es noch im Jahr 1995 in Ostdeutschland rund 35.600 mehr Studierende als man nach der Zahl der Studierenden mit Erwerb der Hochschulzugangsberechtigung in den ostdeutschen Ländern erwarten konnte.

### Fazit und Fragen für die weitere Forschung

Der Verlauf der Schüler- und Studierendenzahlen in den vergangenen Jahren weist auf einen eher negativen Trend bei der künftigen Entwicklung des Humankapitals in Ostdeutschland hin. Tatsächlich wird den ostdeutschen Ländern in den nächsten Jahren ein gravierender Rückgang der Studienberechtigten und damit letztlich auch der Studierenden prognostiziert, während in den westdeutschen Ländern die Zahl der Studierenden stark ansteigen wird. Aus diesem Grund wurde zwischen Bund und Ländern im Juni 2007 der Hochschulpakt 2020 abgeschlossen. Danach sollen an westdeutschen Hochschulen neue Studienplätze aufgebaut, im Osten dagegen vorerst die Kapazitäten nicht abgebaut werden. Ziel ist es vielmehr, Studierwillige, insbesondere aus Westdeutschland, für ein Studium in den neuen Ländern zu gewinnen. In Ergänzung hierzu haben sich die fünf neuen Bundesländer Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen in der Hochschulinitiative Neue Bundesländer zusammengeschlossen (BMBF) und eigens eine Kampagne "Studieren in Fernost" ins Leben gerufen, um verstärkt westdeutsche Abiturienten für ein Studium in den neuen Bundesländern zu gewinnen.

Blickt man auf die aktuellen Zahlen zu den Wanderungsbewegungen der Studienanfänger, so scheint es bereits erste Erfolge zu geben. Aktuell konnte erstmals nach über 10 Jahren wieder ein Wanderungsgewinn erzielt werden. Allerdings wurde der Tiefpunkt der vorherigen Wanderungsverluste bereits im Jahr 2005 durchschritten, zu einem Zeitpunkt also, der deutlich vor den hochschulpolitischen Entscheidungen gelegen hat. Welche Rolle die Hochschulpolitik und die aktuelle Kampagne der Hochschulinitiative Neue Bundesländer für die Verbesserung des Wanderungssaldos in den letzten Jahren spielten bleibt offen. Zur Beantwortung dieser Frage ist es vielmehr notwendig, die Bestimmungsgründe des Wanderungsverhaltens von Studienanfängern und ihr empirisches Gewicht für die Erklärung der zu beobachtenden Entwicklung der Wanderungsströme zu identifizieren. Während es jedoch zahlreiche qualitativ orientierte Studien über die Prozesse und Motive der Studienwahl gibt, bei denen mittels Befragungen die Einstellungen von (potenziellen) Studienanfängern und Studenten zur Hochschulwahl ermittelt werden, sind quantitativ-ökonomometrische Arbeiten rar.

Das Ziel unserer weiteren Forschungsarbeiten besteht daher in der makroökonomischen Aufbereitung der in diesem Aufsatz dargestellten Wanderungsdaten. Durch die Kombination mit hochschulpolitischen Variablen und anderen sozioökonomischen Merkmalen auf Länderebene soll der Einfluss der aus der Migrationsforschung bekannten Determinanten des Wanderungsverhaltens (Pull- und Push-Faktoren) auf die Wanderungsströme der Studienanfänger und Studenten identifiziert werden. Im Vordergrund stehen quantitative Indikatoren wie etwa die laufenden Grundmittel je Student oder die Zahl der Professoren je Studenten, die approximativ Auskunft über die Qualität von Forschung und Lehre an den Hochschulen der Länder geben. Daneben wird über qualitative Variablen („Dummies“) der Einfluss von Studiengebühren ebenso wie jener der Kampagne „Studieren in Fernost“ als hochschulpolitisches Lenkungsinstrument analysiert. Zusätzlich werden die Einkommens- und Erwerbsmöglichkeiten der Länder, aber auch weiche Faktoren (Kultur- und Freizeitangebot, Lebenshaltungskosten) in die Analyse mit aufgenommen.

Erste Ergebnisse von noch vorläufigen Berechnungen zeigen, dass zwischen den Wanderungsdaten und den erklärenden Variablen plausible und empirisch signifikante Zusammenhänge bestehen. Danach sind insbesondere Variablen für die Erklärung der Wanderungsbewegungen von Bedeutung, die Unterschiede in der Qualität von Forschung und Lehre an den Hochschulen und Einkommens- und Erwerbsmöglichkeiten zwischen den Ländern abbilden.

#### Autoren:

Dr. Björn Alecke  
GEFRA – Gesellschaft für Finanz- und Regionalanalysen, Münster  
alecke@gefra-muenster.de

Dr. Timo Mitze  
Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung (RWI), Essen  
timo.mitze@rwi-essen.de

Prof. Dr. Gerhard Untiedt  
GEFRA – Gesellschaft für Finanz- und Regionalanalysen, Münster und TU Clausthal  
untiedt@gefra-muenster.de

Walter Bartl

## **Weniger Einwohner, weniger Daseinsvorsorge? Folgen demografischer Schrumpfung und kommunalpolitischer Reaktionen im internationalen Vergleich**

### **Einleitung**

Bevölkerungsrückgänge in Kommunen werden in deutschen Massenmedien etwa seit dem Jahr 2000 verstärkt problematisiert. Während bis dahin eher die Alterung der Bevölkerung als Aspekt des demografischen Wandels Aufmerksamkeit gefunden hatte, erschien in diesem Jahr der Bericht der Kommission Wohnungswirtschaftlicher Strukturwandel in den neuen Bundesländern, der einen Leerstand von einer Million Wohnungen in Ostdeutschland konstatierte (Pfeiffer et al. 2000). Anschließend legte die Bundesregierung ein Programm zur Städtebauförderung auf, das in der öffentlichen Wahrnehmung wesentlich auf eine Marktbereinigung durch den Abriss leer stehender Wohnungen zielte. Die Dringlichkeit dieses Programms wurde auch damit begründet, dass leer stehende Wohnungen nicht nur keine Einnahmen generieren, sondern gleichzeitig Kosten verursachen, was indirekt die politischen Entscheidungsspielräume der Kommunen (die am häufigsten betroffene Eigentümergruppe) einschränkt und langfristig unterminiert. Für ein wichtiges Teilproblem, das aus lokalen Bevölkerungsrückgängen resultiert, scheint insofern zumindest der Ansatz einer Lösung gefunden, wie auch die Verlängerung des Programms bis zum Jahr 2016 zeigt.

Allerdings stellen Kommunen nicht nur Wohnungsinfrastruktur für ihre Einwohner bereit, sondern sie sind darüber hinaus für die lokale Daseinsvorsorge zuständig. Obwohl kommunale Daseinsvorsorge ein schillernder Begriff ist, werden dazu im Allgemeinen die Einrichtungen der technischen und der sozialen Infrastruktur gezählt. Ausgehend von Wohnungsabrissen in Ostdeutschland setzen Beobachter kommunale Bevölkerungsrückgänge häufig mit einem Abbau von Infrastruktur, wenn nicht sogar mit einem allgemeinen sozialen Niedergang gleich, der unaufhaltsam erscheint. Diese gängige Einschätzung findet sich beispielsweise in einer Aussage, die der Demograf Herwig Birg am 18.11.2009 dem Internetmagazin Focus online gegenüber geäußert hat: „Die demografische Entwicklung wird dazu führen, dass manche Regionen in Deutschland regelrecht veröden. Diese Entwicklung hat bereits begonnen: Die neuen Länder sind besonders stark betroffen“. Aber auch in Westdeutschland und anderen Teilen der Welt, insbesondere in ehemaligen Ostblockstaaten, sind schrumpfende Städte und Gemeinden immer häufiger zu beobachten (Oswalt/Rieniets 2006; Mykhnenko/Turok 2007).

In Anbetracht zunehmender Verbreitung dieses Phänomens und damit einhergehender Problemdiagnosen, erscheint seine Untersuchung von besonderer Bedeutung für die Einschätzung möglicher gesellschaftlicher Folgen. Droht demografisch schrumpfenden Kommunen zwangsläufig ein allgemeiner Niedergang? Gesellschaftliche Entwicklungen werden in der Regel nicht durch einen einzigen Faktor determiniert. Nichtsdestotrotz erscheint es leichtsinnig, mögliche kommunale Probleme, die aus demografischen Veränderungen resultieren, gänzlich zu verneinen. Schließlich bildet die Bevölkerung in ihrem Einzugsbereich die Hauptzielgruppe der öffentlich erstellten Güter und Dienstleistungen einer Kommune. Naturgemäß ist eine Gebietskörperschaft weitgehend an ein bestimmtes Territorium gebunden, und kann bei einem sinkenden Nachfragepotenzial – anders als ein Unternehmen – nicht einfach ihren Standort verlagern. Aber welche Möglichkeiten haben Kommunen tatsächlich, um demografisch verursachte Probleme zu bearbeiten?

Die Untersuchung dieser Frage erscheint für die soziale Infrastruktur von Kommunen doppelt relevant, da Bevölkerungsrückgänge einerseits ein sinkendes Nachfragepotenzial kommunaler Dienstleistungen darstellen und andererseits die damit einhergehende Verringerung und Alterung des Erwerbspotenzials ihre personalintensiven Leistungsbereiche besonders betrifft. Deutsche Kommunen wenden beispielsweise durchschnittlich über ein Viertel ihrer finanziellen Mittel für Personal auf (Bartl 2011b, S. 309). Zugleich gilt der Arbeitsmarkt des öffentlichen Dienstes als äußerst inflexibel, so dass seine Anpassungsfähigkeit an veränderte demografische Bedingungen durchaus fragwürdig erscheint (Sackmann 2008). Deshalb wird im vorliegenden Beitrag anhand exemplarischer Fallstudien untersucht, wie Kommunen mit Bevölkerungsrückgängen umgehen und welche Folgen diese Strategien für die soziale Infrastruktur der kommunalen Daseinsvorsorge haben. Die zentrale These dabei ist, dass Folgen von Bevölkerungsrückgängen durch die jeweiligen institutionellen Rahmenbedingungen kommunaler Politik sowie durch kommunale Strukturentscheidungen maßgeblich beeinflusst werden. Der Ertrag des international vergleichenden Untersuchungsaufbaus und der interviewbasierten Fallstudien liegt darin, dass für kommunale Entscheidungsträger relevante Problemdimensionen demografischer Veränderungen identifiziert aber gleichzeitig auch politische Gestaltungsspielräume realistisch eingeschätzt werden.

Theoretische Vorannahmen der Untersuchung werden im folgenden Abschnitt ausführlicher begründet und die erwarteten Probleme schrumpfender Kommunen detailliert dargestellt. Anschließend erfolgt eine Beschreibung des methodischen Untersuchungsaufbaus, der in der Fallauswahl sowohl demografische als auch institutionelle Rahmenbedingungen systematisch berücksichtigt. Die Abschnitte 0 und 0 präsentieren die verdichteten Ergebnisse der Fallstudien, deren praktische Implikationen in Abschnitt 0 abschließend diskutiert werden.

### **Idealtypische Problemlagen schrumpfender Kommunen**

Für die Untersuchung der vorliegenden Fragestellung kann nicht auf eine ausgearbeitete Theorie der Folgen demografischer Schrumpfung in Kommunen zurückgegriffen werden. Daher werden Ergebnisse relevanter empirischer Studien unter Rückgriff auf allgemeine theoretische Annahmen zu konkreten Erwartungen verdichtet, um deren Tragfähigkeit inhaltlich zu überprüfen.

Mögliche Probleme des demografischen Wandels für den öffentlichen Sektor lassen sich danach unterscheiden, wie sie die soziale Teilhabe an kommunaler Daseinsvorsorge zu beeinträchtigen drohen, das heißt, welche Voraussetzungen der administrativen Leistungsfähigkeit sie gefährden. Einerseits erbringt der Sozialstaat anhand der sozialen Infrastruktur von Kommunen politisch gewollte Dienstleistungen für bestimmte Zielgruppen und sichert dadurch seine politische Legitimität gegenüber der Wählerschaft. Die Altersspezifität sozialstaatlicher Dienstleistungen (z.B. Kinderbetreuung, Bildung) macht die Organisationen, die diese Dienstleistungen erbringen, besonders verletzlich für demografische Veränderungen. Beispielsweise macht sich ein Geburtenrückgang um einige Jahre verzögert in allen Einrichtungen der Kinderbetreuung und Bildung bemerkbar. Andererseits ist der Sozialstaat gleichzeitig ein quantitativ und qualitativ bedeutsamer Arbeitgeber, der auch wirtschaftliche Teilhabe ermöglicht. Neben der Anzahl der Erwerbstätigen in deutschen Kommunen (im Jahr 2009 waren es über 1,2 Mio. Beschäftigte) haben die Bedingungen der Beschäftigungsverhältnisse im öffentlichen Dienst eine wichtige symbolische Funktion für die gesellschaftliche Definition ‚guter Arbeit‘ (Sackmann 2008; Gottschall 2009). Auf dem Arbeitsmarkt hat der öffentliche Dienst sich in der Vergangenheit durch stabile Beschäftigungsverhältnisse profiliert, die nach 1950 auch in großen Industriebetrieben Einzug hielten (Lutz 2007). Es ist fraglich, wie flexible Reaktionsmöglichkeiten ein organisatorisches Selbstverständnis als ‚guter Arbeitgeber‘, das teilweise auch arbeitsrechtlich verankert ist, kommunalen Entscheidungsträgern in schrumpfenden Kommunen eröffnet.

Bevor allerdings Erwartungen über das Verhalten kommunaler Entscheidungsträger formuliert werden, soll zunächst der Problemgehalt demografischer Schrumpfung für Kommunen genauer analysiert werden. Dabei ist es nützlich, zwischen Erwartungen bezüglich künftiger Bevölkerungsverluste, dem Prozessverlauf der Bevölkerungsverluste selbst (Tempo, Stetigkeit und Umfang) sowie dem Ergebnis dieser Bevölkerungsverluste (einer signifikant kleineren Bevölkerungszahl) zu unterscheiden (Coleman/Rowthorn 2011). Jede dieser Dimensionen von Schrumpfung enthält ein eigenes Problempotenzial:

- Erstens verursacht demografische Schrumpfung Immobilienleerstände, deren öffentliche Sichtbarkeit die wahrgenommene Attraktivität des Standorts verringert und deshalb möglicherweise einen wirtschaftlichen Abwärtstrend mit entsprechenden Folgen für Gewerbesteuerereinnahmen nach sich zieht. Dabei spielt die Erwartung schrumpfender Marktchancen von Unternehmen eine wichtige Rolle für deren Standortentscheidungen.
- Zweitens bedeuten weniger Einwohner für Kommunen einnahmeseitig sowohl geringere Steuereinnahmen als auch geringere Zuweisungen im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs. Ausgabenseitig können in der Regel nicht alle Kosten für bestehende Infrastruktur im Tempo des Rückgangs ihrer Auslastung reduziert werden. Dadurch erhöhen sich deren Kosten je Einwohner. Die im kommunalen Haushalt anteilig steigenden Fixkosten (z.B. für Gebäude oder Personal) engen die kommunalpolitischen Handlungsspielräume in anderen Politikfeldern ein und können langfristig zu einer kumulativen Verschuldung von Kommunen beitragen. Deshalb sind einzelne Standorte unterhalb bestimmter bedarfswirtschaftlich definierter Schwellenwerte der Auslastung (Bartl 2011a) politisch schwieriger zu rechtfertigen.
- Drittens reagieren Kommunen auf finanziellen Druck in der Regel nicht durch Entlassungen, sondern verringern stattdessen die Anzahl der Neueinstellungen, um Einsparungen zu erzielen. Durch die Schließung des Zugangs zum internen Arbeitsmarkt altern ihre Belegschaften deutlich schneller als der Durchschnitt der Erwerbspersonen. Inwiefern sich das Alter von Erwerbspersonen per se negativ auf ihre Leistungsfähigkeit und Leistungsbereitschaft auswirkt, ist umstritten. Altersgemischten Arbeitsgruppen wird sogar eine höhere Produktivität zuge-



schrieben als altershomogenen Teams, da sie informelle Lernprozesse befördern. Allerdings werden die Gelegenheiten für altersübergreifende Lernprozesse in Kommunen mit blockierter Nachwuchsrekrutierung seltener. Zudem nähern sich derzeit große Altersjahrgänge dem Rentenalter, während die künftig neu auf den Arbeitsmarkt eintretenden Altersjahrgänge deutlich kleiner ausfallen. Deshalb kann eine über mehrere Jahre praktizierte Arbeitsmarktschließung kommunaler Arbeitgeber bei einem künftig geringeren Erwerbspersonenpotenzial in einen Fachkräftemangel münden. Dabei ist noch nicht berücksichtigt, dass eine Arbeitsmarktschließung des lokalen öffentlichen Sektors die Abwanderung junger Berufseinsteiger aus schrumpfenden Kommunen zusätzlich befördert.

Zusammenfassend betrachtet können Bevölkerungsverluste die symbolischen, finanziellen und personellen Voraussetzungen kommunaler Handlungsfähigkeit unterminieren. Mit anderen Worten wirken der bisherigen Problemanalyse zufolge sowohl sinkende Bevölkerungszahlen als auch starre oder träge kommunale Entscheidungsmuster als Teil des Problems, das es zu überwinden gilt. Da Bevölkerungsrückgänge unter den meisten Demografen als kurzfristig nicht beeinflussbar gelten, erscheint es lohnend, das bisher unterstellte Entscheidungsverhalten von Kommunen genauer zu betrachten.

Die dargestellte Problemskizze baut auf der Annahme auf, dass traditionell eingeübte Muster kommunaler Entscheidungen auch weiterhin beibehalten werden. Diese Erwartung lässt sich durch verschiedene Organisationstheorien begründen. Am deutlichsten wird sie von der so genannten Threat-Rigidity-Theorie formuliert (Staw et al. 1981). Sie besagt, dass Organisationen in Situationen der Bedrohung, beispielsweise bei einem substanziellen Verlust finanzieller Ressourcen, nur noch zentrale Informationskanäle nutzen, Entscheidungen zentralisieren und die Einhaltung bekannter Routinen forcieren. Adaptiert man diese Überlegungen für politische Organisationen (Bartl 2011b, S. 86-106), so wäre bezogen auf das Angebot kommunaler Dienstleistungen zu erwarten, dass Kommunalpolitiker bestrebt sind, ein einmal erreichtes Angebotsniveau am Ort beizubehalten, um sich auch künftig Wählerstimmen zu sichern. Im Hinblick auf die kommunale Personalpolitik wäre damit zu rechnen, dass Kommunen den Zugang zu ihrem internen Arbeitsmarkt schließen und keine Entlassungen vornehmen, sondern einen ‚sozialverträglichen‘ Personalabbau über Renteneintritte und ‚natürliche‘ Fluktuation anstreben, damit interne Konflikte mit der Belegschaft vermieden werden (Sackmann 2008).

Allerdings ist es vor dem Hintergrund neuerer Organisationstheorien mindestens ebenso plausibel anzunehmen, dass kommunale Entscheidungsträger, die mit Situationen hoher Unsicherheit konfrontiert sind, nicht zwangsläufig institutionalisierte Entscheidungsmuster beibehalten (Oliver 1992, 1991). Vielmehr suchen sie wahrscheinlich nach tragfähigen Auswegen, die durchaus auch innovativ sein können, wenn sich hergebrachte Routinen in problematischen Situationen nicht bewähren oder Abweichungen von diesen Routinen strategische Vorteile versprechen. Beispielsweise bergen die geringen Kostendeckungsgrade der Kinderbetreuung auch deutliche Einsparpotenziale für schrumpfende Kommunen, wenn durch den Geburtenrückgang die Nachfrage nach Kinderbetreuungsplätzen sinkt (vgl. Seitz 2006). Durch Gebäude- und Personaleinsparungen könnten schrumpfende Kommunen den auf ihnen lastenden finanziellen Druck etwas reduzieren und Spielräume für kommunalpolitische Entscheidungen zurückgewinnen. Zudem könnten neue Formen interkommunaler Kooperation sowie flexible Formen der Organisations- und Personalpolitik dazu beitragen, dass die Leistungsfähigkeit der sozialen Infrastruktur erhalten bleibt oder sogar verbessert wird. Das gilt insbesondere für den ländlichen Raum, da in kleinen Gemeinden bei sinkender Auslastung häufig die letzten Standorte eines Leistungsbereichs von der Schließung bedroht sind (Sackmann/Bartl 2007).

Es ist davon auszugehen, dass die beiden hypothetisch dargestellten Muster des kommunalen Umgangs mit demografischer Schrumpfung deutlich unterschiedliche Konsequenzen nach sich ziehen: Je flexiblere Lösungen Kommunen finden, desto geringer fällt mittel- und langfristig vermutlich der Verlust lokaler Lebensqualität aus. Allerdings gilt es zu beachten, dass neben den lokalen Schrumpfungsprozessen auch die institutionellen Kontexte von Kommunen sich deutlich unterscheiden, was sich auf die Entstehung demografischer Probleme und deren Folgen maßgeblich auswirken dürfte. Das trifft sowohl im internationalen Vergleich als auch im Vergleich deutscher Bundesländer zu.

### **Systematische Fallauswahl und Experteninterviews**

Wenn in den Sozialwissenschaften zu einer bestimmten Fragestellung gegenstandsnahe Theorien erst noch zu entwickeln sind, besteht ein zentrales methodisches Problem darin, zu klären, welche Daten genau zu erheben sind. Deshalb werden in der Regel Fallstudien durchgeführt, bei denen aufgrund des hohen Arbeitsaufwandes, der mit halbstandardisierten Verfahren der empirischen Sozialforschung verbunden ist, nur eine überschaubare Anzahl von Fällen ausgewählt werden. Die Auswahl der Fälle richtet sich nicht nach dem Zufallsprinzip, da bei einer kleinen Fallzahl das Risiko zu groß

wäre, eine für die Analyse ungeeignete Stichprobe zu erhalten. Stattdessen werden die Fälle bewusst ausgewählt, das heißt Faktoren, die für die Fragestellung vermutlich eine Rolle spielen, werden systematisch berücksichtigt. Grundsätzlich muss die Fallauswahl gewährleisten, dass alle interessierenden Zusammenhänge durch Vergleiche innerhalb weitgehend ähnlichen und zwischen deutlich unterschiedlichen Gruppen überprüft werden können (Glaser/Strauss 2006).

Nur in komparativen Untersuchungen lassen sich Schlussfolgerungen über den relativen Einfluss einzelner Faktoren ziehen. Deshalb wurde ein internationaler Fallvergleich angestrebt, um sowohl demografische als auch institutionelle Rahmenbedingungen systematisch variieren zu können. Zunächst wurden Ostdeutschland und Polen als Transformationsregionen mit einem sozialistischen Erbe und Westdeutschland als Nichttransformationsregion ausgewählt. Innerhalb der jeweiligen Regionen wurden Bundesländer bzw. Woiwodschaften mit bedeutsamen demografischen Divergenzen ausgewählt, aus denen anschließend insgesamt 21 Kommunen gezogen wurden. Die jeweils sieben Kommunen einer Region lassen eine Gruppierung in wachsende, stagnierende und schrumpfende Gebietskörperschaften zu (Bartl 2011b, S. 107–112).

Über Entscheidungen können insbesondere jene Personen sachkundig Auskunft geben, die durch ihre Berufsrolle über ‚Insiderwissen‘ verfügen, beispielsweise weil sie an diesen Entscheidungen beteiligt sind (Meuser/Nagel 1991). Um Entscheidungsmuster über einen längeren Zeitraum beschreiben zu können, wurden retrospektive Experteninterviews mit kommunalen Entscheidungsträgern und sachkundigen externen Beobachtern der Kommunalpolitik geführt. Die Vergleichbarkeit der Interviews wurde anhand eines thematisch fokussierten Leitfadens sichergestellt, der die zu stellenden Fragen enthielt. Die Gespräche wurden elektronisch aufgezeichnet und anschließend wörtlich transkribiert, um eine umfassende Datengrundlage für die Inhaltsanalyse zu haben. Die Analyse der Experteninterviews wurde durch die relevanter Dokumente (z.B. Gesetzestexte) und statistischer Daten ergänzt, um bedeutsame Rahmenbedingungen kommunaler Entscheidungen angemessen einschätzen zu können.

### **Die demografische Sensitivität der kommunalen Handlungsfähigkeit**

In schrumpfenden Kommunen lässt sich ein Teil der demografisch verursachten Probleme einer Gesellschaft gewissermaßen wie unter einem Brennglas untersuchen. Kommunale Bevölkerungsrückgänge werden durch die Anzahl der Geburten, der Sterbefälle und die Bilanz der Wanderungen über die Gemeindegrenze beeinflusst. Weitgehend ähnlich und langfristig werden kommunale Bevölkerungsentwicklungen durch die jährliche Anzahl der Geburten beeinflusst. Der rapide Geburtenrückgang in Ostdeutschland infolge der gesellschaftlichen Transformation fand aufgrund seines historisch einmaligen Tiefstands von durchschnittlich 0,77 Kindern pro Frau in den Jahren 1993 und 1994 internationale Aufmerksamkeit. Der Geburtenrückgang in Polen vollzog sich zwar langsamer, er war insgesamt jedoch umfangreicher als der in Ostdeutschland, wenn man das Ausgangsniveau von Mitte der 1980er Jahre zugrunde legt. Die zusammengefasste Geburtenziffer in Polen lag 1983 noch bei 2,42 und fiel bis zum Jahr 2003 kontinuierlich auf 1,22 Kinder je Frau. In Westdeutschland hat ein vergleichbarer Geburtenrückgang bereits deutlich früher stattgefunden. Dort lag die zusammengefasste Geburtenziffer 1970 mit 2,02 Kindern je Frau zum ersten Mal unterhalb des Reproduktionsniveaus, sie betrug im Jahr 2008 1,37 Kinder je Frau. Mehrere Einwanderungswellen haben jedoch bis zum Jahr 2003 verhindert, dass es durch die niedrige Geburtenrate zu einer schrumpfenden Bevölkerungszahl gekommen wäre (Bartl 2011b, S. 26). Mit seiner schrumpfenden Bevölkerung ist Deutschland in eine demografische Vorreiterrolle für andere OECD-Staaten geraten.

Demografische Veränderungen gelten gemeinhin als harte Fakten, an die sich gesellschaftliche Strukturen anpassen müssen. Diese Ansicht speist sich aus den biologischen Grundlagen der natürlichen Bevölkerungsentwicklung, die als kurzfristig nicht beeinflussbar gelten. Auf dieser Grundlage basiert auch die Zuverlässigkeit, die demografischen Projektionen in der Regel zugeschrieben wird. Kritiker sehen eine Ursache dieses Deutungsmusters von Bevölkerungsentwicklungen darin begründet, dass Demografen die Ergebnisse ihrer Arbeit häufig bildlich bzw. grafisch darstellen und dadurch vermeintliche Evidenzen erzeugen, die bei näherer Betrachtung weniger selbstverständlich und zwangsläufig erscheinen als auf den ersten Blick (Barlösius 2007). Durch eine solche „Demografisierung“ sozialer Probleme werde die politische Gestaltbarkeit gesellschaftlicher Verhältnisse verneint und ländliche Räume beispielsweise würden gesellschaftlich marginalisiert (Barlösius/Neu 2007; Beetz 2007).

Angesichts des hohen Wertes, den die Gesellschaft gleichwertigen Lebensverhältnissen offiziell beimisst (Art. 72 Absatz 2 GG), und einer steigenden territorialen Ungleichheit in Deutschland verdient dieses kritische Argument eine eingehende Prüfung. Der gesellschaftliche Wert von Problemdiagnosen lässt sich daran bemessen, wie treffsicher sie relevante Problemursachen benennen, da damit

gleichzeitig Ansatzpunkte für Interventionen gesetzt werden (Sackmann/Bartl 2008). Erfolgreiche Interventionen können somit auch Aufschluss über den Wahrheitsgehalt von Aussagen geben, wie pragmatistische Erkenntnistheorien betonen (Mead 1987). Sie legen großen Wert auf den gesellschaftlichen Nutzen von Wissenschaft (Rost 2003).

Ein Gedankenexperiment lässt bezweifeln, dass sich die Konstitution demografisch verursachter Probleme von Kommunen durch eine veränderte Repräsentationspraxis der Demografie maßgeblich ändern würde. Demografische Veränderungen sind für Kommunen vielmehr strukturell relevant. Politik und Verwaltung kalkulieren mit demografischen Daten, um eine zuverlässige Grundlage für die Planung wohlfahrtsstaatlicher Leistungen zu haben (Bartl 2011a). Anders als Unternehmen können Politik und Verwaltung dafür nur in den seltensten Fällen auf die Beobachtung ‚echter‘ Märkte zurückgreifen. Demografische Daten stellen deshalb im politischen System Anhaltspunkte für administrative Bedarfsschätzungen bereit. Diese Vermutung bestätigt sich in den Experteninterviews:

Ja, und dieser, diese Bevölkerungsveränderung, auf die achten wir natürlich. Wobei das natürlich in gewisser Weise natürlich auch, ja, dramatische Züge in dem Sinne ja auch annimmt und natürlich mehrere Konsequenzen hat. Man kriegt praktisch pro Kopf weniger Geld vom Land, also das ist schon ein harter Verlust. [...] Ja also, ich denke, dass wir [...] diese Bevölkerungsrückgänge, die also auch offensichtlich und auf der Hand liegen, durch entsprechende Planung mit berücksichtigen. (Talstedt SOZ: 31)

Ohne die Partnergemeinden, sagen wir es mal so, ist Stechwitz auf Dauer mit seiner vorhandenen Infrastruktur nicht lebensfähig. [...] Ich sag mal, je mehr Einwohner eine Stadt hat, umso mehr Zuweisungen kann sie vom Land erwarten. (Stechwitz PER: 243-271).

Bei uns in Kołowina sind die Bevölkerungszahlen zurückgegangen. In der Vergangenheit betrug die Einwohnerzahl über 20.000, gegenwärtig haben wir nur noch 18.000 [...] Und so befinden wir uns jetzt in einer anderen Städtezuordnung als früher. Jetzt sind wir eine größere Stadt unter kleineren, was uns einen vorteilhaften Platz im Bezug auf die Zuteilung der Unionsgelder garantiert. (Kołowina BM: 39 ff.)

Die zitierten Beispiele zeigen, dass kommunale Einnahmen in Form von Zuweisungen in Deutschland und in geringerem Maß auch in Polen an die Bevölkerungsentwicklung gekoppelt sind (vgl. Bartl 2011b, S. 126–130). In diesem Kontext wird die primär demografische Bedeutung des Begriffs Bevölkerung, nämlich der Prozess einer ‚natürlichen‘ Bevölkerung eines Territoriums und sein numerisches Ergebnis, durch dessen politische Bedeutung überlagert. In der repräsentativen Demokratie steht die Bevölkerung einerseits für das Wahlvolk, also den politischen Souverän und andererseits für die Summe der von politischen Entscheidungen Betroffenen. Politische Entscheidungen müssen öffentlich legitimierbar sein. Für die Legitimation wohlfahrtsstaatlicher Leistungen und deren Finanzierung (Popitz 1932; Hidién, S. 396 f.) hat sich historisch eine Bedarfskalkulation anhand von Bevölkerungskennziffern herausgebildet, da Marktpreise für die gerechte Verteilung von Leistungen im Sinne einer effektiven Bedarfsdeckung fehlen bzw. ungeeignet erscheinen.

Weitere Beispiele aus den Experteninterviews stützen die These, dass eine wesentliche Ursache für demografische Probleme von Kommunen nicht in der Repräsentationspraxis der Demografie zu suchen ist, sondern durch die administrative Verwendung von Bevölkerungsindikatoren vermittelt werden. Beispielsweise werden Bevölkerungskennziffern auch in der Raumordnung verwendet. Das so genannte System der zentralen Orte (Blotevogel 2002) legt unter anderem anhand von Einwohnergrößenklassen fest, welche Aufgaben von Kommunen zu erfüllen sind. Die politische Dimension dieses Verwendungszusammenhangs von demografischem Wissen kommt darin zum Ausdruck, dass eine beachtliche Varianz administrativer Standards der Aufgabenzuteilung zwischen den einzelnen Bundesländern besteht. Diese Unterschiede weisen selbst keinen Zusammenhang zu demografischen Prozessen auf, sondern sind bestenfalls administrativ begründet. Auch die Kalkulation und Kontrolle der personalwirtschaftlichen Effizienz der Verwaltung arbeitet mit Bevölkerungsrichtwerten. So gelten in Brandenburg drei Beschäftigte je 1.000 Einwohner als legitim, während es in Rheinland-Pfalz 2,3 Beschäftigte sind.

Demnach können schrumpfende Bevölkerungszahlen dazu beitragen, dass ohnehin vorhandene Rationalisierungstendenzen im öffentlichen Sektor verstärkt werden. Wenn die Handlungsfähigkeit ländlicher Kommunen dadurch unbotmäßig eingeschränkt wird, so lenkt das Ergebnis des vorliegenden Beitrags die Aufmerksamkeit politischer Interventionen auf eine Reform der institutionellen Rahmenbedingungen und nicht auf eine Änderung der Repräsentationspraxis von Demografie.

## Deutung und Bewältigung demografischer Schrumpfung in Kommunen

Für die meisten Städte und Gemeinden in Deutschland war die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts von einem Bevölkerungswachstum oder von einer stabilen Bevölkerungsentwicklung geprägt. Andernfalls suggerierte das politische Versprechen eines gleichmäßig verteilten wirtschaftlichen Wachstums, dass dies in naher Zukunft realisiert werden könnte. Auf Wachstum oder Stabilität ist in der Regel auch die kommunale Infrastruktur angelegt, die teilweise aus technischen und teilweise aus arbeitsmarktstrukturellen Gründen auf mittlere bis lange Frist eine Festlegung von Ressourcen impliziert. Daher stellt sich die Frage, wie eine auf Wachstum bzw. Stabilität eingestellte Kommunalpolitik demografische Schrumpfungsprozesse deutet und bewältigt.

Deutungsmuster von Schrumpfung lassen sich einerseits nach ihrem semantischen Sinn und andererseits im Hinblick auf dabei implizierte Gestaltungsmöglichkeiten für Kommunen unterscheiden (Bartl 2011b, S. 163–188). Daran anschließend wurde untersucht, ob in den drei Vergleichsregionen idealtypisch verfolgte Strategien als Reaktion auf einen demografisch bedingten Nachfragerückgang identifiziert werden können. Sieht man von der Varianz des Interviewmaterials im Detail ab, so zeichnen sich in den drei Vergleichsregionen folgende Muster idealtypischer Bewältigungsstrategien bei Schrumpfung ab (Tabelle 1).

Länder	Kernverwaltung	Kinderbetreuung/Schulen
Ostdeutschland	verzögerte Reduktion	Reduktion
Westdeutschland	Stabilität	Expansion
Polen	Expansion	Expansion

**Tabelle 1**  
**Idealtypische Reaktionen schrumpfender Kommunen in den drei Vergleichsregionen**

Diese tabellarische Darstellung soll als Überblick dienen und wird nachfolgend genauer erläutert. Dem massenmedialen Deutungsmuster von demografischer Schrumpfung als natürlichem Vorboten eines allgemeinen Niedergangs kommen die Deutungen in ostdeutschen Kommunen semantisch teilweise nahe. Die drei schrumpfenden Kommunen des ostdeutschen Samples sehen aufgrund massiver Bevölkerungsverluste kurzfristig keine Möglichkeit, diese Bevölkerungsentwicklung umzukehren. Aus dem Bevölkerungsrückgang leitet sich für die betroffenen Kommunen jedoch keineswegs ein allgemeiner Niedergang ab. Vielmehr lenkt die wahrgenommene Dauerhaftigkeit der Schrumpfungsprozesse den Blick kommunaler Entscheidungsträger auf Handlungsoptionen im Bereich der kommunalen Organisations- und Personalpolitik. Angesichts schnell wachsender Angebotsüberhänge an Kinderbetreuung und Bildung visiert man in diesen Bereichen einen zügigen Abbau der Überhänge an, um politische Handlungsspielräume zurück zu gewinnen:

Ja, wir werden natürlich immer unter dem Thema Einsparung leiden. Einfach schon deshalb, weil wir immer mit weniger Bevölkerung rechnen müssen. [...] Ich denke, dass wir zurzeit also einen Personalschlüssel haben oder im Personalaufwand pro Kopf, in der Stadt, der sich im Mittel der deutschen Städte bewegt. [...] Und unser Ziel wird sein, dieses Verhältnis Personalaufwand pro Kopf einzuhalten. Das heißt, wenn also das statistische Landesamt sagt, wir haben jetzt 236.000 Bürger und im Jahre 2015 sind es, ich weiß es jetzt nicht genau, was jetzt zur Zeit die aktuelle Zahl ist, 210.000 nur noch, werden wir also unser Personal dementsprechend anpassen. (Linten BM: 37)

Ein Teil der überdimensionierten Infrastruktur wurde in Ostdeutschland erst zu Beginn der 1990er Jahre durch von Wiedervereinigungseuphorie geprägte Fehlinvestitionen geschaffen. Die bald sichtbar gewordenen Überhänge wurden zunächst nach dem arbeitsmarkttheoretisch erwartbaren Muster eines blockierten Generationenaustauschs zu bewältigen versucht, das die Kernverwaltung meist auch in den folgenden Jahren beibehielt. Dabei setzte die Personalpolitik Neueinstellungen aus und beförderte ‚natürliche‘ Fluktuation. Der Abbau von Kapazitätsüberhängen erfolgt dabei im Vergleich zum Nachfragerückgang deutlich verzögert, so dass Remanenzkosten entstehen. In einer zweiten Phase wurden zahlreiche Kinderbetreuungs- und Bildungseinrichtungen geschlossen und Mitte bis Ende der 1990er Jahre auch Personal entlassen. Der Befund betriebsbedingter Kündigungen im öffentlichen Dienst ist arbeitsmarkttheoretisch durchaus überraschend. Jedoch setzten sich in einer dritten Phase alternative Lösungen in Form kollektiver Arbeitszeit- und Lohnreduktionen durch, die dem Selbstverständnis der Tarifparteien besser entsprachen (Bartl/Jonda 2008). Damit konnten bestehende Beschäftigungsverhältnisse gesichert und dennoch Einsparungen erzielt werden, die für Maßnahmen zur Steigerung der Lebensqualität zur Verfügung standen (z.B. Schwimmbad). Vereinzelt haben sinkende Schülerzahlen eine innovative Kooperation zwischen der Gemeinde als Schulträger und lokalen Wirt-

schaftsunternehmen hervorgebracht. In einer Gemeinde konnte der Erhalt der einzigen Sekundarschule vor Ort gesichert werden, weil die Aufgaben der Schule sich weitgehend kostenneutral um eine zuverlässige Ausbildungsplatzvermittlung erweitern ließen (Sackmann/Bartl 2007). Nicht selten führten aber erst mehr oder weniger freiwillige Zusammenschlüsse von Gemeinden dazu, dass die Erreichbarkeit bedeutsamer Angebote der lokalen Daseinsvorsorge gewahrt werden konnte.

Die Deutungsmuster von Schrumpfung in Westdeutschland unterscheiden sich deutlich von den in Ostdeutschland rekonstruierten. Statt einer Deutung demografischer Schrumpfung als Verlust dominiert in westdeutschen Kommunen im Bereich der Stadtentwicklung nach wie vor ein wirtschaftliches Deutungsmuster, das auf die kommunale Erhaltung oder Schaffung qualifizierter Arbeitsplätze zur Verhinderung von Abwanderung setzt. Sechs der sieben untersuchten Kommunen in Rheinland-Pfalz deuten den Geburtenrückgang darüber hinaus als verwaltungspolitische Chance, ihre im Vergleich zu Ostdeutschland niedrigere Versorgungsquote mit neuen Angeboten der Krippenbetreuung zu erhöhen. Dieses Deutungsmuster wird durch ein entsprechendes Landesprogramm und durch das Kinderbetreuungsbaugesetz der Bundesregierung aus dem Jahr 2004 unterstützt. Aus der Perspektive der Befragten ist es ein willkommener Nebeneffekt, dass durch die Expansion der Kinderbetreuung Arbeitsplätze bewahrt und Fragen des Personalabbaus vermieden werden können. Politisch wird dieser Nebeneffekt allerdings nicht vermarktet. Dabei handelt es sich teilweise um eine kostenneutrale Expansion, weil frei werdende Kapazitäten in den Kindergärten zu Angeboten im Krippenbereich umgewidmet werden. Allgemein birgt die geringe Kostendeckung von Kinderbetreuungseinrichtungen allerdings Risiken für die kommunalen Haushalte, da sie frei verfügbare kommunale Einnahmen voraussetzt. Vermutlich ist auch deshalb eine Zunahme befristeter Beschäftigungsverhältnisse in Kommunen zu beobachten. In den Experteninterviews werden auch lokale Experimente mit neuen Schulformen angesprochen, die auf ein Innovationspotenzial im Bildungssystem hindeuten, das erst durch Schrumpfung freigesetzt wird (Bartl 2011b, S. 214–226).

Schrumpfungphänomene werden in Polen ähnlich wie in Westdeutschland vor dem Hintergrund eines standorttheoretischen Blickes auf die kommunale Entwicklung gedeutet. Stärker als in Westdeutschland wird Wachstum in Polen mit Investitionen in die lokale Infrastruktur assoziiert. Die Erneuerung maroder Netze und Standorte aus der Zeit der Volksrepublik wurde unmittelbar nach der friedlichen Revolution durch radikale Sparmaßnahmen verzögert. Seit dem Beitritt zur EU werden Förderprogramme nun dazu genutzt, viele dieser Investitionen nachzuholen. Einwohnerrückgänge werden von den Befragten zwar problematisiert. Da sie jedoch hauptsächlich wirtschaftlich motivierter Abwanderung (ins Ausland) zugerechnet werden, erleben Entscheidungsträger sie meist als durch Standortpolitik gestaltbar. Statt der Bevölkerungsrückgänge bestimmen der EU-Beitritt Polens und Dezentralisierungsprozesse staatlicher Aufgaben die tendenziell expansive Personalpolitik in den Kommunen. Ein Konflikt zwischen Personal und Management tritt daher selten auf. Als Folge des Personalaufbaus und des durch ein kurzfristig auslaufendes Frühverrentungsprogramm beschleunigten Generationenwechsels tritt eine Verjüngung der Belegschaften bei steigendem Qualifikationsniveau ein. Die Deutung rückläufiger Geburtenzahlen wird bezüglich kommunaler Einrichtungen der Kinderbetreuung und Bildung in Polen nur teilweise problematisiert. Dem liegt eine durchschnittlich relativ geringe Versorgung mit Einrichtungen der Kinderbetreuung zugrunde, wobei ländliche Gemeinden aufgrund ihres besonders geringen Betreuungsangebots von Nachfragerückgängen nur wenig betroffen sind. Darüber hinaus haben zwei expansive Bildungsreformen in den Jahren 1999 und 2003 für eine Abfederung des Geburtenrückgangs in den polnischen Kindergärten und Schulen gesorgt (Kopycka 2008; Kopycka/Reinhold 2008; Kopycka 2009). Von Gemeindezusammenschlüssen wurde in Polen nicht berichtet, allerdings waren polnische Gemeinden mit durchschnittlich ca. 7.000 Einwohnern (Swianiewicz/Herbst 2002) im Untersuchungszeitraum noch größer als deutsche.

Insgesamt entsprechen die rekonstruierten Deutungsmuster schrumpfender Kommunen in keinem der Vergleichskontexte dem massenmedialen Deutungsmuster von Schrumpfung als Niedergang. Vielmehr setzen sich Deutungsmuster durch, die Schrumpfung vor dem Hintergrund institutioneller Rahmenbedingungen und wohlfahrtsstaatlicher Traditionen interpretieren sowie realistische Gestaltungsoptionen identifizieren. Der hohe wahrgenommene Problemdruck in Ostdeutschland, wo Personalüberhänge in der Kinderbetreuung und Bildung besonders schnell und deutlich sichtbar wurden, hat nur in diesem Fall dazu geführt, dass weniger Einwohner tatsächlich auch zu einem Abbau von Infrastruktur geführt haben. Dies liegt in den wirtschaftlichen Problemen nach der Wiedervereinigung (Sackmann 2010) sowie einer hohen ‚Marktausschöpfung‘ in der Kinderbetreuung begründet. In den anderen beiden Vergleichskontexten konnte die ‚demografische Rendite‘ für eine Aufgabenexpansion genutzt werden. Die Kernverwaltung ist insgesamt geschützter gegenüber demografischen Veränderungen, weil in diesem Bereich das demografische Nachfragepotenzial nicht so genau wie in der Kinderbetreuung und Bildung auf einzelne Organisationseinheiten zugerechnet werden kann.

### Differenzielle Folgen spezifischer Lösungsansätze

Die gesellschaftliche Bedeutung spezifischer Ansätze zur Bewältigung von Schrumpfung lässt sich am besten ermessen, wenn man reflektiert, welche Folgen für die kommunale Daseinsvorsorge davon ausgehen.

In erster Linie lässt sich festhalten, dass die massenmedial suggerierte These einer sinkenden Diversifizierung des lokalen Angebots an sozialer Infrastruktur allein durch demografische Schrumpfung so nicht zutrifft. Allerdings werden Infrastruktureinrichtungen bei sinkender Auslastung verhältnismäßig teuer und es entsteht ein Druck, Standorte zu konzentrieren. Konkret sind Einwohnerrückgänge in der Regel mit Einnahmeverlusten für Gemeinden verbunden und üben deshalb einen Kostendruck auf die soziale Infrastruktur einer Kommune aus. Dieser Druck ist in der polnischen Finanzverfassung der Kommunen schwächer ausgeprägt als in der deutschen, da Zuweisungen in Polen stärker nach anderen administrativen Kennziffern als der Bevölkerungszahl verteilt werden (z.B. Wirtschaftskraft, Wirtschaftsstruktur, Schülerzahl in kommunalen Schulen). Zudem sind ostdeutsche Kommunen davon stärker betroffen als westdeutsche, da ihre Einnahmen sich stärker aus Transferzahlungen und weniger aus Gewerbesteueraufkommen speisen als bei Kommunen in den alten Bundesländern. Der Kostendruck sinkender Einwohnerzahlen kann durch expansive politische Programme übergeordneter staatlicher bzw. suprastaatlicher Ebenen abgemildert werden, wie in der Kinderbetreuung (Westdeutschland) oder Bildung (Polen).

Kommunen können einen Beitrag dazu leisten, dass Standorte der sozialen Infrastruktur trotz notwendiger Einsparungen erreichbar bleiben. Dies muss nicht automatisch in eine Vermarktlichung öffentlicher Aufgaben münden, wie sie in anglophonen Ländern zu beobachten ist (Pollitt/Bouckaert 2004). Kommunen können durch Kooperationen mit öffentlichen und privaten Akteuren Ressourcen bündeln sowie durch die Bildung multifunktionaler Einrichtungen neue organisatorische Handlungsspielräume erschließen. Kindertagesstätten, die Krippe, Kindergarten und Hort unter einem Dach vereinen, richten sich an eine breitere Zielgruppe als spezialisierte Einrichtungen und gewinnen dadurch mehr Flexibilität (Bartl/Jonda 2008). Ähnlich lässt sich im Schulbereich bezüglich der Bildung von Gesamtschulen argumentieren. Allerdings wachsen in multifunktionalen Einrichtungen auch die Anforderungen an die fachliche Flexibilität des Personals. In polnischen Schulen konnte diese Flexibilität unter anderem deswegen gewährleistet werden, weil die Schulleiter dort selbst für Personaleinstellungen verantwortlich sind und bei Bedarf mit anderen Schulen personell kooperieren können. Bezüglich der Autonomie von Schulen und Kommunen könnte Deutschland von Polen lernen.

Betriebsbedingte Kündigungen stellen das letzte Mittel der Personalpolitik dar. Ostdeutsche Kommunen machten in den 1990er Jahren überraschend umfangreich Gebrauch davon. Die als illegitim geltenden betriebsbedingten Kündigungen haben in Ostdeutschland immerhin dazu beigetragen, dass Kommunen in geringem Umfang auch neue Prioritäten setzen konnten und wieder als attraktiver Arbeitgeber wahrgenommen werden können, da sie Neueinstellungen vornehmen. Es ist unwahrscheinlich, dass diese Spielräume ohne betriebsbedingte Kündigungen erreichbar gewesen wären. Immerhin ist die Verschuldung der beiden am stärksten geschrumpften deutschen Kommunen des Samples mit ca. 1.300 Euro pro Kopf höher als in allen anderen Kommunen (Rademacher 2007). Der temporäre Einsatz betriebsbedingter Kündigungen in Ostdeutschland konnte das vorherrschende Leitbild stabiler Beschäftigung im öffentlichen Dienst nicht dauerhaft untergraben. Jedoch deutet die vermehrte Verwendung befristeter Verträge im öffentlichen Dienst darauf hin, dass die Geltung dieses Leitbildes zunehmend auf Kernbelegschaften eingeschränkt wird.

Im Unterschied zu betriebsbedingten Kündigungen gelten Strategien, die Beschäftigung sichern und Personal durch ‚natürliche‘ Fluktuation reduzieren als ‚sozialverträgliche‘ Alternative. Diese – dominant in Ostdeutschland verwendeten – Strategien bedeuten im Grunde eine Schließung des internen Arbeitsmarktes. Der Preis dafür ist, dass sich nach innen die wahrgenommene Flexibilität und Leistungsfähigkeit der Kommunalverwaltung verringert, da die Belegschaften stärker altern als der Durchschnitt der Erwerbspersonen und das Potenzial für Stellenbesetzungen künstlich begrenzt wird. Es fällt auf, dass kommunale Entscheidungsträger positive Assoziationen des Alters, wie etwa Erfahrungswissen, stärker in den Vordergrund rücken, wenn die Belegschaften weniger schnell altern, wie etwa in Westdeutschland. Positive Konnotationen älterer Mitarbeiter fehlen in ostdeutschen Kommunen. Nach außen verschlechtern sich die Erwerbchancen von Berufseinsteigern beispielsweise als Erzieher/in oder Lehrer/in. Es erscheint gesellschaftlich bedeutsam, darauf hinzuweisen, dass betriebsbedingte Kündigungen, die für die unmittelbar Betroffenen zweifellos ihren Schrecken haben, von den Tarifparteien durch Lösungen ersetzt wurden (z.B. Bündnisse für Beschäftigung), deren problematische Folgen bisher wenig thematisiert wurden (Bartl 2011b, S. 244–259). Da die Bedeutung des öffentlichen Dienstes in schrumpfenden Regionen vergleichsweise hoch ist, kann die Schließung dieses Arbeits-



marktes Abwanderungstendenzen junger Menschen verstärken.

Zusammenfassend machen die Ergebnisse dieser Untersuchung deutlich, dass demografische Veränderungen nicht schon an sich sondern erst im Zusammenhang mit sozialen Strukturen problematisch werden. Um die daraus entstehenden Probleme angemessen zu beschreiben, sind Untersuchungen nötig, die nicht nur Merkmale der Bevölkerungsentwicklung systematisch berücksichtigen, sondern auch die Eigenschaften der betroffenen sozialen Strukturen präzise beschreiben. Erst auf dieser Grundlage können gesellschaftliche Handlungsspielräume im Umgang mit demografischen Veränderungen deutlich werden. In der Regel werden sogar hartleibige soziale Institutionen noch eher Gestaltungsspielräume eröffnen als die Trägheit demografischer Prozesse. Bezogen auf demografisch schrumpfende Kommunen liegen politische Handlungsspielräume einerseits in der Gestaltung der kommunalen Finanzverfassung und kommunalen Autonomie. Andererseits können schrumpfende Kommunen am ehesten durch einen hartnäckigen Schuldenabbau selbst dazu beitragen, lokale Autonomie zurückzugewinnen. Eine flexible Organisations- und Personalpolitik sowie Kooperationsbereitschaft bilden dabei wichtige Bausteine.

### Literatur

- Barlösius, Eva (2007): Die Demographisierung des Gesellschaftlichen. Zur Bedeutung der Repräsentationspraxis. In: Eva Barlösius und Daniela Schiek (Hg.): Die Demographisierung des Gesellschaftlichen. Wiesbaden: VS, S. 9–36.
- Barlösius, Eva/Neu, Claudia (2007): "Gleichwertigkeit - Ade?" Die Demographisierung und Peripherisierung entlegener ländlicher Räume. In: *Prokla* 146, S. 77–92.
- Bartl, Walter (2011a): Demografisierung der Kommunalpolitik? Bevölkerung als Schema kommunaler Selbstverwaltung. In: *Soziale Welt* 62 (3), S. (im Erscheinen).
- Bartl, Walter (2011b): Personalpolitik in schrumpfenden Kommunen. Ostdeutschland, Westdeutschland und Polen im Vergleich. Wiesbaden: VS.
- Bartl, Walter/Jonda, Bernadette (2008): Demographischer Wandel und personalpolitischer Response in Kommunen. In: Reinhold Sackmann, Bernadette Jonda und Maria Reinhold (Hg.): Demographie als Herausforderung für den öffentlichen Sektor. Wiesbaden: VS, S. 183–205.
- Beetz, Stephan (2007): Die Demographisierung ökonomischer, kultureller und sozialer Veränderungen am Beispiel des ländlichen Raums. In: Eva Barlösius und Daniela Schiek (Hg.): Die Demographisierung des Gesellschaftlichen. Wiesbaden: VS, S. 221–246.
- Blotevogel, Hans H. (2002): Zum Verhältnis der regionalök. Zentrale-Orte-Theorie zum Zentrale-Orte-Konzept der Raumordnung. In: Hans H. Blotevogel (Hg.): Fortentwicklung des Zentrale-Orte-Konzepts. Hannover: Akademie für Raumforschung und Landesplanung (ARL), S. 10–16.
- Coleman, David/Rowthorn, Robert (2011): Who's Afraid of Population Decline? A Critical Examination of Its Consequences. In: *Population and Development Review* 37, S. 217–248.
- Glaser, Barney G./Strauss, Anselm L. (2006): The Discovery of Grounded Theory: Strategies for Qualitative Research. New Brunswick: Transaction Publishers.
- Gottschall, Karin (2009): Der Staat und seine Diener: Metamorphosen eines wohlfahrtsstaatlichen Beschäftigungsmodells. In: *Wohlfahrtsstaatlichkeit in entwickelten Demokratien*, S. 461–491.
- Hidien, Jürgen W.: Der bundesstaatliche Finanzausgleich in Deutschland. Geschichtliche und staatsrechtliche Grundlagen. Baden-Baden: Nomos.
- Kopycka, Katarzyna (2008): Reform des polnischen Bildungssystems - eine expansive Strategie des Staates gegenüber dem demografischen Wandel. In: Nikolaus Werz (Hg.): Demografischer Wandel. Baden-Baden: Nomos, S. 111–124.
- Kopycka, Katarzyna (2009): Expansive Umgangsweisen mit dem demographischen Wandel im bildungspolitischen Bereich – Vorteile und Gefahren am Beispiel des polnischen öffentlichen Bildungssektors. In: Claudia Neu (Hg.): Daseinsvorsorge – Herausforderungen für eine alternde und schrumpfende Bevölkerung. Wiesbaden: VS, S. 170–185.
- Kopycka, Katarzyna/Reinhold, Maria (2008): Der polnische Lehrerbearbeitungsmarkt im Spiegel der Flexibilitätsdebatte. In: Reinhold Sackmann, Bernadette Jonda und Maria Reinhold (Hg.): Demographie als Herausforderung für den öffentlichen Sektor. Wiesbaden: VS, S. 121–144.
- Lutz, Burkart (2007): Wohlfahrtskapitalismus und die Ausbreitung und Verfestigung interner Arbeitsmärkte nach dem Zweiten Weltkrieg (Preprint). Halle (Forschungsberichte aus dem zsh, 07-4).

Online verfügbar unter [http://www.zsh-online.de/pdf/07\\_4FB.pdf](http://www.zsh-online.de/pdf/07_4FB.pdf).

- Mead, George Herbert (1987): Eine pragmatische Theorie der Wahrheit. Gesammelte Aufsätze, Bd. 2. 1. Auflage. Frankfurt am Main: Suhrkamp, S. 185–210.
- Meuser, Michael/Nagel, Ulrike (1991): ExpertInneninterviews - vielfach erprobt, wenig bedacht. Ein Beitrag zur qualitativen Methodendiskussion. In: Detlef Garz und Klaus Kraimer (Hg.): *Qualitativ-empirische Sozialforschung. Konzepte, Methoden, Analysen*. Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 441–471.
- Mykhnenko, Vlad/Turok, Ivan (2007): *Shrinking Cities: East European Urban Trajectories 1960 - 2005*. Glasgow (Working Paper). Online verfügbar unter [http://www.cppr.ac.uk/media/media\\_51286\\_en.pdf](http://www.cppr.ac.uk/media/media_51286_en.pdf).
- Oliver, Christine (1991): Strategic Responses to Institutional Processes. In: *Academy of Management Review* 16 (1), S. 145–179.
- Oliver, Christine (1992): The Antecedents of Deinstitutionalization. In: *Organization Studies* 13 (4), S. 563–588.
- Oswalt, Philipp; Rieniets, Tim (Hg.) (2006): *Atlas der schrumpfenden Städte*. Ostfildern: Hatje Cantz.
- Pfeiffer, Ulrich/Simons, Harald/ Porsch, Lucas (2000): *Wohnungswirtschaftlicher Strukturwandel in den neuen Bundesländern: Bericht der Kommission*. Stuttgart: Fraunhofer-IRB-Verlag.
- Pollitt, Christopher/ Bouckaert, Geert (2004): *Public Management Reform: A Comparative Analysis*. 2. Auflage. Oxford: Oxford University Press.
- Popitz, Johannes (1932): *Der künftige Finanzausgleich zwischen Reich, Ländern und Gemeinden*. Gutachten, erstattet der Studiengesellschaft für den Finanzausgleich. Berlin: Liebmann.
- Rademacher, Christian (2007): Die kommunale Bewältigung demographischer Herausforderungen: Deskriptive Ergebnisse im deutsch-polnischen Vergleich. In: Reinhold Sackmann, Walter Bartl, Katarzyna Kopycka und Christian Rademacher (Hg.): *Strategien zur Bewältigung des demografischen Wandels im öffentlichen Sektor*. Halle: SFB 580 (Mitteilungen des SFB 580, 24), S. 12–46.
- Rost, Sophia (2003): *John Deweys Logik der Untersuchung für die Entdeckung des Politischen in modernen Gesellschaften*. Münster: Lit-Verlag.
- Sackmann, Reinhold (2008): Demographischer Wandel und der Arbeitsmarkt des öffentlichen Sektors. In: Reinhold Sackmann, Bernadette Jonda und Maria Reinhold (Hg.): *Demographie als Herausforderung für den öffentlichen Sektor*. Wiesbaden: VS, S. 47–72.
- Sackmann, Reinhold (2010): Institutional Responses to Social Change in Comparative Perspective: Germany and Poland. In: Rainer K. Silbereisen und Xinyin Chen (Hg.): *Social Change and Human Development: Concepts and Results*. London: Sage, S. 167–189.
- Sackmann, Reinhold/Bartl, Walter (2007): Personalflexibilität im öffentlichen Dienst in Krisensituationen. Ein Challenge-Response Modell. In: Dorothee de Nève, Marion Reiser und Kai-Uwe Schnapp (Hg.): *Herausforderung – Akteur – Reaktion*. Baden-Baden: Nomos, S. 145–170.
- Sackmann, Reinhold/Bartl, Walter (2008): Demographisierung: Bewältigungsform von Krisen der „zweiten Natur“ des Menschen? In: Karl-Siegbert Rehberg (Hg.): *Die Natur der Gesellschaft*. Verhandlungen des 33. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in Kassel 2006. CD-Rom. Frankfurt am Main: Campus, S. 2627–2642.
- Seitz, Helmut (2006): Nachhaltige kommunale Finanzpolitik und demographischer Wandel. In: Bertelsmann Stiftung (Hg.): *Wegweiser demographischer Wandel 2020. Analysen und Handlungskonzepte für Städte und Gemeinden*. Gütersloh: Verlag Bertelsmann Stiftung, S. 180–186.
- Staw, Barry M./Sandelands, Lance E./Dutton, Jane E. (1981): Threat-Rigidity Effects in Organizational Behavior: A Multi-Level Analysis. In: *Administrative Science Quarterly* 26, S. 501–524.
- Swianiewicz, Pawel/Herbst, Mikolaj (2002): Economies and Diseconomies of Scale in Polish Local Governments. In: Pawel Swianiewicz (Hg.): *Consolidation or Fragmentation? The Size of Local Governments in Central and Eastern Europe*. Budapest: Open Society Institute, S. 219–325.

**Autor:**

Dr. Walter Bartl / Institut für Soziologie  
Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg  
[walter.bartl@soziologie.uni-halle.de](mailto:walter.bartl@soziologie.uni-halle.de)

*Dirk Michaelis*

**Die „kernige Altmark“ stellt sich den demografischen Herausforderungen.  
Stadtumbau regional denken und integrierend fördern  
Antworten auf den demografischen Wandel aus dem Landkreis Stendal**

**Vorbemerkungen:**

Es ist wohl inzwischen unstrittig, dass die Heterogenität der ländlichen Räume regionalspezifische Handlungsansätze erfordert. Erst aus der konkreten Auseinandersetzung mit der Bevölkerungsbewegung und -prognose, der Siedlungsstruktur und den Infrastrukturen einschließlich ihrer zukünftigen Erreichbarkeiten bzw. Tragfähigkeiten können integrierte Handlungskonzepte, also komplex wirkende strategische Masterpläne, entwickelt werden.

Diese Analyse zum demografischen Wandel und deren Folgen muss aber ehrlich, offen, komplex und möglichst weit vorausblickend erfolgen, damit im Ergebnis auch tatsächlich ein geeigneter Ansatz zur Bewältigung dieses Prozesses entwickelt werden kann. Zwangsläufig daraus resultierende Negativfeststellungen haben absolut nichts mit Schwarzmalerei zu tun.

Die Altmark und hier insbesondere die östliche Hälfte, also der Landkreis Stendal, sind besonders stark von einem Bevölkerungsrückgang betroffen, der aus der Überlagerung von demografischem Wandel und Abwanderung resultiert. Die räumliche Zuspitzung dieser Problemlagen im Landkreis Stendal wird u.a. daran deutlich, dass Einig den Landkreis Stendal in seinem Beitrag zur Diskussion neuer Leitbilder der Raumentwicklung in Deutschland als „Stabilisierungsraum“ ausweist. Nach seinem Verständnis handelt es sich dabei um einen Raum, der durch ein überdurchschnittlich hohes Arbeitslosigkeitsniveau, eine überdurchschnittliche Abwanderung der 18- bis 19-Jährigen und eine unterdurchschnittliche BIP-Wachstumsrate gekennzeichnet ist.<sup>1</sup> Der Landesentwicklungsplan von Sachsen-Anhalt (LSA 2010) übernimmt diese Ausweisung mit der Bezeichnung „Raum mit besonderen Entwicklungsaufgaben“.

Der Landkreis Stendal stellt sich diesen Herausforderungen. Er sieht seine Chance vor allem darin, dieses, wenn auch negativ behaftete „Alleinstellungsmerkmal“ zu akzeptieren und sich aktiv den daraus resultierenden Konsequenzen zu stellen. Dies geschieht u.a. über die Ausarbeitung eines nachhaltigen Entwicklungsansatzes für diese Region, wobei die gesamte Altmark in den Betrachtungswinkel aufgenommen wird.

Bezüglich der Notwendigkeit ganz spezieller Handlungsstrategien in den peripheren strukturschwachen Regionen soll in diesen Vorbemerkungen ergänzend auf drei aktuelle Dokumente verwiesen werden.

1. das *Handlungskonzept der Bundesregierung zur Weiterentwicklung der ländlichen Räume*<sup>2</sup>,
2. das *Positionspapier Nr. 77 „Politik für periphere, ländliche Räume: Für eine eigenständige und selbstverantwortliche Regionaleentwicklung“* veröffentlicht von der Akademie für Raumforschung und Landesplanung Hannover<sup>3</sup>
3. das *E-Paper Nr. 7 vom Mai 2009 „Anforderungen an eine regionale Entwicklungspolitik für strukturschwache ländliche Räume“*<sup>4</sup>

Die unter dem Leitbild der „Kernigen Altmark“ formulierten Grundgedanken dieser Stabilisierungsstrategie, die entsprechende Überlegungen dieser Dokumente aufgreift, entstanden im Rahmen der Mitwirkung des LK Stendal an der IBA „Stadtumbau Sachsen-Anhalt 2010“. Die IBA-Verantwortlichen im Land Sachsen-Anhalt und externe Beobachter sehen darin durchaus einen zeitgemäßen strategischen Ansatz zur Steuerung regionaler Schrumpfungsprozesse einschließlich der Entwicklung diesbezüglich notwendiger Steuerungsinstrumente gekoppelt an die Notwendigkeit einer integrierenden Förderkulisse vor dem Hintergrund der anlaufenden Konzeptionsphase der Förderperiode nach 2013.

---

<sup>1</sup> Vgl. Einig, Klaus.: Analytische Grundlagen der Leitbilder. In: Informationen zur Raumentwicklung – Heft 11/12.2006 „Neue Leitbilder der Raumentwicklung“ Seite 625f.

<sup>2</sup> BMELV: Handlungskonzept der Bundesregierung zur Weiterentwicklung der ländlichen Räume; April 2009

<sup>3</sup> ARL (2008) Akademie für Raumforschung und Landesplanung Hannover: Politik für periphere, ländliche Räume: Für eine eigenständige und selbstverantwortliche Regionaleentwicklung, Positionspapier Nr. 77

<sup>4</sup> ARL (2009) Akademie für Raumforschung und Landesplanung Hannover: Anforderungen an eine regionale Entwicklungspolitik für strukturschwache ländliche Räume, E- Paper Nr. 7

## Die Altmark – Lage im Raum und Beschreibung

Im Norden Sachsen-Anhalts befindet sich eine sehr alte deutsche Kulturlandschaft – die Altmark, auch als Wiege Preußens bekannt. Diese Region, die aus dem Altmarkkreis Salzwedel (2.292 km<sup>2</sup>) und dem Landkreis Stendal (2.423 km<sup>2</sup>) besteht, bedeckt eine Gesamtfläche von 4.715 km<sup>2</sup>. Der Siedlungsraum der Altmark ist von einer sehr dispersen Siedlungsstruktur geprägt. Hier leben per 31.12.2010 insgesamt 211.411 Einwohner, die sich auf 540 Ortslagen verteilen. In 179 dieser Orte wohnen momentan weniger als 100 Menschen, 426 Orte und damit 80 % aller Ortslagen haben weniger als 300 Einwohner. Dabei konzentrieren sich mehr als die Hälfte aller Bewohner in nur 15 Städten.

Die Hansestadt Stendal ist mit ca. 35 TEW (ohne Eingemeindungen) die größte Stadt der Altmark, von der Landesplanung als Mittelzentrum mit Teilfunktion eines Oberzentrums (MZ/OZ) ausgewiesen. An zweiter Stelle folgt die Hansestadt Salzwedel mit ca. 20 TEW in der Funktion eines Mittelzentrums (MZ). Es folgen die Hansestadt Gardelegen als Grundzentrum mit einer Teilfunktion als Mittelzentrum (GZ/MZ) ca. 11 TEW, die Hansestadt Tangermünde (GZ) ca. 9,3 TEW, die Hansestadt Havelberg (GZ/MZ) ca. 7,2 TEW, die Hansestadt Osterburg (GZ/MZ) ca. 6,8 TEW, Tangerhütte (GZ) ca. 5,6 TEW, Klötze (GZ) ca. 5,1 TEW, die Hansestadt Seehausen (GZ) ca. 5,0 TEW, Kalbe (GZ) ca. 4,1 TEW, Bismark (GZ) ca. 3,1 TEW, Arendsee (GZ) ca. 2,8 TEW, Arneburg (GZ) ca. 1,6 TEW, Sandau ca. 1,0 TEW und die Hansestadt Werben mit ca. 0,8 TEW. Diese 15 Städte stellen mit 44.750 Arbeitsplätzen (2007) insgesamt 73 % aller Arbeitsplätze der Altmark bereit und ziehen damit ca. 27.000 Pendler aus dem Umland an.

Der Besucher trifft hier auf eine sehr stille, beeindruckende Landschaft mit einer mehr als tausendjährigen Siedlungsgeschichte, die in ihrer bewahrten Ursprünglichkeit mit dem Fahrrad, auf dem Pferderücken oder auf Schusters Rappen erlebt werden sollte. An jeder Stelle spürt man hier den Reichtum an kulturhistorisch wertvoller Bausubstanz und landschaftlicher Idylle. *„In kaum einer anderen Gegend lässt sich die kultur- und kunstgeschichtliche Entwicklung seit dem Mittelalter noch so gut erkennen, ist so viel historische Bausubstanz erhalten wie in der Altmark“* – so beschrieb Tilmann von Stockhausen vor gut 10 Jahren in der „KUNSTCHRONIK“ die Region. In der Altmark findet man bspw. ca. 400 Dorfkirchen mit einem Anteil von etwa 50 % romanischen Ursprungs – eine europaweit einmalige Dichte, Klein- und Mittelstädte mit wertvollen historischen Stadtkernen, die von prachtvollen Stadtkirchen, Stadttores und einer Prise Backsteingotik dominiert werden, viele historisch authentische Dorfstrukturen, herrliche Guts- oder Herrenhäuser oder auch mal eine liebevoll restaurierte Bockwindmühle.

Immerhin 11 der 15 Städte besitzen einen historischen Stadtkern mit besonderer Denkmalbedeutung in Deutschland. Tangermünde, oft auch das Rothenburg an der Elbe genannt, Salzwedel, Havelberg, Stendal, Gardelegen, Seehausen, Osterburg und nicht zuletzt die kleinen Vertreter wie Werben oder auch Arneburg, Kalbe und Arendsee sind für den bauhistorisch Interessierten bestimmt keine unbekannt Namen. Wer sich mit der Hanse beschäftigt, findet hier acht Hansestädte in einer auch europaweit einmalig dichten Konzentration wieder, die zur damaligen Zeit in voller Blüte standen.

Für den Raumplaner gehört die Altmark zu den sehr peripheren ländlichen strukturschwachen Räumen innerhalb der Bundesrepublik Deutschland. Die Wachstumsimpulse der umliegenden Metropolregionen Hamburg, Hannover oder Berlin reichen eben nicht bis in diesen Raum. Der von örtlichen Akteuren geprägte Begriff der peripheren Mitte verkörpert dieses Dilemma der räumlichen Lage.

Mit der Wende brach 1990 ein Großteil der wirtschaftlichen Basis in der Region weg und viele Berufstätige waren und sind noch immer zur Abwanderung gezwungen. Die Überlagerung aus Geburtendefizit, anhaltender selektiver Abwanderung und der daraus resultierenden Überalterung, zuzüglich einer weit unterdurchschnittlichen Wirtschaftskraft stellt die Region vor dem Hintergrund der Globalisierung gegenwärtig und erst recht zukünftig vor eine der größten Herausforderungen ihrer Geschichte.

Sucht man im Raumordnungsbericht 2005 oder in den vom Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR) veröffentlichten Informationen zur Raumentwicklung nach Aussagen zu dieser Region, so trifft man häufig auf Bewertungen, die für deren östliche Hälfte überwiegend nachteilig ausfällt. Zudem gibt es eine Vielzahl sehr unterschiedlich motivierter Typisierungen deutscher Regionen, bei denen die Altmark im Regelfall unter den „Sorgenkindern“ landet. Bereits in den Vorbemerkungen wurde auf die Ausweisung als „Stabilisierungsraum“ (BBSR) oder als „Raum mit besonderen Entwicklungsaufgaben“ (LEP LSA 2010) hingewiesen.

## Bevölkerungsbewegung und Bevölkerungsprognose

In der Altmark lebten 1990 261.175 EW, was bei einer Größe von 4.715 km<sup>2</sup> einer damaligen Bevölkerungsdichte von 55 EW/ km<sup>2</sup> entspricht. 20 Jahre später, am 31.12.2010 waren es nur noch 211.411 EW, also fast 50.000 Menschen weniger. Das entspricht inzwischen einer Bevölkerungsdichte von 45 EW/ km<sup>2</sup>. Der Altmarkkreis Salzwedel ist dabei mit 39 EW/ km<sup>2</sup> wesentlich dünner besiedelt als der Landkreis Stendal mit 50 EW/ km<sup>2</sup>.

In Sachsen – Anhalt wurde 2010 von der Landesregierung die 5. regionalisierte Bevölkerungsprognose als offizielle Planungsgrundlage veröffentlicht. Nach dieser Prognose wird in der Altmark bis 2025 ein weiteres Absinken der Einwohnerzahl auf ca. 170 TEW erwartet – also in den nächsten 15 Jahren noch einmal knapp 42.000 Menschen weniger. Das entspricht einem Rückgang von ca. 19 % (1990/2010) bzw. ca. 35% (1990/ 2025). Dabei wird der Altmarkkreis Salzwedel im Zeitraum 1990 bis 2025 ca. 31% und der Landkreis Stendal ca. 38 % seiner Bevölkerung verlieren (Sachsen- Anhalt: - 32,5 %). In absoluten Zahlen wird der Landkreis Stendal bis 2025 damit ca. 60.000 Menschen verlieren, das entspricht vom Volumen her der gesamten Einwohnerschaft, die noch 1990 in den Dörfern dieses Landkreises lebte.

Überdurchschnittlich stark ausgeprägt ist der Bevölkerungsrückgang in den Städten, von denen einige von 1990 bis 2025 bis zu 47 % ihrer ursprünglichen Einwohnerzahl verlieren werden. Diese extremen Verluste in den zentralen Orten, den Trägern der Daseinsvorsorge, sind eine besondere Herausforderung für die weitere Regionalentwicklung. Dabei ist schon heute absehbar, dass dieser Bevölkerungsrückgang die Region auch nach 2025 weiter prägen wird.

Es ist natürlich vollkommen unrealistisch, wenn man perspektivisch von einem menschenleeren Raum ausgeht. Laut amtlicher Statistik sind im Zeitraum von 2000 – 2010 insgesamt 78.166 Menschen aus der Altmark fortgezogen. Im gleichen Zeitraum sind aber auch 55.682 Personen in die Altmark gezogen. Trotz negativer Bilanz bleibt die Feststellung, dass ein nicht unerheblicher Zuzug stattfindet.

Die Altmark wird auch zukünftig immer noch Siedlungsraum bleiben, ungewiss ist aber die Zahl der erwarteten Bewohner. Es gibt Regionen in Europa, die viel dünner besiedelt sind und in denen es sich gut leben lässt. Großstadtgestresste Mitmenschen machen dort Urlaub. Die Gestaltung dieses wertvollen Lebensraumes ist eine generationsübergreifende Aufgabe, die schon heute konsequent angegangen werden muss.

Diese kurze Beschreibung zur regionsspezifischen Siedlungsstruktur und zur Bevölkerungsentwicklung soll für das Grundverständnis der Situation in dieser Region genügen. An dieser Stelle sollen auch nicht die konkreten Folgen dieser Veränderungen auf die baulichen Strukturen und auf die Trag- und Funktionsfähigkeit der sozialen und technischen Infrastrukturen beschrieben werden, weil dies in den letzten Jahren an vielen Beispielen bundesweit bereits erfolgte. Ein Fazit aus all den bisherigen Untersuchungen und Situationsbeschreibungen erscheint da sinnvoller.

1. In der Altmark wirkt flächendeckend, jedoch regional und örtlich differenziert, ein überdurchschnittlicher Bevölkerungsrückgang auf eine sehr disperse Siedlungsstruktur.
2. Für die besonders kleinen Siedlungsbestandteile stellt sich dabei mittel- bzw. langfristig die grundsätzlich zu klärende Frage der Zukunftsfähigkeit.
3. In den kompakten und baukulturell hochwertigen Stadtkernen der kleineren Städte zeichnet sich deutlich sichtbar der Beginn einer dispers wirkenden Erosion ab. Hier stellt sich schon heute die Frage nach der Erhaltungswürdigkeit und Zukunftsfähigkeit dieser Strukturen.
4. In Anbetracht eines ständig zunehmenden Gebäudeüberhangs, verbunden mit einem stetigen Wertverlust, stellt sich verstärkt die Frage nach diesbezüglich geeigneten Anpassungs- und auf Nachhaltigkeit orientierten Steuerungsstrategien.
5. Der Entwicklungstrend steht in der Region zunehmend im Widerspruch zu den gewollten Zielen der Raumordnung/ Landesplanung und des Städtebaus bzw. der Denkmalpflege (Stärkung der zentralen Orte, nachhaltige Raum-, Siedlungs-, Infrastruktur-, Stadt- und Dorfentwicklung, Erhaltung des baukulturellen Erbes usw.).
6. Das für Wachstum geschaffene Instrumentarium versagt zunehmend deutlich im Anwendungsfall der Gestaltung von Schrumpfungsprozessen.
7. Die wachstumsorientierte und sektoral organisierte Förderkulisse unterstützt nicht in jedem Fall die gewollte nachhaltige integrierte Regionalentwicklung.

8. Lediglich bei den im Stadtumbau involvierten Städten, die an ihren Rändern über geeignete Rückbaupotenziale verfügen, ist der Erfolg der gewollten Doppelstrategie „Rückbau an den Rändern und Aufwertung der Stadtkerne“ zunehmend sichtbar.
9. Ein erheblicher Problem- und Handlungsdruck besteht bezüglich der künftigen Sicherstellung der Daseinsvorsorge; ganz besonders ist dabei auf die technischen Infrastrukturen und speziell auf die Trinkwasserver- und Abwasserentsorgung hinzuweisen; teilsräumlich werden hier Unterschiede in der Qualität der Bereitstellung erwartet, die womöglich neue innerregionale Disparitäten erzeugen.
10. Die extrem hohen Kosten der Anpassungsinvestitionen stehen im Widerspruch zur limitierten Finanzausstattung der öffentlichen Hand in den strukturschwachen Regionen.
11. Die Komplexität der kumulierenden Problemlagen erfordert zwingend einen ganzheitlichen Handlungsansatz, der Siedlungs- und Infrastrukturentwicklung gemeinsam betrachtet.

Ein „weiter so wie bisher“ scheidet im Gesamtfazit aus, will man auch zukünftig eine lebenswerte Region behalten. Bisherige Denk- und Handlungsweisen sind hier nicht mehr zukunftsfähig, müssen endlich über Bord geworfen werden. Trifft dieses Bemühen nach einem Vorantreiben dieser notwendigen Veränderungsprozesse auf nahrhaften Boden, eröffnen sich Chancen, die aufzugreifen sind.

Bundesweit wird dieses Thema seit Jahren in vielen Verantwortungsbereichen diskutiert. Die Notwendigkeit von veränderten Handlungsweisen wird dabei an vielen Stellen sichtbar.

- Aktuelle Neuausrichtung der Raumordnung - Notwendigkeit der Entwicklung neuer raumordnungspolitischer und regionalspezifischer Strategien<sup>5</sup>
- Drittes Leitbild der Raumentwicklung „Ressourcen bewahren – Kulturlandschaften gestalten“ - also nicht mehr nur konservieren, sondern nachhaltig weiterentwickeln
- OECD - In Deutschland fehlt eine kohärente strategische Vision für eine nachhaltige und integrierte Entwicklungspolitik für ländliche Räume<sup>6</sup>
- Diskussion um die Förderpolitik für ländliche Räume nach 2013<sup>7</sup>
- Nationale Stadtentwicklungspolitik – (BT DS 16/9234; Leipzig Charta; Papenburger Erklärung<sup>8</sup>,)
- Stadtumbau Ost – ein noch lernendes Programm: Qualifizierung der Wirkungsziele notwendig<sup>9</sup>
- Europäische Erklärung für eine integrierte Revitalisierung historischer Städte :„...Kleine und mittelgroße historische Städte prägen mit ihrem baukulturellen Erbe unsere Stadtlandschaften und bilden das Rückgrat einer ausgewogenen und polyzentrischen Siedlungsstruktur – einer der großen territorialen Stärken Europas...“<sup>10</sup>
- Europäisches Raumentwicklungskonzept (EUREK)<sup>11</sup> – „Das kulturelle Erbe Europas ist Ausdruck seiner Identität und von weltweiter Bedeutung. Gemeinsam mit Natur wichtiger wirtschaftlicher Faktor für Regionalentwicklung“ (Abschnitt Nr. 133, 134, 228)
- BBSR – Landkreis Stendal gehört mit zu den „Stabilisierungsräumen“<sup>12</sup>
- Neue Standards der Bau- und Kunstdenkmalspflege in Sachsen- Anhalt<sup>13</sup> als Reaktion auf den Schrumpfungsfall

<sup>5</sup> Bundesregierung (2007): Stellungnahme zu den Leitbildern und Handlungsstrategien für die Raumentwicklung in Deutschland. Kabinettsbeschluss vom 18.07.2007

<sup>6</sup> OECD (Hrsg.) (2007): OECD- Prüfbericht zur Politik für ländliche Räume. Deutschland.Paris.

<sup>7</sup> dvs (2010) ( Deutsche Vernetzungsstelle ländliche Räume) (Hrsg): Leitthema des Magazins für ländliche Räume LandInForm, Heft 2 2010

<sup>8</sup> Bauministerkonferenz (2007): Papenburger Erklärung zur Nationalen Stadtentwicklungspolitik..115. Sitzung am 27./28. September 2007

<sup>9</sup> Welch Guerra, Max (2007) : Mitigation oder nur Adaption? – Zur Debatte um die Fortführung des Stadtumbaus Ost. In: vhw Forum Wohneigentum, Heft 6, Dezember 2007

<sup>10</sup> Interreg III B Projekt „Hist.Urban“: Erklärung im Rahmen der Abschlusskonferenz am 21.April 2008 in Verona

<sup>11</sup> Europäische Kommission (Hrsg): Europäisches Raumentwicklungskonzept, angenommen beim Informellen Rat der für Raumordnung zuständigen Minister in Potsdam, Mai 1999

<sup>12</sup> Vgl Fußnote 1



- LEP 2010 LSA – LK SDL „Raum mit besonderen Entwicklungsaufgaben“<sup>14</sup>
- EUREK (71) – Feststellung, dass nur dezentrale Entwicklung von Metropolregionen falsch ist
- EUREK (67) - Polyzentrisches Entwicklungsmodell als neue Perspektive für periphere Gebiete
- EUREK (151) - Kreativer Umgang mit Kulturlandschaften

In den Vorbemerkungen wurde u.a. auf das im Sommer 2009 veröffentlichte E-Paper Nr. 7 der ARL Hannover verwiesen. Die nachfolgenden Auszüge daraus sollen zusammenfassend den dringend notwendigen Veränderungsbedarf veranschaulichen:

*Aus dieser Vielzahl an relevanten Politikfeldern und ihren Instrumenten ist bislang noch kein kohärenter und strategisch ausgerichteter Rahmen für eine regionale/ländliche Entwicklungspolitik geformt worden.*

*(Es) ... lässt sich konstatieren: Die ambitionierten und anspruchsvollen Ziele eines integrierten regionalen/ländlichen Entwicklungsansatzes und einer erfolgreichen Anpassung von strukturschwachen Regionen lassen sich unter den gegebenen institutionellen und politisch rechtlichen Rahmenseetzungen kaum realisieren.*

*Eine neue Ausrichtung, Justierung und Koordination des politisch-rechtlichen Rahmens für eine regionale Entwicklungspolitik erscheint ... dringend erforderlich. ....*

*Es muss eine gesellschaftspolitische Debatte um die Zukunft strukturschwacher ländlicher Regionen ... geführt werden.*

*(Eine) Ausrichtung auf einen ganzheitlichen, regionalen Ansatz, der die Region als Ganzes inklusive der Städte betrachtet (ist notwendig).*

Diese beispielhafte Aufzählung zeigt deutlich, dass genug nahrhafter Boden und der richtige Zeitpunkt für die Einleitung eines Veränderungsprozesses vorhanden sind.

### **Der strategische Ansatz**

Die kommunale Steuerung des dem demografischen Wandel geschuldeten Gestaltungsprozesses erfolgt seit 2002 auf der Basis integrierter Stadtentwicklungskonzepte (ISEK) im Programm „Stadtumbau Ost“ - einem noch lernendem Programm. Im Rahmen der Weiterentwicklung dieses Instrumentes wird regelmäßig die Qualifizierung der Wirkungsziele angesprochen.

Auch in der Altmark sprechen wir inzwischen, ebenfalls mit kommunaler Orientierung, von einem Dorfumbau. In der Altmark ist bereits jede Ortslage von deutlichen Bevölkerungsrückgängen betroffen und muss sich mit Anpassungsstrategien befassen. 15 Städte im Programm „Stadtumbau Ost“ sind ja noch vorstellbar, aber 525 Dörfer in einem Programm „Dorfumbau Ost“?

Wenn nun, wie bspw. in der Altmark, eine gesamte Region mit einem massiven Bevölkerungsrückgang konfrontiert ist, liegt der Gedanke eines an den Stadtumbau angelehnten Siedlungsumbaus doch auf der Hand!

Der im Rahmen der Internationalen Bauausstellung (IBA) Stadtumbau Sachsen-Anhalt 2010 unter dem Leitbild der „Kernigen Altmark – weniger ist mehr“ skizzierte strategische Handlungsansatz, der Neuland betritt, greift im Wesentlichen konkret drei Anknüpfungspunkte auf.

1. „Ressourcen bewahren, Kulturlandschaften gestalten“: Das dritte Leitbild der Raumentwicklung formuliert einen auf Nachhaltigkeit orientierten Gestaltungsauftrag der Kulturlandschaften - „Der Auftrag der Raumordnung zur planerischen Gestaltung von Kulturlandschaften umfasst mehr als nur die Konservierung historisch bedeutsamer Räume. Die eigentliche Herausforderung besteht in einer behutsamen Weiterentwicklung der Landschaften im Sinne der Leitvorstellungen einer nachhaltigen Entwicklung.“<sup>15</sup>

<sup>13</sup> LDA (2008) (Landesamt für Denkmalpflege und Archäologie Sachsen-Anhalt) (Hrsg): Standards der Bau- und Kunstdenkmalpflege in Sachsen-Anhalt. Gemeinsame Erarbeitung vom Kultusministerium, Landesverwaltungsamt und LDA

<sup>14</sup> Gesetz- und Verordnungsblatt LSA: Verordnung über den Landesentwicklungsplan 2010 des Landes Sachsen-Anhalt. GVBL Nr. 6/2011, Seite 170

<sup>15</sup> Vgl. MKRO: Leitbilder und Handlungsstrategien der Raumentwicklung in Deutschland. In: Informationen zur Raumentwicklung – Heft 11/12.2006 „Neue Leitbilder der Raumentwicklung“ Seite 719 f.

2. „Abkehr vom Stadt- Land- Dualismus und eine Ausrichtung auf einen integrierten regionalen Förderansatz“: Im bereits erwähnten Positionspapier Nr. 77 der ARL Hannover wird sehr anschaulich der regionale Ansatz eines notwendigen Siedlungsumbaus beschrieben, wobei dieser regional gedachte Stadtbau mit dem Titel „Umbau und nachhaltige Entwicklung von peripheren Regionen“ auch schon einen Namen hat.
3. „Brauchen wir eine neue Förderstruktur für ländliche Räume?“: Den dritten Ausgangspunkt liefert die aktuelle Diskussion hinsichtlich der für integrierte Konzepte unpassenden sektoral ausgerichteten Förderpolitik und die Forderung nach einer integrierenden Förderkulisse. Diese Notwendigkeit ist zunächst in jedem der drei in den Vorbemerkungen erwähnten Grundlegenden Dokumente klar benannt, wobei die hier zitierte Fragestellung übrigens dem BBSR Bericht Kompakt 5/2010 entstammt, in dem als Entwicklungsziel ein „integriertes, ressortübergreifendes Förderprogramm für schrumpfende ländliche Räume“<sup>16</sup> gefordert wird, womit sich der Kreis zu Punkt 2 wieder schließt.

**Stadtbau regional denken und integrierend fördern** steht für die zwei wichtigsten Säulen, auf denen die im Spannungsfeld von Schrumpfung, Chancen und Visionen denkbare Gestaltung der Kulturlandschaft Altmark aufsetzt. Im Leitbild der „kernigen Altmark“ verstecken sich dabei gleichzeitig auch wesentliche Ziele und wichtige Bausteine dieser auf regionale Stabilisierung ausgerichteten Strategie.

<b>K</b>	ompakte und vitale Stadt- und Ortskerne
<b>E</b>	ffiziente Infrastrukturen
<b>R</b>	egionale Wertschöpfung
<b>N</b>	achhaltiges Handeln
<b>I</b>	ntegrierte Konzepte
<b>G</b>	leiche Chancen
<b>E</b>	ngagierte Bürger
<b>Altmark</b>	

Im Kern der Überlegungen stehen hier zunächst die überdurchschnittlich stark schrumpfenden Klein- und Mittelstädte einschließlich ihrer Funktion als zentrale Orte, die - mit ihren von Erosion und zunehmender Funktionslosigkeit bedrohten historischen Stadtkernen - die wesentlichen Eckpfeiler der Kulturlandschaft Altmark darstellen.

Die vorrangig zu verfolgende Stabilisierung dieser für die ländlichen Problemregionen so wichtigen Kristallisationskerne ist ein zwingendes Gebot nachhaltiger Regionalentwicklung. Innenentwicklung und Stärkung zentraler Versorgungsbereiche sind dabei das aktuelle Gebot in der nachhaltigen städtebaulichen Entwicklung.

Da die zentralen Orte überwiegend in die Städtebauförderung integriert sind, kann deren Entwicklung derzeit leider nicht im Rahmen der ländlichen Entwicklung unterstützt werden, obwohl deren Stärkung auch als Ziel im integrierten ländlichen Entwicklungskonzept (ILEK) verankert ist. Ein Aufbrechen dieser sektoral gesetzten Schranken ist jetzt zwingend notwendig.

Neben dieser landesplanerischen und städtebaulichen Komponente werden zukünftig auch für das breite Spektrum der Infrastrukturen effiziente Lösungen gebraucht. Bei der sozialen Infrastruktur handelt es sich bekanntlich um Punktstrukturen, also um Nutzungen, die beliebig im Raum verlagert werden können. Hier muss der Blick künftig wohl noch komplexer werden. Es scheint so, als ob Kosteneinsparungen viel zu oft einseitig und nicht im Kontext zu anderen Trägern der Daseinsvorsorge, wie am Beispiel Schulschließung/ Schülertransport ersichtlich, betrachtet werden. Schwieriger wird es bei der technischen Infrastruktur, den starren Netzstrukturen. Die Unterschreitung von Nutzungsschwellen ist nicht nur ein Thema steigender Kosten, es kann auch zum Kollaps in der Funktion und somit zu

<sup>16</sup> Vgl. Zarth, Michael: BBSR Berichte – Kompakt 5/2010 Brauchen wir eine neue Förderstruktur für ländliche Räume. Seite 10 f.

sprunghaft notwendigen Folgeinvestitionen kommen. Die ursprüngliche Euphorie des Ausbaus zentraler Ver- und Entsorgungssysteme schlägt auch aufgrund solcher Erfahrungen bereits in Ernüchterung und Orientierung auf dezentrale Lösungen um.

Die Entwicklungskraft deutscher Ballungsräume reicht nicht bis in die Altmark, jedoch ihre Sogwirkung auf Fachkräfte. Der Globalisierungsprozess verschärft diese Entwicklung noch. Die Wiederentdeckung regionaler Stärken und der Aufbau regionaler Wertschöpfungsketten sind als wichtige Handlungsoptionen längst erkannt, müssen aber noch viel stärker forciert werden. Knappe öffentliche Kassen und der kritische Blick der Geberländer erfordern zwangsläufig ein nachhaltigeres Handeln. Entsprechend sollten Demografie- und Nachhaltigkeitschecks zukünftig noch mehr zum Einsatz kommen.

Als Handlungsgrundlage zwingend notwendig ist ein ganzheitliches regionales Konzept, das alle Handlungsfelder umspannt. Da die aktuell anstehenden Gestaltungsaufgaben noch Neuland für alle Beteiligten sind und gemeinsam noch immer nach den richtigen Instrumenten gesucht wird, ist es völlig normal, dass ein bereits erstelltes Entwicklungskonzept sehr schnell überholt ist und aktualisiert werden muss. Integrierte regionale Handlungskonzepte gibt es schon seit einigen Jahren, natürlich auch in der Altmark. Inzwischen wurde vielerorts erkannt, dass diese die notwendigen Handlungsfelder noch nicht ausreichend abdecken. Der Deutsche Landkreistag hat vor wenigen Wochen eine Handreichung<sup>17</sup> für die Erstellung von Kreisentwicklungskonzepten veröffentlicht, aus der die notwendige Komplexität hervorgeht.

Der Umgang mit den strukturschwachen Räumen ist seit Jahren ein kontrovers diskutiertes Thema. Endlose Debatten um den Begriff gleichwertiger Lebensverhältnisse werden geführt. In der „kernigen Altmark“ steht das g nun für die Absicherung gleicher Chancen, vor allem für die Chancengleichheit der Menschen in diesen für so manchen Experten verlorenen und doch endlich aufzugebenden Räumen.

In der Altmark hat sich inzwischen ein breiter Fächer von bürgerschaftlichem Engagement entfaltet. Im letzten Jahr wurden bereits Diskussionen hinsichtlich einer IBA – Nachfolge geführt. Die „Regionalen“ in NRW als Nachfolger der IBA „Emscher Park“ könnten hier als Anlehntante erhalten. Auch die Altmark stand als mögliche Austragungsregion einer IBA – Nachfolge mit im Fokus, und die Präsentation des bereits existierenden bürgerschaftlichen Engagements sollte ein wesentlicher Baustein werden, ohne den der zukünftig gewollte Lebensraum Altmark nicht funktionieren kann. Momentan ist noch keine IBA-Nachfolge in Sicht, aber die gewollte Fortsetzung ist im aktuellen Koalitionsvertrag verankert..

Die Umsetzung einer derart komplexen generationsübergreifenden Strategie erfasst natürlich viele Handlungsfelder und erfordert viele einzelne Schritte und Bausteine, die tlw. Sogar erst noch zu entwickeln sind. Angesprochen sind damit sowohl örtliche Akteure als auch Verantwortungsträger in Bund und Ländern.

Die wichtigsten sollen hier kurz erwähnt werden:

- Erhöhung der Effizienz des Handelns - Ziele und Unterstützung (Förderung) bündeln:

Die Ziele der Raumordnung, Landes- bzw. Regionalplanung, des Städtebaus, des städtebaulichen Denkmalschutzes und selbstverständlich auch des Klimaschutzes müssen in den künftig notwendigen, auf mindestens 20 Jahre ausgerichteten integrierten regionalen Entwicklungskonzepten stärker zusammengeführt werden; zur Sicherstellung einer nachhaltigen und effizienten Umsetzung sind dazu ebenfalls die jeweiligen Förderrichtlinien zusammenzuführen. Über ein Bonussystem könnte dann das „richtige Vorhaben“ durch Kumulation optimal unterstützt werden; wobei die jetzt laufenden Diskussionen zur Gestaltung der neuen Förderperiode diesen Aspekt unbedingt berücksichtigen sollten

- Konzentration der Kräfte auf die Siedlungs-, Stadt- und Ortskerne:

Die Gestaltung der Schrumpfung muss verstärkt Prioritäten setzen, wobei die Stärkung der Siedlungskerne ein wesentliches Ziel der Landes- und Regionalplanung ist. Aus städtebaulicher Sicht geht es dabei vor allem um die Stärkung der Stadt- und Ortskerne, also um die Innenentwicklung. Von sehr wesentlicher Bedeutung ist dabei die zielgerichtete Stabilisierung und Weiterentwicklung der zentralen Versorgungsbereiche im Sinne des § 34 (3) Baugesetzbuch

<sup>17</sup> Vgl. Deutscher Landkreistag Berlin (2011): Kreisentwicklungskonzepte als politisches Instrument zur Gestaltung des demografischen Wandels. Band 98 der Schriften des Deutschen Landkreistages.

- Revision der Denkmalbereiche – Priorisierung/ Präzisierung der Schutzziele (neue Standards der Denkmalpflege in LSA):

Die Stadtkerne sind in der gesamten Fläche hinsichtlich ihrer baukulturellen Qualität im Regelfall nicht einheitlich zu bewerten. Hier sind detaillierte und vor allem realistische Betrachtungen notwendig, die zu differenzierten Schutzzielen führen (teilweise wird es womöglich nur um die Beibehaltung von Raumkanten gehen). In den Stadtkernen zeichnen sich tlw. auch Bereiche ab, die keine bauliche Zukunft haben. Hier bleibt ein Eingriff in die gewachsene Stadtstruktur und eine Umwidmung von Teilflächen wohl als einzige Lösung. Die bisherige Ausweisung der Denkmalbereiche wird dieser notwendigen Differenzierung nicht gerecht

- „Bremsklötze“ Innenentwicklung identifizieren – Instrumente anpassen:

Beobachtungen in der Praxis belegen immer wieder, dass gewollte Innenentwicklung an manchen meist rechtlichen Details scheitert; die Stärkung der Planungshoheit oder besser ihrer Durchsetzungskraft in der Umsetzung ist ein unumgängliches Muss in der weiteren Ausformung der Nationalen Stadtentwicklungspolitik

- Kompaktbonus:

Kompakte und funktionell gut gemischte städtebauliche Strukturen sind die nachhaltigste Siedlungsform überhaupt; sie zeichnen sich durch eine hohe Effizienz in der Erschließung aus, verursachen somit geringe Siedlungsfolgekosten und entsprechen ebenso den Zielen einer klimagerechten Stadt- und Siedlungsentwicklung. Warum also nicht die Nutzung als Wohn- oder Gewerbestandort belohnen?

- qualifizierte Raumbesichtigung – „feinkörnig“ auf Ortslagen bezogen:

Die Raumbesichtigung soll laut § 13 Raumordnungsgesetz ihre Ergebnisse der regionalen, kommunalen und den Fachplanungen bereitstellen; die kleinste Siedlungseinheit ist dabei der Ort und nicht die administrative Gemeinde. Die notwendige Steuerung der Schrumpfung benötigt vor dem Hintergrund von Demografie- und Nachhaltigkeitschecks aber solch feinkörnige Datengrundlagen.

- flächendeckender Vitalitäts-Check:

Speziell in den sehr kleinen Orten kommt die Frage nach der Zukunftsfähigkeit schnell auf den Diskussionstisch. Im Interreg-Projekt „Hinterland“ wurde dieses Instrument entwickelt, sollte aber nicht nur von den kleinen Gemeinden, sondern von allen, also auch von den Städten, eingesetzt werden, denn die Frage von Zukunftsfähigkeit kann auch einzelne Straßenabschnitte oder Stadtteile erfassen.

- Strategien für kleine Ortslagen entwickeln (autarke/dezentrale Ver- und Entsorgung):

Viele Experten sagen der Altmark die Entstehung von Wüstungen voraus; mittel- und erst recht langfristig betrachtet, wird man sich mit diesem Planungsfall wohl auch befassen müssen, allerdings nur in seltenen Einzelfällen. Viel wahrscheinlicher ist wohl zukünftig die Zunahme der Anzahl von sehr kleinen Ortslagen mit weniger als 100 EW. Die Gewährleistung der Daseinsvorsorge für diese kleinen Elemente der Siedlungslandschaft ist derzeit sicherlich eine der ganz großen Herausforderungen für die Regionalentwicklung.

- Regionales Leerstands-, Bauland- und Infrastrukturkataster:

Das Flächenmanagement ist ein zwingend notwendiger Bestandteil nachhaltiger Regionalentwicklung. Hier ist der Aufbau eines gemeinsamen Katasters im gesamten Planungsraum Altmark das anzustrebende Ziel.

- Intelligent schrumpfen - Vermarktung in den Kernen - Entsiegelung an den Rändern:  
Vor dem Hintergrund der Tatsache, dass weniger Menschen weniger Siedlungsraum benötigen, ist dieser Ansatz rein theoretisch zweifellos der einzig richtige Weg. In der Praxis wird die Durchsetzung dieses Bausteines natürlich mit sehr großen Schwierigkeiten behaftet sein, denn grundsätzlich steht nun einmal die Frage nach dem Umgang mit überschüssigem Privateigentum. Die Strategie der „kernigen Altmark“ konzentriert die einzusetzenden Kräfte deshalb auch auf die Stabilisierung der Siedlungs-, Stadt- und Ortskerne und überlässt die Entwicklung an den Rändern dem Selbstlauf. Dauerhafter Leerstand an den Rändern sollte jedoch vom Markt genommen werden.
- Besonderes Städtebaurecht für regionale Anwendbarkeit entwickeln, damit Siedlungslandschaft/ Kulturlandschaft gestaltet werden kann:  
Einige Praktiker sehen im besonderen Städtebaurecht ein recht gutes Fundament für die Weiterentwicklung dieser Instrumente, wie für deren Anwendung auf regionaler Ebene

### Fazit und Ausblick

Mehrdimensionale Schrumpfungsprozesse treiben die Altmark momentan noch in eine Abwärtsspirale. In der Region, die zu den wenigen Problemfällen in Deutschland (Stabilisierungsräume) gehört, wachsen momentan die Probleme noch schneller als die Lösungen. An vielen Stellen wirken aber bereits zahlreiche Akteure und Netzwerke, die nach Stabilisierungsmöglichkeiten suchen.

Die Bevölkerungszahl ist in der Altmark in den letzten 20 Jahren stark gesunken, und sie wird weiterhin sinken – jedoch niemals auf den Nullwert! Die Altmark wird als Siedlungsraum angenommen und sie wird Siedlungsraum bleiben. Dafür spricht eine nicht unerhebliche Zuwanderung. Weniger Menschen benötigen aber weniger Siedlungsfläche, wobei das Siedlungssystem auch künftig für den Staat und die Einwohner bezahlbar sein muss.

Neu ist an dieser Entwicklung, dass hier komplette Regionen betroffen sind. Dieser Fakt erfordert daher auch zwingend einen regionalen Betrachtungsansatz. Ein auf feinkörniger Analyse und Prognose des Raumes basierendes und weit vorausschauendes integriertes Entwicklungskonzept für den Planungsraum Altmark, also ein Masterplan Altmark 2030, der Siedlungs- und Infrastrukturentwicklung im Komplex betrachtet, kann ein geeignetes Instrument für die Gestaltung einer intelligenten Schrumpfung in diesem peripheren strukturschwachen Raum sein.

Mit der gezielten „Stärkung der Stärken“ soll auch unter den Bedingungen extremer Bevölkerungsrückgänge die Kulturlandschaft Altmark gestaltet und somit in ihren prägenden Teilen bewahrt werden. Nur eine nachhaltige Siedlungsentwicklung erhält langfristig Polyzentralität, kulturelle Werte, touristische Attraktivität, Wohnqualität, Funktionsfähigkeit und Wirtschaftlichkeit der technischen und sozialen Infrastruktur.

Modelle der künftigen Absicherung der Daseinsvorsorge in Regionen wie der Altmark lassen sich nur aus einem ganzheitlichen, regionalen Ansatz entwickeln – in Anlehnung an das besondere Städtebaurecht vielleicht über ein regionales Sanierungs- oder besser Umbaugebiet. Nur so können auch konkrete rechtliche, administrative und finanzielle Hemmnisse identifiziert werden. Nur so kommt man schließlich zu konkret formulierten Rahmenbedingungen künftiger Formen der Daseinsvorsorge.

Das in diesem Beitrag aus dem Positionspapier der ARL Hannover Nr. 77 zitierte Programm: „Umbau und nachhaltige Entwicklung von peripheren Regionen“ ist bislang nur ein Vorschlag – leider. Integrierte Konzepte, die anpassen und gegensteuern sollen, erfordern jedoch eine passende, also eine integrierende Förderkulisse, deren Schaffung jetzt ein dringendes Erfordernis ist und die ab 2014 Realität sein könnte. Das Städtenetz Altmark und viele Akteure unterstützen eine solche integrierende Förderstrategie.

Die im Rahmen der IBA 2010 hier in Sachsen–Anhalt angestoßenen Prozesse müssen unbedingt fortgesetzt werden. Die Altmark ist dabei, denn sie soll auch in Zukunft eine lebenswerte Region sein. Die Vision einer „**Kernigen Altmark**“ verdient einfach eine Chance!

### Autor:

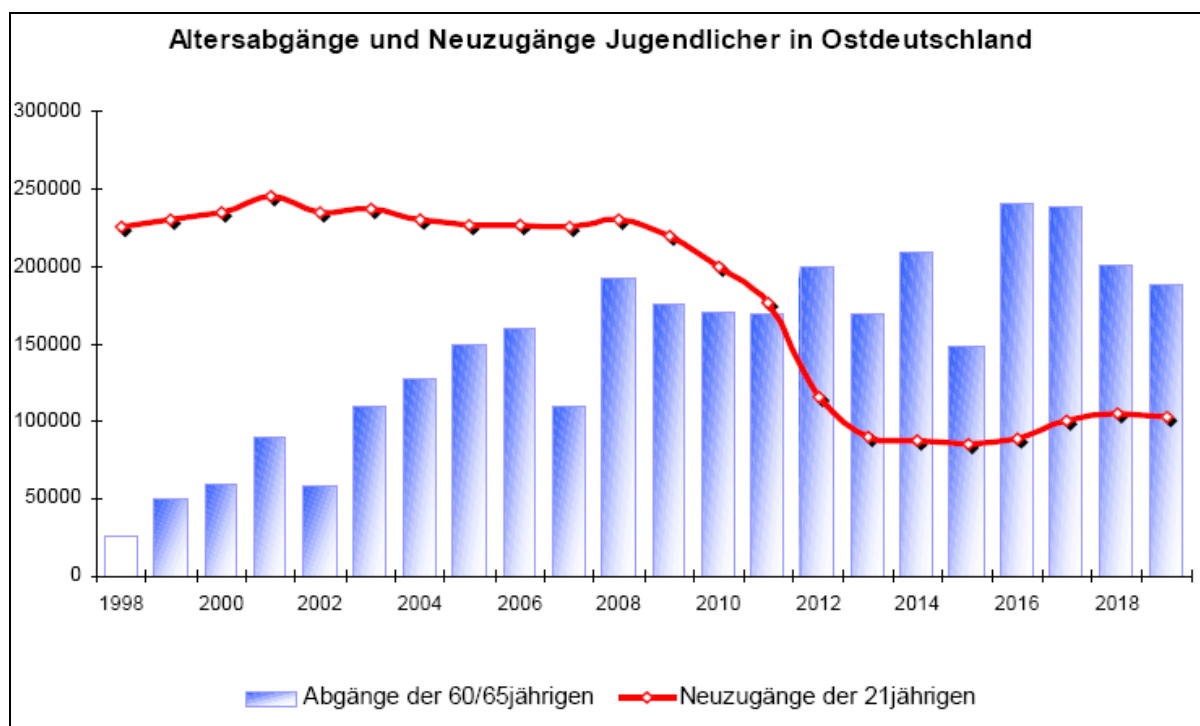
Dirk Michaelis  
Landkreis Stendal Bauordnungsamt  
[dirk.michaelis@landkreis-stendal.de](mailto:dirk.michaelis@landkreis-stendal.de)

Sabine Löser

## Berufsorientierung - eine Antwort auf Fachkräftemangel und demografischen Wandel<sup>1</sup>

### 1. Einleitung

Die Zahlen der Demografen sind bekannt: Im Jahr 2020 kommen auf einen Rentner in Deutschland sieben, 2040 sogar nur noch vier jüngere Personen im erwerbsfähigen Alter. Setzt man heutige Maßstäbe an, sind dann lediglich noch vier im Jahr 2020 beziehungsweise zwei im Jahr 2040 berufstätig. Für die ostdeutschen Länder, darunter Brandenburg, wird ein noch ungünstigeres Verhältnis prognostiziert. In Abbildung 1 wird diese Entwicklung anhand der Altersabgänge und Neuzugänge veranschaulicht.



Quelle: Landesarbeitsamt Sachsen 2006

### Abbildung 1

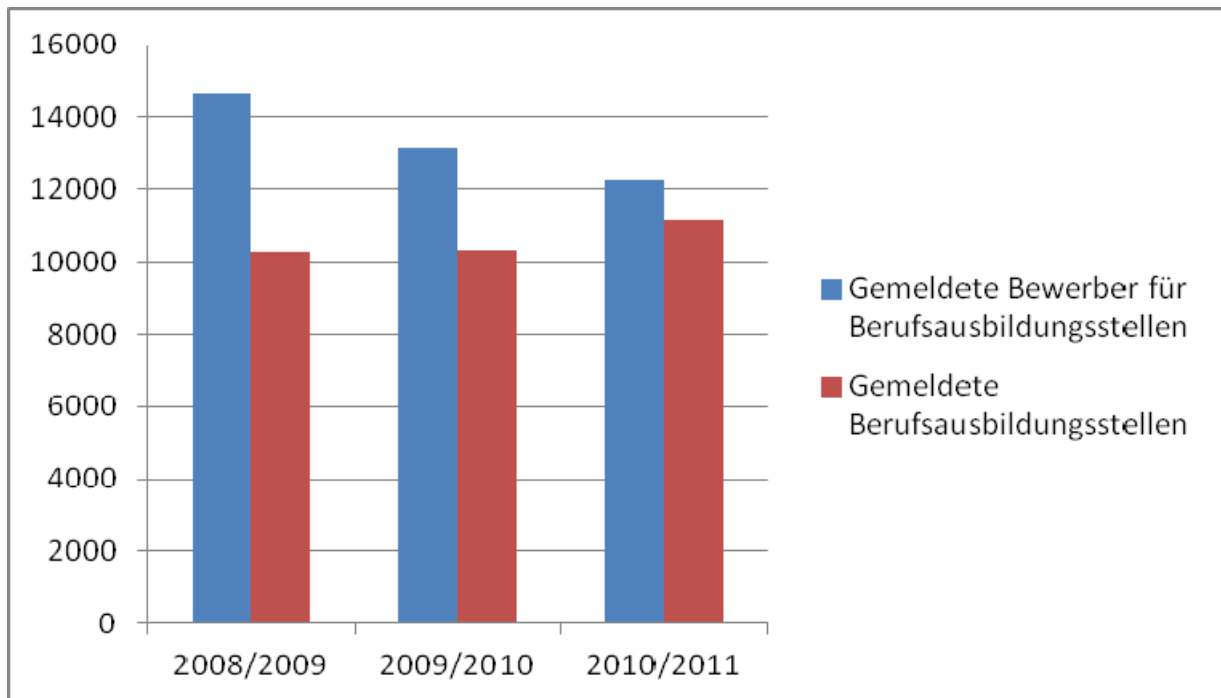
#### Entwicklung der Altersabgänge und Neuzugänge in Ostdeutschland

Nach dem jahrelangen Ausbildungsstellenmangel zeigt sich infolge des Geburteneinbruchs nach der politischen Wende in allen neuen Ländern ein neues Bild. Das Angebot an Lehrstellen und die Zahl der Schulabgänger haben sich in den letzten Jahren deutlich angenähert. Abbildung 2 verdeutlicht diese Entwicklung. Theoretisch könnte heute jedem Jugendlichen eine Lehrstelle vermittelt werden. Praktisch lassen sich jedoch starke regionale Disparitäten erkennen, Lehrstellen bleiben unbesetzt und noch immer bleiben zu viele Jugendliche ohne Lehrvertrag oder brechen die Lehre ab. Angesichts dieser Tatsachen und der gerade im Land Brandenburg noch zu hohen Zahl junger Arbeitsloser – nämlich mehr als 16.000 unter den 20- bis 24-Jährigen im Jahr 2009<sup>2</sup> – ist die Integration dieser jungen Menschen auf dem Brandenburger Arbeitsmarkt und eine verbesserte Berufsorientierung dringend geboten.

<sup>1</sup> Das Projekt wird durch das Ministerium für Arbeit, Soziales, Frauen und Familie aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds und des Landes Brandenburg gefördert. Europäischer Sozialfonds - Investition in Ihre Zukunft

<sup>2</sup> Quelle: Fachkräfteinformationssystem der LASA Brandenburg GmbH





Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit, Bewerber und Berufsausbildungsstellen, Nürnberg Juni 2011; eigene Darstellung

### Abbildung 2 Ausbildungsstellenmarkt im Land Brandenburg

Die Ursache für die nicht unbedeutende Zahl junger Arbeitsloser in Brandenburg mag sicher dem Transformationsprozess in Ostdeutschland und der vergangenen Wirtschaftskrise geschuldet sein. Doch die ist es nicht allein. Ursächlich sind auch mangelnde Informationen über den Arbeitsmarkt, irrtümliche oder falsche Vorstellungen vom Ausbildungsberuf, fehlendes Wissen über die tatsächliche Bandbreite von Berufen und deren Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt überhaupt<sup>3</sup>. Die Folge: abgebrochene Ausbildung, weil sie nicht wirklich eigenen Interessen und Neigungen entspricht, oder keinen Arbeitsplatz nach erfolgreichem Abschluss, weil im gewählten Beruf kein Bedarf besteht. Letzteres führt zur Abwanderung junger Fachkräfte dahin, wo Arbeitsplätze entsprechend der Ausbildung angeboten werden. Zudem beklagt die Wirtschaft bei einem Teil der Schulabgänger eine mangelnde Ausbildungsreife, was die Erlangung eines Berufsabschlusses ebenso behindert. Andererseits stehen auch die Unternehmen in der Verantwortung, die selbst nicht ausbilden wollen.

Das Land Brandenburg hat frühzeitig auf die sich abzeichnende Entwicklung reagiert. Im Ergebnis einer 2005 erschienenen Studie zur Entwicklung der Fachkräftesituation und des zusätzlichen Fachkräftebedarfs rief das Ministerium für Arbeit, Soziales, Frauen und Familie (MASF) die Regionalbüros für Fachkräftesicherung (verlinken mit <http://www.lasa-brandenburg.de/Regionalbueros-fuer-Fachkraeftesicherung.707.0.html>) ins Leben, in die auch ein wissenschaftliches Fachkräftemonitoring eingebettet ist.

Die Regionalbüros sind an sechs Standorten im Land Brandenburg angesiedelt. Ihre wichtigste Aufgabe war zunächst, die Akteure vor Ort über die Entwicklung der Fachkräftesituation zu informieren, für die Problematik zu sensibilisieren und letztendlich Partner zu finden, mit denen gemeinsam dem sich abzeichnenden Fachkräftemangel entgegengetreten werden kann. Darüber hinaus galt es, ein regionales und landesweites Fachkräftemonitoring zu etablieren, um die Entwicklungen auf dem Brandenburger Arbeitsmarkt genauer in den Blick zu bekommen und kontinuierlich zu analysieren. Heute tragen die Regionalbüros zur Fachkräftesicherung bei Ansiedlungs- und Erweiterungsvorhaben in regionalen Wachstumskernen und in ausgewählten Branchen zur Stärkung der betrieblichen Ausbildungsbasis bei. Dafür initiieren und unterstützen die Regionalbüros regionale und branchenspezifische Netzwerke von Kommunen, Unternehmen, Wirtschaftsförderern, Arbeitsagenturen, Kammern

<sup>3</sup> Vgl.: Markus Höhne / Carsten Kampe / Daniel Porep / Anja Walter: Labour Market Monitoring as an Instrument of Vocational Orientation, in: Regional Monitoring Approaches for the Reduction and the Prevention of Youth Unemployment in Europe; München, Mering 2010

und Verbänden sowie Schulen und Hochschulen. Sie beraten kleine und mittlere Unternehmen (KMU) rund um das Thema Fachkräftesicherung und informieren über bestehende Fördermöglichkeiten. Auch die Übergänge Schule-Ausbildung und Ausbildung-Beruf – haben die Regionalbüros im Blick. Damit tragen sie den Handlungsempfehlungen der zweiten Fachkräftestudie Berlin-Brandenburg von 2010 Rechnung, die neben der Nachwuchssicherung durch betriebliche Ausbildung, der Profilierung der Hochschulen als Ausbildungseinrichtungen auch zur Erhöhung der Bildungsqualität und der Durchführung von Berufs- und Studienorientierung rät, um der Gleichzeitigkeit von Fachkräftebedarf und Arbeitslosigkeit entgegenzuwirken.

## 2. Arbeitsmarktbeobachtung als Instrument der Berufsorientierung

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des in die Regionalbüros eingebetteten Fachkräftemonitorings beobachten die Entwicklung des Arbeitsmarktes, der Bevölkerung, der Schüler- und Auszubildendenzahlen etc. Dafür werden statistische Zahlen ausgewertet und aufbereitet sowie eigene regionale und sektorale Daten erhoben. Neben der Mitwirkung bei der Erstellung von Trendanalysen zur Entwicklung von Angebot und Nachfrage an Fachkräften in ausgewählten Wirtschaftsbranchen (Branchenkompetenzfeldern und Clustern) trägt das Fachkräftemonitoring zur Durchführung und Auswertung von Umfragen in der Brandenburger Wirtschaft bei, um die Entwicklung des zukünftigen Fachkräftebedarfes messen zu können. Enge Kooperationen zu Fragen des Fachkräftemonitorings werden auch mit diversen Wirtschafts- und Arbeitsmarktakteuren gepflegt.

Die neuesten Erkenntnisse zum Fachkräftebedarf werden zusammengeführt, konsolidiert und in verschiedenen Formen – z. B. im internetgestützten Fachkräfteinformationssystem (FIS), in Publikationen, auf Tagungen und Workshops sowie durch die Teilnahme an Erfahrungsaustauschen - öffentlich gemacht.

Das Fachkräftemonitoring beobachtet auch, was in anderen Bundesländern und europäischen Staaten vor sich geht, und ist im European Network of Regional Labour Market Monitoring vernetzt mit dem Ziel, von anderen guten Beispielen zu lernen und diese Beispiele im Land zu propagieren.

### 2.1 Das Fachkräfteinformationssystem

Um die dabei erhobenen Fakten der Allgemeinheit zugänglich zu machen, hat das Fachkräftemonitoring schon im Jahr 2007 ein Fachkräfteinformationssystem (FIS) entwickelt, dass 2008 freigeschaltet worden ist. Dieses System ist ein Baustein, eine Wissensgrundlage, mit der – in Interaktion mit anderen Informationsträgern - eine handlungsorientierte Arbeitsmarktpolitik abgeleitet werden kann. Das Fachkräfteinformationssystem ermöglicht der Arbeitsmarktpolitik nicht nur gestaltende Maßnahmen abzuleiten, sondern dient auch als Instrument, um regionale und sektorale Initiativen anstoßen und unterstützen zu können. Durch Struktur und Darstellung der Daten ergibt sich für den Nutzer eine beachtliche Differenzierungstiefe sowie die Möglichkeit, strukturprägende Veränderungen in der Entwicklung wahrzunehmen. Überdies stellt das Fachkräfteinformationssystem auch auf die Regionalen Wachstumskerne (RWK)<sup>4</sup> ab, einer nur für Brandenburg spezifischen Raumeinheit. Durch die Ausrichtung des Informationssystems auf die Brandenburger Arbeitsmarktbedingungen und die nutzerfreundliche Aufbereitung des Datenmaterials kann sich jeder Interessent selbst über die Entwicklungen im Fachkräftebereich ins Bild setzen.

Dazu tragen auch zusätzliche erläuternde Materialien sowie der öffentliche und einfache Zugang zu Arbeitsmarktinformationen des FIS über die LASA-Homepage bei.

Dank einer Überarbeitung des Fachkräfteinformationssystems ist es nunmehr noch besser möglich, sich mit wenigen Klicks über die Verhältnisse im Land, in ausgewählten Kreisen und den regionalen Wachstumskernen zu informieren. Im sogenannten Expertenzugang besteht die Möglichkeit, individuelle Auswertungen zu definieren und sich diese in bearbeitbaren Grafiken und Tabellen ausgeben zu lassen.

Die Beobachtung des Arbeitsmarktes sowie die Erfassung und Aufbereitung der dazu gehörenden Daten im Fachkräfteinformationssystem erlauben Prognosen für die Zukunft. So zum Beispiel, welche Berufe besonders von der Überalterung und damit verbundenen Verrentung der Belegschaften betroffen sind. Anhand der verfügbaren Daten lassen sich die berufsspezifische Arbeitsmarktlage, vorhan-

---

<sup>4</sup> Vom Land Brandenburg definierte Einzelgemeinden oder Gemeindezusammenschlüsse mit besonderem Wachstumspotenzial

dene Ausbildungsaktivitäten, der berufsspezifische Ersatzbedarf und daraus resultierende eigene Chancen auf dem Arbeitsmarkt einschätzen. Dies soll beispielhaft für den Beruf der Krankenschwester, des Krankenpflegers erläutert werden:

Die wohl klarste Aussage über berufsspezifische Beschäftigungschancen lässt sich aus der Gegenüberstellung von sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, Arbeitslosen und offenen Stellen ableiten. Tabelle 1 zeigt eine Auswertung des Fachkräfteinformationssystems für Krankenschwestern und -pfleger im Land Brandenburg für das Jahr 2009. Die Zahlen über offene Stellen und Arbeitslosen belegen, dass es in diesem Berufsbild kaum Arbeitskräftereserven gibt, d. h., die Arbeitsmarktlage ist aus Arbeitnehmersicht günstig, die Beschäftigungssituation hoch. Ein weiterer Abgleich mit den Ausbildungsaktivitäten in diesem Bereich sowie der Alterssituation beim medizinischen Pflegepersonal verdeutlicht die guten Chancen, nach Abschluss der Ausbildung auch einen Arbeitsplatz zu finden.

Beruf	Krankenschwestern, -pfleger, Hebammen*		Offene Stellen	Arbeitslose je 100 SV-Beschäftigte	Offene Stellen
	SV-Beschäftigte	Arbeitslose			
Krankenschwestern, -pfleger, Hebammen*	22038	268	210	1,2	1,0

\* Berufsordnung 853

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit, aufbereitet durch die LASA Brandenburg GmbH

#### **Tabelle 1:**

#### **Sozialversicherungspflichtig beschäftigte und arbeitslose Krankenschwestern, -pfleger und Hebammen sowie offene Stellen für dieses Berufsbild, 2009**

In Tabelle 2 ist die Entwicklung der Ausbildungsquote für die Krankenschwestern/-pfleger, Hebammen abgetragen, die den Anteil der Auszubildenden an allen sv-beschäftigten Krankenschwestern/-pflegern, Hebammen beschreibt. Im Jahr 2009 lag die Quote mit 7,85 % über dem Brandenburger Durchschnitt von 5,68%. Damit sind die Ausbildungsaktivitäten in diesem Bereich als leicht überdurchschnittlich einzuschätzen, die in den letzten Jahren aber zurückgegangen sind.

Jahr	Ausbildungsquote*		
	insgesamt	weiblich	männlich
2005	8,68	7,46	23,5
2006	8,66	7,33	23,91
2007	8,82	7,49	23,12
2008	8,32	7,06	21,13
2009	7,85	6,75	18,77

\* Anteil der Auszubildenden an allen sv-beschäftigten Krankenschwestern/-pflegern, Hebammen in %

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit, aufbereitet durch die LASA Brandenburg GmbH

#### **Tabelle 2**

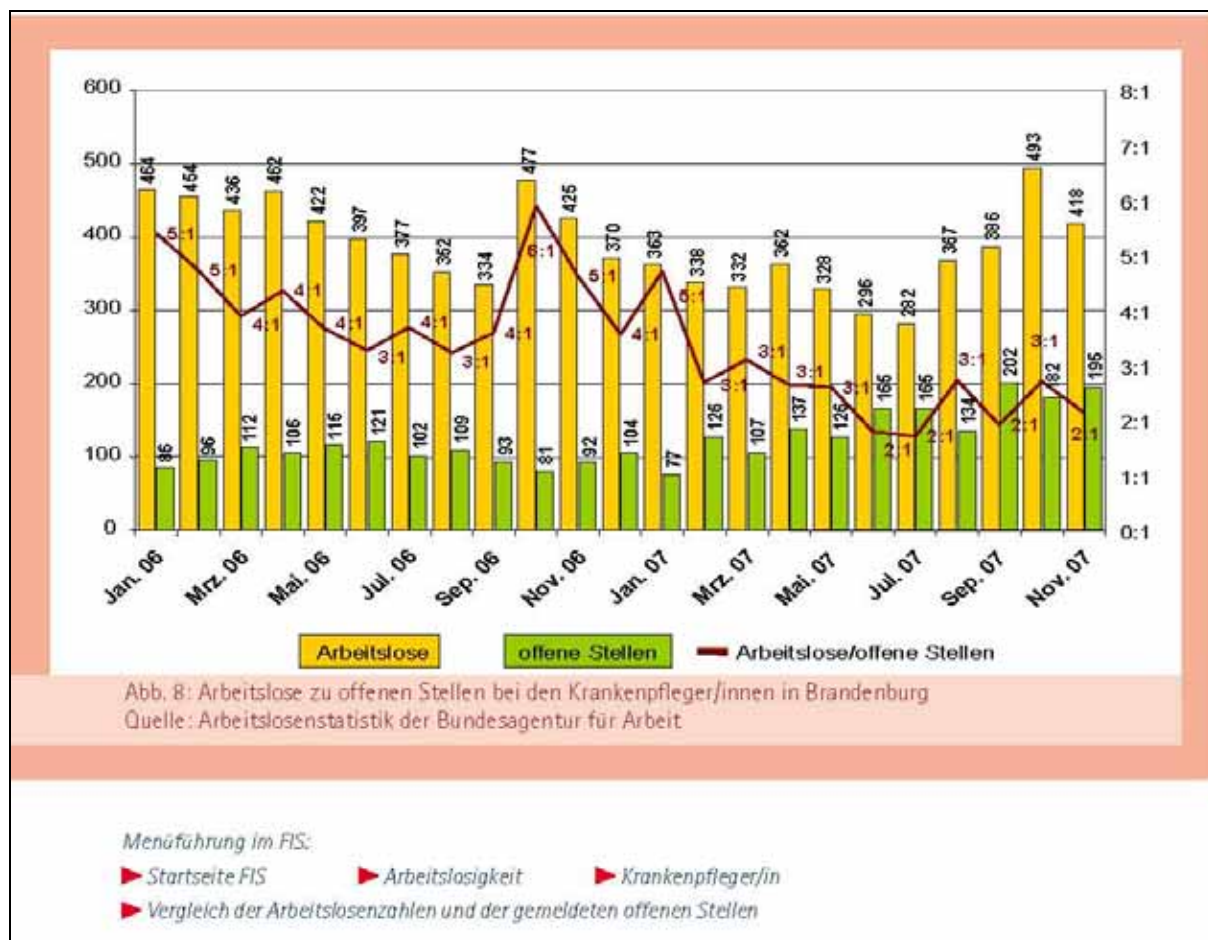
#### **Ausbildungsquote in der Berufsordnung 853 – Krankenschwestern/-pfleger, Hebammen im Land Brandenburg, 2009**

Auf diese Art und Weise kann sich der Nutzer zu fast jedem gängigen Beruf und jeder Region einen Überblick verschaffen. „Die Kenntnis der Arbeitsmarktstrukturen unterstützt Unentschiedene (Jugendliche, d. A.) dabei, Ausbildungsmöglichkeiten und -chancen zu identifizieren und damit den Einstieg ins Berufsleben gezielter zu planen. Wir gehen darüber hinaus davon aus, dass eine Vorstellung vom eigenen Berufsleben – zumindest einigen jungen Menschen – dabei hilft, sich auf dieses vorzubereiten, indem eigene Fähigkeiten gezielter entwickelt werden. Wer für sich Beschäftigungschancen sieht und eine Vorstellung von der eigenen Zukunft entwickelt, ist vermutlich motivierter, wenn es darum geht, ausbildungsrelevante Qualifikationen (Schulabschlüsse bzw. bestimmte schulische Leistungen) zu erwerben und sich notwendige Kompetenzen (soziale Verhaltensweisen) anzueignen.“ (vgl. Höhne et al. 2010)

## 2.2. Die LASA-Praxishilfe Nr. 18

Doch gerade unentschlossene junge Menschen, die sich gar nicht oder kaum mit ihrer beruflichen Zukunft beschäftigen, sind diesbezüglich auf Hilfe durch ihre Eltern und Lehrer angewiesen. Weil die Kommunikation der Arbeitsmarktstrukturdaten an Schüler, Eltern und Lehrer dabei eine große Herausforderung darstellt und um dieser Gruppe die Arbeit mit dem Fachkräfteinformationssystem zu erleichtern, haben die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Fachkräfteinformationssystems die Praxishilfe Nr. 18 „BRANDENBURG – Land mit Zukunft, Chancen auf dem Arbeitsmarkt“ herausgegeben, die nach Abschluss der Dynamisierung des FIS im Jahr 2010 im Folgejahr angepasst und aktualisiert wird.

Die Praxishilfe erläutert nicht nur, wie sich die Leserinnen und Leser einen Überblick über den Brandenburger Arbeitsmarkt und dessen Branchen und Berufe verschaffen können. Sie informiert auch über demografische Entwicklungen als Indikator für den Fachkräftebedarf und erklärt den Zusammenhang zwischen Schulabgänger- und Ausbildungsbewerberzahlen.



**Abbildung 3**  
Beispielauswertung aus LASA-Praxishilfe

Anhand konkreter Beispiele, deren erläuternder Interpretation und aufgezeigter Menüführung wird auch dem Laien ermöglicht, sich in den statistischen Auswertungen des FIS zurechtzufinden. Abbildung 4 ist eine Beispielauswertung der Praxishilfe. Nicht zuletzt gibt die Praxishilfe auch Hinweise zu weiterführenden Informationen über Berufsbilder, Studiengänge und – besonders wichtig – zu Institutionen, die die eigene Interessenlage, Kompetenzen und Fähigkeiten einschätzen helfen.

Datenerhebung, Auswertung und Aufbereitung sind die eine Seite der Arbeitsmarktbeobachtungen. Die Entwicklung und Überarbeitung des Fachkräfteinformationssystems nebst der Herausgabe einer erläuternden Praxishilfe eine andere, die dem großen Bereich der Kommunikation des Datenmaterials zuzuordnen ist. Betrachten wir nun die weiteren Konsequenzen, die sich für die Berufsorientierung ergeben.

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter setzen ihre Erkenntnisse aus dem Arbeitsmarktmonitoring und den Unternehmensbefragungen regelmäßig in wissenschaftlichen Studien um, die über Branchenstrukturen, künftige Fachkräftebedarfe sowie die Aus- und Weiterbildungssituation informieren und daraus Empfehlungen für die Wirtschaft ableiten, um Fachkräfte zu halten bzw. den Nachwuchs zu informieren.

Dazu gehört beispielsweise das Übergangsmangement, mit dessen Hilfe die Berufsvorbereitung optimiert und die Zahl der Ausbildungsabbrecher reduziert werden soll. Dafür sind notwendigerweise viele Partner ins Boot geholt worden, u.a. die Schulämter und Schulen, regionale Arbeitsagenturen und Kammern. Auch das Betreuungssystem für die nächsten Generationen von Schulabgängern ist auf dem Prüfstand. Alle Akteure sind sich einig, dass die konkrete Betreuung vor Ort, und da eben auch mit der Unterstützung der Regionalbüros für Fachkräftesicherung und der entsprechenden Netzwerke, erfolgen soll.

Die Aufbereitung von Arbeitsmarktwissen, Informationen zu Berufen und Ausbildungswegen sowie Erkenntnisse über zukünftig besonders nachgefragte Berufe müssen über vielerlei Kanäle an die Adressaten gebracht werden. Diese sind nicht nur Schüler, Eltern und Lehrer, sondern auch Kammern und Verbände als Multiplikatoren.

Weil ein Ranking zukünftig besonders nachgefragter Berufe gerade unentschlossenen jungen Menschen bei der Berufswahl helfen kann, haben die Regionalbüros für Fachkräftesicherung im Auftrag des Ministeriums für Arbeit, Soziales, Frauen und Familie für das Schuljahr 2010/2011 erstmals einen berufsorientierenden Schülerkalender erarbeitet, der - sehr zielgruppenspezifisch aufbereitet - bei der Berufswahl helfen soll.

### 3. Berufsorientierender Schülerkalender

In diesem Kalender werden 47 Berufe und 17 Branchen vorgestellt, die nach entsprechenden Auswertungen des Fachkräftemonitorings und der Regionalbüros ausgewählt worden sind. In jugendgerechten Comics sind wesentliche Eckpunkte der Berufe und Branchen genannt und erste, weiterführende Links zum beschriebenen Beruf und dem dazugehörigen Ausbildungsweg angegeben (vgl. Abb. 4).

Damit sollen die kommenden Auszubildenden und Studenten gezielt für die Ausbildung in künftig besonders benötigten Berufen interessiert werden. Informationen über generelle Ausbildungswege, Studienmöglichkeiten im Land Brandenburg sowie Tipps zur richtigen Bewerbung werden durch einschlägige Messetermine und viele Links für die eigene Suche im Internet ergänzt. Darüber hinaus sind weitere Hilfen für die Berufswahl und Möglichkeiten der finanziellen Ausbildungsförderung benannt. Der Kalender wurde an die Oberstufen der staatlichen Brandenburger Schulen ausgeliefert und fand viel Resonanz bei den Schülerinnen und Schülern. Auch die Lehrerschaft sieht in diesem Medium eine gute Arbeitshilfe für die schulische Berufsorientierung.



**Abbildung 4**  
Das Beispiel Forstwirt/-in im berufsorientierenden Schülerkalender

In diesem Jahr haben die Regionalbüros für Fachkräftesicherung einen weiteren Schülerkalender auf den Weg gebracht, mit neuen Berufsbildern, Brancheninformationen und etwas aufwändiger gestaltet. Obgleich es kein statistisches Material darüber gibt, inwieweit diese Form der Berufsorientierung Einfluss auf Ausbildungsentscheidungen nimmt, ist der Kalender in jedem Fall ein gelungener Anreiz für die jungen Leute, sich mit ihrer beruflichen Zukunft auseinanderzusetzen und ein wichtiges Werkzeug in der Berufsorientierung.

#### 4. Berufsorientierung in den Regionen

Darüber hinaus gehen die Erkenntnisse der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Monitorings über zukünftig besonders nachgefragte Berufe auch an die Regionalbüros für Fachkräftesicherung, die dieses Wissen vor Ort in der Netzwerkarbeit einsetzen. Es gibt viele Netzwerke im Land Brandenburg, die sich mit der Fachkräftesicherung generell beschäftigen oder gerade das Übergangsmanagement – und damit auch die Berufsorientierung – zum Thema haben. Als Beispiel sei insbesondere das Netzwerk Zukunft Schule + Wirtschaft für Brandenburg e.V. genannt, dessen vordringliche Aufgabe darin besteht, Schulen, Hochschulen, die Wirtschaft und weitere Partner miteinander zu vernetzen, um die Ausbildungsfähigkeit und damit die Zukunftschancen der Brandenburger Schülerinnen und Schüler zu erhöhen. Zu den Aktivitäten des Netzwerkes gehören die im ganzen Land tätigen regionalen Arbeitskreise Schule + Wirtschaft, Kampagnen wie Eltern als Berufsberater, Schüler-Ingenieur-Akademien und viele andere Kooperationsprojekte. Alle Regionalbüros sind in die regionalen Arbeitskreise Schule + Wirtschaft eingebunden.

Anschauliche Berufsorientierung bietet das Netzwerk Schule + Wirtschaft gemeinsam mit Partnern in jährlichen regionalen und thematischen Berufsorientierungstourneen (BOT). Die Tourneen finden in Unternehmen, Hochschulen und anderen Bildungseinrichtungen statt, wobei Lehrkräften, Multiplikatoren und Berufsberatern verschiedene Branchen und dazugehörige Berufe vorgestellt werden. Das Besondere dabei: Die Auszubildenden kommen zu Wort und erzählen über ihre Ausbildung und Arbeit.

Die Regionalbüros leisten dabei regional unterschiedlich Unterstützung: Sie informieren zum Beispiel die Veranstalter über Betriebe mit Fachkräfteproblemen, um gerade diese Firmen in die Tourneen einzubeziehen. Sie begleiten und beraten den Ablauf, erstellen zum Teil Konzepte für die BOT und binden andere Netzwerke mit ein. Auch ganze Branchen mit Arbeitskräftesorgen werden auf diesem Wege in den Blick genommen und entsprechende BOT konzipiert. Die IHK Cottbus als Mitglied eines regionalen Arbeitskreises Schule + Wirtschaft hat außerdem für ihre Webseite das Portal [www.berufsorientierung-brandenburg](http://www.berufsorientierung-brandenburg) entwickelt und ist dabei von den Mitgliedern des Arbeitskreises begleitet worden. Das Portal ist zwischenzeitlich mit dem Fachkräfteinformationssystem der LASA Brandenburg GmbH verlinkt und mit einer Nutzeranleitung ausgestattet, so dass sich Lehrer mit dem Programm vertraut machen können.

Bei den überall im Land abgehaltenen Messen zur Aus- und Weiterbildung sind die Regionalbüros vor Ort, um sich einen Überblick über ausstellende Unternehmen zu verschaffen, Kontakte zu ihnen zu knüpfen und gegebenenfalls Unterstützung zu leisten. Die Erkenntnisse, die unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus solchen Messebesuchen ziehen, finden oft Eingang in die Vorbereitung der nächsten Messen. Und immer wieder geht es darum, die Akteure im Interesse einer guten Berufsorientierung an einen Tisch zu bringen.

Neben solch konkreten Maßnahmen im Netzwerk Schule + Wirtschaft geben die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Regionalbüros nicht nur ihre Erfahrungen aus der Mitarbeit in anderen Netzwerken weiter, sondern stellen auch neue Kontakte her. Bei auftretenden Problemen unterstützen sie den Lösungsprozess und haben beratende Funktion. Es kommt aber auch immer wieder einmal vor, dass die Regionalbüros vermitteln müssen, wenn die Interessenlage der beteiligten Akteure allzu konträr ausfällt, damit die Berufsorientierung der Jugend im Focus bleibt.

Das Brandenburger Ministerium für Arbeit, Soziales, Frauen und Familie sowie das Ministerium für Bildung, Jugend und Sport haben die Notwendigkeit der beruflichen Orientierung für Jugendliche schon frühzeitig erkannt und ihre diesbezüglichen Aktivitäten verstärkt, indem sie beispielsweise den Zukunftstag in Brandenburg, die Kampagne „Komm-auf-Tour“ und die Herausgabe des berufsorientierenden Schülerkalenders unterstützen.



## 5. Fazit und Ausblick

Bevor die Regionalbüros für Fachkräftesicherung im Jahr 2006 ihre Arbeit aufnahmen, war die heute praktizierte, landesweite Berufsorientierung für Schülerinnen und Schüler noch kein Thema. Alle jetzigen Aktivitäten in diesem Bereich sind also auch der guten und engagierten Arbeit der Regionalbüros und dem eingebetteten Fachkräftemonitoring zu danken. Zahlenmäßig ist der Erfolg nicht messbar: Es gibt keine Erhebungen dazu, ob und wie viele Schulabgänger unter dem Einfluss von Berufsorientierungstournee, Schülerkalender oder Nutzung des Fachkräfteinformationssystems ihre Ausbildungsentscheidung getroffen haben. Eine fundierte Berufsorientierung und ein funktionierendes Übergangsmanagement tragen mit Sicherheit dazu bei, Schulabgängern einen reibungslosen Wechsel in die Berufsausbildung zu ermöglichen, wenn sie auf Ausbildungen orientieren, die den Interessen und Neigungen der Schülerinnen und Schüler entsprechen und eine Etablierung auf dem Arbeitsmarkt zulassen. Auch die Zahl der Ausbildungsabbrecher lässt sich dadurch senken.

Wichtig hierbei ist eine noch bessere Zusammenarbeit der Schulen mit der Wirtschaft und deren Verbänden und anderen Akteuren. Dabei gilt es, mehr Transparenz in den vielfältigen Angeboten herzustellen und die Kommunikation zwischen den Akteuren sowie zwischen Akteuren und Zielgruppen zu optimieren. Ebenso bedeutungsvoll ist die Bereitschaft der Schulen und ihrer Lehrkräfte, sich mit den Angeboten zur Berufsorientierung für Schüler zu beschäftigen und diese in den Unterricht zu integrieren. Gerade in diesem Bereich bieten die Berufsorientierungstourneen jährlich auch Weiterbildungen für das Lehrpersonal an. Ergänzend haben die Regionalbüros für Fachkräftesicherung FIS-Schulungen für Lehrkräfte im Repertoire.

Wir müssen die Schülerinnen und Schüler erreichen und dazu bewegen, sich mit ihren Interessen und Vorstellungen von ihrer beruflichen Zukunft zu beschäftigen. Je genauer ein junger Mensch weiß, wo seine Stärken liegen und was er davon beruflich einsetzen will, desto besser kann er beraten werden, desto größer ist seine Chance, in dem gewählten Beruf glücklich zu werden. Denn die Entscheidung für einen Beruf wirkt sich auf viele Jahrzehnte des späteren Lebens aus.

### Autorin:

Sabine Löser  
LASA Brandenburg GmbH  
Regionalbüros für Fachkräftesicherung Brandenburg  
[sabine.loeser@lasa-brandenburg.de](mailto:sabine.loeser@lasa-brandenburg.de)

*Antje Schmerbauch*

## **Thüringer Netzwerk Demografie.**

### **Ein regionales Supportsystem für kleine und mittlere Unternehmen**

#### **Ausgangssituation**

Thüringen ist neben Sachsen-Anhalt eines der Bundesländer, die vom demografischen Wandel am stärksten betroffen sind und auch zukünftig sein werden. Neben der gesellschaftspolitischen Umgestaltung, die der Transformationsprozess der 1990er Jahre mit sich gebracht hat, stehen die gravierenden Veränderungen in der Bevölkerungsstruktur, die in den letzten 20 Jahren in den neuen Bundesländern zu beobachten waren. Das Einbrechen der Geburtenzahlen und immense Abwanderungsbewegungen sind die hauptsächlichen Ursachen dafür, dass die Menschen im Osten immer weniger, und gleichzeitig auch immer älter wurden und werden:

Im Bundesland Thüringen ging die Bevölkerung von 1990 bis 2009 von 2,6 Mio. Menschen um ca. 350.000 Personen zurück (-13,8 %). Bis zum Jahr 2030 prognostizieren die Statistiker dem Freistaat einen weiteren Bevölkerungsrückgang um 18,1 % auf dann 1,8 Mio. Menschen. Betrug das Durchschnittsalter der Thüringer 1990 noch 37,9 Jahre, kletterte es bis zum Jahr 2009 auf 45,6 Jahre und wird bis zum Jahr 2030 auf 51,4 Jahre ansteigen.

Noch dramatischer verlaufen die Entwicklungen, wenn Teilausschnitte der Bevölkerung betrachtet werden, z. B. das Erwerbspersonenpotenzial. Nach den Ergebnissen der 11. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung des Bundes und der Länder könnte die Zahl der Erwerbspersonen in Thüringen - unter der Annahme einer gleichbleibenden Erwerbsbeteiligung - im Zeitraum zwischen 2005 bis 2030 um ein Drittel zurückgehen. Der Anteil der 50-jährigen und älteren Erwerbspersonen an allen Erwerbspersonen steigt von 27,1 % im Jahr 2005 auf 37,4 % im Jahr 2020, um dann wieder leicht zurückzugehen (33 % im Jahr 2030).<sup>1</sup>

Der demografische Wandel wird die Gesellschaft in nahezu allen Bereichen verändern. Auch die Wirtschaft wird angesichts der genannten Zahlen verschiedene Herausforderungen zu meistern haben. Geringerer Nachwuchs und alternde Belegschaften erfordern neue Impulse für zukunftsorientierte Unternehmensstrategien. Eine zielgerichtete Personal- und Unternehmenspolitik, die darauf setzt, die Arbeits- und Leistungsfähigkeit der Mitarbeitenden zu fördern und möglichst lange zu erhalten, spielt dabei eine wichtige Rolle. Schon heute ist es wichtig, langfristig zu denken und präventiv wirkende Strategien im Personalmanagement zu etablieren.

Die Wirtschaftsstruktur Thüringens ist größtenteils von Kleinstunternehmen sowie von kleinen und mittleren Unternehmen geprägt. Im Jahr 2007 waren in Thüringen insgesamt 98.606 Unternehmen registriert. Davon entfielen etwa 88 % auf die Betriebsgrößenklasse "bis 9 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte", 9,1 % auf die Betriebsgrößenklasse "bis 49 Beschäftigte", und nur 0,3 % der Unternehmen auf die Betriebsgrößenklasse "über 250 Beschäftigte".<sup>2</sup> Aus dieser Kleinteiligkeit der Thüringer Wirtschaft leitet sich ein besonderer Förder- und Unterstützungsbedarf ab, da die kleinen Unternehmen in der Regel nicht über eine eigene Personal- und Organisationsentwicklung verfügen.

#### **Genese des Thüringer Netzwerks Demografie**

Die Förderstrukturen des Bundes und des Landes sowie der Europäischen Union trugen und tragen diesem Umstand durch eine Vielzahl von Förderprogrammen insbesondere für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) Rechnung. Die Folge davon war eine "blühende Projektlandschaft", in der in Thüringen zur gleichen Zeit an unterschiedlichen Orten ähnlich gelagerte Projekte durchgeführt wurden, ohne dass im Rahmen des geforderten Transfers ein tatsächlicher Austausch unter den Akteuren stattfand und eine entsprechend nachhaltige Wirkung der Projekte erreicht wurde - darunter auch zahlreiche Projekte, die demografierelevante Arbeitsschwerpunkte innehatten. Aus der gemeinsamen Wahrnehmung dieses Mangels heraus haben sich im Jahr 2006 Träger von demografieorientierten Projekten in Thüringen mit der Zielstellung zusammengefunden, zukünftig stärker in Erfahrungsaustausch zu treten und langfristig Projekte kooperativ und koordiniert umzusetzen. Aus diesem Initiativ-

<sup>1</sup> Vgl. Statistische Ämter des Bundes und der Länder (2009): Demografischer Wandel in Deutschland. Heft 4: Auswirkungen auf die Zahl der Erwerbspersonen, Stuttgart, Seite 68ff.

<sup>2</sup> Vgl. Thüringer Landesamt für Statistik, online unter: <http://www.tls.thueringen.de/seite.asp?aktiv=dat01&startbei=datenbank/default2.asp>, Download am 16. Juli 2010.

kreis, der sich aus Vertreterinnen und Vertretern der Sozialpartner, der Wissenschaft, der Kammern und Verbände sowie Bildungsinstitutionen etablierte, entstand das TND - Thüringer Netzwerk Demografie. Das Netzwerk wird seit Sommer 2008 vom Thüringer Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Technologie mit Mitteln des Europäischen Sozialfonds gefördert.

### **Ziele des Thüringer Netzwerks Demografie**

Aus dem anfänglichen Erfahrungsaustausch entwickelte sich schnell das weiterführende gemeinsame Interesse, das Thema "Demografie, Wirtschaft, Arbeit" strategisch weiterzuentwickeln. Das übergeordnete Ziel, die Wirtschaft Thüringens, insbesondere kleine und mittlere Unternehmen bei der Vorbereitung auf den demografischen Wandel zu unterstützen, wurde folglich in Teilziele differenziert, die nunmehr von sechs Teilprojekten bearbeitet werden. Die Teilprojekte sind konzeptionell aufeinander abgestimmt. Die jeweiligen Projektziele, die eingesetzten Methoden und die zu entwickelnden Instrumente bzw. Curricula sind miteinander verzahnt, ergänzen sich gegenseitig und münden schließlich in den netzwerkübergreifenden Transfer.

Durch die Arbeit des Netzwerkes

- werden Unternehmen und regionale Akteure über die aktuellen demografischen Entwicklungen informiert und für die damit verbundenen Herausforderungen sensibilisiert,
- wird darauf hingewirkt, die Beschäftigungsquoten Älterer unter Beachtung der ESF-Querschnittsziele mittelfristig zu steigern, entsprechende Formen demografiebezogener Personalentwicklungselemente zu fördern und demografisch bedingte Beschäftigungsrisiken zu antizipieren,
- werden Unternehmen bei der Fachkräftesicherung und der Bindung von Personal unterstützt,
- werden Bildungsträger darin unterstützt, ihre Bildungsangebote und Geschäftsprozesse an die sich verändernde Kundenstruktur und deren Lernbedürfnisse auf Basis wissenschaftlich fundierter Forschungen methodisch und didaktisch anzupassen,
- werden Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer für die Auswirkungen des demografischen Wandels auf der individuellen Ebene sensibilisiert und unterstützt,
- wird die öffentliche Diskussion über die Sensibilisierung für die Auswirkungen des demografischen Wandels, der Erfahrungsaustausch und der Transfer von Best-Practice gefördert.

In der nachfolgenden Tabelle sind die Wirkungsfelder und Zielgruppen des Thüringer Netzwerks Demografie überblicksartig dargestellt:

**Wirkungsfelder und Zielgruppen des Thüringer Netzwerks Demografie**

	<b>Wirkungsfelder</b>	<b>Zielgruppen</b>
<b>Gesellschaft</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Verbesserungen im strukturellen Umgang mit dem demografischen Wandel in Thüringen</li> <li>▪ Gesamtgesellschaftliche Sensibilisierung</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Politische Akteure</li> <li>▪ Intermediäre und Multiplikatoren aus allen gesellschaftlichen Bereichen</li> </ul>
<b>Wirtschaft</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Stärkung der Anpassungs- und Wettbewerbsfähigkeit von KMU</li> <li>▪ Sensibilisierung für den demografischen Wandel</li> <li>▪ Aufbau eines demografiefesten Personalmanagements in KMU</li> <li>▪ Förderung zielgruppenattraktiver Personalentwicklung</li> <li>▪ Sensibilisierung und Unterstützung für Handwerksunternehmen für demografiebezogene Problematiken im Spannungsfeld von Existenzsicherung bis hin zum Ausbau der Unternehmensstrukturen</li> <li>▪ Netzwerkorientierte Kompetenzentwicklung für und mit Ingenieuren und Hochschulabsolventen zur Sicherung und Stärkung von Beschäftigung- und Wettbewerbsfähigkeit in der Region</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Geschäftsführende</li> <li>▪ Personalmanagement</li> <li>▪ Führungskräfte aus dem oberen und mittleren Management</li> <li>▪ Fach- und Führungskräfte in Thüringer Handwerksunternehmen, insbesondere aus den Bereichen erneuerbare Energien, Sanitär, Heizung, Klima (SHK) und Elektrotechnik</li> <li>▪ angestellte, freiberufliche sowie künftige Ingenieure verschiedener Generationen und Tätigkeitsfelder, Hochschulabsolventen aus ingenieurtechnischen Fachrichtungen</li> </ul>
<b>Bildung</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Unterstützung von Bildungsträgern bei der Qualitätsverbesserung ihrer Weiterbildungsangebote durch Steigerung ihrer didaktischen Kompetenzen im Hinblick auf die Zielgruppe der älteren Teilnehmerinnen und Teilnehmer (alternsgerechte Weiterbildung)</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Lehrende und Führungskräfte bei regionalen Bildungsträgern</li> </ul>
<b>Beschäftigte</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Erhalt der Arbeitsfähigkeit und Förderung der Entwicklungspotenziale der Beschäftigten aller Altersgruppen</li> <li>▪ Einbeziehung der Interessen von Arbeitnehmer/innen bei der Planung und Gestaltung der Personalentwicklung für alternde Belegschaften</li> <li>▪ Erhöhung der Motivation und eine stärkere Beteiligung von älteren Beschäftigten an der Weiterbildung</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Betriebs- und Personalräte</li> <li>▪ Beschäftigte jeder Altersgruppe</li> </ul>

Um diese Ziele umsetzen zu können, agiert das Thüringer Netzwerk Demografie auf unterschiedlichen Arbeitsebenen, die im Folgenden vorgestellt werden.

## **Struktur des TND**

Das Thüringer Netzwerk Demografie arbeitet auf vier Ebenen. Den Kern des Netzwerkes bildet der Initiativkreis, durch den die im Folgenden vorgestellten Teilprojekte bearbeitet werden:

### ***Teilprojekt "Demografiefeste Personalentwicklung" des BWTW e. V.***

Das Teilprojekt "Demografiefeste Personalentwicklung" des Bildungswerks der Thüringer Wirtschaft e. V. unterstützt Thüringer Unternehmen dabei, ihre Personalarbeit an die Herausforderungen des demografischen Wandels anzupassen. Dazu wurden zwei Produktlinien entwickelt: In der 30-stündigen Weiterbildungsreihe zum/zur "Betrieblichen Demografieberaterin/ zum betrieblichen Demografieberater" sowie durch thematische Workshops werden betriebsinterne Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für das Thema demografischer Wandel sensibilisiert und lernen, geeignete Strategien zu entwickeln.

### ***Teilprojekt "WERTERHALT" der Eichenbaum GmbH***

Das Wissen, die Kompetenzen und die Erfahrungen älterer Beschäftigter stehen beim Teilprojekt "WERTERHALT" der Eichenbaum GmbH im Vordergrund. Anhand von Curricula wird gezeigt, wie der intergenerative Wissensaustausch gesteuert und organisiert werden kann. In Workshops und Seminaren lernen die Teilnehmenden, wie sie die Bedeutung von Wissen und Erfahrung sowie den Austausch darüber zum Bestandteil ihrer Arbeitsgestaltung und -bewältigung machen können. Wesentliche Themen dabei sind die Gestaltung von intergenerativen Wissensprozessen, Workshops zu internen Geschäftsprozessen, Seminare zur Stärkung sozialer und personaler Kompetenzen in altersgemischten Teams sowie zu arbeitsorganisatorischen Aspekten.

### ***Teilprojekt "Demografieorientierte Transferstelle für das Handwerk" der HWK Erfurt***

Die Aufgabe der Transferstelle Demografie der Handwerkskammer Erfurt ist es, als Schnittstelle zu den Betrieben insbesondere auf die Lösung von in sich verbundenen Problemfeldern hinzuwirken, die der demografische Wandel mit sich bringt. Dabei fungiert der Koordinator der Transferstelle als Netzwerker zwischen den unterschiedlichen Einrichtungen, Partnern und Innovationsgebern.

Die Problemfelder, die durch die Angebote der Transferstelle bedient werden, sind insbesondere die Analyse der Altersstruktur der Mitarbeiter im Unternehmen, die Unternehmensnachfolge, die altersgerechte berufliche Weiterbildung sowie Fragen zur Existenzgründung, Unternehmensführung und Personalsicherung. Dabei liegt der Fokus insbesondere auf den Handwerksbetrieben, die ihre Schwerpunkte auf neue Märkte im Bereich der erneuerbaren Energien legen, maßgeblich die Gewerke Sanitär-Heizung-Klima und Elektrotechnik.

### ***Teilprojekt "IngNetz" der IWT - Institut der Wirtschaft Thüringens GmbH***

Vor dem Hintergrund des demografischen Wandels und seiner Folgen für den Arbeitsmarkt der Ingenieurbranche, bündelt IngNetz - als Generationennetzwerk - das vorhandene Ingenieurkapital, ermöglicht den Rahmen und Raum für informative Kommunikationsprozesse zu verschiedenen Themen, für den Wissens- und Erfahrungsaustausch zwischen Älteren und Jüngern sowie für die Bündelung verstreuter Kompetenzen zum Zwecke einer gemeinsamen Nutzung. IngNetz setzt dabei auf eine fachrichtungsübergreifende Zusammenarbeit von Ingenieuren jeglichen Alters und bindet zukünftige Ingenieure aus Hochschulen und weitere Ausbildungspartner ein. Ziel des gemeinsam mit der Ingenieurkammer Thüringen initiierten Projektes ist es, ein Netzwerk mit rund 15 Thüringer Ingenieuren/Ingenieurbüros aufzubauen. Handlungsfelder innerhalb des IngNetz sind dabei die Themenkreise

- Zusammenarbeit zwischen Hochschulen und Ingenieurunternehmen (Personalmarketing an Thüringer Hochschulen mit Ingenieurausrichtung),
- Demografischer Wandel und die Ingenieurertätigkeit (Auseinandersetzung mit dem demografischen Wandel auf die eigene Tätigkeit, Branche, Büro; Ideenentwicklung) und die
- Weiterbildung von betriebswirtschaftlichen und unternehmerischen Tätigkeiten (z. B. Marketing, Ressourcen- bzw. Fachkräfteteilung und Büroorganisation, Kooperationsmanagement).

**Teilprojekt "Gütesiegel: Demografieorientiertes Unternehmen" der TIBOR EDV-Consulting GmbH Thüringen**

Das Teilprojekt "Gütesiegel: Demografiefestes Unternehmen" zielt auf die Erhöhung der Sensibilität Thüringer Unternehmen, auf Methoden und Strategien zur Bewältigung des demografischen Wandels und auf dessen vorhersehbare Folgen ab. Mit dem Gütesiegel werden diejenigen Unternehmen ausgezeichnet, die auf die Folgen des demografischen Wandels und somit auf eine alters- und altersgerechte Personalentwicklung eingehen und die Motivation, Lern- und Leistungsfähigkeit ihrer Mitarbeitenden bis ins hohe Alter fördern und erhalten.

Im Rahmen der Auditierung wird die Betriebsorganisation im Hinblick auf die Erfüllung bestimmter Kriterien, Normen, Standards und Anforderungen überprüft. Mit der Verleihung des Gütesiegels wird dem Unternehmen bestätigt, dass es in angemessener Weise auf die veränderte Altersstruktur im Unternehmen reagiert und entsprechende Maßnahmen in verschiedenen Handlungsfeldern umsetzt. Das Gütesiegel kann zur Imagesteigerung des Unternehmens beitragen.

**Teilprojekt "Alternsgerechte berufliche Weiterbildung in Thüringen" der Universität Erfurt**

Ziel des Projektes ist es, in Kooperation mit regionalen Bildungseinrichtungen berufliche Weiterbildung für ältere Erwerbspersonen zielgruppengerecht auszubauen und zu gestalten. Hierdurch sollen interessierte Bildungseinrichtungen bei ihrer Angebotsgestaltung für die wachsende Zielgruppe älterer Weiterbildungsteilnehmender unterstützt werden. Mittelbar soll somit auch die betriebliche Personalpolitik zur Qualifizierung älterer Beschäftigter unterstützt und die Beschäftigungssituation von Erwerbspersonen im höheren Lebensalter durch verbesserte Zugangs- und Teilnahmechancen in der beruflichen Qualifizierung gefördert werden.

**Teilprojekt "Koordination und Transfer" des IWT - Institut der Wirtschaft Thüringens GmbH**

Das Institut nimmt alle Aufgaben im Zusammenhang mit dem Projektmanagement wahr, es ist für die gemeinsame Ziel- und Meilensteinplanung sowie die Terminsteuerung und Ergebniskontrolle verantwortlich.

Inhaltliche Arbeitsschwerpunkte sind die Planung und Umsetzung der zentralen Transferaktivitäten. Dazu gehört u. a. die Koordination der Zusammenarbeit mit den operativen und strategischen Partnern des Netzwerkes, die Publikation des TND-Infobriefes und weiterer Materialien zur Öffentlichkeitsarbeit, die Aktualisierung der Projekt-Homepage, die Veranstaltungsorganisation und das Vorstellen des Netzwerkes auf Veranstaltungen Dritter.

**Operative Partner**

Über die Arbeit in den genannten Teilprojekten hinaus ist das Thüringer Netzwerk Demografie bestrebt, weitere regionale Träger demografieorientierter Projekte zusammenzuführen, um den gegenseitigen Erfahrungsaustausch zu fördern, Kompetenzen zu bündeln, Synergieeffekte zu erschließen und doppelte Entwicklungsarbeit zu vermeiden.

Um dieses Ziel zu erreichen, wurden zunächst Projekte recherchiert, die in Thüringen an Fragestellungen im Zusammenhang mit dem demografischen Wandel arbeiten. Dabei wurden nicht nur Projekte berücksichtigt, die sich mit Arbeitsmarktfragen beschäftigen, sondern auch thematisch anders ausgerichtete Projekte, um die inhaltliche Anreicherung des Netzwerkes voranzutreiben.

Im Ergebnis liegt ein Katalog "Demografieorientierte Projekte in Thüringen" vor,<sup>3</sup> der derzeit ca. 30 Projekte und Aktivitäten verschiedener Akteure vorstellt. Die Projekte lassen sich den Themen Aus- und Weiterbildung, kommunale Aktionen, Regional- und Infrastrukturentwicklung sowie intergeneratives Zusammenleben zuordnen. Neben einer jeweiligen Inhaltsbeschreibung werden auch Kontaktdaten zu den jeweiligen Trägern veröffentlicht, um eine unkomplizierte Kontaktaufnahme zu ermöglichen.

Darüber hinaus organisiert das Thüringer Netzwerk Demografie mehrmals jährlich Veranstaltungen zu unterschiedlichen Themenschwerpunkten, um die Akteure zusammenzubringen und eine Vernetzung zu fördern.

---

<sup>3</sup> Siehe: [http://www.netzwerk-demografie.de/Publikationen/9\\_Auflage\\_Projektkatalog\\_2010\\_10.pdf](http://www.netzwerk-demografie.de/Publikationen/9_Auflage_Projektkatalog_2010_10.pdf).



### Strategische Partner

Darüber hinaus wirkt das Netzwerk darauf hin, dass in Thüringen strukturelle Veränderungen im Umgang mit dem demografischen Wandel erreicht werden. Dazu wurde für das Netzwerk der Kreis der Strategischen Partner etabliert, der sich aus Persönlichkeiten zusammensetzt, die durch ihr wirtschaftliches, wissenschaftliches, gesellschaftliches und politisches Engagement für das Netzwerk als Filter bzw. auch als Multiplikatoren wirken.

Die Strategischen Partner unterstützen das Netzwerk durch

- ihre Beratung im Hinblick auf die strategische Ausrichtung des Netzwerks. Hierzu legt das Netzwerk den Strategischen Partnern mindestens einmal jährlich einen Bericht zu den Planungen und künftigen Vorhaben sowie zur Arbeit des abgelaufenen Jahres vor. Stellungnahmen und Empfehlungen des Arbeitskreises sind gewollt.
- das Aufgreifen von Fragestellungen allgemeiner Art und der Anregung neuer Themen. Ebenso kann das Netzwerk dem Kreis der Strategischen Partner Vorschläge für die weitere Arbeit unterbreiten bzw. insbesondere im Vorfeld von grundlegenden Entscheidungen den Arbeitskreis um Stellungnahme bitten.
- die Förderung der Zusammenarbeit des Netzwerkes mit den Ministerien des Freistaates sowie mit anderen Institutionen und Forschungseinrichtungen innerhalb und außerhalb Thüringens.
- Statements und Kurzvorträge im Rahmen regionaler und überregionaler Tagungen und Workshops.
- die Einbindung des Netzwerkes in Strukturen ihrer Arbeit, um Wissen zu transferieren und die durch das Netzwerk erarbeiteten Produkte und Dienstleistungen institutionell und strukturell zu verankern.

Strategische Partner sind Vertreterinnen und Vertreter aus dem Thüringer Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Technologie, dem Thüringer Ministerium für Soziales, Familie und Gesundheit, dem Thüringer Ministerium für Bau, Verkehr und Landesentwicklung, dem Verband der Wirtschaft Thüringens e. V., dem Deutschen Gewerkschaftsbund, der Bundesagentur für Arbeit, Regionaldirektion Sachsen-Anhalt-Thüringen sowie der Landesarbeitsgemeinschaft der ARGEN und dem Landesverwaltungsamt. Die Strategischen Partner treffen sich während der Projektlaufzeit zweimal jährlich.

### Transnationale Partner

Verbindungen zu mehreren transnationalen Partnern gewährleisten den Erfahrungsaustausch mit anderen regionalen Initiativen in Europa. Dazu hat das Netzwerk im Juli 2011 eine zweitägige Tagung in Erfurt durchgeführt, um mit Akteuren aus mehreren Regionen Europas die Auswirkungen des demografischen Wandels auf die Arbeitswelt zu erörtern und Potenziale der zukünftigen Zusammenarbeit auszuloten. Gäste aus Großbritannien, Polen, Finnland und Italien diskutierten gemeinsam mit den Thüringer Vertreterinnen und Vertretern die regionalen Entwicklungen. Neben den Regionalporträts wurden auch Projekte, Netzwerke und gute Beispiele vorgestellt. In Workshops wurde diskutiert, wie die jeweiligen Erfahrungen und Instrumente zukünftig in der transnationalen Zusammenarbeit genutzt werden können. Die Ergebnisse der Tagung sind in der Broschüre "Transnationaler Erfahrungsaustausch regionaler Netzwerke zur Gestaltung des demografischen Wandels"<sup>4</sup> dokumentiert.

---

<sup>4</sup> Siehe: [http://www.netzwerk-demografie.de/Downloads/TT\\_7\\_2010\\_Dokumentation.pdf](http://www.netzwerk-demografie.de/Downloads/TT_7_2010_Dokumentation.pdf).

### **Zwischenbilanz**

Die Netzwerkstruktur ermöglicht es, Handlungslogiken einzelner Projektpartner oder Akteure zu einer Gesamtstrategie zu verknüpfen. Seit Projektbeginn hat das TND insgesamt ca. 200 Unternehmen aus Thüringen, die unterschiedlichen Branchen angehören, beraten und unterstützt.<sup>5</sup>

Einen Überblick über das vorgehaltene Beratungs- und Unterstützungsangebot des Thüringer Netzwerks Demografie enthält der Seminarkatalog.<sup>6</sup> Durch die Netzwerkförderung des ESF und des Thüringer Wirtschaftsministeriums sind alle Angebote für Thüringer Unternehmen kostenlos.

Aus unserer Zusammenarbeit mit Unternehmen heraus teilen wir die Einschätzung der prognos AG, dass kleine und mittlere Unternehmen, die häufig ohne Personalabteilung auskommen, zwar in der Breite über die Konsequenzen des demografischen Wandels informiert sind, sich aber dennoch zu kurzfristig und/oder zu wenig strategisch mit den Herausforderungen auseinandersetzen.<sup>7</sup>

### **Autorin:**

Antje Schmerbauch  
Koordination des Thüringer Netzwerks Demografie  
c/o IWT - Institut der Wirtschaft Thüringens GmbH  
antje.schmerbauch@iw-thueringen.de  
www.netzwerk-demografie.de

---

<sup>5</sup> Eine Auswahl findet sich unter [http://www.netzwerk-demografie.de/partner\\_referenzen.htm](http://www.netzwerk-demografie.de/partner_referenzen.htm).

<sup>6</sup> Im Internet: [http://www.netzwerk-demografie.de/Downloads/TND\\_Seminarkatalog\\_2010\\_web.pdf](http://www.netzwerk-demografie.de/Downloads/TND_Seminarkatalog_2010_web.pdf).

<sup>7</sup> Vgl. prognos (2010): Endbericht: Recherche und Darstellung betrieblicher Demographieprojekte. Berlin. S. 59.



Foto: Suse Effenberger 2007  
 „Leben heißt Veränderung“

*Ingeborg Beer*

### **Quartiere auf Zeit: Demografische Umbrüche und Stadtteilperspektiven im Kontext des Stadtumbaus**

Mein Thema ist zum Ende dieses Tages gut platziert, denn es handelt von Zeitgrenzen. Ich möchte Ihnen einen Quartierstypus vorstellen, der bei anhaltenden demografischen Schrumpfungsprozessen und dem Rückbau der Städte von Außen nach Innen an Bedeutung gewinnen wird: das „Quartier auf Zeit“.

Folgen Sie mir in die Stadt Schwedt/Oder, nordöstlich im Land Brandenburg an der polnischen Grenze gelegen. Nach einer Fahrt durch die leicht hügelige Landschaft der Uckermark werden Sie von rauchenden Schloten begrüßt. Schwedt ist einer der bedeutendsten Industriestandorte im Land Brandenburg, ein wirtschaftlicher *Wachstumskern* mit einer der größten Erdölraffinerien Europas, einem Industriepark und einer global agierenden Papierfabrik.

Wir treffen auf breite Straßen und vorwiegend industriell errichtete Wohngebäude als Zeugen der sozialistischen Stadtentwicklung, denn durch die Zerstörungen am Ende des Zweiten Weltkrieges ist nur wenig Historisches erhalten geblieben. In der Gesamtstadt leben heute etwa 33.000 Menschen – mehr als ein Drittel weniger als zur Zeit der politischen Wende 1989.

Dieser massive Bevölkerungsrückgang, hervorgerufen durch Wanderungsverluste und Geburteneinbrüche, bewirkte eine sinkende Wohnungsnachfrage und die Unterauslastung der Infrastruktureinrichtungen mit strukturellen Leerständen, so dass Schwedt schon sehr früh mit dem flächenhaften Rückbau der Stadt von Außen nach Innen begann. Mehr als 5.000 Wohnungen, mehrere Kitas, Schulen und Turnhallen fielen der Abrissbirne zum Opfer. Vom Stadtteil Am Waldrand mit einst 14.000 Einwohnern blieb nur noch eine kleine Siedlung für etwa 2.200 Einwohner übrig.

Man möchte meinen, Schwedt hätte sich damit bereits „gesundgeschrumpft“. Doch die Bevölkerungsprognosen gehen davon aus, dass die Einwohnerzahl bis 2030 weiter auf etwa 23.000 sinken wird. Der Anteil der Kinder und Jugendlichen wird drastisch abnehmen und die Zahl der Älteren erheblich ansteigen.



Foto: Ingeborg Beer, 2010  
**Leerstehendes Gebäude kurz vor dem Abriss im Stadtteil „Kastanienallee“**

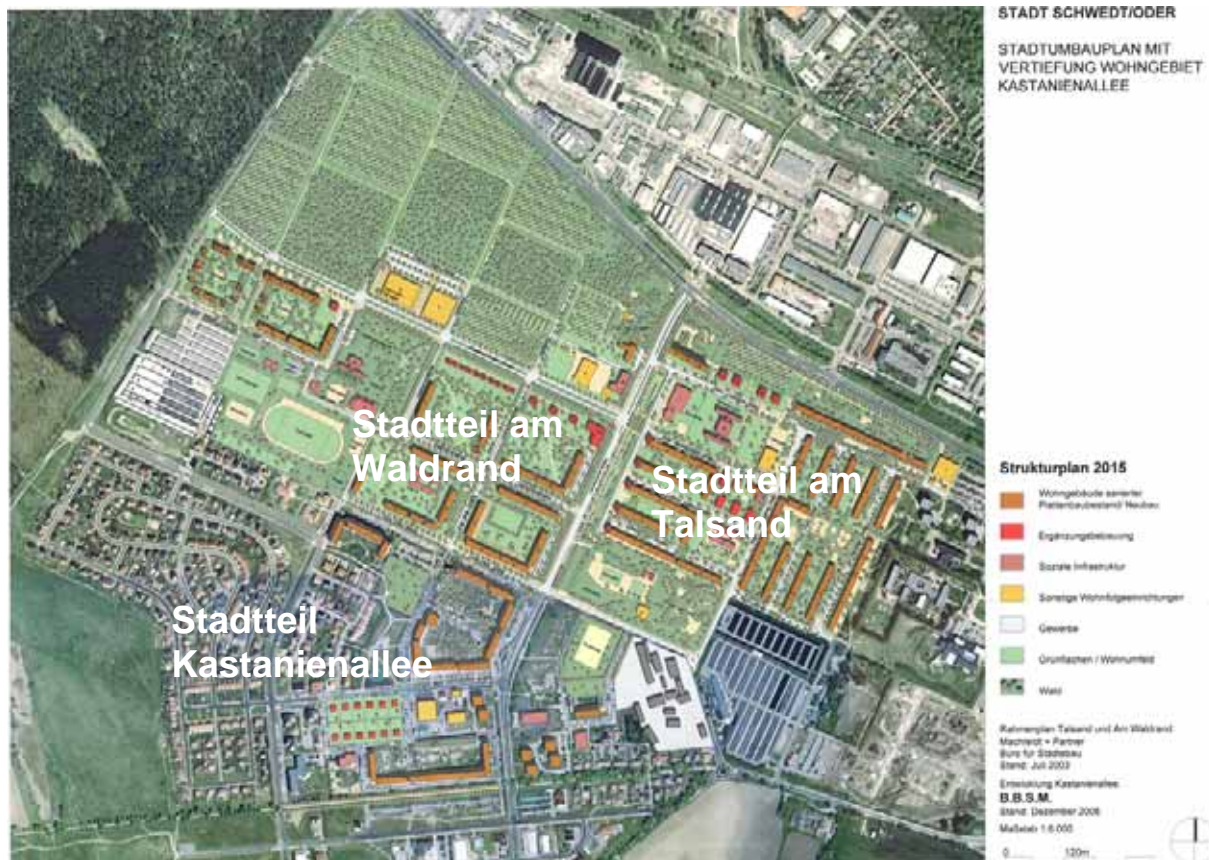


Foto: Ingeborg Beer, 2000  
**Erste Rückbauten im Stadtteil „Am Waldrand“**

Deshalb wird der Rückbau der Stadt fortgesetzt – zunächst im Stadtteil Kastanienallee mit derzeit noch 3.600 Einwohnern. Wir bezeichnen ihn als „temporäres Quartier“, als „Quartier auf Zeit“, als Wohngebiet im „Wartestand auf Abriss“. Dessen Besonderheit und Problematik möchte ich in vier Thesen umreißen:

### 1. Unter den Vorzeichen anhaltenden demografischen Schrumpfens entstehen beim Rückbau von Außen nach Innen „Quartiere auf Zeit“

„Quartiere auf Zeit“ sind nicht unmittelbar ein Produkt demografischer Umbrüche – sie ergeben sich vielmehr als Folge der Steuerung des städtebaulichen Schrumpfungsprozesses von Außen nach Innen.



Quelle: Stadtverwaltung Schwedt

#### Stadtumbauplan für den Stadtteil „Kastanienallee 2015“



Foto: Suse Effenberger 2000

#### Skaterbahn im Stadtteil „Am Waldrand“

Hätten wir vor einigen Jahren diese Reise nach Schwedt angetreten, so hätten Sie damals den Stadtteil Am Waldrand „im Wartestand auf Abriss“ angetroffen, mit zahlreichen leerstehenden Gebäuden und in gespenstisch anmutender Atmosphäre. Viele Bewohner waren verunsichert, harrten aus und warteten auf eine neue Wohnung. An den Schulen wurden die Klassen erst kleiner, dann zusammengelegt. „Temporäre“ Projekte sollten ein Mindestmaß

an Wohlbefinden und Stadtleben aufrecht erhalten und den Abschied von diesem Teil der



Stadt begleiten. Trotz Abrissperspektive wurden noch Schulflure in Selbsthilfe verschönert. Hier und da wurden Blumen gepflanzt. Die Berliner Volksbühne und die Uckermärkischen Bühnen Schwedt widmeten sich mit Film, Musik und Theater der besonderen Umstrukturierungsproblematik vor Ort. Und es gab eine Fassadengalerie mit großen bemalten Stoffbahnen an leerstehenden Gebäuden.

Sie hätten auch viel Neues entdeckt. Es wurde eine Skaterbahn angelegt, die verbleibenden Plattenbauten erhielten ein modernes Gesicht, der Jugendklub wurde bunter, der Schulhof schöner, das Sportareal attraktiver. Sie hätten bauliches Schrumpfen als dynamisches Neben- und Nacheinander von Niedergang und Aufwertung des Wohnungsbestands und des Wohnumfelds wahrnehmen können.

So schwierig schon damals der Umgang mit dem „Quartier auf Zeit“ war – ein Ende des temporären Zustands war absehbar. Der Prozess bis dahin wurde mit Informationen und Projekten begleitet. Der Verlust von Quantität konnte durch mehr Qualität kompensiert werden. Und es stellte sich eine neue Balance von bewährten Nachbarschaften und Zuzügen ein.

Für den Stadtteil Kastanienallee machen inzwischen veränderte Rahmenbedingungen ein Leben im „Wartestand auf Abriss“ und den Umgang damit deutlich schwieriger. Das Land Brandenburg lenkt das normative Ideal der Nachhaltigkeit und den Einsatz von Aufwertungsmitteln *ausschließlich* in die Innenstädte, so dass nun die beiden „Säulen“ des Stadtbbaus, Rückbau und Aufwertung, räumlich auseinanderfallen. Innenstädte werden damit zu potenziellen Wachstums- und *Zuzugs*gebieten, die äußeren und *nicht modernisierten* Teile der Stadt zu Schrumpfung- und *Wegzugs*gebieten mit einer geplanten „Restlaufzeit“ von etwa 10 bis 15 Jahren – jedoch ohne konzeptionelles „Stützkorsett“ zur Bewältigung eines solchen Prozesses.

## **2. Chancen und Lasten demografischen Schrumpfens sind in Stadtbau-Städten sozialräumlich ungleich verteilt**

Zukunftsbilder von Quartierstypen beeinflussen die Bleibe- und Wanderungsentscheidungen innerhalb der Stadt erheblich. Bewohner in Einfamilienhaussiedlungen können sicher sein, dass die Nachfrage auf dem Wohnungsmarkt noch zu ihren Gunsten anhält. In der Innenstadt führen Zuzüge aus dem temporären Quartier und von Außen zu einer stärkeren Heterogenisierung der Altersgruppen und sozialen Milieus. Kurze Wege und scheinbar dauerhafte Bleibeperspektiven erhöhen deren Attraktivität. Doch die vom Rückbau betroffenen Bewohner/innen und Gewerbetreibenden fragen sich: Wie lange wird es „meinen Stadtteil“ noch geben? Welche Entwicklung wird er nehmen? Wo bin ich als älterer Mieter vor weiteren Umzügen sicher? Werde ich angesichts rückläufiger Kundennachfrage mein Geschäft überhaupt aufrecht erhalten können?

Wer kann, verlässt ein „Quartier im Wartestand auf Abriss“ möglichst bald – das gilt auch für den Stadtteil Kastanienallee. Die einkommensstärkeren und mobilen Bewohnergruppen haben größere Wahlmöglichkeiten auf dem lokalen Wohnungsmarkt. Andere können oder wollen das Gebiet nicht verlassen, sind auf besonders billigen Wohnraum angewiesen oder fühlen sich trotz unsicherer Perspektiven verwurzelt - jedenfalls noch vorläufig. Gewerbetreibende sind an ihre Mietverträge gebunden oder nutzen ihr Eigentum auch unter erschwerten Bedingungen weiterhin selbst.

Das sozialräumliche Gefüge und die Spaltungslinien der Stadt verändern sich damit erheblich. Im Vergleich zu anderen Quartierstypen erzeugen die spezifischen Kontextbedingungen in der Kastanienallee von sich aus Entmischung, Prekarisierung und Benachteiligung. In die nicht modernisierten Mietwohnungen finden so gut wie keine Zuzüge mehr statt. Soziale Netzwerke und nachbarschaftliche Beziehungen lösen sich weiter auf. Es herrscht Wartezeit ohne Aufwärtsentwicklung. Investitionen in Gebäude und das Wohnumfeld werden als unrentierlich betrachtet. Geschäfte und Infrastruktureinrichtungen orientieren sich an den veränderten Wohnstandorten ihres Klientels. Schritt für Schritt werden Abrisse vorgenommen. Die Menschen im „Quartier auf Zeit“ tragen die Lasten des gesamtstädtischen Schrumpfens über lange Zeit weitgehend allein.

Wenngleich kaum Daten zu den sozialräumlichen Veränderungen und kleinräumigen Disparitäten vorliegen, so ist Tag für Tag erfahrbar, dass die soziale Entmischung voranschreitet, dass Kinder und Jugendliche davon besonders stark betroffen sind, dass sich soziale Probleme und Perspektivlosigkeit sozialräumlich verfestigen.

- Gesamtstädtisch sind an den Kitas und Schulen etwa zwanzig Prozent der Kinder von Lernmittelkosten befreit und bedürfen der Unterstützung durch den Schulsozialfonds – in den Rückbauquartieren sind es mehr als ein Drittel.
- Von allen Kindern und Jugendlichen der Gesamtstadt bis 15 Jahren wachsen 40 Prozent in transferabhängigen Haushalten auf – im „Quartier auf Zeit“ ist ihr Anteil deutlich höher.
- Von den 2.724 Schwedter Haushalten mit Kindern im Alter unter 18 Jahren sind mehr als die Hälfte Familien mit einem Elternteil und tragen ein höheres Armutsrisiko – auch sie sind in der Kastanienallee häufiger anzutreffen als andernorts in der Stadt.

### 3. Lebenswerte Städte brauchen Übergangsqualitäten in den „Quartieren auf Zeit“

Der Stadtumbau Ost verspricht „lebenswerte Städte“ und „attraktives Wohnen“. Das klingt gut. Doch für die Menschen in temporären Quartieren richtet sich dieses Versprechen, wenn überhaupt, auf eine weite und unbestimmte Zukunft.

Den Abriss von Wohngebäuden zu planen ist die eine Seite. Die relativ lange Zeit bis zum Abschluss dieses Prozesses lebenswert zu gestalten, die andere. Zwar wird im Stadtumbau der „geordnete Rückbau“ proklamiert, doch betrifft dies in erster Linie organisatorische und bauliche Vorgehensweisen. Wie in „Quartieren auf Zeit“ Lebensqualität gesichert werden kann – dazu gibt es ebenso wenig eine Blaupause wie vordem beim flächenhaften Rückbau.

Im Stadtteil Kastanienallee ermöglicht das Förderprogramm *Soziale Stadt* mit seinen Partnerprogrammen (BIWAQ, Stärken vor Ort etc.) derzeit noch den „roten Faden“ für ein wenig mehr Lebensqualität, für öffentliches Leben, die Aktivierung und Mitwirkung der Betroffenen. So werden Multiplikatorinnen für eine ressourcenorientierte Elternarbeit weitergebildet, um Eltern und Kinder zu stärken.



Foto: Kathleen Gossow 2011

#### Künstlerische Gestaltung eines Durchgangs

und den Rückzug der Menschen in die eigenen vier Wände punktuell durchbrechen und auch die Fachleute weiter motivieren können. Wenn sich Nischen für Kreativität und Verantwortlichkeit herausbilden, lassen sich Resignation und Melancholie, die sich in lang in anhaltenden Übergangsprozessen zwangsläufig einstellen, ein Stück weit mindern.

Doch für den Einsatz des Förderprogramms *Soziale Stadt* ist ein Ende absehbar. Sicher sind dann Kommune und Wohnungsunternehmen noch mehr in der Pflicht als bisher. Doch vor allem sollte der Stadtumbau selbst für die „Quartiere auf Zeit“ Verantwortung übernehmen, sie zum Thema machen, Mindeststandards definieren, begrenzte Unterstützungsformen und kleine Investitionen aus dem Aufwertungstopf vorsehen.

Eine Schulklasse hat im Kunstunterricht den Hofeingang „Guten Tag“ gestaltet, damit mehr freundliche Atmosphäre in den öffentlichen Raum ausstrahlt. Vernachlässigte Grünflächen sollen in Teilen wieder gepflegt und in Besitz genommen werden, soweit die Motivation der Bewohner dazu überhaupt ausreicht. Jugendliche inszenieren mit Liegestühlen und Sonnenschirmen für sich ein „Strandleben“, um sich durch Selbstorganisation besser beheimatet zu fühlen. Im „Arbeitskreis Soziale Stadt“ werden Informationen zur Stadt- und Quartiersentwicklung diskutiert und Unterstützungsaktivitäten entwickelt.

Solche Projekte, Aktivierungsstrategien und Netzwerke sind in „Quartieren auf Zeit“ dringend erforderlich, da sie den Niedergang des Quartiers



#### 4. Das erforderliche Zeitmuster für zukunftsfähige Städte liegt in der Gleichzeitigkeit

Damit möchte ich meine kurze Reise in das „Quartier auf Zeit“ und nach Schwedt/Oder beenden. Ich wollte deutlich machen, dass Demografie und Schrumpfen als gesamtstädtische *Leitbilder* für die Zukunftsfähigkeit der Städte nicht tauglich sind und Ihren Blick auf Qualitäten und Unterstützungsstrategien in Übergangsphasen richten, die für demografisch schrumpfende Städte bei deren Steuerung von Außen nach Innen charakteristisch sind.

Bevölkerungs*prognosen* sind keine *Zielvorgaben* zur *quantitativen Anpassung* von Wohnungsbeständen und sozialen Infrastruktureinrichtungen – vielmehr sollten sie als Rahmenbedingungen für die Weiterentwicklung und Sicherung von Qualitäten in allen Handlungsfeldern der Stadtpolitik und des städtebaulichen Schrumpfens für einen langen Zeitraum angesehen werden. Fachkräftemangel, Heimatbindung, Rückwanderung und Zuzug sind beispielhafte aktuelle Themen für ein notwendiges Gegensteuern mit Qualitätsanspruch im gesamtstädtischen Kontext.

Auch „Rückbau“ und „Aufwertung“ greifen als alleinige und räumlich auseinanderfallende Strategien des Stadtumbaus zu kurz, weil sie Ambivalenzen und Gestaltungserfordernisse für Übergangsprozesse ausblenden. So nachvollziehbar es mit Blick auf die demografische Zukunft sein mag, dass die Innenstadt gestärkt und randstädtisch gelegene Stadtteile zur Disposition gestellt werden müssen – so ist dies für Rückbauquartiere wegen des langen Zeitraums der Umstrukturierung mit gravierenden Problemen verbunden. Die Minderung der negativen Folgen wird ohne „Stützkorsett“ nicht auskommen. *Entweder* Innenstadt *oder* randstädtisch gelegene Quartiere aufwerten – das ist nicht die Frage. Schließlich übernehmen „Quartiere im Wartestand auf Abriss“ auch eine wichtige Funktion für die Zukunftsfähigkeit der gesamten Stadt.

Schrumpfende Städte brauchen eine Verantwortungsgleichzeitigkeit für die unterschiedlichen Quartierstypen und deren jeweils spezifische Herausforderungen. Die Zeichen für „lebenswerte Städte“ und „attraktives Wohnen“ sind im Stadtumbau – vielleicht auch im Demografiediskurs – noch viel sozialraum- und prozessorientierter, differenzierter und pointierter zu setzen.

#### **Autorin:**

Dr. Ingeborg Beer

Stadtforschung + Sozialplanung Berlin

[info@stadtforschung-berlin.de](mailto:info@stadtforschung-berlin.de)

[www.stadtforschung-berlin.de](http://www.stadtforschung-berlin.de)

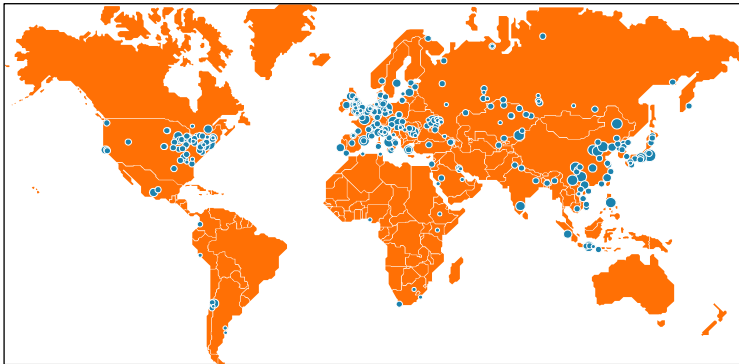
Babette Scurrall

**Weniger ist Zukunft.**

**Internationale Bauausstellung Stadtumbau Sachsen-Anhalt 2010<sup>1</sup>**

Bereits zum Ende der DDR standen trotz Wohnungsmangels über 300.000 Wohnungen wegen des Verfalls der Innenstädte leer. In den 1990er Jahren wurde – nicht zuletzt aufgrund großzügiger Subventionen – viel an den Stadträndern und in den Umlandgemeinden gebaut, sodass die Menschen die Stadtzentren verließen. Hinzu kam, dass viele Einwohner aufgrund der Wirtschafts- und Arbeitsmarktlage nach Westdeutschland oder auch ins Ausland zogen. Bereits im Jahr 2000 gab es mehr als eine Million ungenutzte Wohnungen. In den nächsten Jahren ist zudem eine zweite Leerstandswelle zu erwarten, weil seit der Wende die Anzahl der Geburten deutlich zurückging. Zukünftig werden deshalb auch potenzielle Mieter und Käufer von Wohnungen fehlen.

Dabei ist das Schrumpfen von Städten kein allein ostdeutsches Phänomen. Bereits heute verlieren ein Viertel aller Großstädte auf der Welt Einwohner, in Osteuropa jede zweite. Besonders die alten Industrieländer von Nordamerika, Europa und Teilen Asiens – wie etwa Japan – sind betroffen. Auch hier sind der Rückgang der Geburten, der Verlust von Industriearbeit und Abwanderung ins Umland oder in die jeweiligen Metropolen die Hauptursachen des Bevölkerungsschwundes.



**Abbildung 1:**  
**Weltkarte der schrumpfenden Städte - Atlas of Shrinking Cities, 2006**

Auch in Sachsen-Anhalt ist das Schrumpfen von Städten eher zum Normalfall der Stadtentwicklung geworden. In Zukunft wird dieses Phänomen in vielen Teilen der Welt weiter zunehmen. Um die Jahrtausendwende wurde immer deutlicher, dass – entgegen den

Erwartungen nach der Wende – viele ostdeutsche Städte den wirtschaftlichen Strukturwandel bisher nur bedingt bewältigen konnten und immer mehr Einwohner verloren. Diese Erkenntnis war keineswegs neu, wohl aber das Ausmaß und die Geschwindigkeit dieser Entwicklung. Das Land Sachsen-Anhalt hat die Herausforderung angenommen und frühzeitig die Initiative ergriffen. Während vielerorts noch versucht wurde, Begriffe wie Schrumpfung zu vermeiden oder zu beschönigen, machte sich Sachsen-Anhalt im Jahr 2002 bereits daran, diese Prozesse aktiv zu gestalten und auch als eine Chance für Innovation und Erneuerung zu nutzen.



**Foto links:** Standort des Luthergeburtshausensembles vor Baubeginn. Foto: Lutherstadt Eisleben, 2004

**Foto Mitte:** Dessau-Roßlau: Brachfläche. Foto: Stiftung Bauhaus Dessau (Peter Thieme 2004)

**Foto rechts:** Lutherstadt Wittenberg: Protest in den Cranachhöfen. Foto: Lutherstadt Wittenberg 1989

Zum ersten Mal widmete sich mit der IBA Stadtumbau 2010 eine Internationale Bauausstellung explizit und zukunftsorientiert dem Schrumpfen von Städten, einem internationalen Phänomen, für das es bisher noch keine städtebaulichen und planerischen Instrumente gibt. Neu war zudem, dass die Klein- und Mittelstädte jenseits der Metropolregionen in den Fokus des Handelns rückten. Obwohl die Mehrzahl der Menschen in kleineren Städten lebt, spielen sie in der Stadtforschung und den Städtebaudebatten bislang eine untergeordnete Rolle. Bei der IBA Stadtumbau 2010 standen sie im Zentrum und

<sup>1</sup> Text und Bildmaterial der IBA Stadtumbau 2010 ([www.iba-stadtumbau.de](http://www.iba-stadtumbau.de))

damit auch der Lebensalltag eines Großteils der Menschen.

Sachsen-Anhalt wurde mit der IBA Stadtumbau 2010 zum internationalen Vorreiter. Erstmals wurde mit ihr ein ganzes Bundesland zum Thema einer solch großen Ausstellung, die bewusst und unmittelbar an die Tradition der Bauausstellungen anknüpfte, die immer wieder wichtige und neue Impulse für die Entwicklung von Planen und Bauen gaben.

Der IBA Stadtumbau 2010 stand allerdings nur ein Bruchteil der Mittel zur Verfügung, auf die sich frühere Internationale Bauausstellungen, wie die in Berlin (1979-1987) oder die im Ruhrgebiet (1989-1999), hätten stützen können. An Geldmitteln wurden über 200 Millionen Euro für die ca. 100 Projekte aufgebracht. Von insgesamt 206,9 Millionen Euro Investitionsgeldern kamen 121,9 Millionen Euro aus Mitteln des Bund-Länder-Programms Stadtumbau Ost und 19,4 Millionen Euro aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE). Weitere 40,6 Millionen Euro wurden aus den Kassen der Städte aktiviert und rund 25 Millionen Euro von privaten Investoren bereitgestellt.

Neben diesen finanziellen Mitteln wurde im Prozess der IBA sehr stark auf die Mobilisierung nichtmonetärer Ressourcen gesetzt, vor allem auf überdurchschnittliches Engagement und ehrenamtliche Leistungen von Bürgern und Mitarbeitern verschiedener Institutionen.

### **Die Ergebnisse im Überblick**

Die IBA Stadtumbau 2010 hat zu einer Wiederentdeckung der Städte und ihrer Zentren beigetragen, zur Stärkung der Stadtgesellschaften und vor allem zu einem offensiven und produktiven Umgang mit der Herausforderung von Schrumpfung und wirtschaftlichem Strukturwandel. Ganz Sachsen-Anhalt wurde zu einem Labor für die Stadt von morgen gemacht. Dabei haben sich nicht nur die beteiligten Kommunen intensiv und offensiv mit der schmerzlichen, aber nicht aussichtslosen Realität der Schrumpfung auseinandergesetzt.

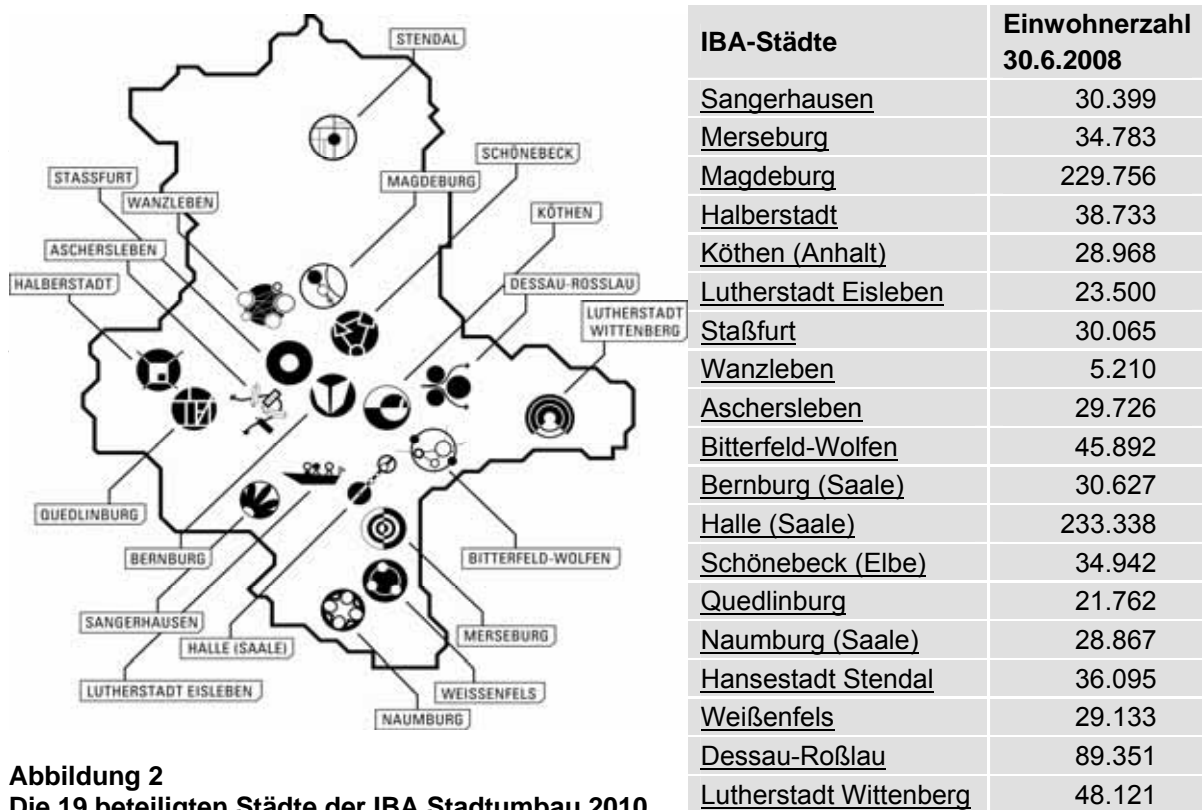
Die Ergebnisse der IBA Stadtumbau 2010 sind für die 611 Mittel- und 1.584 Kleinstädte Deutschlands, wie für viele andere Städte in Europa und weltweit von Interesse. Entsprechend erregt die IBA Stadtumbau 2010 inzwischen auch international Aufsehen. Delegationen z. B. aus Japan, Polen und Finnland informierten sich bereits vor Ort über innovative Instrumente des Stadtumbaus im Zeichen des demografischen Wandels.

Seit 1989 hat das Land etwa 17 Prozent seiner Bevölkerung verloren, und weitere Verluste sind in der Zukunft zu erwarten. Damit steht Sachsen-Anhalt für eine gesellschaftliche Gegenwart, die auch in anderen Ländern bereits angekommen ist, und für eine Zukunft, die viele noch erwartet. Schrumpfungprozesse und Bevölkerungsrückgang stellen Stadtentwicklung und –gestaltung vor ganz neue Herausforderungen. Ein weitblickender Stadtumbau, der auf Leerstand und wirtschaftlichen Strukturwandel mit kreativen Impulsen antwortet, ist der Weg, den das Land Sachsen-Anhalt beschritten hat, als es im Jahr 2002 die Internationale Bauausstellung Stadtumbau Sachsen-Anhalt 2010 initiierte. Dabei zeigte sich, welche Herausforderungen das Schrumpfen mit sich bringt, wie viel Potenzial zugleich aber auch in der Beschränkung auf das Wesentliche liegen kann.

Im Gegensatz zu den früheren Bauausstellungen wurde im Rahmen der IBA Stadtumbau 2010 nur wenig gebaut. Wenn die Bevölkerungszahlen zurückgehen, stehen Gebäude vermehrt leer. Es geht also in schrumpfenden Städten in erster Linie nicht darum, Neues zu bauen, sondern das Bestehende (anders) zu nutzen und an bestimmten Stellen auch zu entfernen. Ein Fokus war daher die Sanierung bestehender Bauten und die Entwicklung neuer Nutzungen für diese – wie etwa in der Lutherstadt Wittenberg, Aschersleben, Köthen, Quedlinburg oder Naumburg. Weitere Beispiele zeigen, dass der Abriss oder der Umbau von Gebäuden nicht nur ein schmerzhafter Prozess sein muss, sondern auch Raum für Neues schafft. So gab es in vielen IBA-Städten die Schaffung von neuen, öffentlichen Grünräumen mit innovativer Landschaftsarchitektur – wie in Weißenfels, Dessau-Roßlau oder Staßfurt. In einigen IBA-Städten sind sogar Neubauten errichtet worden und haben wichtige Impulse für die Stadtentwicklung gegeben – wie etwa das Bildungszentrum Bestehornpark in Aschersleben oder das mehrfach ausgezeichnete Luthergeburtshausensemble in der Lutherstadt Eisleben. An anderen Stellen wird noch gebaut, etwa am Campus Technicus, der mit seinem transparenten Treibhaus für die Bernburger Sekundarschüler im Jahr 2012 fertig gestellt sein wird, oder in Dessau-Roßlau an der Rekonstruktion der Meisterhäuser.

Stadtplaner, Architekten, Bürger und Vertreter aus Politik und Verwaltung von 19 Städten (vgl. Abb. 2) arbeiteten acht Jahre lang – jenseits der üblichen Routinen – an mutigen, ungewöhnlichen Lösungen für den Umbau, die Profilierung ihrer Stadt. Dabei kamen sie mit internationalen Experten ins Gespräch, aber auch mit Akteuren aus den Nachbarstädten, die ähnliche Erfahrungen hatten und ganz eigene Lösungen entwickelten. Gemeinsam mit international anerkannten Planern und Architekten,

mit Künstlern und Wissenschaftlern entwickelten sie neue Werkzeuge des Stadtumbaus und realisierten beispielhafte Projekte. Mehr als 100 Projekte wurden in den 19 Städten realisiert – von flüsternden Gärten über befahrbare Freiluftgalerien und neue Bibliotheken bis zur Gestaltung von Flussufern und einem Stadtsee, von Kumpelplätzen über neue Wohnräume bis zu vielfältigen Bildungslandschaften. Manche Konzepte konnten erfolgreich umgesetzt werden und zeigen bereits erste positive Effekte, andere wurden ausprobiert, modifiziert und bedürfen noch weiterer zukünftiger Anstrengungen. Hervorhebenswert ist auch die neue Art der Zusammenarbeit von Staat, Wirtschaft und Bürgern, die sich disziplinen- und ressortübergreifend beobachten lässt.



**Abbildung 2**  
Die 19 beteiligten Städte der IBA Stadtumbau 2010

Die IBA-Projekte besannen sich dabei auf die meist vormodernen Zentren nach jahrzehntelangem Fokus der Bautätigkeit am Stadtrand. Dort hatte sich nicht allein das Baugeschehen seit den 1970er Jahren der DDR konzentriert; auch in den 1990er Jahren entstanden vorrangig Einfamilienhäuser, Shoppingcenter und Gewerbeparks in der Peripherie, während die ohnehin geschwächten Zentren weiter ausbluteten. Die IBA Stadtumbau 2010 aktualisiert zudem die historischen Kerne durch neue Nutzungen und zeitgenössische Ergänzungen, wobei es nicht um eine Musealisierung oder das Vortäuschen einer „heilen Stadt“ durch sanierte Kulissen geht. Anliegen der Projekte war vielmehr auch die Revitalisierung der Innenstädte, die Aufwertung baulicher Substanz für neue Nutzungen.



**Foto links: Stadtrandbebauung vor und nach 1990 in Sachsen-Anhalt.**

Foto: Stiftung Bauhaus Dessau (Philipp Oswalt, 2001)

**Foto Mitte: Aschersleben: Drive thru gallery, Bilder von Christopher Winter („Hitzefrei“).**

Foto: Stiftung Bauhaus Dessau (Doreen Ritzau, 2007)

**Foto rechts: Lutherstadt Eisleben: Geburtshausensemble; Springer Architekten Berlin, 2004.**

Foto: Stiftung Bauhaus Dessau (Doreen Ritzau, 2007)

In schrumpfenden Städten wartet man vergebens auf herkömmliche Investoren, die Renditeerwartungen sind zu schlecht. Die öffentlichen Mittel sind eingeschränkt. Deswegen kommt die IBA Stadtumbau 2010 ohne klassische Leuchtturmprojekte aus. Sie arbeitet mit anderen Stadtmachern, anderen Investitionen und anderen Renditen. Stattdessen investieren die Bewohner der Städte, ihre Vereine oder soziale und kulturelle Organisationen. Sie investieren zuerst einmal Ideen, Kooperation, Sachwerte und auch Muskelkraft, vielleicht auch Geld. Im Ergebnis ihres Engagements erwarten aber auch andere „Renditen“: gepflegte, öffentliche Räume, lebendige Kultureinrichtungen, gute Wohnqualitäten ...

Mit der IBA Stadtumbau 2010 wurde für jede Stadt ihr individuelles Thema herausgearbeitet und entwickelt: 19 Städte – 19 Themen. Dabei geht es tatsächlich um DAS Thema der Stadt, ihr Profil, ihre wichtigste Ressource, ihr größtes Problem – etwas, was die Stadt auszeichnet und ihr einen Entwicklungsimpuls geben kann. Es geht nicht um ein beliebiges Leitbild, sondern eine bestärkende Idee, die mit mittelfristigen Projekten erreicht werden kann.

Dementsprechend gehen die Projekte der IBA auf die lokalen Akteure aus den 19 beteiligten Städten zurück: ihre Bewohner, ihre politischen und wirtschaftlichen Vertreter, Vereine und Verbände, Verwaltungen, Unternehmer – also all jene, die sich vor Ort für den Umbau engagieren. Diese wurden intensiv unterstützt und begleitet von Experten von außerhalb, vom IBA-Büro der Stiftung Bauhaus Dessau und der Sachsen-Anhaltinischen Landesentwicklungsgesellschaft (SALEG), von international renommierten Architekten, Wissenschaftlern und Künstlern.



**Foto links: Lutherstadt Wittenberg: Colleg Wittenberg in der alten Mädchenschule.**

Foto: Stiftung Bauhaus Dessau (Michael Uhlmann 2010)

**Foto Mitte: Aschersleben: Der renaturierte Flusslauf der Eine.**

Foto: Stiftung Bauhaus Dessau (Ursula Achternkamp, 2010)

**Foto rechts: Aschersleben: Neubau Bestehornpark.**

Foto: Stiftung Bauhaus Dessau (Ursula Achternkamp, 2010)

Im Folgenden sollen beispielhaft die IBA-Projekte ausgewählter Städte vorgestellt werden.



## Die Projekte ausgewählter IBA-Städte

### **Bernburg (Saale): Zukunftsbildung – Lernen im Zentrum / IBA-Stadt seit 2005<sup>2</sup>**

Im Jahr 2003 verließen fast 20% der Bernburger Sekundarschüler die Schule ohne Abschluss. Längst kann der Fachkräftebedarf der ansässigen Unternehmen nicht mehr vom Nachwuchs aus der Region gedeckt werden. Dem setzt die Stadt Bernburg ein neues Schulkonzept entgegen. Bis 2012 werden die drei Bernburger Sekundarschulen zur Ganztagschule „Campus Technicus“ verschmelzen, der als neuer, innerstädtischer Schulkomplex das historische Stadtzentrum beleben wird. Pädagogen haben gemeinsam mit Bildungsexperten, Wirtschaftsvertretern sowie dem Salzlandkreis und im Austausch mit Eltern und Schülern ein neues, praxisorientiertes Lernkonzept entwickelt.



Foto: Michael Kranz, 2007

**Bernburg (Saale): Luftbild.**

Bildung avancierte so zum inhaltlichen und baulich-räumlichen Fokus der Stadtentwicklung im Innenstadtbereich. Ab dem Jahr 2010 soll in der historischen Bergstadt mit dem neuen „Campus Technicus“ und seinen rund 650 Schülern (Gesamtanzahl der Bernburger Sekundarschulen: rund 1000) ein lebendiger Lern- und Stadtraum entstehen. ...



Grafik: Rainer Weisbach, 2007

**Bernburg (Saale):  
Konzentration der Sekundarschulstandorte**

Der Industriestandort Bernburg hat den wirtschaftlichen Strukturwandel nach der Wiedervereinigung vergleichsweise gut bewältigt. Traditionsunternehmen der Soda-, Zement-, Steinsalz- und Arzneimittelproduktion blieben erhalten und wurden umfassend modernisiert. Mit dem Bau der Bundesautobahn A 14 und der Bundesstraße B 6n konnte die Verkehrsanbindung der Stadt wesentlich verbessert werden. Zudem sind die Fachbereiche Landwirtschaft, Landschaftsarchitektur und Wirtschaftswissenschaften der Hochschule Anhalt in Bernburg ansässig. Die viel zitierten Perspektiven und Potenziale sind also durchaus vorhanden – sie zu vermitteln und für kommende Generationen er- und begreifbar zu machen, ist Schwerpunkt der IBA-Aktivitäten der Stadt rund um das Thema „Zukunftsbildung“. ...

Wirtschaft und Stadt befürchteten einen zunehmenden Mangel an qualifizierten Nachwuchskräften. Die demografische Entwicklung könnte diesen Trend noch verstärken: Derzeit leben etwa 28 000 Menschen in der Kreisstadt des Salzlandkreises. 1995 waren es noch 36 000 – damit hat sich die Einwohnerzahl Bernburgs allein in den vergangenen 15 Jahren um mehr als 20 Prozent reduziert. Nur noch jeder zehnte Bernburger ist heute unter 15 Jahre alt. Besuchten im Schuljahr 1999/00 mehr als 4100 Schüler eine der damals noch 5 Sekundarschulen in Bernburg, so sank ihre Zahl innerhalb von 10 Jahren um mehr als 65 Prozent auf 1448 Kinder und Jugendliche. 2 Schulen wurden daher bereits geschlossen und Kindergärten zusammengelegt – von einst 21 Einrichtungen bestehen derzeit noch 15. Im Jahr 2025 werden voraussichtlich 23 000 Menschen in Bernburg leben. Umso dringender erscheint es, den Bernburger Nachwuchs für die Zukunft zu qualifizieren.

Die Stadt hat sich in den vergangenen 5 Jahren gemeinsam mit Schulträgern, Pädagogen, Wirtschaftsvertretern sowie Stadtentwicklern auf die „Zukunftsbildung“ für Sekundarschüler konzentriert. Den Anfang bilden seit 2005 Angebote für sogenanntes „produktives Lernen“ mit Praxistagen in Unternehmen, um die Lernmotivation und damit die Ausbildungsfähigkeit der künftigen Schulabsolventen zu verbessern. Schließlich reifte die Idee eines Campus, der Zusammenlegung der drei verbleibenden Bernburger Sekundarschulen, verbunden mit der Entwicklung eines neuen Schulkonzepts. Sowohl Eltern als auch Lehrende standen dem Vorhaben zunächst skeptisch gegenüber: Sie befürchteten eine

<sup>2</sup> Autorin des Textbeitrages zur Stadt Bernburg (Saale) ist Franziska Eidner



Verschlechterung der Lernbedingungen durch die Fusion. Mehr als 40 Prozent der Schülerinnen und Schüler stammten aus den umliegenden Gemeinden und hatten gerade eine Schulschließung hinter sich. Deshalb war es entscheidend, dass sowohl Lehrende als auch Eltern und Schüler in die Erarbeitung des Schulkonzepts intensiv eingebunden wurden. Bis 2012 werden nun die 3 Sekundarschulen zur Ganztagschule Campus Technicus verschmelzen. Für die Klassenstufen 7 bis 10 entstehen im Zentrum der Stadt neue Lehrgebäude. Nachdem das Gymnasium Carolinum und die Musikschule in der Bergstadt ihren festen Platz gefunden haben, rücken mit dem Campus Technicus auch Bernburgs Sekundarschüler vom Stadtrand ins Herz der Stadt und werden so das zukünftige Stadtbild prägen.

Das Konzept der Ganztagschule Campus Technicus, in der das praxisorientierte Lernen im Mittelpunkt steht, wurde von den Pädagogen der drei Sekundarschulen gemeinsam mit der (Berufs-)Bildungsgesellschaft mbH Bernburg (BTZ) sowie dem Salzlandkreis im Austausch mit Eltern und Schülern entwickelt. Unterstützung erhielten die Beteiligten von der Jacobs Foundation und der Deutschen Kinder- und Jugendstiftung, die gemeinsam Modellprojekte für lokale Bildungslandschaften fördern. Seit August 2009 lernen die 5. Klassen als erste Gruppe der neuen gemeinsamen Ganztagschule im Schulgebäude Tolstoiallee. Wenn diese Schüler 2011 in die 7. Klasse kommen, werden sie in ein erneuertes und erweitertes gründerzeitliches Schulgebäude am innerstädtischen Standort Leipziger Straße einziehen. Ab der 9. Klasse können sie dann neue Räume in der bis dahin sanierten und mit einem Neubau erweiterten denkmalgeschützten Handelsschule nutzen. Kern des Campus, der nach Entwürfen der Weimarer Architekturbüros Junk & Reich sowie Hartmann & Helm gebaut wird, ist das sogenannte Treibhaus, mit dem sich die neue Schule bewusst zur Stadtöffentlichkeit öffnen und Raum für Angebote ihrer Partner bieten will. Der transparente multifunktionale Bau mit Laboren und Werkstätten, mit Bibliothek, Mediathek, Mensa und Cafeteria soll offen sein für alle – Initiationsraum für schul- und generationenübergreifendes, buntes „Treiben“. Von hier aus sind auch die Kooperationspartner des Campus wie das Museum, das städtische Theater und die Musikschule zu Fuß gut erreichbar.

Die Musikschule Bernburg hat im Frühjahr 2010 neue Räumlichkeiten im alten Gefängnisbau des Gerichtes, Teil des Bernburger Schlosses, bezogen. Umbau und Sanierung dieses Gebäudes bilden das zweite IBA-Projekt der Stadt Bernburg. Die seit 1994 und heute in Trägerschaft eines gemeinnützigen Vereins bestehende Musikschule gehört zu den wichtigsten Einrichtungen für kulturelle Bildung in Bernburg. Ihre Schülerzahlen offenbaren eine Erfolgsgeschichte entgegen der Schrumpfung: Kamen nach der Wende nur noch knapp 200 Schüler zum Unterricht, so nehmen derzeit mehr als 500 Bernburger das Angebot wahr. Und zu den Musikschülern zählen nicht mehr nur Kinder und Jugendliche – allmählich wächst auch der Anteil der Älteren.



**Foto links: Bernburg (Saale): Die Musikschule zieht um.**  
Foto: Stadt Bernburg, 2008

**Foto rechts: Bernburg (Saale): Die Musikschule wurde erneuert.**  
Foto: Stiftung Bauhaus Dessau (Christian Höcke, 2010)

**Naumburg (Saale): Stadtbildung – Bürgerschaft und Baukultur/IBA-Stadt seit 2008<sup>3</sup>**

Naumburgs Bürgerschaft hat erheblich dazu beigetragen, dass seit 1990 bereits über 60% der Altstadtgebäude saniert werden konnten. Die Stadt will das private Engagement durch verbesserte baukulturelle Bildungsangebote stärken. Interessierte Vereine werden vernetzt, deren Angebote und Bedarf wird besser abgestimmt. Zum zentralen Knotenpunkt der baukulturellen Bildung soll das „Architektur- und Umwelthaus“ werden. Es wird in einem zu rekonstruierenden Barockpalais eingerichtet, in dem ein vielfältiges Lernprogramm für Stadtentwicklung, -gestaltung und -ökologie angeboten wird. Es richtet sich insbesondere an Kinder und Jugendliche, um deren Identifikation mit der Stadt zu stärken. Gleichzeitig wird kontinuierliches Engagement gefordert: Die Stadt bildet ihre Bürger – und die Bürger bilden die Stadt.



Foto: Michael Kranz, 2007

**Naumburg (Saale): Luftbild**

Naumburg an der Saale besitzt vor allem zwei bemerkenswerte Eigenschaften: eine weitgehend intakte Altstadt und eine Bürgerschaft, die sich für die Stadtentwicklung engagiert. Die Stadt, die der IBA Stadtumbau 2010 erst sehr spät beigetreten ist, und die Bürger wollen dieses weitgehend ehrenamtliche Engagement noch stärker fördern und effizienter mit den städtischen Planungen vernetzen, um so eine gemeinschaftliche Stadtplanung zu ermöglichen.

**Foto links: Naumburg (Saale): Gedenkstätte Anny Schäfer & Fritz Rentsch.**

Foto: Stiftung Bauhaus Dessau (Michael Uhlmann, 2009)

**Foto Mitte: Naumburg (Saale): Eingang zum Jugendhaus OTTO.**

Foto: Stiftung Bauhaus Dessau (Michael Uhlmann, 2009)

**Foto rechts: Naumburg (Saale): Blick durch Torbögen und Höfe der Familienbildungsstätte.**

Foto Stiftung Bauhaus Dessau (Michael Uhlmann, 2009)

**Bürgerstadt**

Prägend für Naumburg ist das Altstadtensemble auf mittelalterlichem Grundriss. Die fast vollständig erhaltene Bebauung aus Bürgerhäusern des 16. bis 18. Jahrhunderts wird von dem eindrucksvollen und weithin sichtbaren Dom und der Stadtkirche St. Wenzel gekrönt. Zu DDR-Zeiten entstanden vor allem Neubaugebiete an den Stadträndern, Sanierungen im historischen Stadtkern waren seltene Ausnahmen. Nach 1990 konzentrierten sich fast 90 Prozent des Wohnungsleerstandes in den unsanierten Altbauten der Innenstadt. Seit 1991 war Naumburg „Modellstadt für Stadtsanierung“, mit Auslaufen dieses Sonderprogrammes des Bundesbauministeriums wurde 1995 die gesamte Altstadt in das Bundesprogramm „Städtebaulicher Denkmalschutz“ aufgenommen. Mittlerweile konnten rund 60

<sup>3</sup> Autor des Textbeitrages zur Stadt Naumburg ist Florian Heilmeyer

Prozent der Altbauten wieder hergerichtet werden.

Diese umfassende Sanierung der Altstadt wäre ohne das private Engagement der Bürgerschaft und Hauseigentümer nicht möglich gewesen, immerhin befinden sich 90 Prozent der Häuser in Privatbesitz. Aber auch öffentliche Bereiche und bedeutende Baudenkmäler konnten mit intensiver Bürgerbeteiligung saniert werden, etwa das Stadtmuseum „Hohe Lilie“, das Nietzsche-Haus oder der Wenzelsurm. Der Verein „Kunst in Naumburg“ richtete einen Altbau als Ausstellungs- und Veranstaltungshaus ein, der „Stadtjugendring“ nutzt und erhält historische Gebäude als Jugendhäuser, die Bildungsvereinigung „Arbeit und Leben“ betreibt ein Zentrum für historische Baustoffe. Auch die Beteiligung an der IBA selbst geht auf eine Initiative der Architekten und Ingenieure des 2003 gegründeten „Naumburger Bürgervereins“ zurück.

#### *Bürger bilden Städte – Städte bilden Bürger*

Basis für die Naumburger Projekte ist die Überzeugung, dass die fundierte Vermittlung von baukulturellem Wissen den Mut der Bürger, mehr Eigenverantwortung zu übernehmen, stärkt. Die Stadt profitiert dann von den Initiativen der Bürger und diese wiederum identifizieren sich stärker mit ihrer Stadt – ein Wechselverhältnis, das umso produktiver wird, je mehr Wissen über Gestaltung, Architektur, Umwelt, Sanierung, Baupraxis und Städtebau bei den Bürgern vorhanden ist. Insgesamt soll dies zu einem tieferen Verständnis für die Stadt als gemeinsames Gut aller Einwohner führen.

Die im Naumburger Bürgerverein organisierten Architekten und Bauingenieure haben mit Bildungsträgern und weiteren Partnern begonnen, aus den einzelnen Aktionen ein Netzwerk für baukulturelle Bildung zu entwickeln und dieses auch überregional zu vernetzen. Letztlich erhofft man sich gerade auch eine stärkere Bindung der Jugend zu ihrer Stadt, sind es doch vor allem die Jüngeren, die nicht in Naumburg bleiben.

Ein großer Teil der Aktionen – auch im Rahmen einer bundesweiten Initiative der Architektenkammer und der Bundesstiftung Baukultur – richtet sich daher speziell an Kinder und Jugendliche. Gemeinsam mit Naumburger Schulen wurden schon mehrere Projektwochen und spielerische Stadterkundungen konzipiert und durchgeführt. Darüber hinaus soll das Programm aber auch erwachsene Bewohner und Besucher der Stadt und der Region ansprechen.



**Foto links:** Naumburger Gymnasiasten zur Eröffnung der Kampagne „bauTraum“ der Bundesstiftung Baukultur in Berlin.

Foto: Stadt Naumburg (Martina Benzko, 2010)

**Foto rechts:** Naumburg: Schülerwerkstatt zur Eröffnung der Netzwerkkampagne „bauTraum“.

Foto: Stadt Naumburg, 2010

#### *Das Architektur- und Umwelthaus*

Um dieses Netzwerk weiter zu stärken, wird ein sanierungsbedürftiges Wohnhaus der Altstadt derzeit für das „Architektur- und Umwelthaus“ umfassend saniert. Das Haus soll dem Netzwerk eine sichtbare Präsenz verleihen, hier sollen Werkstätten, Ausstellungs- und Lernräume entstehen und im Erdgeschoss soll ein „Architekturcafé“ eingerichtet werden. Die Stadt hat das Gebäude erworben, nach der Sanierung indes werden drei Vereine gemeinsam dafür verantwortlich sein: Neben dem Naumburger Bürgerverein e. V. sind dies der Naumburger Umweltladen e. V. und die Lebenshilfe Naumburg e. V. Ziel ist die Bündelung und Vernetzung der ehrenamtlichen Kräfte, um ein inhaltlich anspruchsvolles und wirtschaftlich tragfähiges Programm für das Gebäude mit Unterstützung der Stadt zu gewährleisten. Das Architektur- und Umwelthaus soll sich so als Anlaufpunkt für alle Interessierten und später



möglichst als überregionaler Bildungsort etablieren: mit Workshops, Schulprojekten, Vorträgen, Diskussionen, Filmvorführungen und Ausstellungen. Für Besucher und Bewohner werden bereits seit 2009 thematische Stadtführungen angeboten, wie etwa der Altstadt-Spaziergang zu acht sanierten Häusern, deren Bewohner über ihre Erfahrungen bei der Sanierung und das Für und Wider eines Lebens in der Altstadt sprechen. Geplant ist, dass künftig thematische Stadtführungen ihren Ausgangspunkt im Architektur- und Umwelthaus haben.



**Foto links: Naumburg: Barockpalais in der Wenzelgasse Stiftung Bauhaus Dessau.**  
Foto: Rainer Weisbach, 2009

**Foto rechts: Naumburg: Bausicherung auf der Rückseite Wenzelgasse 9.**  
Foto: Bürgerverein Naumburg e. V. (Bärbel Cronau-Kretzschmar, 2009)

#### Ausblick

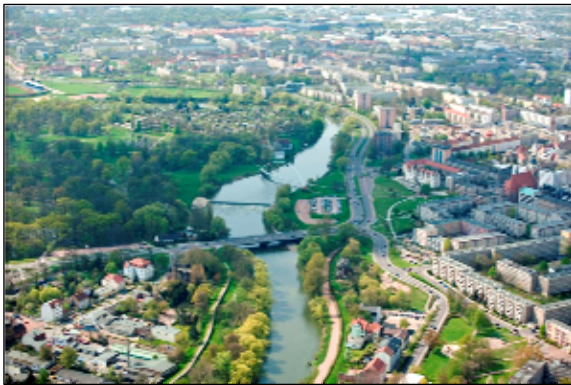
Der Standort des Architektur- und Umwelthaus liegt ganz bewusst im Jakobsviertel in der südlichen Altstadt, ein Quartier, dessen Bild noch stark von Brachen und unsanierten, leeren Häusern geprägt ist. Das Haus ist als Impulsprojekt geplant, weitere Investitionen sollen ins Viertel gelockt werden, die dann Arbeitsplätze entstehen lassen – wie etwa die im Café im Erdgeschoss. Die Lebenshilfe beabsichtigt, auf dem Nachbargrundstück in der Wenzelgasse einen barrierefreien Neubau mit ca. sechs Wohneinheiten für Menschen mit und ohne Behinderungen zu errichten. Dieses Projekt steht in einem ausdrücklichen Zusammenhang mit dem Architektur- und Umwelthaus, in dem Bildungs- und Arbeitsmöglichkeiten für Menschen mit Behinderungen geschaffen werden. Die beiden Projekte in der Wenzelgasse könnten einen Nukleus für eine neue, positive Entwicklung im Jakobsviertel bilden.



Grafik: Stiftung Bauhaus Dessau (Rainer Weisbach)

#### Naumburg: Lage wichtiger Projekte in der Altstadt Naumburgs

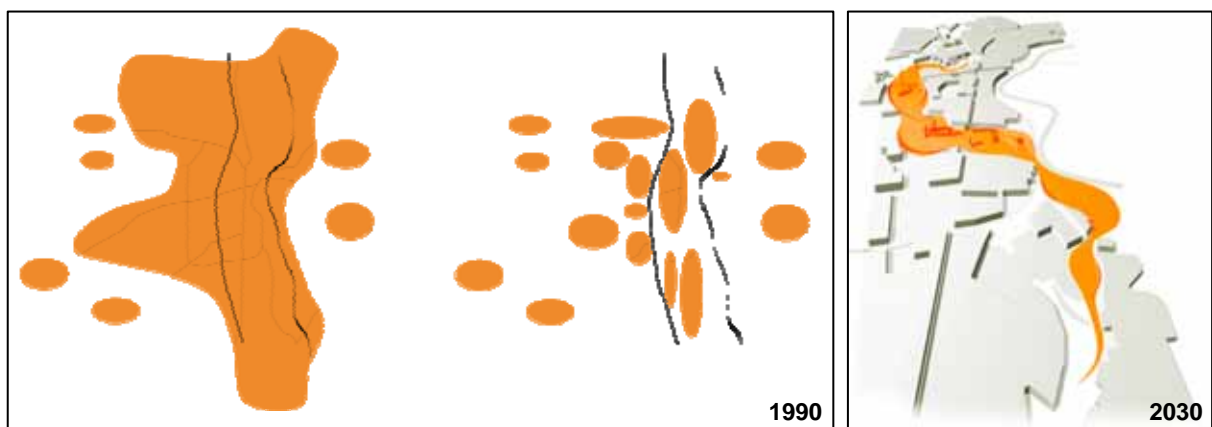
Trotz der kurzen Laufzeit des Projektes ist bereits ein überregionales Interesse an den Entwicklungen in Naumburg festzustellen. So lud die Bundesstiftung Baukultur zusammen mit der Stadt Naumburg und ihren Partnern zur Auftaktveranstaltung ihrer bundesweiten Netzwerkampagne „bauTraum“ im Februar 2010 nach Naumburg ein. Um die inhaltliche Qualität des Programms im Architektur- und Umwelthaus zu sichern, muss die Vernetzung noch weiter ausgebaut werden. Denn nur mit einem lebendigen, vielfältigen und informativen Programm kann der Anspruch eingelöst werden, durch eine breite baukulturelle Bildung den Stadtumbauprozess bürgerschaftlich zu stärken und die Bürger zu mehr Eigeninitiative und Verantwortung für die Räume Naumburgs zu motivieren.

**Dessau-Roßlau: Urbane Kerne – landschaftliche Zonen / IBA-Stadt seit 2003<sup>4</sup>**

Michael Kranz, 2007

**Dessau: Luftbild**

Dessau-Roßlau soll langfristig zu einer Stadt mit kleineren, stabilen Kernen mit spezifischen urbanen Qualitäten schrumpfen. Die urbanen Kerne werden stadträumlich verbessert und ihre sozialen Netze gestärkt. Auf den Flächen dazwischen werden leerstandsbedingte Abrisse konzentriert. Sukzessive entsteht ein zusammenhängender, zentraler Landschaftszug: Wohnen im Grünen wird zum Standard. In der Landschaftsgestaltung werden Prinzipien aus dem Dessau-Wörlitzer Gartenreich übernommen. Auf den Abrissflächen werden „wilde Wiesen“ angelegt, die schnell pflegeleichte und vielfältige Landschaften entstehen lassen. Sie bilden die Basis des neuen Landschaftszugs. ...



Grafik: Stiftung Bauhaus Dessau (Kerstin Faber, 2002)

**Dessau: Verinselung und Landschaftszug.**

Der Landschaftszug ist Teil des Stadtentwicklungskonzepts mit dem Titel „Stadtinseln – urbane Kerne, landschaftliche Zonen“, das zugleich der IBA-Beitrag von Dessau-Roßlau ist. Die Stadt, die während der Industrialisierung durch zahlreiche Eingemeindungen, Zuzug und Wachstum rasant expandierte, soll langfristig in einzelne stabile Kerne „verinseln“. Dazwischen entstehen auf Abrissflächen neue innerstädtische Landschaften – in Anlehnung an das Dessau-Wörlitzer Gartenreich, das die Region umgibt und wichtiger Teil ihrer Identität ist.

Dessau-Roßlau ist sichtlich geprägt von einer wechselvollen Geschichte: So zeugt das Gartenreich von den Ideen der Aufklärung. Ab Ende des 19. Jahrhunderts wuchs Dessau zur Industriestadt. Das Bauhaus, seit 1925 in Dessau angesiedelt, suchte angesichts der radikalen gesellschaftlichen Veränderungen neue visionäre Antworten. Heute gehört die klassische Moderne mit Walter Gropius' Bauhaus, den Meisterhäusern, der in industrieller Bauweise errichteten Siedlung Törten zu den bedeutendsten Denkmälern der Stadt. Das Bauhaus-Ensemble ist ebenso wie das Gartenreich Teil des UNESCO-Weltkulturerbes.

Unter den Nazis wurde Dessau zum Rüstungszentrum und damit wiederum zum Luftangriffsziel der Alliierten: Etwa 80 Prozent der Innenstadt wurden irreparabel zerstört. Nach dem Krieg entstanden zahlreiche Neubauten. Doch auch zu DDR-Zeiten blieb Dessau ein wichtiger Industriestandort.

Die rasante Deindustrialisierung nach der Wende traf die Stadt deshalb hart. Durch eine verfehlte Privatisierungspolitik und Zerschlagung bisheriger Strukturen wurde dem Standort binnen Kurzem die wirtschaftliche Basis entzogen. Hohe Arbeitslosigkeit, Abwanderung, zunehmender Leerstand waren die Folgen. Seit der Wende sank die Einwohnerzahl Dessaus von circa 100 000 auf 76 000 – erst nach der Fusion mit Roßlau (2007) zählte die nunmehrige Doppelstadt wieder rund 88 000 Einwohner.

<sup>4</sup> Autorin des Textbeitrages zur Stadt Dessau-Roßlau ist Ulrike Steglich



Anfang des neuen Jahrtausends war nicht mehr zu ignorieren, dass der Prozess unumkehrbar war und alle herkömmlichen Wachstumsrezepte versagten. Demografischer und ökonomischer Wandel, Schrumpfung und Rückbau erforderten völlig neue konzeptionelle und methodische Wege. Die Stadt organisierte zusammen mit dem Bauhaus Dessau und dem IBA-Büro eine interdisziplinäre Planungsworkstatt mit vielen Akteuren. Das Ergebnis dieses Diskussionsprozesses war die Abkehr von althergebrachten Masterplänen und der Beginn eines offenen, auf 20 bis 30 Jahre angelegten Prozesses, um zeitlich und räumlich flexibel auf den Wandel der Stadt zu reagieren. Das setzte auch die Entwicklung eines neuen Planungs- und Flächenmanagements voraus.

#### *Urbane Kerne – landschaftliche Zonen*

Zwei Schwerpunkte setzt das Konzept: zum einen die Stabilisierung der urbanen Kerne, zum anderen die Entwicklung neuer Landschaftszonen. In einem ersten Schritt wurde der zentrale Landschaftszug vom Bahnhof bis in die Südstadt entworfen. Hier lagen bereits etliche Grundstücke brach, jedoch befanden sich einige in Privat- oder Bankenbesitz und konnten von der Stadt erst nach langwierigen Verhandlungen zum symbolischen Preis erworben werden. Weitere notwendige Wohnungsabrisse wurden auf diesem Areal konzentriert, um eine möglichst zusammenhängende Fläche zu erhalten.



Collage: Stiftung Bauhaus Dessau  
(Doreen Ritzau, 2008)

#### **Dessau: Beginn der Claim-Aktion**

Über die Gestaltung und Ästhetik des neuen Grünzugs wurde eingehend öffentlich debattiert. Am Ende fiel die Entscheidung für extensive Landschaften: wilde, einschürige Wiesen, die – angesichts knapper finanzieller Ressourcen – keiner aufwendigen Pflege bedürfen, aber Artenvielfalt und experimentelle Nutzungen zulassen. Zudem wurden prägende Elemente entwickelt wie der „Rote Faden“, der als Leit- und Informationssystem entlang des Grünzugs führt und Stationen des Umbaus erläutert. Um bürgerschaftliches Engagement zu fördern, entstand die Idee der „Claims“: überschaubare Freiflächen von 20 x 20 Metern, die interessierten Bürgern in Patenschaft zur öffentlichen Nutzung für vielfältige Aktivitäten angeboten werden. So entstanden unter anderem ein interkultureller Garten und ein „Apothekergarten“. Aber auch größere Flächen fanden Nutzer wie eine BMX-

Anlage.



#### **Foto links: Dessau: Apothekergarten.**

Foto: Stiftung Bauhaus Dessau (Regina Meyer, 2007)

#### **Foto rechts: Dessau: Multikultureller Garten**

Foto: Stiftung Bauhaus Dessau (Jürgen Hohmuth, 2007)

Bei der langfristigen Neuordnung des gesamtstädtischen Gefüges erfordert die Entwicklung der urbanen Kerne besondere Aufmerksamkeit und maßgeschneiderte Konzepte. Angestrebt wird eine „Stadt der kurzen Wege“, um für die Bewohner Lebensqualität zu sichern und wieder mehr Maßstäblichkeit in der zu groß gewordenen Stadt herzustellen. Insgesamt gilt es, Infrastrukturen zu straffen, das zuneh-



mende soziale Gefälle zwischen „reichem“ Norden und „armem Süden“ auszugleichen und die individuellen Profile der Kerne zu stärken. Zugleich bemüht sich Dessau-Roßlau um eine Baukultur, die in den vergangenen Jahrzehnten fehlte. Die Stadt entdeckt ihr bedeutendes bauliches Erbe der Moderne wieder und will sich weiter als „Bauhausstadt“ profilieren: Die Moderne soll stärker in die neue Stadtgestaltung integriert werden.

Zunächst haben drei Gebiete Priorität: die Innenstadt, das „Wissensquartier“ mit dem Bauhausensemble, dem Hochschulcampus und dem Umweltbundesamt sowie die Südstadt mit dem Quartier am Leipziger Tor.

Dem im Krieg zerstörten Zentrum mit unterschiedlichsten historischen Schichten von Barock bis zur Nachwendezeit fehlt bislang ein städtischer Zusammenhang, es soll mit seinen öffentlichen und kulturellen Funktionen wieder gestärkt werden. Erste Schritte waren der Umbau des ehemaligen AOK-Gebäudes zu einem Sport- und Kurshaus sowie die Modernisierung der denkmalgeschützten Stadtschwimmhalle als Erlebnisbad. Das Alte Theater entstand als neuer Kulturstandort. Eines der wichtigsten Vorhaben ist die Umgestaltung des Dessauer Stadtparks zu einem interkulturellen Generationenpark mit vielfältigen Angeboten für unterschiedlichste Nutzergruppen. Zur Zukunft des Zentrums fand im Sommer 2009 ein Workshop statt. Um neue Ideen und Impulse zu entwickeln wird jetzt ein Masterplan erarbeitet.

Das „Wissensquartier“ soll durch Kooperation und Vernetzung der ansässigen Institutionen als Wissenschaftsstandort profiliert werden. Zu den IBA-Projekten gehörte auch die Aufwertung des öffentlichen Raumes zwischen Hauptbahnhof und Bauhaus: Seit 2009 präsentiert sich das Umfeld der UNESCO-Weltkulturstätten mitsamt dem Westausgang des Bahnhofs in neuer Gestaltung. Ein weiterer Schwerpunkt ist die Wiederherstellung der Meisterhäuser. Geplant ist außerdem der Neubau eines separaten Besucherzentrums für das Bauhausensemble. Die ehemalige „Kaufhalle am Bauhaus Dessau“ wird behutsam umgebaut und soll die gemeinsame Bibliothek der Stiftung Bauhaus Dessau und der Hochschule Anhalt beherbergen.



**Foto links: Dessau: Altes Theater**  
Stiftung Bauhaus Dessau. Foto: Heike Brückner, 2008

**Foto Mitte: Dessau: Kontaktstelle Stadtumbau**  
Stiftung Bauhaus Dessau. Foto: Heike Brückner, 2008

**Foto rechts: Dessau: Spaziergang mit dem Landschaftsforscher Bertram Weishaar.**  
Stiftung Bauhaus Dessau, Foto: Maria Zander 2005

Das Viertel am Leipziger Tor, ein von Nachkriegsbauten geprägtes Wohngebiet, kämpft mit vielen sozialen und städtebaulichen Problemen. Zudem konzentrieren sich hier die Abrisse im Zuge des Stadtumbaus, was besondere Sensibilität im Umgang mit dem Quartier erfordert, um den Verlusten neue Qualitäten entgegenzusetzen. Daneben geht es vor allem um soziale Stabilisierung: 2005 wurde ein Quartierskonzept zu sozialräumlichen Handlungsperspektiven erarbeitet. Unterschiedliche Akteure schlossen sich zu einem Netzwerk zusammen. In einem Stadteilladen arbeitet neben dem Quartiersmanagement Soziale Stadt die „Kontaktstelle Stadtumbau“: Sie dient den Bürgern als Ansprechpartner und Mittler zur Verwaltung und unterstützt das Netzwerk der sozialen Einrichtungen.

Das neue Konzept ist der Beginn eines offenen wie komplexen Prozesses, der vor allem intensive Kommunikation mit den Bürgern und Akteuren erfordert. Die größte Herausforderung für alle Beteiligten wird sein, die Ungewissheiten, Zwischenzustände und Provisorien dieses Veränderungsprozesses auszuhalten. Die gewonnenen Erfahrungen, die neu erarbeitete Kommunikations- und Planungskultur und Instrumente wie die Planungswerkstatt oder die Kontaktstelle, sollen nun auch bei den nächsten Aufgaben wie der Stabilisierung der urbanen Kerne genutzt werden.

### Köthen (Anhalt): Homöopathie als Entwicklungskraft / IBA-Stadt seit 2003<sup>5</sup>

Der Niedergang des Maschinenbausektors hat seit 1990 zu stetig sinkender Wirtschaftskraft und dadurch auch zu sinkenden Einwohnerzahlen geführt. Im Rahmen der IBA Stadtumbau 2010 hat Köthen begonnen, ein anderes Stadtprofil aufzubauen und dafür auf eine einzigartige Tradition der Stadt zurückzugreifen: Die Homöopathie soll wieder ein wichtiger Baustein des kulturellen und wirtschaftlichen Stadtprofils werden.

In einem stadtplanerischen Experiment soll erprobt werden, inwieweit Methoden der Homöopathie auf die Stadtplanung übertragen werden können. Damit besinnt sich Köthen einer weiteren, in Vergessenheit geratenen Tradition, denn seit dem 17. Jahrhundert hatte sich die Stadt einen Ruf als liberaler Freiraum für kreatives und durchaus experimentelles Gedankengut erworben. ...



Foto: Michael Kranz, 2007

#### Köthen: Luftbild

Die explizite Förderung der Bildung und die Ideen der Aufklärung lockten Wissenschaftler, Forscher und Künstler nach Köthen. ... 1821 kam schließlich Samuel Hahnemann, der als Begründer der Homöopathie in Deutschland gilt. Er blieb bis 1835, schrieb hier seine wichtigsten Bücher und gründete 1829 in Köthen den Deutschen Zentralverein Homöopathischer Ärzte (DZVhÄ) – Deutschlands ersten Ärzteverband. Ihm folgte der Heilpraktiker Arthur Lutze, der 1855 die Lutze-Klinik errichten ließ. Diese bescherte der Stadt eine wirtschaftliche Blüte, schon bald ließen sich hier 26 000 Patienten jährlich behandeln. ... Zwar wurde die Lutze-Klinik 1914 wieder geschlossen und auch die Homöopathie geriet in Köthen langsam in Vergessenheit. Aber schon kurz nach der Wende kamen die ersten „Homöopathie-Touristen“, Bürger und Stadtrat gründeten den „Hahnemann-Lutze-Verein“ und die „Homöopathie- und Wissenschaftsservice GmbH“. Auf private Initiative hin wurden im Wohnhaus von Samuel Hahnemann ein Museum und eine aktive homöopathische Praxis eingerichtet.



**Foto links:** Köthen: Banner im Vorgarten der neuen Bibliothek für Homöopathie.

Foto: Stadt Köthen (Anhalt), 2006

**Foto Mitte:** Köthen: Hahnemannhaus

Stiftung Bauhaus Dessau. Foto: Michael Uhlmann, 2009

**Foto rechts:** Köthen: Homöopathiepfad, Giebel Wallstraße

Foto: Jutta Hübner, 2005

Um Köthen wieder zu einem Zentrum der Homöopathie zu machen, folgen den privaten Initiativen der 1990er Jahre nun städtische Projekte. Nur wenige Schritte vom Wohnhaus Hahnemanns entfernt wurde das ehemalige Spital des Klosters der Barmherzigen Brüder, eines der wichtigsten Baudenkmäler der Stadt, aufwendig saniert. Seit Oktober 2009 findet sich hier die „Europäische Bibliothek der Homöopathie“, deren Bestand bereits mehr als 3000 Bände umfasst, darunter wertvolle Erstausgaben Samuel Hahnemanns. Veranstaltungen und Ausstellungen des DZVhÄ sollen aus dem Haus einen lebendigen Ort des Austauschs werden lassen, und ab 2010 wird hier in Kooperation mit der Magde-

<sup>5</sup> Autor des Textbeitrages zur Stadt Köthen (Anhalt) ist Florian Heilmeyer

burger Otto-von-Guericke-Universität der berufsbegleitende Fernstudiengang „Integrated Practise in Homeopathy“ angeboten.

Um die Geschichte und Bedeutung der Homöopathie in Köthen sichtbar zu machen, hat die Stadt einen „Homöopathiefad“ eingerichtet, der von der neuen Bibliothek zur Lutze-Klinik führt. An den Giebeln einiger Häuser sind großformatige Zitate Samuel Hahnemanns zu sehen, der Vorplatz des Magdeburger Turms ist nun als „Ruheplatz“ mit in der Homöopathie gebräuchlichen Heilpflanzen neu gestaltet.

#### „Homöopathische Stadtplanung“

Darüber hinaus wurde in Köthen erprobt, inwiefern sich Grundgedanken der Homöopathie auf die Stadtplanung übertragen lassen. Ein interdisziplinäres Team aus Stadtplanern und homöopathischen Ärzten hat diese Frage experimentell erforscht. Tatsächlich gibt es gewisse Analogien zwischen den Methoden: Der Gesundheitsprozess wird in der Homöopathie vor allem durch „systemische Eigenregulation“ gefördert. Gering dosierte Arzneien sollen die Selbstheilungskräfte anregen, wobei die Krankheit gelegentlich kontrolliert verschlimmert wird, um eine Reaktion zu provozieren. Die Arzneimittel werden nach dem „Ähnlichkeitsprinzip“ ausgesucht: Der Erkrankte erhält ein Homöopathikum, das bei gesunden Menschen ähnliche Symptome erzeugt. In ausführlichen, individuellen „Anamnesegesprächen“ werden die Wirkung der Arznei und die Fortschritte der Genesung geprüft, um die weiteren Schritte der Therapie festzulegen.



**Foto links:** Köthen: Rucksackhotel in der Ludwigstraße  
Stiftung Bauhaus Dessau. Foto: Michael Uhlmann, 2009

**Foto Mitte:** Köthen: Aktion „Licht aus“ in der Ludwigstraße.  
Foto: Köthen report, 2007

**Foto rechts:** Köthen: Im Friedenspark hat die Impulssetzung keinen Erfolg.  
Foto: Stadt Köthen (Anhalt)

Diese Schritte wurden methodisch abstrahiert und an einem konkreten „Testfeld“ in der Ludwigstraße empirisch nachvollzogen. Hier sollten 14 Häuser abgerissen werden, die wirtschaftlich nicht mehr zu halten waren. Der Wohnungsgesellschaft war es bislang nicht gelungen, die Mieter oder Eigentümer zu aktivieren. Der Abriss hätte die Attraktivität der Straße weiter reduziert. Die Ärzte und Stadtplaner der IBA-Arbeitsgruppe analysierten zunächst die Problemlage in einer Vielzahl persönlicher Gespräche mit den lokalen Akteuren – der Anamnese. Als Impuls wurde in der Straße für 15 Minuten das Licht ausgeschaltet, um dann die 14 abzureißenden Häuser mit Theaterscheinwerfern dramatisch und grell zu beleuchten. In der anschließenden Versammlung der Hausbesitzer entlud sich aggressive Irritation, die aber noch an diesem Abend in einen konstruktiven Prozess gelenkt werden konnte. Die Wohnungsgesellschaft riss im weiteren vier Häuser ab, um einen Neubau zu errichten, der weniger massiv und mit preiswerten, barrierefreien Wohnungen ein Zeichen für zukünftiges Bauen in der Innenstadt geben soll. Diese Investition hat die Bewohner der Ludwigstraße motiviert. Anwohner haben inzwischen vier Häuser gekauft und saniert, neue Gärten und Parkplätze wurden angelegt. Stück für Stück erhält die Ludwigstraße ein neues Gesicht.

Die teilweise heftigen Reaktionen der Betroffenen zeigten, dass mit dem Mut, eine Krise bewusst zu provozieren, durchaus unerwartete Energien aktiviert und daraus überraschende Lösungsansätze gemeinsam entwickelt werden können. Aus Betroffenen wurden Beteiligte, aus deren Ideen werden schrittweise Planungsziele definiert. Wie in der Homöopathie wird der „Genesungsprozess“ kontinuierlich begleitet und gesteuert, die Planer agieren als Moderatoren eines möglichst lange ergebnisoffen-

nen Prozesses. Als zweites Testfeld dieser Stadtplanung mit homöopathischen Ansätzen wird nun der von Verwahrlosung betroffene Friedenspark „behandelt“.

Der Ruf als homöopathisches Zentrum soll europäische Tagungen und Kongresse in die Stadt bringen, Köthen wird Teil eines Bildungsnetzwerkes zur Homöopathie. Die Methode der „offenen Gebietsentwicklung“ soll mit den Erfahrungen der Ludwigstraße auf andere Gebiete übertragen werden. Faszinierender noch ist aber die Vorstellung, dass Köthen in der Summe dieser Planungen wieder an das Profil eines liberalen, kreativen Freiraums für innovative Gedanken und Experimente im anhaltinischen Städtenetzwerk anknüpfen könnte.

**Autorin:**

Dr. Babette Scurrall  
Stiftung Bauhaus Dessau  
scurrall@bauhaus-dessau.de  
www.bauhaus-dessau.de